ZU DIESEM HEFT 423

SCHWERPUNKT

Hans-Ulrich Oel
Der demografische Wandel – eine Herausforderung auch für die politische Kommunikation 424

Thomas Gill/Candida Splett
Den Wandel gestalten als Aufgabe der außerschulischen Jugendbildung 433

Daniela Elbers
Ein Lernort für die Bildungsarbeit mit älteren Menschen:
Die Heimvolkshochschule HAUS HAARD 439

Carmen Stadelhofer
Lernen im Alter – selbstgesteuert, kompetenzorientiert, mit Spaß 443

Ilona Stehr
Bildung für Menschen ab 50 – eine Chance für gesellschaftliche Partizipation 451

Barbara Menke
KEB40plus: Ein Weiterbildungskonzept für Menschen ab der Lebensmitte 458

Sibylle Meyer
Großmütter und Enkelinnen
Von Fremdheit und Konkurrenz zu Dialog, Partnerschaft und Solidarität 462

Annette Niederfranke
Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser erfolgreich gestartet 471

ADB-FORUM

Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten
Politische Bildung in der demokratischen Gesellschaft
Zum Beitrag Politischer Bildung bei der Gestaltung des gesellschaftlichen Wandels 474

ADB-JAHRESTHEMA

Gerhart Schöll
Muslime und Menschenrechte als Thema politischer Bildung 478

METHODEN UND ARBEITSFORMEN

Christian Roth
Fishbowl 482

INFORMATIONEN

Meldungen 485

Aus dem AdB 496

Personalien 507

Bücher 508

Markt 515

IMPRESSUM 517

Thema des nächsten Heftes: Politische Bildung und virtuelle Welt

Alt zu werden, war für frühere Generationen nicht selbstverständlich. Dass unsere Lebenserwartung so immens gestiegen ist und gegenwärtig auch erheblich über der von Menschen in der sogenannten Dritten Welt liegt, ist unserem hohen Standard der medizinischen Versorgung und der materiellen Verbesserung unserer Lebensbedingungen zu danken. Doch scheint das, was uns das Altern erst ermöglichte und die Perspektive auf eine erfüllte späte Lebensphase eröffnete, durch die seit einigen Jahrzehnten absehbare Veränderung unserer Bevölkerungsstruktur gefährdet. Der massive Rückgang der Geburtenzahlen – nicht nur in unserem Land, sondern in den meisten hoch entwickelten Industriestaaten – führt zusammen mit dem wachsenden Anteil älterer und alter Menschen nicht nur zu einer Schrumpfung der Bevölkerung, sondern verändert auch das Verhältnis der verschiedenen Generationen zueinander. Über die daraus resultierenden politischen, gesellschaftlichen und ökonomischen Probleme wird seit einiger Zeit öffentlich diskutiert, wobei die nüchterne Auseinandersetzung oft verdrängt wird von Bedrohungsszenarien, die publizistisch erfolgreich vermarktet werden. Dass die Grundlagen unseres „Generationenvertrages" längst obsolet geworden sind, hat die Politik allerdings lange ignoriert. Die Frage, wie Generationengerechtigkeit unter gegenwärtigen und künftigen Bedingungen hergestellt werden kann, duldet keinen Aufschub mehr. Aber Panikmache gilt nicht, sondern wir müssen den dramatischen demographischen Wandel solidarisch gemeinsam gestalten, wenn wir als eine humanen Grundsätzen verpflichtete Gesellschaft überleben wollen, in der Kinder ebenso wie alte und kranke Menschen nicht nur als Kostenfaktoren wahrgenommen werden.

In den Beiträgen dieses Heftes geht es vor allem um die Frage, was der demographische Wandel für die außerschulische politische Jugend- und Erwachsenenbildung bedeutet. Bei sinkenden Geburtenzahlen und zunehmenden Anteilen älterer Menschen ist absehbar, dass wir demnächst mehr Bildungsangebote für erwachsene und ältere Menschen brauchen, wenn deren Potenziale weiter entfaltet und gesellschaftlich wirksam werden sollen. Das setzt auch Umorientierungen bei den Bildungsträgern voraus, die sich mehr als bisher auf Interessen und Lernvoraussetzungen älterer Menschen, aber auch auf deren spezifische Bedürfnisse in Hinblick auf die Infrastruktur von Bildungseinrichtungen einstellen müssen. Aber auch generationenübergreifende Bildungsangebote gewinnen an Bedeutung. Menschen verschiedenen Alters miteinander ins Gespräch zu bringen, die sich nicht mehr so selbstverständlich wie früher in familiären Zusammenhängen begegnen und voneinander lernen können, ist ein wichtiger Beitrag für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft.

Die Beiträge in dieser Ausgabe verdeutlichen beispielhaft, welche Aufgaben sich der Politik insbesondere in solchen Regionen stellen, die mehr als andere vom demographischen Wandel und seinen Folgen betroffen sind, und welche Ansätze als Reaktion auf diese Entwicklung dazu von Bildungsträgern und -einrichtungen bereits erarbeitet wurden.

Der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten hat beschlossen, das Thema „Chancengleichheit und Beteiligung – den demographischen Wandel zukunftsfähig gestalten" in den Mittelpunkt seiner Aktivitäten im Jahr 2007 zu stellen. In einer von der Mitgliederversammlung im Herbst 2006 dazu beschlossenen Stellungnahme heißt es: „Politische Bildung kann sozial- und familienpolitische Entscheidungen nicht ersetzen, ihre Voraussetzungen aber klären und ihre Konsequenzen aufzeigen. Sie kann die Diskussion über die Zukunft unserer Gesellschaft versachlichen und die Entwicklung von Vorstellungen zu ihrer Gestaltung anregen und begleiten. Politische Bildung kann die Probleme und Chancen des demographischen Wandels verdeutlichen und Foren organisieren, auf denen Möglichkeiten zur Bewältigung der neuen Herausforderungen erörtert und notwendige Veränderungen in der Organisation von Gesellschaft und im eigenen Lebensumfeld eingeleitet werden."

Diese Ausgabe der „Außerschulischen Bildung" soll Anregungen für die Auseinandersetzung mit einem Thema geben, das uns nicht nur im Jahr 2007 beschäftigen wird.

Ingeborg Pistohl

Der demografische Wandel – eine Herausforderung auch für die politische Kommunikation

Hans-Ulrich Oel

Der demografische Wandel verändert alle Lebensbereiche. In Politik und Medien, aber auch in zahlreichen gesellschaftlichen Organisationen sowie von Bürgerinnen und Bürgern, die zugleich Verursacher wie Betroffene sind, wird das Thema mit zunehmender Intensität diskutiert. Maßnahmen zur Beeinflussung des demografischen Wandels können Entscheidungen für Kinder nur indirekt und minimal beeinflussen und wirken erst nach Jahrzehnten. Umso wichtiger sind Maßnahmen zur Gestaltung der Folgen des demografischen Wandels, die im Mittelpunkt der nachfolgenden Ausführungen stehen.

1. Der demografische Wandel und seine Folgen

In den neuen Bundesländern ist der demografische Wandel in vollem Gang. Städte verlieren bis zu 40 % ihrer Einwohner, aus ländlichen Gebieten wandern die jungen Menschen ab. Die Geburtenrate liegt im Land Brandenburg bei 1,3 und damit um 40 % unter dem für die einfache Reproduktion der Bevölkerung erforderlichen Wert von 2,1. In vielen Regionen der neuen Bundesländer hat sich die Zahl der Kinder in den letzten 15 Jahren halbiert.

Demografischer Wandel bedeutet nicht nur die Veränderung der Bevölkerungszahl

Demografischer Wandel, das ist aber nicht nur die Veränderung der Bevölkerungszahl. Demografischer Wandel heißt auch: Änderung der Alters- und Sozialstruktur sowie räumliche Ausdünnung an der einen und weitere Verdichtung an der anderen Stelle. Und demografischer Wandel verursacht einen rückläufigen und veränderten Bedarf an Einrichtungen der öffentlichen Infrastruktur, weniger Einnahmen für die öffentlichen Haushalte, Rückzug privater und öffentlicher Dienstleistungen aus der Fläche und neue Aufgaben für Politik und Verwaltung sowie eine größere Verantwortung für die Bürgerinnen und Bürger.[1] Damit stehen primär die neuen Bundesländer, aber auch strukturschwache Regionen in den alten Bundesländern vor einem tiefgreifenden gesellschaftlichen Umbruch. Die neuen Bundesländer sind dabei mehrfach betroffen: Dem politischen Umbruch folgt der demografische Wandel mit seinen zivilgesellschaftlichen Herausforderungen, auf die die Menschen in ihrer vorherigen Gesellschaftsordnung nicht vorbereitet wurden.

1 Teile des vorliegenden Textes basieren auf dem 2. Demografiebericht des Landes Brandenburg, www.demografie.brandenburg.de

Der demografische Wandel als gesamtdeutsche und europäische Herausforderung

Die Länder in West-Deutschland spüren die Auswirkungen des demografischen Wandels bisher nur punktuell. In einigen Fällen profitieren sie sogar vom Wandel, vor allem vom Wegzug, der für sie Zuzug von gut ausgebildeten jungen Menschen bedeutet, Zuzug von qualifizierten Arbeitskräften und zugleich von potenziellen Familiengründern.

Kein Land der EU hat eine Geburtenrate, die hoch genug ist, um die Bevölkerungszahl konstant zu halten

Auch in den anderen Ländern Europas sind große Unterschiede bei der Geburtenrate zu registrieren. Selbst vom Katholizismus geprägte Länder wie Italien, Spanien und Polen haben eine Geburtenrate, die noch unter jener der Bundesrepublik Deutschland liegt. Irland, Frankreich und die skandinavischen Länder weisen dagegen eine deutlich höhere Geburtenrate auf. Aber kein Land der EU hat derzeit eine Geburtenrate, die hoch genug ist, um die Bevölkerungszahl konstant zu halten.

Hauptfaktor des Einwohnerrückgangs ist das Geburtendefizit

Die Geburtenziffer in Deutschland sank zwischen 1965 und 1975 mit dem sogenannten Pillenknick von rund 2,5 auf 1,5 Kinder je Frau. Dabei verlief die Entwicklung von Mitte der 50er bis Mitte der 70er Jahre in Ost- und Westdeutschland nahezu parallel. Durch sozialpolitische Maßnahmen wie Kindergeld, Verlängerung der Freistellung nach der Geburt, Arbeitsplatzgarantie, Kinderbetreuung ab dem 1. Lebensjahr erreichte die DDR einen Anstieg der Geburtenrate von Mitte bis Ende der 70er Jahre auf fast zwei Geburten pro Frau. Aber bereits nach fünf Jahren sank sie – halb so schnell wie sie gestiegen war – auf das Ausgangsniveau von 1975. Zum Zeitpunkt der Wende hatte sie fast wieder „West-Niveau“ erreicht. Danach sank die Geburtenrate nahezu im freien Fall auf 0,75. In Brandenburg lag die Geburtenrate 1993 um 60 % niedriger als 13 Jahre zuvor.

Vergreisung der Gesellschaft oder: Gesund alt werden

Die zweite Ursache des demografischen Wandels ist der kontinuierliche Anstieg der Lebenserwartung. Derzeit steigt sie alle vier Jahre um ein Jahr an. Jedes zweite Kind, das in diesem Jahr geboren wird, wird 100 Jahre alt werden. Diese eigentlich erfreuliche Tatsache, dass die Menschen immer älter werden und dass sie vor allem gesünder sind im Alter, wird in der aktuellen Diskussion noch allzu häufig negativ bewertet. Wir sprechen von Überal-

Abb. 1: Die Geburtenrate in Ost- und Westdeutschland 1959 – 2000[2]

terung und Vergreisung der Gesellschaft. In Japan werden die Menschen noch älter als bei uns. Dort spricht man vom „Land des langen Lebens".

Mobilität schafft Weitsicht

Die dritte Ursache des demografischen Wandels ist die Abwanderung: Viele junge Menschen, insbesondere junge Frauen, wandern aus den neuen Bundesländern in die alten Bundesländer ab. Zwischen 1989 und 2003 haben netto insgesamt 1,5 Mio. Personen Ostdeutschland in Richtung Westen verlassen. Dies sind nicht nur einfach 1,5 Mio. Menschen weniger; es bedeutet auch den Verlust künftiger Leistungsträger und potenzieller Eltern.

Viele junge Menschen, vor allem junge Frauen, wandern aus den neuen Bundesländern in die alten ab

So wie das Altern wird auch der Wunsch junger Menschen, Neues kennen zu lernen, auf Wanderschaft zu gehen, in der öffentlichen Diskussion häufig ausschließlich negativ bewertet. Beklagt wird die Abwanderung. Dabei ist Wandern immer etwas Positives gewesen. Junge Menschen wollten und sollten Neues kennen lernen, ihren Horizont erweitern. Wandern lehrt Toleranz. Daher wäre es ein völlig falscher Ansatz, Wanderung zu verhindern. Stattdessen müssen die Bedingungen für Zuwanderung und zur Rückkehr in die neuen Länder, in ihre Regionen und Kommunen verbessert werden.

Der demografische Wandel verändert alle Lebensbereiche

Viele Folgen des demografischen Wandels sind mit den Regeln der einfachen Mathematik zu berechnen. Nach einem starken Geburtenrückgang, wie er Anfang der 1990er Jahre in den neuen Bundesländern zu verzeichnen war, fehlen die Kinder zuerst in den Kindertagesstätten, dann in den Grundschulen, danach in den weiterführenden Schulen, den Ausbildungsstätten und den Hochschulen, anschließend als Arbeitskräfte. Und schließlich fehlen sie als Eltern der folgenden Generation. Bei einer dauerhaften Geburtenziffer von rund 1,3 Kindern je Frau ist berechenbar, dass jede folgende Generation zahlenmäßig um ein Drittel kleiner sein wird als die vorherige.

Der demografische Wandel erfordert den Umbau der Sozialsysteme

Die Einnahmen der Rentenversicherungsträger gehen zurück, während die Rentenbezugsdauer, die schon in den vergangenen 40 Jahren um rund 70 % gestiegen ist, weiter zunehmen wird. Auch das Beitragsaufkommen der Krankenkassen geht – bei unveränderten Bemessungsgrundlagen – zurück, wäh-

2 Quelle: Staatskanzlei Brandenburg/Raumbeobachtung Landesumweltamt Brandenburg

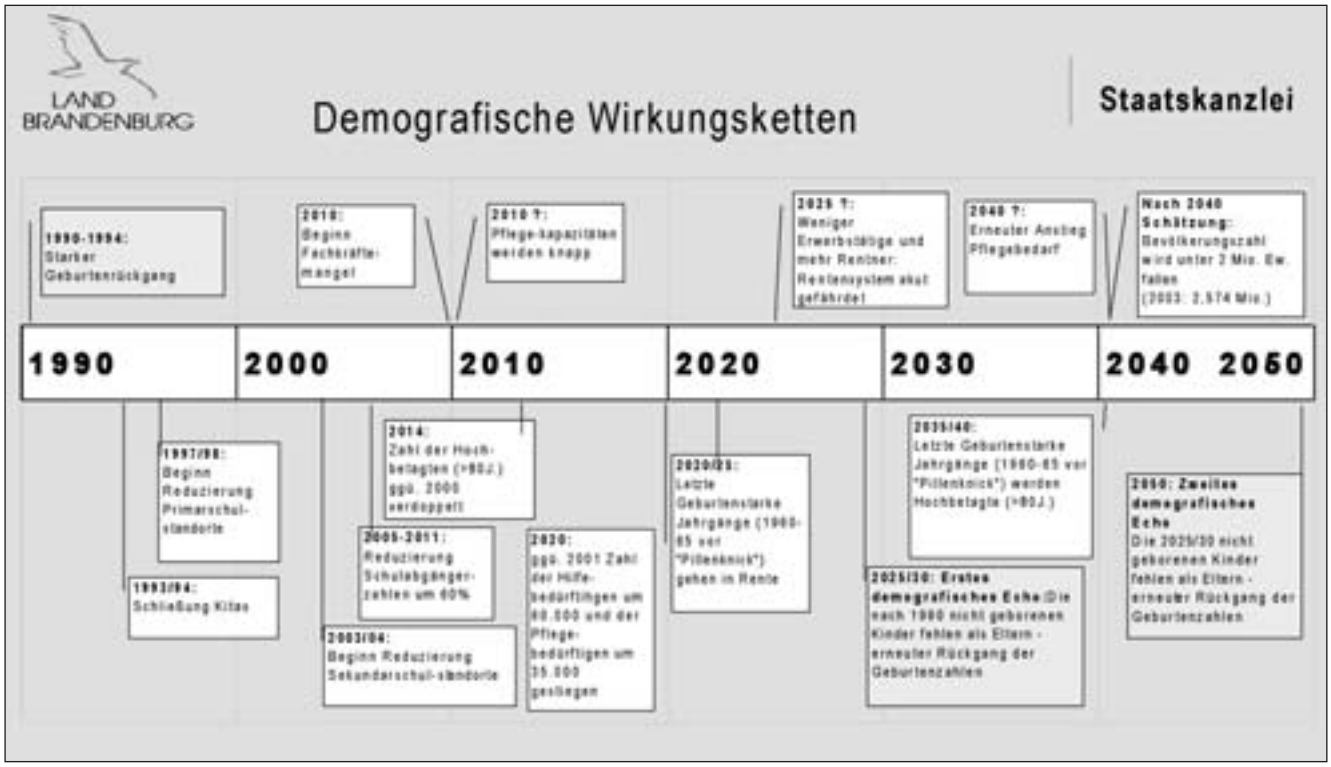


Abb. 2: Demografische Wirkungsketten[3]

rend die Leistungen der Krankenkassen strukturellen Veränderungen unterliegen und Pflegedienstleistungen stärker nachgefragt werden. Und die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Kommunen werden geringer ausfallen.

Für Länder und Kommunen mit Bevölkerungsrückgang steigt die Pro-Kopf-Verschuldung, ohne dass sich etwas am Schuldenstand ändert. In den Ländern und Kommunen, die derzeit noch vom demografischen Wandel durch Zuzug profitieren, sinkt die Pro-Kopf-Verschuldung entsprechend.

Die technische Infrastruktur ist unausgelastet und wird zu teuer

Im Bereich der Infrastruktur wird der demografische Wandel in den Kommunen für die Menschen zuerst erfahrbar: Die leitungsgebundene Infrastruktur, insbesondere Wasser und Abwasser, wird nicht mehr ausgelastet. Die Gebührenbelastung für Privathaushalte und Wirtschaft steigt. Neuansiedlungen von Gewerbe werden schwieriger und die Abwanderung von Firmen, die aufgrund der hohen Nebenkosten Wettbewerbsnachteile haben, kann die Folge sein.

Auch die soziale Infrastruktur – Kindertagesstätten, Schulen etc. – ist für die gewandelten Anforderungen überdimensioniert. In vielen Regionen der neuen Länder musste schon jede zweite Schule geschlossen werden. Bahnen und Busse fahren mit immer weniger Fahrgästen. Der schienengebundene Verkehr ist zu unflexibel und wird zuerst eingestellt. Linienbusse fahren nur noch dort, wo der Schülerverkehr ausreichende Fahrgastzahlen garantiert.

In der Infrastruktur der Kommunen wird der demografische Wandel zuerst erfahrbar

Veränderte Ansprüche an Einrichtungen der sozialen Infrastruktur und des öffentlichen Gesundheitswesens erfordern konzeptionelle, organisatorische und bauliche Veränderungen: Krankenhäuser benötigen eine geriatrische Abteilung statt der Geburtshilfe. Anstelle von Kindertagesstätten werden Pflegeheime benötigt.

Private und später auch öffentliche Dienstleister ziehen sich aus der Fläche zurück: Den Privatbanken folgen die Sparkassen, Arztpraxen werden nicht neu besetzt, Geschäfte werden durch mobile Verkaufseinrichtungen ersetzt – bis sich auch das nicht mehr lohnt. Und die öffentliche Verwaltung wird an zentralen Orten konzentriert oder ist über Internet erreichbar.

Die Folge sind leer stehende Wohnungen, Geschäfte, Büros und Gewerberäume, überdimensionierte und teilweise überflüssige Straßen.

3 Quelle: Staatskanzlei Brandenburg

Gleiches Personal – neue Aufgaben
In der öffentlichen Verwaltung ändert sich die Personalstruktur (anderer Altersaufbau, andere, ggf. geringere Qualifikation). Der Nachwuchs- und Personalmangel wird durch die Konkurrenz mit der Privatwirtschaft und konkurrierender Landes- und Bundesbehörden besonders auf der kommunalen Ebene verstärkt. Durch die räumliche und soziale Entmischung (soziale Segregation) ändern sich die Zielgruppen und die Aufgabenstellung vor allem der sozialen Dienste, der Jugendarbeit und der Bildungspolitik.

2. Die politischen Herausforderungen des Wandels

Die durch den demografischen Wandel eingeleitete Entwicklung, verbunden mit einem immer enger werdenden Finanzrahmen, zwingt Bund, Länder und Kommunen – Politik ebenso wie die Verwaltung – zu einem radikalen und konsequenten Umsteuerungsprozess, denn der Prozess der vergangenen Jahrzehnte lässt sich nicht zurückdrehen, und an der Zuverlässigkeit von Bevölkerungsprognosen gibt es keinen wissenschaftlichen Zweifel. Bevölkerungsprognosen sind hinreichend zuverlässig und auch Bevölkerungsvorausschätzungen über mehrere Jahrzehnte sind in ihrer Tendenz eine solide Basis für politische Entscheidungen, denn die Grundlagen für die künftige Entwicklung sind in der Altersstruktur der heutigen Bevölkerung bereits gelegt. Einzig die kleinräumliche Verteilung der Bevölkerung ist in größerem Maße auch von politischen Entscheidungen und von kurzfristig wirkenden Änderungen der wirtschaftlichen und sozialen Rahmenbedingungen zu beeinflussen. Eine langfristige kleinräumliche Bevölkerungsprognose oder gar -vorausschätzung ist entsprechend fehleranfällig.

Problem erkannt – Lösung verschoben?
Zahlreiche Kommunen, einige Länder, der Bund und auch die Europäische Union haben die Probleme erkannt und in unterschiedlicher Intensität und mit verschiedenen Maßnahmen darauf reagiert. Das Land Brandenburg hat in der Staatskanzlei ein Referat „Demografischer Wandel“ eingerichtet und kommuniziert das Thema für alle Politikbereiche und auf allen regionalen Ebenen, in den Kommunen, gegenüber Bund und Ländern ebenso wie im europäischen Kontext. Die Landtage mehrerer Länder haben Enquête-Kommissionen eingesetzt, der Brandenburger Landtag hat das Thema in allen Fachausschüssen beraten.

Es bleibt eine ständige Aufgabe, gute und beispielhafte Problemlösungen zu erkennen und zu kommunizieren

Kommunalpolitische Organisationen diskutieren das Thema und Lösungsstrategien zur Gestaltung des demografischen Wandels und seiner Folgen auf allen Ebenen. Bildungseinrichtungen veranstalten auf Fachpolitik bezogene Seminare für Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker.

Auch gute und beispielhafte Problemlösungen gibt es bereits. Sie zu erkennen, zu beschreiben, ihre Übertragbarkeit auf andere Projekte oder andere Orte zu prüfen und die Ergebnisse zu kommunizieren, bleibt eine ständige Aufgabe. Eine vollständige Aufzählung der zahlreichen Initiativen und Aktivitäten ist – glücklicherweise – nicht mehr möglich. Das Stetige in der gesellschaftlichen Entwicklung ist künftig der Wandel.

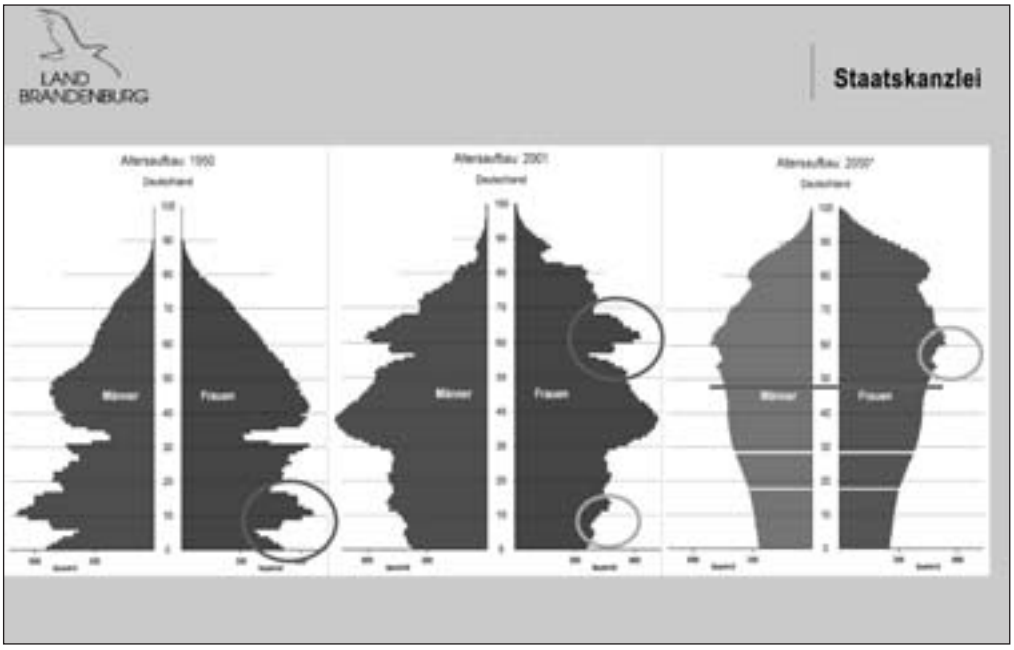


Abb. 3: Altersaufbau in Deutschland 1950, 2001 und 2050 [5]

5 Quelle: Staatskanzlei Brandenburg

Nicht in Legislaturperioden, sondern in Generationen denken!
Patentrezepte für die Gestaltung des demografischen Wandels und seiner Folgen gibt es nicht. Umfassende Problemlösungen für ganze Politikbereiche sind noch rar, und Fachpolitik übergreifende Ansätze oder gar eine Gesamtstrategie hat noch niemand. Was nun benötigt wird, ist ein abgestimmtes Handeln aller gesellschaftlichen Akteure, von Politik, Wirtschaft und Gesellschaft, und dies auf allen Ebenen, in der Europäischen Union, im Bund, in den Ländern und – last but not least – in den Kommunen. Gefordert sind langfristig ausgerichtete gesellschaftliche Antworten. Eine zukunftsfähige, den Erfordernissen des demografischen Wandels gerecht werdende Politikgestaltung verlangt eine Sichtweise, die deutlich über den Zeitraum einer Legislaturperiode hinausgeht. Wir müssen wieder lernen, in Generationen und nicht in Legislaturperioden zu denken und zu handeln, auch wenn dies so manchen Politiker – und Wähler – ängstlich macht.

Benötigt wird ein abgestimmtes Handeln aller gesellschaftlichen Akteure auf allen Ebenen

Gefordert sind Politik, Wirtschaft und gesellschaftliche Organisationen
Demografischer Wandel ist kein eigenes Politikfeld. So wie der demografische Wandel in alle Lebensbereiche hineinwirkt, müssen alle Politikbereiche und alle gesellschaftlichen Gruppen reagieren, müssen ihren Beitrag dazu leisten, den demografischen Wandel und seine Folgen zu gestalten.

Der Bund muss seine Verantwortung wahrnehmen für die Gestaltung der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen, insbesondere für die demografiefeste Gestaltung der sozialen Sicherungssysteme.

Die Länder sind in der Pflicht, die öffentliche Daseinsvorsorge auch bei dünner Besiedlung sowie veränderter Alters- und Sozialstruktur zu gewährleisten. Davon sind alle Politikbereiche betroffen: Familienpolitik, Finanzen, Wirtschaft und Arbeitsmarkt, Gesundheit, Soziales und Sport, Bildung und Wissenschaft, Städtebau, Wohnungswesen und Verkehr, Sicherheit und Recht sowie der gesamte Bereich der öffentlichen wie privaten Infrastruktur. Die Landes- und Regionalplanung in allen neuen Ländern hat bereits damit begonnen, das System der zentralen Orte zu überarbeiten, um die Angebote der Daseinsvorsorge weiterhin für alle Regionen sicherzustellen.

Die Kommune entwickelt sich zur aktivierenden Kommune, die eine auf das Engagement der Bürgerinnen und Bürger bezogene Infrastruktur aufbauen und bereithalten muss, und die künftig einige Handlungsfelder des kommunalen Wirkungskreises nur noch moderierend begleiten wird. Hier müssen alle Akteure gemeinsam das praktische Leben organisieren. Hier, im Lebensmittelpunkt der Menschen, sind die handelnden Personen und Organisationen zum Erfolg verdammt. Das Leben in der Kommune wird zukünftig gemeinsam gestaltet werden müssen von den gewählten politischen Vertretern und der Verwaltung in ihrer jeweils spezifischen Verantwortung, den Bürgerinnen und Bürgern sowie der örtlichen Wirtschaft.

3. Die Gestaltung des Wandels und seiner Folgen

Es gibt vier zentrale Ansatzpunkte, die geeignet sind, den demografischen Wandel und seine Folgen zu gestalten:

- das Thema *kommunizieren*, d. h. in einen *Dialog* mit den Bürgerinnen und Bürgern eintreten,
- *gegensteuern*, d. h. die Bevölkerungs*entwicklung beeinflussen*,
- den Änderungs*prozess* begleiten und *gestalten* sowie
- auf die Folgen des demografischen Wandels reagieren, d. h. staatliches und kommunales Handeln an die veränderten Bedingungen *anpassen.*

Kommunikation stärkt den Gestaltungswillen
Zunächst ist es erforderlich, die auch persönliche Betroffenheit zu erkennen und dies zu kommunizieren. Politik, Wissenschaft und gesellschaftliche Organisationen stehen in der Pflicht, die Fakten, die Hintergründe und die Folgen des demografischen Wandels ins Bewusstsein zu rufen, um – darauf aufbauend – eine breite gesellschaftliche Diskussion zu initiieren, die wiederum Voraussetzung dafür ist, den Wandel gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern aktiv zu gestalten und dabei auch die Chancen zu nutzen, die in der Gestaltung des Wandels liegen.

Die öffentliche Erörterung des Themas soll den Menschen Angst nehmen und einen Mentalitätswechsel einleiten

Die öffentliche Erörterung des Themas soll den Menschen die Angst nehmen, denn Angst lähmt. Sie soll einen Mentalitätswechsel einleiten, gibt Anstöße, selbst etwas zu tun, nicht auf „den Staat“ zu warten, sondern das Heft des Handelns selbst in die Hand zu nehmen. Mit der öffentlichen Diskussion

zum demografischen Wandel wird das bürgerschaftliche Engagement gefordert und gefördert mit dem Ziel, die Bürger- und Zivilgesellschaft zu stärken, das Ehrenamt zu unterstützen und Eigenverantwortung zu ermöglichen.

Erforderlich ist in diesem Zusammenhang eine öffentliche Debatte über den notwendigen Wertewandel. Die Politik kann die Menschen nur mitnehmen, wenn sie ein positives Leitbild glaubhaft vermitteln kann, das eine Perspektive aufzeigt und zugleich zur Handlungsorientierung und zur Priorisierung von Maßnahmen dient. Wichtig ist daher, dass die Politik dieses Leitbild trägt, denn „Leitbilder sind keine Visionen einer besseren Welt. Sie sind ein klares Versprechen, aus Chancen Tatsachen zu machen."[7]

Die Chancen des Wandels nutzen

Im Rahmen ihrer Kommunikationsstrategien müssen Länder wie Kommunen auch die Chancen des Wandels darstellen, denn eine Krise – zunächst als Gefahr wahrgenommen – birgt immer auch die Chance, den erforderlichen Wandel für positive Veränderungen zu nutzen. Dazu sind in erster Linie Offenheit für neue Lösungen und unkonventionelle Ideen erforderlich.

Die Chancen des Wandels liegen in vielen Bereichen: Bündnisse für Familien ergreifen Initiativen und verabreden Maßnahmen, deren Ziel zum Beispiel die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist. Durch dieses gesellschaftliche Engagement tragen engagierte Bürgerinnen und Bürger, gesellschaftliche Organisationen, die Verwaltung, Anbieter von familienbezogenen Dienstleistungen und Vertreter der gewerblichen Wirtschaft dazu bei, die Lebens- und Arbeitsbedingungen für Familien zu verbessern.

Die Bildungschancen bisher benachteiligter Kinder werden verbessert, weil sich die Erkenntnis durchgesetzt hat, dass unsere Gesellschaft – angesichts der Tatsache, dass noch zu viele Kinder unsere Schulen ohne qualifizierten Abschluss verlassen, und angesichts des erwarteten Fachkräftemangels – es sich nicht leisten kann, auch nur ein Kind zurückzulassen. Der entscheidende Schlüssel für die Chancen unserer Kinder liegt in der Sprache. Daher müssen Sprachbildung und Sprachförderung bereits in der vorschulischen Erziehung ansetzen. Hierzu gibt es in einigen Ländern und Kommunen bereits Erfolg versprechende Initiativen.

Unternehmen müssen mehr für die Gesundheit der Mitarbeiter/-innen tun, weil der Nachwuchs fehlt

Unternehmen stellen fest, dass sie mehr für die Gesundheit ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter tun müssen, da sie diese länger im Betrieb halten müssen, weil der Nachwuchs fehlt. Immer mehr Firmen und Verwaltungen betreiben daher aktives Gesundheitsmanagement. Der Erfolg: Die Menschen leben gesünder und werden nicht mehr so frühzeitig aus dem Arbeitsleben ausgegrenzt. Ihr Erfahrungswissen und ihre Netzwerke werden zunehmend als neues Innovationspotenzial erschlossen und für bürgerschaftliches Engagement genutzt. Und schließlich werden Werte wie Gemeinschaft, Familie, Nachbarschaft oder Dorfgemeinschaft wieder entdeckt.

Zwei Seiten einer Medaille: Familienpolitik und Wirtschaftspolitik

An zweiter Stelle – ohne dass dies eine Gewichtung bedeutet – steht das Gegensteuern, also die direkte Beeinflussung der Prozesse, die den demografischen Wandel bewirken. Hier sind in erster Linie die Familienpolitik und die Wirtschaftspolitik zu nennen.

Ein wesentlicher Faktor, der die Entscheidung zur Familiengründung beeinflusst und die Menschen motiviert, in ihrer Kommune, in ihrer Region oder in ihrem Land zu bleiben, ist die wirtschaftliche Sicherheit. Diese wird in erster Linie gewährleistet durch eine qualifizierte Berufsausbildung und einen zukunftssicheren Arbeitsplatz. Damit sind Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik tragende Säulen der Familienpolitik. Durch die Stärkung von Arbeitsplatz schaffenden regionalen und sektoralen Wachstumskernen kann wirtschaftlich motivierte Abwanderung vor allem junger Menschen verringert werden, können Leistungsträger und potenzielle Eltern im Land gehalten und Zuwanderer ins Land geholt werden.

Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik sind tragende Säulen der Familienpolitik

Stärken stärken – stärkt die Wirtschaft und das Selbstbewusstsein

Nur attraktive und zukunftssichere Arbeitsplätze können Zuwanderer motivieren und Abwanderung reduzieren. Deshalb hat die Landesregierung Brandenburg in der Wirtschaftsförderung umgesteuert. Künftig werden systematisch die Stärken gestärkt. Dazu hat die Landesregierung 15 Regionale Wachstumskerne und 16 Branchenkompetenzfelder ausgewiesen. Die Fachwelt hat diesen Paradigmen-

7 *Wolf Lotter*, BRANDEINS, H. 6/2004

wechsel einhellig begrüßt. Bei Kommunalpolitikern stieß dies zunächst vielfach auf Ablehnung. Nach anfänglichem Widerstand von nicht berücksichtigten Kommunen wurde allerdings ein Stimmungsumschwung im Land erkennbar. Die Rufe nach Fördermitteln und Nachteilsausgleich wurden verdrängt durch die Hinweise auf die eigenen Stärken. Die Umsteuerung in der Wirtschaftspolitik hat also nicht nur die wirtschaftlichen Stärken gestärkt, sie hat auch dazu geführt, dass Klagen, Resignation und Mutlosigkeit durch Eigeninitiative und Engagement verdrängt wurden.

Kinder sind Garanten einer innovativen Gesellschaft

Familienpolitik muss die Rahmenbedingungen für Familien und Kinder verbessern, so dass bestehende Kinderwünsche neben anderen Lebenswünschen verwirklicht werden können. Frauen (und ihren Partnern) muss es erleichtert werden, ihre Kinderwünsche zu realisieren. Lange Ausbildungszeiten durch Abitur und Studium verzögern den Berufseinstieg. Ausbildung, Berufseinstieg und Beruf müssen mit der Familiengründung besser vereinbar werden.

Unsere Gesellschaft muss wieder kinder- und familienfreundlicher werden – und das beginnt in den Köpfen! Kinder müssen als Bereicherung gesehen werden, nicht als „Kostenfaktor“, wie es manche Medien immer wieder vermitteln. Aber Kinder dürfen auch kein Armutsrisiko sein, denn das ist ein Armutszeugnis für unsere immer noch reiche Gesellschaft.

Kinder sind die Garanten einer innovativen Gesellschaft. Das hat man u. a. in Frankreich, den skandinavischen Ländern und den USA offensichtlich erkannt und verhält sich dort ganz anders zu Kindern – was schließlich auch in höheren Geburtenraten sichtbar wird.

Grundlage jeglicher Familienpolitik müssen eine gesicherte berufliche Perspektive für die Eltern und die bessere Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit sein

Daher müssen die Grundlage jeglicher Familienpolitik eine gesicherte berufliche Perspektive für die – zukünftigen – Eltern und die bessere Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit sein. Dies muss u. a. durch eine kinder- und familiengerechte Infrastruktur und familiennahe Dienstleistungen sichergestellt werden. Die wirtschaftliche Stärkung von Familien erfolgt durch das Familiengeld, das zum 1. Januar 2007 eingeführt wird, und als Einkommensersatz die Opportunitätskosten senkt. Die Einführung eines Familiensplitting statt des jetzigen Ehegattensplitting bleibt dagegen noch als – bisher unerfüllter – Wunsch von Familienpolitikerinnen und Familienpolitikern auf der politischen Agenda. Eine Daueraufgabe für Politik und Gesellschaft bleibt die Stärkung der Erziehungskompetenz der Eltern. Und die Einführung eines Familienwahlrechts oder eines Familienabstimmungsrechts bei themenbezogenen Volksbegehren wird weiterhin zahlreiche politische Diskussionen bestimmen.

Die Grundversorgung sicherstellen

Letztlich müssen Politik und Verwaltung Antworten finden auf Fragen und Probleme, die sich aufgrund der durch den demografischen Wandel veränderten gesellschaftlichen und ökonomischen Rahmenbedingungen ergeben. Politik und Verwaltung müssen ihre Arbeitsweise und ihre Problemlösungsstrategien an die Folgen des demografischen Wandels anpassen. Daher müssen alle Politikfelder hinsichtlich ihrer Demografiefestigkeit und der finanzpolitischen Verantwortbarkeit einer Langfristfolgenabschätzung unterzogen werden. Bei öffentlichen Investitionen muss die Bevölkerungsprognose um eine Nutzerprognose und eine Prognose der laufenden Kosten und ggf. der Beiträge und Gebühren für die künftigen Nutzer ergänzt werden. Förderprogramme und große Investitionen – besonders solche, die von den Nutzern über Gebühren finanziert werden – müssen einem „Demografie-Check“ unterzogen werden. Die Anlagen der technischen Infrastruktur und die Angebote an Verkehrsdienstleistungen müssen langfristig die Versorgung der Bürgerinnen und Bürger sowie der Wirtschaft sichern. Auch bei der sozialen Infrastruktur – wie Kindertagesstätten, Schulen, Jugendfreizeiteinrichtungen, Altenheime, Kultureinrichtungen – muss eine Grundversorgung gesichert werden. Zur Anpassung an den absehbaren Nachfragerückgang von öffentlichen und privaten Dienstleistungen sind Strategien zu entwickeln, mit denen Förderungen, Dienstleistungen und Investitionen räumlich so gebündelt werden können, dass eine angemessene Erfüllung der Daseinsvorsorge gleichzeitig auch wirtschaftlich tragfähig ist.

Politik und Verwaltung müssen Arbeitsweise und Problemlösungsstrategien an die Folgen des demografischen Wandels anpassen

In vielen Bereichen wird es zu einer stärkeren Konzentration kommen müssen. Dazu ist das System der Zentralen Orte so zu entwickeln, dass diese die

Ansprüche der Bürgerinnen und Bürger in angemessener Weise erfüllen können. Dies muss einhergehen mit der Aufwertung der Innenstädte, einer integrierten Stadtentwicklung, der Anpassung der Verkehrsinfrastruktur und der Vernetzung der Verkehrssysteme.

Stadt oder Land? Eine persönliche Entscheidung
Im Zusammenhang mit der Konzentration privater wie staatlicher Leistungen ist zwingend die Debatte über die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse aufzugreifen und neu zu diskutieren. Wer in dünn besiedelten Räumen wohnen möchte, wird sich auf eine andere Versorgungsdichte einstellen müssen als der Städter. Die Lebensqualität auf dem Land ist dann – wie übrigens auch bisher – nicht schlechter oder besser als in der Stadt – sie ist anders. Ob sie als besser oder schlechter empfunden wird, liegt an der individuellen Entscheidung der Menschen für den von ihnen bevorzugten Lebensstil.

Älter werden und gesund bleiben
Auch die Veränderung der Altersstruktur der Gesellschaft erfordert Antworten der Politik. Durch den demografischen Wandel stehen immer mehr Ältere immer weniger Jüngeren gegenüber. Die Älteren wollen möglichst lange aktiv bleiben und Sinn stiftende Aufgaben übernehmen. Daher dürfen Politik, Wirtschaft und Gesellschaft die Erfahrung, die Leistungsfähigkeit und die Leistungsbereitschaft der älteren Bevölkerung nicht länger unterschätzen. Das Erfahrungswissen älterer Menschen muss für die Jungen – in Wirtschaft und Gesellschaft – erschlossen und der Wissenstransfer von den älteren zu den jüngeren Menschen organisiert werden. Dazu muss die Erwerbsquote älterer Menschen erhöht werden. Seniorenwirtschaft wird zum Wachstumsmotor, wenn auf die Bedürfnisse von Senioren abgestimmte Produkte, Dienstleistungen und Angebote entwickelt und vermarktet werden.

Das Erfahrungswissen älterer Menschen muss für die Jungen erschlossen werden

Menschen im höheren Lebensalter sind ein Aktivposten der Gesellschaft, wenn ihre Bereitschaft, sich für das Gemeinwesen zu engagieren, unterstützt, gefördert und angenommen wird. Politik, gesellschaftliche Organisationen und die älteren Menschen selbst dürfen den Wandel nicht wie ein Naturereignis hinnehmen: Die Gesellschaft sollte die Chance nutzen, das Angebot der „jungen Alten" für ein bürgerschaftliches Engagement annehmen und sie ermutigen, Verantwortung für das Gemeinwesen zu übernehmen. Die Menschen selbst müssen sich durch lebenslanges Lernen, d. h. lernen bis ins hohe Alter, ständig weiter qualifizieren. Die älteren Menschen dürfen sich nicht als Objekt des demografischen Wandels betrachten, sondern sie sollten als Subjekt den gesellschaftlichen Wandel aktiv gestalten.

4. Die Zivilgesellschaft stellt sich dem Wandel

Die durch den demografischen Wandel verursachten Veränderungen der gesamten Gesellschaft sind dort am deutlichsten zu spüren, wo die Menschen leben: in der Kommune. Auf der kommunalen Ebene entscheiden die Bürgerinnen und Bürger selbst mit, wie ihre Lebensbedingungen sich entwickeln. Gerade in schwierigen Zeiten bildet bürgerschaftliches Engagement das Rückgrat jedes demokratischen Gemeinwesens. Ohne die freiwillig engagierten Bürgerinnen und Bürger wäre vor allem in den ländlichen Regionen die Aufrechterhaltung des gesellschaftlichen Lebens undenkbar. In vielen Orten nehmen engagierte Bürgerinnen und Bürger aller Altersgruppen kulturelle, soziale und sportliche Dienstleistungen in die eigene Hand und betreiben die dazu gehörigen Einrichtungen in Eigenregie.

Ohne freiwillig engagierte Bürgerinnen und Bürger wäre vor allem in ländlichen Regionen die Aufrechterhaltung des gesellschaftlichen Lebens undenkbar

Bürgerschaftliches Engagement fördert den Zusammenhalt der Gesellschaft
Bürgerschaftliches Engagement ist eine unverzichtbare Bedingung für den Zusammenhalt unserer Gesellschaft und gemeinsame Aufgabe aller gesellschaftspolitisch engagierten Menschen und Organisationen. Vor allem immer mehr ältere Menschen, die auch nach ihrem Ausscheiden aus dem Berufsleben körperlich und geistig fit sind, wollen Sinn stiftende Aufgaben übernehmen. Die Gesellschaft sollte diese Chance nutzen, das Angebot der – häufig noch jungen – Alten annehmen und sie ermutigen und unterstützen, Verantwortung für das Gemeinwesen zu übernehmen. Die Bürgerinnen und Bürger sind Verursacher des demografischen Wandels und zugleich davon Betroffene. Ohne ihr engagiertes Mitwirken wären sie Objekt des Wandels. Den Wandel zu gestalten und den Gestaltungsprozess als Chance für Verbesserungen der Lebensbedingungen und der politischen Kultur zu nutzen, liegt in ihrer Hand.

Die Kommunen für die neuen Herausforderungen fit machen
Der seit Jahrzehnten zu beobachtende Wandel in den Kommunen setzt sich weiter fort. Sie sind vom

demografischen Wandel besonders betroffen. Den Wandel der Kommunalverwaltung in den vergangenen Jahrzehnten beschreiben die Stichworte Ordnungsverwaltung, planende Verwaltung und Leistungsverwaltung. Nun folgt der Leistungserbringung die Verpflichtung zur Gewährleistung. Projektmanagement über Zielvereinbarungen und die Steuerung von Beteiligungs- und Selbstorganisationsprozessen sind die Aufgabenstellungen der Zukunft.

Nichts ist flexibler als die Verwaltung vor Ort

Die öffentliche Verwaltung muss ein Höchstmaß an Flexibilität zur Grundlage ihrer Arbeit machen. Die standortgebundenen Dienstleistungen müssen ergänzt werden um Internet-gestützte Angebote wie Online-Amt, Internet-Polizeiwache, elektronischer Gerichtsbriefkasten sowie um räumlich und zeitlich begrenzte Dienstleistungen wie die rollende Sprechstunde, Hausbesuche etc. Dann heißt es nicht mehr „call a pizza" sondern „call the Amtmann".

Bürgernähe wird nicht mehr über ständige ortsgebundene Präsenz, sondern durch organisationsübergreifenden, dezentralen und mobilen Service gewährleistet werden. So müssen selbst physische Wege nicht länger werden, und virtuelle Wege sind ohnehin kürzer und komfortabler: Anklicken ist bequemer als anstellen.

Nur kreative Lösungen sind zukunftstauglich

Bei der Notwendigkeit, den demografischen Wandel und seine Folgen zu gestalten, muss das Augenmerk auf den finanziellen Handlungsspielraum gerichtet werden, der für alle öffentlichen Haushalte in den kommenden Jahren enger werden wird. Voraussetzung für die Gestaltung des demografischen Wandels und seiner Folgen ist aber die Schaffung von Handlungsspielräumen – auch finanziellen Handlungsspielräumen. Daher bedarf es bei der staatlichen und kommunalen Aufgabenerfüllung einer Konzentration auf die Kernaufgaben sowie einer konsequenten Haushaltskonsolidierung. Phantasie und kreative Lösungen müssen den Ruf nach mehr Staat und mehr Geld ablösen.

Voraussetzung für die Gestaltung des demografischen Wandels ist die Schaffung von Handlungsspielräumen

Die Menschen denken global, empfinden lokal und handeln regional

Politik und politische Kommunikation müssen die Bürgerinnen und Bürger in den Mittelpunkt ihrer Betrachtung stellen und Grenzen – egal ob räumliche oder fachliche Grenzen – überwinden. Denn die Menschen orientieren sich nicht an Zuständigkeiten oder Verwaltungsgrenzen. Die Menschen denken global, empfinden lokal (kommunal), aber sie handeln regional. Daher braucht auch die Politik diese regionale Sicht mit interkommunaler Zusammenarbeit statt ruinöser Konkurrenz. Handlungsleitend für Politik und Verwaltung muss zudem die Erkenntnis sein, dass sie von den Bürgerinnen und Bürgern nicht nach ihrer Leistung – Arbeitsaufwand und Geld – beurteilt werden, sondern nach der Wirksamkeit von Politik und Verwaltungshandeln.

Reden ist Silber. Handeln ist Gold!

Die Probleme liegen auf dem Tisch. Jetzt brauchen wir Lösungen. Diese müssen wir erreichen durch

- Kommunikation des Themas,
- Vernetzung von Aufgaben, handelnden Personen und Organisationen,
- Optimierung von Prozessen,
- schonenden Ressourceneinsatz

und mit viel, viel Kreativität.

Die Fakten sind klar ebenso wie der Auftrag an Politik und Zivilgesellschaft:
„Was die Zukunft betrifft, so haben wir nicht die Aufgabe, sie vorherzusehen, sondern sie zu ermöglichen." (Antoine de Saint-Exupéry)

Dr.-Ing. Hans-Ulrich Oel ist Soziologe und Raumplaner. Er ist Mitglied der Deutschen Gesellschaft für Demographie. In der Staatskanzlei des Landes Brandenburg leitet er das Referat Demografischer Wandel. Er ist zu erreichen über die Adresse der Staatskanzlei: Heinrich-Mann-Allee 107, 14473 Potsdam.

E-Mail: hans-ulrich.oel@stk.brandenburg.de

Den Wandel gestalten als Aufgabe der außerschulischen Jugendbildung

Thomas Gill/Candida Splett

Thomas Gill und Candida Splett berichten über Ergebnisse von Überlegungen, wie in Brandenburg die Jugendbildung auf den demographischen Wandel reagieren sollte. Der Landesjugendhilfeausschuss hat sich mit der Problematik der Abwanderung junger Menschen aus Brandenburg, den daraus resultierenden Problemen für die künftige Entwicklung des Landes und den erforderlichen Konsequenzen in Jugendpolitik und Jugendbildung befasst. Der Bericht beschreibt die gegenwärtige Situation und Schwerpunkte der Planung.

Der Landesjugendhilfeausschuss des Landes Brandenburg beschloss auf seiner Sitzung am 29. März 2004 die Einrichtung einer AG nach § 78 SGB VIII zur Außerschulischen Jugendbildung. Diese wurde damit beauftragt, „(...) einen Planungsbericht zu erstellen, der Auskunft gibt über den derzeitigen Bestand und den zu erwartenden Bedarf in den (...) Bereichen der Jugendbildungsarbeit in den nächsten 3 – 5 Jahren". Der Arbeitsgemeinschaft gehörten Vertreter/-innen der im Landesjugendring vertretenen Verbände, der Jugendbildungsstätten, sonstiger landesweiter Verbände, der kreislichen Jugendämter und des Landesjugendamtes bzw. des Landesjugendhilfeausschusses an.

Die Regierungserklärung von *Matthias Platzeck* im Herbst 2004 unter dem Motto „Den Wandel gestalten" war wesentlicher Anlass dafür, den Auftrag dahingehend zu erweitern, dass die beiden zentralen gesellschaftspolitischen Herausforderungen des Landes als Aufgaben auch für die außerschulische Jugendbildung benannt wurden: der demographische Wandel und die Bildung, von Platzeck als Zukunftsversprechen an die Jugend in die Debatte gebracht.

Dem im September 2005 endgültig vom Landesjugendhilfeausschuss verabschiedeten Planungsbericht für die Jahre 2005 – 2010 lagen danach folgende vier Intentionen zu Grunde:

- den Bestand und den fachlichen Bedarf außerschulischer Jugendbildung in Brandenburg sowohl in qualitativer als auch in quantitativer Hinsicht zu beschreiben,
- fachliche Standards der außerschulischen Jugendbildung in Bezug auf Ziele, Prinzipien und didaktische Konzepte zu bestimmen,
- die Herausforderungen für die außerschulische Jugendbildung in Brandenburg für die kommenden Jahre zu analysieren und
- daraus abgeleitete Perspektiven für die außerschulische Jugendbildung aufzuzeigen.

Zum Stand der außerschulischen Jugendbildung im Land Brandenburg

Um das Potenzial und die Chancen der außerschulischen Jugendbildung angesichts des gesellschaftlichen Wandels beschreiben zu können, erschien es den Autor/-innen des Berichts notwendig, zum einen die Spezifika der außerschulischen Jugendbildung innerhalb der Jugendarbeit zu benennen und zum anderen die Besonderheiten des Handlungsfelds zu beschreiben, die sich über die Jahre im Land Brandenburg herausgebildet haben. Das alles kann hier nur in aller Kürze skizziert werden.

Bei den didaktischen Prinzipien wurde vor allem auf die Frage des freiwilligen Charakters der Veranstaltungen und der Erfahrungsorientierung der Angebote hingewiesen. Bei den Zielgruppen, den thematischen Schwerpunkten und den didaktisch-methodischen Zugängen konnte auf eine große Vielfalt verwiesen werden. Die landesweit tätigen Jugendbildungsstätten wurden in diesem Zusammenhang als Orte beschrieben, die sich dadurch auszeichnen, „dass das Lernen in ungewohnter Umgebung – fern von den ‚Ritualen' des Alltags – bewusst genutzt wird, um neue Erfahrungen und ‚Ein-Sichten' zu ermöglichen."

Die in Brandenburg landesweit tätigen Jugendbildungsstätten werden als Orte beschrieben, die neue Erfahrungen und Einsichten ermöglichen

Im Land Brandenburg wurden pro Jugendlichem im Alter von 12 – 20 Jahren 2,86 Euro (2000) bzw. 2,52 Euro (2004) zur Finanzierung unterschiedlichster Angebote aufgewandt (ohne Personalkosten). Damit wurden im Jahr 2002 mit 1.287 Maßnahmen 26.749 Jugendliche von 328.400 insgesamt erreicht. Rechnerisch ist es damit nicht jedem jungen Menschen in Brandenburg möglich, mindestens einmal im Leben, und sei es auch nur für einen Tag, ein Angebot der außerschulischen Jugendbildung wahrzunehmen. Statistisch steht dieses Angebot – bezogen auf die Zahlen des Jahres 2002 – nur für 76 % der jungen Menschen offen.

Demographische Veränderungen im Land Brandenburg mit Blick auf die Jugend

Das Land Brandenburg weist unter demographischen Aspekten eine Reihe von Besonderheiten auf. Mit allen ostdeutschen Bundesländern teilt es den starken Geburtenrückgang Anfang der neunziger Jahre infolge der deutschen Vereinigung, der sich

durch ein „demographisches Echo“, die Tatsache, dass schrumpfende Generationen selbst jeweils eine geringe Anzahl von Kindern in die Welt setzen, auch in die Zukunft fortschreiben wird. Erst für die Zeit ab 2010 werden gleiche Geburtenraten für Ost- und Westdeutschland prognostiziert. Wie in keinem zweiten Bundesland findet in Brandenburg zugleich eine starke Binnenwanderung statt. Die Metropolenregion des Berliner Umlands gehört zu den dynamischsten Regionen Deutschlands mit Zuwanderung vor allem qualifizierter Arbeitnehmer/-innen und deren Familien. Zugleich findet eine massive Abwanderung aus den Berlin fernen Gebieten statt, die zu drastischen Bevölkerungsrückgängen und einer starken prozentualen Zunahme älterer Menschen führt. In nahezu allen Mittelstädten im Berlin fernen Raum wird sich die Bevölkerung zwischen 1990 und 2030 in etwa halbieren!

Abnahme der absoluten Zahl der Jugendlichen

Die Diskussion zur demographischen Entwicklung im Land Brandburg hat vor allem mit der Bevölkerungsprognose aus dem Jahr 2002 die Brisanz des Wandels der Zusammensetzung der Bevölkerung deutlich werden lassen. Bezogen auf die quantitativ relevante Altersgruppe für die außerschulische Jugendbildung, die 12- bis 20-Jährigen, hat mit dem Jahr 2000 ein Rückgang eingesetzt, der etwa bis 2010 andauern wird. Danach steigt die Anzahl junger Menschen wieder leicht und stabilisiert sich auf niedrigerem Niveau.

Nach dieser Bevölkerungsprognose stellen sich die Zahlen wie folgt dar:

Jahr	2000	2002	2005	2010
12 – 20-Jährige	341.400	328.400	267.400	170.900

Angaben: LUA, 11/2004

Neuere Zahlen vom März 2006 des *Landesbetriebs für Datenverarbeitung und Statistik* bestätigen diese Annahmen, zeigen aber zugleich, dass die Disparitäten zwischen den Räumen eher noch größer ausfallen könnten als zuvor angenommen.

Auch bezogen auf die Jugendlichen stellt sich die Entwicklung bis 2010 für die einzelnen Regionen Brandenburgs sehr unterschiedlich dar. Im äußeren Entwicklungsraum ist im Zeitraum zwischen 2002 bis 2010 mehr als eine Halbierung der Zahl junger Menschen zu erwarten, im engeren Verflechtungsraum – dem Umland Berlins – beträgt die Abnahme wahrscheinlich rund ein Drittel. Wenn ab 2010 insgesamt eine leichte Zunahme zu erwarten ist, wird davon nur der Berlin nahe Raum profitieren.

Von einer späteren Zunahme jüngerer Menschen wird nur der Berlin nahe Raum profitieren

Die Abwanderung junger Erwachsener aus Brandenburg und die Folgen

Ende der 90er Jahre setzte eine verstärkte Abwanderung von Menschen im Alter von 16 bis 30 Jahren aus Brandenburg ein, bei allen anderen Altersgruppen ist das Land Brandenburg eher Wanderungsgewinner.

Wanderungssalden der 16-30jährigen
(ohne Berücksichtigung der Zuwanderung aus dem Ausland):

1995	1998	1999	2000	2001	2002	2003
–2.570	–5.298	–7.555	–9.640	–13.281	–13.588	–11.481

Angaben: LDS Brandenburg 2004

Um den Effekt der Binnenwanderung deutlicher werden zu lassen, ist die Zuwanderung aus dem Ausland nicht berücksichtigt, zumal diese im Zeitraum deutlich abnimmt und mit einem Wanderungsüberschuss von 1.322 Personen im Alter von 15-30 Jahren im Jahr 2003 nur noch geringe Bedeutung hat. Die Abwanderungszahlen sind insofern etwas zu relativieren, als sich rund ein Fünftel des Wanderungssaldos auf den Bevölkerungsaustausch mit Berlin bezieht, junge aus Brandenburg Weggezogene also in der Region verbleiben.

Es sind überwiegend höher Qualifizierte und vor allem höher qualifizierte Brandenburgerinnen (weiblicher Anteil rd. 60 %), die abwandern. Diese verfügen über die notwendigen Kompetenzen, um die Herausforderungen, die sich mit einer Abwanderung verbinden, auch zu bestehen, zeigen Offenheit für Neues und das notwendige Maß an Ambiguitätstoleranz. Zum einen spiegeln sich in dem höheren Anteil von abwandernden jungen Frauen deren prozentual höhere Bildungsabschlüsse, zum anderen scheint diese Gruppe in besonderem Maße bereit zu sein, sich auf das Wagnis eines auch räumlichen Neuanfangs einzulassen.

Für die in Brandenburg Verbleibenden wird sich in den kommenden Jahren das quantitative und qualitative Verhältnis zwischen Frauen und Männern deutlich wandeln. 1990 kamen zahlenmäßig auf 100 Männer noch 94 Frauen. Für das Jahr 2030 wird für den äußeren Entwicklungsraum eine Relation von 83 Frauen zu 100 Männern progno-

Das quantitative und qualitative Verhältnis zwischen Frauen und Männern in Brandenburg wird sich in den kommenden Jahren wandeln

stiziert. In den peripheren Regionen könnte sich eine männlich dominierte Gesellschaft entwickeln, die sich überwiegend aus sozial und wirtschaftlich Benachteiligten mit tendenziell schlechter Bildung und prekären Einkommensverhältnissen zusammensetzt. Dies hätte wiederum für die Kultur des Aufwachsens von Kindern sowie für die Lebensoptionen von Mädchen und Frauen gravierende Folgen.

Gründe der Abwanderung Jugendlicher und junger Erwachsener

Jugendliche und junge Erwachsene verlassen Brandenburg meist zu Beginn eines neuen Lebensabschnitts. An erster Stelle der Gründe steht die Frage nach einem adäquaten Angebot zum Einstieg in eine Erwerbsexistenz: Berufsausbildung, Studium, Arbeit im erlernten Beruf etc.

Sicher spielen aber auch weitere Aspekte wie kulturelle und soziale Angebote und die politische Kultur im Gemeinwesen eine Rolle. Es liegt nahe, dass der Druck durch eine rechtsextreme hegemoniale Jugendkultur vor allem in kleinen Gemeinden die Abwanderung von nicht rechtsextrem, sondern demokratisch orientierten Jugendlichen deutlich befördert. Zumal die rechtsextreme (männlich dominierte) Subkultur auch zunehmend dazu übergeht, ökonomische Bedeutung zu gewinnen und einzelne Nischen im Bereich des Handels und der Dienstleistungen zu besetzen. Nischen, die nur der eigenen Klientel als Erwerbsquelle offen stehen.

Die beschriebenen Aspekte sind insbesondere im Zusammenhang mit etwaigen Rückkehrentscheidungen nach Ausbildung oder Studium von Bedeutung. Dass Jugendliche sich andernorts ausbilden lassen und ihren Horizont erweitern, ist ja zunächst einmal wünschenswert, zumal Brandenburg kaum in der Lage ist, eine komplette Ausbildungsinfrastruktur anzubieten. Entscheidend ist die Frage, ob Jugendliche schließlich zurückkehren und ihre erworbene Qualifikation vor Ort einsetzen können oder wollen.

Aufgaben der außerschulischen Jugendbildung angesichts des Wandels

Lebensperspektiven eröffnen

Die wirtschaftlichen Chancen einer Region hängen von vielen Parametern ab, nicht unwesentlich sind dabei die Kompetenzen und Fähigkeiten der Menschen. Der Koalitionsvertrag, der eine der Grundlagen der aktuellen Politik in Brandenburg ist, sagt es deutlich: „Die Zukunft unserer Gesellschaft und die Lebenschancen der Menschen hängen im Zeitalter des Wissens von nichts anderem so sehr ab wie von den Fertigkeiten und Kenntnissen der Einzelnen“ (SPD/CDU-Koalitionsvertrag S. 7, 12.10.2004).

Außerschulische Jugendbildung unterstützt junge Menschen im Prozess der Aneignung von Fähigkeiten und Kenntnissen

Außerschulische Jugendbildung unterstützt Mädchen und Jungen, junge Frauen und Männer in dem Prozess der Aneignung dieser Fähigkeiten, Fertigkeiten und Kenntnisse und bei der Entwicklung personaler Kompetenzen. Über Angebote der Berufs- und Lebensorientierung trägt sie zur Entwicklung einer eigenen Lebensperspektive bei. Sie nimmt dabei auch geschlechtsspezifische Rollenzuschreibungen in den Blick und zeigt mögliche Alternativen auf.

Außerschulische Jugendbildung trägt weiter dazu bei, durch (Freizeit-)-Angebote ein attraktives Umfeld für junge Menschen zu gestalten und diese dazu zu ermutigen, sich mit ihrem Umfeld auseinander zu setzen bzw. selbst etwas für dessen Attraktivität zu tun. Dies ist vor allem im ländlichen Raum fernab von Berlin von Bedeutung. Auch zieht außerschulische Jugendbildung, insbesondere in Jugendbildungsstätten, Besucher/-innen aus anderen Regionen an, sorgt für kulturellen Austausch und die Belebung der Jugendkulturen.

Demokratische Kultur entwickeln

Demokratische Kompetenzen sind Schlüsselkompetenzen für die Zukunftschancen junger Menschen im Land Brandenburg. Demokratiebildung heißt dabei, dass junge Menschen Handlungsoptionen demokratischer Integration in eine kontingente und gleichzeitig veränderbare Gesellschaft erkennen und nutzen lernen. Deshalb sollen Maßnahmen der außerschulischen Jugendbildung folgende Anforderungen erfüllen:

- Lernen des Umgangs mit Differenz (inklusive der Erfahrung, Differenz ertragen zu können),
- Erfahrungen von Wertschätzung (der Unterschiede und der Gemeinsamkeiten der Individuen),
- persönliche Erlebnisse und Erfahrungen von Gleichwertigkeit,
- Unterstützung von Konfliktfähigkeit,
- Begleitung und Unterstützung empathischen Verhaltens,
- Unterstützung im Aufbau von Selbstvertrauen und Selbstachtung (Vertrauen in die eigenen Handlungsmöglichkeiten) und

- Einüben von Ambiguitätstoleranz (das heißt die Fähigkeit zum Ausbalancieren uneindeutiger Situationen).

Demokratische Jugendbildung setzt auf die Kommunikation unterschiedlicher Werthaltungen und Einstellungen

Demokratische außerschulische Jugendbildung setzt auf die Kommunikation unterschiedlicher Werthaltungen und Einstellungen im demokratischen Prozess. Sie eröffnet damit das Erlernen von Demokratie auch im Konflikt der Werthaltungen und Interessen. Sie ist deshalb ein wichtiger Bestandteil der Auseinandersetzung mit rechtsextremem, fremdenfeindlichem, patriarchalem, autoritärem, kurzum: demokratiefeindlichem Denken und Handeln und damit eine Grundvoraussetzung für die Öffnung Brandenburgs für Zuwanderer und Zuwanderinnen, vor allem auch aus dem osteuropäischen Ausland.

Die Vermittlung von Fähigkeiten zur Interessensvertretung und Partizipation ermöglicht es Jugendlichen, das Gemeinwesen aktiv in ihrem Sinne mitzugestalten.

Vermittlung interkultureller Kompetenz/ Kooperation mit Osteuropa

Außerschulische Jugendbildung kann durch Angebote des interkulturellen Lernens und der internationalen Begegnungen mit dazu beitragen, die notwendigen Kompetenzen zu vermitteln, um die Herausforderungen der Wanderungsbewegungen und der Europäisierung bewältigen zu können. Interkulturelle Kompetenz bezieht sich auf das Erleben und Handeln unter der Voraussetzung ethnischer sowie sozialer und regionaler Unterschiedlichkeit. Interkulturelles Lernen setzt hierbei auf eine grundsätzliche Anerkennung von Unterschiedlichkeit und die Erfahrung gegenseitiger Wertschätzung. Internationale Begegnungsarbeit und Interkulturelles Lernen müssen verstärkt auch an die so genannten „bildungsfernen" jungen Menschen adressiert und ihnen entgegenkommende Angebote müssen unterbreitet werden. Die Entwicklung von Weltoffenheit und interkulturellen Kompetenzen gehört notwendig zu den Zielsetzungen außerschulischer Bildung auch bei den Maßnahmen, die auf die Stärkung der Chancen Jugendlicher zum Verbleib in den Herkunftsregionen ausgerichtet sind.

Durch die geographische Lage Brandenburgs hat die deutsch-polnische Begegnung im grenznahen Bereich, aber auch darüber hinaus, einen eigenen Stellenwert. Durch die Aufnahme Polens in die EU haben sich die Parameter des deutsch-polnischen Verhältnisses auf vielfältigste Weise verändert. Die zu erwartende Beschleunigung der wirtschaftlichen Angleichung, die Möglichkeiten grenzüberschreitender Ausbildung, des Schulbesuchs, der Arbeit etc. im jeweils anderen Land machen erhebliche Anstrengungen notwendig, junge Menschen auf diese veränderte Situation einzustellen. Gleichzeitig sind nach wie vor große Distanzen zu überwinden.

Die deutsch-polnische Begegnung im grenznahen Bereich hat einen eigenen Stellenwert

Zukunftsversprechen Bildung – zur Kooperation mit Schule

Die Bedeutung der Kooperation mit Schulen wird in den kommenden Jahren für die außerschulische Bildung in Brandenburg zunehmen. Zum einen wird von der Landespolitik insbesondere der Bereich der formalen Bildung in den Blick genommen, um allen jungen Brandenburger/-innen eine Zukunftschance zu eröffnen. Ressourcen werden vor allem in diesen Bereich fließen, alle Bereiche der Jugendhilfe werden auch danach bewertet, was sie zur Unterstützung von Schule beitragen können. Zum anderen werden insbesondere in den Berlin fernen Räumen junge Menschen vor allem im Umfeld von Schule und verstärkt in Ganztagsschulen anzutreffen sein. In der Zeit, als der Planungsbericht erstellt wurde, war die anfängliche Hoffnung auf eine Kooperationen mit Schule einer deutlichen Skepsis gewichen. „Die Erfahrungen der letzten zwei Jahre zeigen, dass der ursprüngliche Impuls der Debatte, Schule grundlegend weiter zu entwickeln und zu öffnen gegenüber dem Gemeinwesen und gegenüber der Jugend(-bildungs)arbeit, zunehmend verloren geht. Sie wird vom gegenwärtigen Diskurs der Reformierung einiger schulischer Teilsysteme unter der punktuellen Einbeziehung Dritter abgelöst. Bisher konnte die Praxis der Kinder- und Jugendhilfe in Brandenburg in diesem Prozess nur eine geringe Bedeutung erlangen."* Die ersten Erfahrungen in den Kooperationen mit Ganztagsschulen zeigen, dass es kaum gelungen ist, die Zusammenarbeit gleichberechtigt zu organisieren. Schule hat von Anbietern der Jugendarbeit vor allem kompensatorische Angebote abgefragt. Angebo-

Die Erfahrungen in der Kooperation mit Ganztagsschulen zeigen, dass es kaum gelungen ist, die Zusammenarbeit gleichberechtigt zu organisieren

* Alle Zitate aus: „Den Wandel gestalten ..." Perspektiven der außerschulischen Jugendbildung im Land Brandenburg 2005 – 2010, Beschluss des Landesjugendhilfeausschusses Brandenburg, 09/05

te der außerschulischen Jugendarbeit haben dabei kaum eine Rolle gespielt.

Gleichwohl haben die Autor/-innen des Planungsberichts den Jugendbildungsstätten für die Gestaltung der Kooperation mit Schule generell und nicht nur mit Ganztagsschulen eine besondere Bedeutung zugemessen: „Jugendbildungsstätten verfügen über ein besonderes Potenzial, um Kooperationen mit Schulen einzugehen, und haben dementsprechend in den letzten Jahren eine breite Praxis in diesem Feld entwickelt: Dieses Potenzial umfasst unter anderem: hauptberufliche Jugendbildungsreferent/-innen als feste und langfristige Ansprechpartner/-innen in Kooperationsbeziehungen, eine große Zahl (zum Teil selbst) qualifizierter Honorarmitarbeiter/-innen und Referent/-innen, die flexibel eine breite Palette von Themen und Methoden anbieten können, und eine eigene feste Einrichtung, die über eine spezifische Ausstattung und vielfältige pädagogische Möglichkeiten verfügt."

Ob es gelingt, künftig die Potenziale der außerschulischen Jugendbildung für die Neugestaltung von Bildung in Brandenburg zu nutzen – der Bedarf wird von keinem Bildungspolitiker und keiner Bildungspolitikerin im Land bezweifelt – wird auch davon abhängen, ob eine zentrale Forderung des Berichts erfüllt wird: „Ganz zentral für einen pädagogischen Effekt ist es, dass die Angebote in der Verantwortung der Jugendbildungsstätte bleiben. Nur so kann verhindert werden, dass sie sich unmittelbar oder schleichend den Bedingungen schulischen Lernens anpassen und somit ihren spezifischen Wert verlieren. Aus diesem Grund ist es dringend erforderlich, dass die Finanzhoheit über die für die Durchführung notwendigen Fördermittel den Trägern der Jugendarbeit zugeordnet ist und nicht den Schulen, die sich sonst quasi nur eine Leistung einkaufen."

Bildungsangebote zur Gestaltung des Wandels

Die Debatten um die Gestaltung des gesellschaftlichen Wandels in Brandenburg haben mit dazu beigetragen, Angebote in der *Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein* zu entwickeln, die jungen Brandenburgern und Brandenburgerinnen Unterstützung bei der persönlichen Bewältigung der Herausforderungen bieten:

Lebens- und Berufsorientierung
In den Seminaren zur Lebens- und Berufsorientierung der *Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein* werden die Jugendlichen vor dem Einstieg ins Berufsleben darin unterstützt, eigene Wünsche und Perspektiven zu klären. Lebensträume, Stärken, Schwächen, Neigungen und Fähigkeiten der Teilnehmenden werden diskutiert und an den Realitäten, die sie auf dem Arbeitsmarkt erwarten, gemessen. Die Vielfalt der Ausbildungsberufe und die Alternativen zu einer betrieblichen Ausbildung werden aufgezeigt. Es gilt, Rahmenbedingungen und Handlungsmöglichkeiten zu erläutern und über realitätsnahe Bewerbungstrainings Handwerkszeug zu vermitteln. Darüber hinaus werden die Schlüsselqualifikationen der Jugendlichen verbessert, um sie zu befähigen, sich an der Lösung gesellschaftlicher Problemstellungen zu beteiligen. Den Jugendlichen sollen die Chancen gesellschaftlicher Teilhabe in zentralen Feldern wie Arbeit und Politik verdeutlicht werden. So machen sie die Erfahrung, dass sie von gesellschaftlichen Ressourcen profitieren können und nicht nur unter dem Gesichtspunkt ihrer „Defizite" Unterstützung erhalten. Der geringen Akzeptanz und Wertschätzung demokratischer Normen und Verhaltensweisen soll damit entgegen gewirkt werden.

Deutsch-polnische Begegnung mit Auszubildenden
Die Seminare „Working together – against prejudice and racism" der *Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein* sind internationale Begegnungen mit berufsspezifischem Charakter. Teilnehmende sind Auszubildende und junge Berufstätige aus Deutschland und Polen, die sich jeweils in Deutschland und in Polen begegnen. Schwerpunkt des Seminars ist das gegenseitige Kennenlernen der Arbeits- und Lebenswelt von Auszubildenden in Deutschland und Polen. In gemeinsamen praktischen Modulen und „Work-Together-Einheiten" arbeiten die Teilnehmenden an kleineren Projekten bei den jeweiligen Ausbildungsträgern oder in der Bildungsstätte. Die Begegnung zielt auf die Vermittlung interkultureller Kompetenz. Inhaltlich setzen sich die Teilnehmenden mit Ursachen und Funktionen von Vorurteilen und Stereotypen auseinander. Die Begegnung bietet den Teilnehmenden ein Forum, sich über ihre individuellen Lebensumstände, Lern- und Arbeitsbedingungen sowie Vorlieben und Stile auszutauschen und Elemente anderer Kulturen kennen zu lernen. Der Abbau von Vorurteilen, die Sensibilisierung gegenüber Stereotypen, das Erkennen gemeinsamer Interessen und Fähigkeiten und nicht zuletzt die Motivation zur Mobilität bzw. Akzeptanz Zugewanderter aus dem jeweils anderen Land sind Hauptziele der Begegnung.

„Das Einwanderungsland Deutschland gemeinsam gestalten"
Das Projekt der *Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein* „Das Einwanderungsland Deutschland gemein-

sam gestalten“ richtet sich an Migrant/-innen und Jugendliche aus deren Umfeld. Bei den Migrant/-innen wird der Schwerpunkt gelegt auf Jugendliche türkischer Herkunft, Aussiedler/-innen aus der ehemaligen Sowjetunion sowie jüdische Zuwanderer bzw. Zuwanderinnen. Insbesondere die letzten beiden Gruppen sind auch in Brandenburg anzutreffen und beteiligen sich im Rahmen dieses Projekts gemeinsam mit den deutschen Jugendlichen in ihrem Umfeld an der Gestaltung der Integration bzw. des gemeinsamen Lebens in Deutschland bzw. Brandenburg. Zum Erwerb von Schlüsselkompetenzen werden Seminare zu Themen wie Lebensplanung, Berufsorientierung, Bewerbungstraining oder Kommunikation und Konfliktbewältigung angeboten. Weitere Seminare bieten den Beteiligten ein Forum für einen gesellschaftlichen und kulturellen Dialog. Dabei geht es um Normen und Werte, Demokratie und Interessenvertretung, Diskriminierung und Ausgrenzung sowie um geschlechtsspezifische Rollenbilder. In einer späteren Projektphase werden die direkte Mitgestaltung und Wahrnehmung von Partizipationsmöglichkeiten durch die am Projekt beteiligten Jugendlichen im Mittelpunkt stehen. Je nach Zielgruppe und regionaler Besonderheit sollen Beteiligungsmöglichkeiten wie z. B. Zukunftswerkstätten, Runde Tische, Foren etc. geschaffen werden. Jugendliche, regionale Partner und Verantwortliche der Kommune können hier Fragen von Integration diskutieren. Damit wird eine Öffentlichkeit für die Interessen, Bedürfnisse und Probleme der Jugendlichen in Hinblick auf ein Zusammenleben im Einwanderungsland Deutschland geschaffen. Das Projekt leistet einen Beitrag zu einer aktiven Gestaltung von Zuwanderung und der Schaffung einer demokratischen Kultur.

Angebote der außerschulischen Bildung verlässlich absichern

Die Bereitschaft von jungen Menschen, die Angebote der außerschulischen Bildung anzunehmen, ist nach wie vor größer, als es die (finanziellen) Möglichkeiten der Veranstalter/-innen zulassen. Das Interesse junger Menschen, sich zu engagieren, auszutauschen, in der Gruppe zu lernen, ist ein Potenzial, das angesichts der bildungspolitischen, wirtschaftlichen und demografischen Herausforderungen des Landes Brandenburg zwingend der weiteren Förderung bedarf. Die Fähigkeit der außerschulischen Jugendbildung, ihre Aufgaben und Ziele zu erreichen, hängt ganz wesentlich davon ab, wie verlässlich sie gegenüber ihren Adressaten bzw. Teilnehmenden, Kooperationspartner/-innen, Akteur/-innen (hauptberufliche, ehrenamtliche und Honorar-Mitarbeiter/-innen) etc. sein kann. Sie hat über lange Zeiträume ein Netzwerk entwickelt, das – insbesondere in Zeiten finanzpolitischer Restriktionen – permanent gefährdet ist. Die dauerhafte Absicherung einer Grundversorgung ist eine notwendige Voraussetzung, um dieses fragile Netzwerk nicht langfristig zu zerstören.

Der Planungsbericht weist nach, dass die Abnahme der Zahl der jungen Brandenburger langfristig nicht als Argument dienen kann, Kürzungen im Bereich der außerschulischen Bildung vorzunehmen.

Jahr	2002	2004	2005	2010
Jugendliche 12 – 20jährige	328.400	ca. 290.000	267.400	170.900
durchschnittlicher Jahrgang	36.500	32.200	29.700	19.000
erreichte TN	27.900	ca. 22100	22.100*)	22.100*)
Versorgungsgrad durchschnittlicher Jahrgang	76,4 %	68,6 %	74,4 %	116,3 %

Angaben LUA 11/2004 und eigene Berechnungen; Fortschreibung der Förderung aus 2004

Der Bericht bestimmt erstmals eine Mindestausstattung von Angeboten außerschulischer Bildung für das Land Brandenburg. An diesem Maßstab gemessen verweist er auf die Notwendigkeit einer Ausweitung der Förderung: „Bei einer Idealvorstellung, dass jeder junge Mensch des Landes Brandenburg einmal in seinem Leben die Chance erhält, an einer Maßnahme der Außerschulischen Jugendbildung teilzunehmen, die mindestens eine Dauer von 2,5 Tagen hat (z. B. als Wochenendseminar), würde dies (bei Addierung der Tagesveranstaltungen auf drei Tage) eine Förderung von ca. 66.000 TNT (bezogen auf das Jahr 2010) bedeuten. Auf der Grundlage der aktuellen Förderhöhe bedürfte es hierzu eines Budgets von 1.250.000 Euro (128 % der Fördersumme des Jahres 2002).“

Thomas Gill arbeitet als Geschäftsführer in der Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein.

E-Mail: t.gill@kurt-loewenstein.de

Candida Splett ist Referentin für Öffentlichkeitsarbeit.
E-Mail: c.splett@kurt-loewenstein.de

Beide sind zu erreichen unter der Anschrift: Jugendbildungsstätte Kurt Löwenstein, Freienwalder Allee 8 – 10, 16356 Werneuchen/Werftpfuhl.

Ein Lernort für die Bildungsarbeit mit älteren Menschen: Die Heimvolkshochschule HAUS HAARD

Daniela Elbers

Bei der Bildungsarbeit mit älteren Menschen in einer Heimvolkshochschule kommt es nicht allein auf die Didaktik und Methodik der Erwachsenenbildung an, sondern architektonische Gestaltung und hauswirtschaftliche Versorgung haben ebenfalls großen Einfluss auf das Gelingen von Bildungsprozessen. Die Heimvolkshochschule Haus Haard ist der Bildungsarbeit mit älteren Menschen in besonderem Maße verpflichtet. Daniela Elbers beschreibt hier, was es dabei alles zu beachten gilt.

Auftrag

Die *Ev. Heimvolkshochschule HAUS HAARD* – eine Modelleinrichtung für die Bildungsarbeit mit älteren Menschen – wurde 1979 gegründet. Träger ist das *Ev. Seniorenbildungswerk Haard e. V.*, Oer-Erkenschwick, am südlichen Rande des Münsterlandes. In dieser Einrichtung der Erwachsenenbildung werden jährlich ca. 80 mehrtägige Seminarveranstaltungen mit Angehörigen der mittleren und älteren Generation durchgeführt. Die inhaltlich-konzeptionelle Gestaltung folgt dem Prinzip der Ganzheitlichkeit. Ziel der Bildungsarbeit ist es, den älter werdenden Menschen ein Höchstmaß an Selbstbestimmung und damit Teilhabe und Gestaltungsmöglichkeiten in der demokratischen Gesellschaft zu ermöglichen.

Entstehungsgeschichte der Einrichtung

Die Entstehung der *Heimvolkshochschule Haus Haard* folgte einem zunehmenden Bildungsbedürfnis älterer Menschen, die die Möglichkeit ihres Bildungsengagements im Zuge des lebenslangen Lernens auch über ihre Erwerbsphase hinaus einforderten. Dies ging einher mit der Etablierung neuerer wissenschaftlicher Erkenntnisse v. a. der Lernforschung und der Alterssoziologie, die nicht nur die Lernfähigkeit des Menschen unabhängig von seinem kalendarischen Lebensalter, sondern aus soziologischer Sicht sogar eine Lernnotwendigkeit nachwiesen, damit er sich den Entwicklungsaufgaben der sich im rasanten Wandel befindlichen Gesellschaft stellen kann. Diese Erkenntnisse trafen schon in der Gründungszeit von Haus Haard auf eine demografische Entwicklung, die den relativen Anteil der älteren Bevölkerung immer stärker ansteigen lässt. Diesem immer größer werdenden Bevölkerungsanteil adäquate Bildungsangebote zu machen, war und ist Aufgabe von Haus Haard.

So wurde der Um- und Neubau des Hauses der Heimvolkshochschule in den Jahren 1977 bis 1979 durch das damalige *Bundesministerium für Jugend, Familie und Gesundheit* und die *Stiftung des Landes Nordrhein-Westfalen* mit gefördert.

Die bauliche Konzeption setzt Schwerpunkte sowohl im Tagungs- als auch im Beherbergungsbereich. Das Haus verfügt über Einzelzimmer und Doppelzimmer, alle mit WC und Dusche und zum Teil mit rollstuhlfahrergerechter Ausstattung, zudem wurde das gesamte Haus barrierefrei konzipiert.

Das (pädagogische) Konzept

Die Notwendigkeit zum lebenslangen Lernen ergibt sich in unserer schnelllebigen Zeit u. a. durch den technischen und sozialen Wandel. Früher Erlerntes und frühere Erfahrungen verlieren häufig an Gültigkeit. Älter werdende Menschen sind aber keine Randgruppe mit Sondermerkmalen. Pädagogisch gesehen haben wir es nicht mit einer geschlossenen Zielgruppe zu tun. Sie ist so heterogen wie andere Altersgruppen auch. Differenzierungen sind notwendig in Bezug auf das Bildungsprogramm, die Vermittlungsformen und Methoden. Bildungsarbeit mit Älteren muss daher als Lernen im weitesten Sinne verstanden werden: als geistige, körperliche und soziale Aktivierung zur Mobilisierung der psychischen und physischen Kräfte. Dieser Ansatz stellt den Lernenden als Subjekt in seiner konkreten Lebenssituation in den Mittelpunkt der Lernprozesse. Der Erfolg jeder Bildungsarbeit hängt eng mit dem Wohlbefinden der Teilnehmenden zusammen. Eine Heimvolkshochschule bietet da besonders günstige Voraussetzungen: Lernen, Wohnen, Freizeit unter einem Dach. Das Bemühen geht dahin, dass die Gäste in Haus Haard *leben* können. Alle Bereiche, die dazu gehören, haben Raum in Haus Haard: Platz, um sich auszubreiten, Zeit für eigene Interessen, aber auch Gemeinschaftserleben, Gehör finden für Gedanken, Wünsche, Hoffnungen und Ängste, Raum und Räume zur Entfaltung der eigenen kreativen Fähigkeiten, ein reich gedeckter Tisch, der das leibliche Wohl nicht zu kurz kommen lässt, und Raum für Spiritualität. Die Idee der Heimvolkshochschule ist bereits recht alt und stammt aus den skandinavischen Ländern. Die Grundidee war es, eine „Lebensschule“ zu schaffen, die lebenspraktisches Wissen vermittelt. Prinzipiell lässt sich diese Idee auch auf die Bildungsarbeit mit Älteren übertragen, denn „lebenspraktisches Wissen“, also die Orientierung am Alltag der Teilnehmenden, ist eine wesentliche Zielsetzung der Bildungsarbeit in Haus Haard.

Ältere Menschen sind keine Randgruppe mit Sondermerkmalen

Heimvolkshochschule bedeutet, dass dieser Ort während der Zeit des Lernens zum „Zuhause“ wird

Warum ist aber nun gerade eine Heimvolkshochschule besonders dafür geeignet, diese Zielsetzung zu erreichen? Heimvolkshochschule bedeutet ja, dass dieser Ort während der Zeit des Lernens zum „Heim“, zum „Zuhause“ wird. Also wohnen, schlafen, essen, feiern und arbeiten die Teilnehmenden für eine begrenzte Zeit in diesem „Zuhause“. Die Vorteile dieser Form der Erwachsenenbildung liegen auf der Hand: sie ermöglicht das Erleben und Mitgestalten einer Wohn-, Arbeits-, Lebens- und Feiergemeinschaft, in der aber auch oft als lästig empfundene Pflichten der Hausarbeit (einkaufen, kochen, spülen...) nicht anfallen. Auch für die konkret-inhaltliche Arbeit bieten sich entscheidende Vorteile: Die zur Verfügung stehende Zeit erlaubt es, die Themen viel intensiver anzugehen als in kurzfristigen 45-Minuten-Veranstaltungen. Wird man am Vormittag nicht fertig, arbeitet man am Nachmittag eben weiter, und – wer Lust hat – spricht am Abend und in der Freizeit auch noch einmal darüber. In den Computerseminaren stellen wir fest, dass mancher Teilnehmende bis drei Uhr früh im Computerraum saß und gleich am Morgen die Gelegenheit erhält, seine Fehler erläutert zu bekommen. Diese Blockveranstaltung hat einen weiteren Vorteil: Als Teilnehmer muss man sich nicht wieder neu entscheiden, ob man zur nächsten Seminareinheit geht – man ist ja sowieso schon da. Es spielt auch keine Rolle, ob die Verkehrsverbindungen ungünstig sind oder ob das Wetter schlecht ist. Insgesamt ermöglicht die Arbeit in einer Heimvolkshochschule sehr intensive Lernprozesse, weil sie eben den ganzen Menschen und nicht nur seinen Kopf anspricht und einbezieht. Nicht zu verheimlichen ist, dass diese Organisationsform ihren Preis hat. Denn neben der Bereitstellung der pädagogischen, Unterkunfts- und Verpflegungsleistungen sind für das Sicherheitsgefühl der älteren Teilnehmer auch Nachtbereitschaftsdienste zu organisieren und zusätzliche Serviceleistungen, die nicht über Automaten zu regeln sind. Auf der anderen Seite gibt es Teilnehmende, die gerade dieses „Leben zwischen Versorgungssicherheit und Selbstbestimmung“ genießen und Haus Haard als ihr „zweites Zuhause“ betrachten.

Das Haus im Grünen

Die Bildungsstätte liegt fern vom Verkehrslärm am südlichen Rand des Naturschutzgebietes „Die hohe Mark“. Der Naturpark dehnt sich auf einer Fläche von 1.040 Quadratkilometern aus. Im Naturpark sind zahlreiche Rad- und Wanderwege sowie Walkingstrecken ausgebaut. Dass die großen Verkehrswege nur wenige Kilometer entfernt sind, vergisst man schnell, wenn man durch die Wälder streift, die direkt vor der Haustür beginnen. Die Wege

Haus Haard

sind eben und dadurch auch zu nutzen von Menschen, die nicht so gut zu Fuß sind. Wanderstöcke und Fahrräder stehen den Seminarteilnehmern kostenlos zur Verfügung. Leider wurden an den Wanderwegen keine Bänke aufgestellt, die zum Rasten einladen. Das Argument der Waldbesitzer ist: Wo Bänke stehen, gibt es auch Unrat. Da Haus Haard aber über 5.000 Quadratmeter Grünfläche verfügt, mit einem kleinen Biotop, einer Kneippanlage und genügend Ruhezonen, können Menschen auch direkt vor Ort die frische Luft genießen. Die wunderschöne landschaftliche Lage des Hauses bringt die Gäste zu der Frage, wie diese natürliche Umwelt erhalten werden kann. Praktizierter Umweltschutz ist in Haus Haard eine Selbstverpflichtung. Auf Energieeinsparung wird ebenso geachtet wie auf die Entlastung der Abwässer durch die Verwendung von umweltverträglichen Reinigungsmitteln und Werkstoffen sowie Mülltrennung. Am Rande des Naturschutzgebietes gibt es direkt vor dem Haus einen großen, gebührenfreien Parkplatz. Der nächstgelegene Bahnhof ist drei Kilometer entfernt. Da ältere Menschen, hier vor allem die Frauen, kein Auto besitzen, ist es erforderlich, einen Bringe- und Abholdienst zu organisieren.

Barrierefreies Haus

Die Architektur der siebziger Jahre – klar gegliederte Fassaden, betongrau – wirkt auf den ersten Blick eher nüchtern. Daran ändert auch nichts das Weinlaub, das auf dem Sandboden nur mäßig gedeiht. Wer aber näher hinschaut, entdeckt, dass sich alles nach draußen, zur Natur hin orientiert – Öffnung als Prinzip. Der Eingang ist ebenerdig, keine Stufe ist zu überwinden. Zwei große Flügeltüren lassen sich leicht und weit öffnen, damit auch eine größere Gruppe auf einmal ins Haus kann. Im Eingangsbereich stehen Sessel, die in der Höhe den Sitzbedürfnissen Älterer angepasst sind. Die Flure sind breit und hell, alle Fenster im Haus sind Panoramafenster (die Verglasung reicht bis auf den Boden), damit auch ein Rollstuhlfahrer den Blick in die Natur genießen kann.

Mit einem Fahrstuhl sind alle Stockwerke zu erreichen. Im Treppenhaus sind rechts und links Geländer angebracht, damit eine sichere Benutzung auch bei „Gegenverkehr“ möglich ist. Jede Treppenstufe ist optisch dunkel abgesetzt, damit Sehbehinderte die Treppe nicht als „schiefe Ebene“ wahrnehmen. Schilder in Großschrift weisen darauf hin, wo man sich gerade befindet. Die Orientierung wird dem Benutzer auch durch die überschaubare Größe des Hauses erleichtert. Das Prinzip „Öffnung“ findet sich auch in den 20 Einzelzimmern und 20 Doppelzimmern wieder. Jedes Zimmer hat einen Balkon oder einen Zugang zum Garten. Die acht rollstuhlfahrergerechten Zimmer sind 34 qm groß, damit sich auch ein elektrischer Rollstuhl darin wenden lässt, in der Nasszelle fehlt die Duschtasse, spezielle Hilfsmittel wie Duschsitz oder Haltegriffe und eine erhöhte Toilette sind eingebaut. Die erhöhten WCs wurden in den Jahren durch „normale“ ersetzt, da Menschen bis zu einer Körpergröße von 160 cm die Sitzhöhe als unangenehm empfanden. Es wurden mobile Aufsätze angeschafft. Auch die eingebauten Duschsitze wurden abmontiert und durch mobile ersetzt. Sie sahen schon nach kurzer Zeit unhygienisch aus. Alle Betten in den Zimmern haben eine gewisse Höhe, damit das Ein- und Aussteigen erleichtert wird. Dies wird von den älteren Teilnehmenden als sehr angenehm empfunden, jüngeren fällt es kaum auf.

Im Innern von Haus Haard

Haus Haard hat insgesamt 4000 Quadratme-

Im Atelier

ter bebauten Raum. Dazu gehören drei große Seminarräume, die alle „rund“ sind, d. h., die Seminarteilnehmenden sitzen mit Tischen im Kreis. Die Tische sorgen dafür, das Lernungewohnte sich etwas „verstecken“ können. Der Kreis gibt auch Menschen mit Hörproblemen die Möglichkeit, sich einzubringen. Die Räume haben eine außerordentlich gute Akustik, so dass die Dozenten ohne große Anstrengungen laut, deutlich und im tiefen Tonfall sprechen können. Weitere Räumlichkeiten sind: Kleingruppenräume, Andachtsraum, Atelier, Computerraum, Fernsehzimmer, Gymnastik- und Werkraum. Überall laden kleine Sitzgruppen zur Kommunikation ein. Moderne audio-visuelle Arbeitsmittel und ein Internetcafé stehen zur Verfügung.

Essen und Trinken hält...

Ältere Seminarteilnehmende leben in ihrem Alltag meist allein. So ist es für die meisten ein Genuss, sich an einen gedeckten Tisch zu setzen und mit anderen reden zu können. Morgens und abends werden die Speisen auf einem Büffettisch angerichtet. Die Tische selbst werden – bis auf die Teller – eingedeckt. Brot, Butter Kaffee, Tee usw. stehen ebenfalls auf den Tischen. Mittags stehen die Speisen auf Warmhalteplatten auf jedem Tisch und werden durch ein Salat- bzw. Nachtischbüfett ergänzt. Ein Tablettsystem ist für die Zielgruppe, die körperliche Handicaps aufweisen könnte, gänzlich ungeeignet. Das Verpflegungsangebot besteht aus einer abwechslungsreichen Mischkost, mit einem reduzierten Fettanteil. Auf Wunsch wird auch vegetarisch gekocht. Vollkornreis oder Getreidebratlinge sind nicht beliebt. Es geht fast nichts ohne Kartoffelprodukte. Gesunde ältere Menschen brauchen keine „Schonkost“, allerdings wird auf Stoffwechselerkrankungen wie Diabetes, Milcheiweißallergie oder erhöhten Cholesterinspiegel Rücksicht genommen. Zu den Mahlzeiten steht Wasser kostenlos zur Verfügung, um die Menschen zu animieren, genügend zu trinken. Sie werden auch gebeten, Getränke mit in die Seminarräume zu nehmen. Bei Seminaren, die das Thema Ernährung zum Inhalt haben, gibt es eine ganz enge Verflechtung zwischen Bildungsarbeit und Küche. Aus der pädagogischen Zielsetzung ergibt sich dann auch ein ganzheitliches, von den Nutzern und Nutzerinnen, von den Mitarbeitenden bestimmtes bedarfsorientiertes Versorgungskonzept, das sozial akzeptabel, ökologisch verantwortbar, ökonomisch machbar und wissenschaftlich wünschenswert ist. Hauswirtschaft muss in diesem Sinne immer neu gestaltet werden. Die Mitarbeitenden aller Arbeitsgebiete der Bildungsstätte müssen neben ihrer fachlichen Kompetenz über eine hohe soziale und kommunikative Kompetenz verfügen, denn alle sind Ansprechpartner für die Gäste. Im Eingangsbereich gibt es eine Informationstafel, wo Fotos der Mitarbeitenden mit Namen ausgehängt sind. Über diese ausgeprägte soziale und kommunikative Kompetenz muss die Verwaltungsmitarbeiterin verfügen, die bei manch einer telefonischen Anmeldung zu einem Seminar schon die „halbe Lebensgeschichte“ der potenziellen Teilnehmerin erfährt, und das Gespräch kann dann schon mal eine halbe Stunde dauern. Ebenso notwendig ist diese Kompetenz für die pädagogischen Mitarbeiter/-innen, die in manchen Seminarpausen oder in der Freizeit seelsorgerischen Beistand leisten müssen. Geduld und Flexibilität müssen auch die hauswirtschaftlichen Mitarbeiter/-innen haben, die so manche Sonderwünsche erfüllen müssen, die auch mal ausgefallener seien können, wie zum Beispiel der Wunsch nach einem Brett unter der Matratze. Insgesamt bedarf es eines ständigen Informationsaustausches zwischen den Mitarbeitern/-innen, damit die Wünsche der Teilnehmenden adäquat berücksichtigt werden können und Leben und Lernen unter einem Dach ermöglicht wird.

Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in allen Arbeitsfeldern müssen hohe soziale und kommunikative Kompetenz haben

Dr. B.-Daniela Elbers hat Haushalts- und Ernährungswissenschaften studiert und in diesem Fach promoviert sowie eine Zusatzausbildung in Supervision gemacht. Seit 1979 leitet sie die Heimvolkshochschule HAUS HAARD und ist seit 2002 Mitglied im Vorstand des Trägervereins der HVHS Haus Haard, dem Ev. Seniorenbildungswerk Haard e. V.
Anschrift: Haardgrenzweg 338, 45739 Oer-Erkenschwick
E-Mail: info@haus-haard.de

Lernen im Alter – selbstgesteuert, kompetenzorientiert, mit Spaß

Carmen Stadelhofer

Carmen Stadelhofer begründet und beschreibt Ansätze des Lebenslangen Lernens, die am Zentrum für Allgemeine Wissenschaftliche Weiterbildung (ZAWiW) der Universität Ulm insbesondere für ältere und alte Menschen entwickelt wurden. Es geht aber nicht nur um die Vermittlung von Kompetenzen für die Bewältigung des technischen und gesellschaftlichen Wandels in den verschiedenen Lernfeldern, sondern auch um das Lernen des Alterns selbst und das Lernen zwischen den Generationen. Ihr Beitrag bietet ein Spektrum der verschiedenen Möglichkeiten des Lebenslangen Lernens und zeigt damit, wie die Potenziale älterer Menschen entfaltet und als Bereicherung der Gesellschaft erfahren werden können.

Persönliche Einleitung

Lieschen will kein Schürzchen tragen –
dass muss ich gleich dem Karo sagen,
der Karo sagt's der Katz, die Katz, die sagt's dem Spatz,
der Spatz setzt sich aufs Dach und ruft allen Leuten nach
Lieschen will kein Schürzchen tragen, piep, piep, piep –
keiner hat das Lieschen lieb!

Dies ist meine erste bewusste Erinnerung an „Lernen". Das Gedicht wurde mir als damals wohl Dreijähriger von einer älteren Tante beigebracht. Ich lernte es schnell (nachzusagen) und erhielt jedes Mal, wenn ich es vortrug, viel Applaus. Mir war lange nicht bewusst, welche geschlechtsspezifische Zuschreibung mit seinem Inhalt verbunden war/ist: Die Schürze als Sinnbild der Häuslichkeit, aber auch der Angepasstheit, die, wenn Lieschen sie nicht tragen bzw. die vorgeschriebene Rolle nicht einhalten möchte, zur Folge hat, dass „keiner" sie mehr lieb hat. Solche „Verhaltensbotschaften", die wir unbewusst mitgelernt haben, enthielten übrigens viele Gedichte, Lieder und andere Texte, die wir in unserer Kindheit gelernt haben.

Wir sind Senioren international, haben uns viel zu sagen,
nehmen wir uns bei der Hand, wir woll'n Brücken schlagen, ...

Diesen Text auf eine allen bekannte Melodie habe ich vor einiger Zeit zusammen mit deutschen, spanischen, italienischen und polnischen Senior/-innen bei einem Partnertreffen in Alicante gesungen, und zwar in verschiedenen Sprachen. In unserem gemeinsamen europäischen Projekt lernen wir viel Neues, selbstgewählt, selbstbewusst, in schöner Gemeinschaft. Wie unterschiedlich „lernen" sein kann!

In Deutschland werden die Begriffe „Lernen" und „Bildung" häufig mit dem Erwerb von formalen Bildungsabschlüssen in Verbindung gebracht

In Deutschland werden die Begriffe „Lernen" und „Bildung" häufig mit dem Erwerb von formalen Bildungsabschlüssen in Verbindung gebracht. In dieser Hinsicht sind viele Menschen der älteren Generation, vor allem Frauen, durch Kriegs- und Nachkriegsereignisse und sozialisationsbedingte Faktoren benachteiligt, sie konnten oder durften keinen höheren Schulabschluss machen. Aber „Lernen" ist viel umfassender als „formales Lernen" in Bildungsinstitutionen – wir alle befinden uns in einem lebenslangen Prozess „informellen Lernens", d. h. situations- und handlungsbezogenen Lernens von Kindheit an. Viele Lernprozesse gestalten sich auch durch „non-formales Lernen", d. h. im Kontext einer nicht institutionalisierten Lerngruppe (z. B. Freundesgruppe, die Sport betreibt, Gesprächsrunde im Seniorentreff).

Der griechische Gelehrte Solon schrieb 594 vor Christus: „Ich werde älter und lerne täglich". In meinem

Beitrag möchte ich aufzeigen, warum „Lernen im Alter“ wichtig ist, welche unterschiedlichen Lernfelder und -formen es gibt und dass Lernen, verbunden mit der Weitergabe von vorhandenen Kompetenzen und Nutzung der neuen Medien, eine optimale Gesundheitsprävention im Alter(n) ist.

Demographische Entwicklungen

Immer mehr Menschen erreichen ein höheres Lebensalter, immer mehr ältere Menschen stehen immer weniger jüngeren gegenüber. Man spricht von einer zunehmenden „demographischen Überalterung“ in Deutschland, aber auch in anderen Ländern Europas.[1] Während vor hundert Jahren das Durchschnittsalter der Menschen in Deutschland 46 Jahre betrug, lag es im Jahr 2000 bei 76 Jahren. 1989 lebten 16,1 Millionen über 60jährige im vereinten Deutschland, d. h. jede/r fünfte gehörte dieser Altersgruppe an; 63 % davon waren Frauen. Im Jahr 2025 wird voraussichtlich ein Drittel der Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland 60 Jahre oder älter sein und daher am Ende der aktiven Berufs- und/oder Familienarbeit einem zunehmend längeren neuen Lebensabschnitt entgegensehen. Zunehmen wird die Zahl der mental und physisch sich in guter Verfassung befindlichen „Hochbetagten“, zunehmen wird aber auch die Zahl der hochbetagten Pflegebedürftigen, insbesondere der an Alzheimer Erkrankten. Die demographischen Entwicklungen werden mannigfaltige Auswirkungen auf das gesellschaftliche, soziale und wirtschaftliche Leben in allen Ländern Europas haben.

Gesellschaftliche Entwicklungen und die Bedeutung des lebenslangen Lernens

Wir leben in einer Zeit, die nicht nur von tiefgreifenden demographischen Veränderungen, sondern auch von einem rapiden Wandel in Technik, Wissenschaft und Wirtschaft geprägt ist. Diese Entwicklungen wirken sich auf die Lebensformen und Lebensbedingungen aller Menschen und den Zustand der Gesamtgesellschaft in einschneidender Weise aus und verändern sie. Früher wurden persönliche und berufliche Lebensläufe weitgehend durch Herkunftsfamilie, soziales Milieu und Geschlecht bestimmt und nahmen einen „vorgeschriebenen“ Verlauf („ins Schicksal hineingeboren“). Heute gibt es allgemein bessere „Startbedingungen“ (bessere Gesundheitsversorgung und Bildungsmöglichkeiten) sowie eine Vielfalt individueller Entfaltungs- und Gestaltungsmöglichkeiten bezüglich Familienform, beruflicher Tätigkeit, Freizeitgestaltung. Die „neuen Freiheiten“ bringen aber auch neue Belastungen. Die Menschen müssen lernen, mehr persönliche Entscheidungen zu treffen, mit mehr Unsicherheiten zu leben, einen ständigen Wandel in allen Lebensbereichen zu verkraften. Diese Entwicklungen erfordern von allen Menschen – unabhängig von Geschlecht und Alter, Bildung, sozialer oder beruflicher Stellung, politischer oder weltanschaulicher Orientierung oder Nationalität – eine persönliche „Offenheit gegenüber Neuem“, die Bereitschaft zum Lernen und zur Übernahme individueller und gesellschaftlicher Verantwortung. Das beinhaltet auch, dass die Lernenden ihren eigenen Lernprozess im Wesentlichen selbst managen und lenken müssen. „Lebenslanges Lernen“ selbst wird somit zu einer Schlüsselqualifikation für die heutige „Wissensgesellschaft“, um die Herausforderungen der Gegenwart und Zukunft meistern zu können.

Die Menschen müssen lernen, einen ständigen Wandel in allen Lebensbereichen zu verkraften

Der rapide Wandel des Wissens bringt mit sich, dass Lernen und Bildung nicht mehr ein Privileg sind, sondern eine Lebensnotwendigkeit in jedem Alter; wer die Bereitschaft zum lebensbegleitenden Lernen nicht aufweist, wird sich bald in der Welt nicht mehr zurechtfinden. Das zeigen schon einfache Beispiele wie z. B. die Benutzung eines Fahrkartenautomaten an einer Bushaltestelle.

Alter(n) hat viele Gesichter

„Alter“ und „Senior“ sind relative Begriffe. Im Sport werden Menschen über 20 als Senior/-innen bezeichnet und somit der Gruppe der „Alten“ zugerechnet. In der Industrie verdient ein „Senior-Consultant“ für seine Beratungsfunktion weit mehr als ein „Junior-Consultant“, seine Erfahrung wird wertgeschätzt. Bei der *Bundesanstalt für Arbeit* in Deutschland werden bereits 45-jährige zu den „älteren Arbeitnehmer/-innen“ gerechnet, die ab 50 als „schwer vermittelbar“ gelten. Real stimmt die formelle Altersgrenze im Beruf längst nicht mehr mit dem

Real stimmt die formelle Altersgrenze im Beruf längst nicht mehr mit dem Berufsausstieg überein

1 *Statistisches Bundesamt* 1992, S. 122 ff., alle weiteren Angaben ebenda

Berufsausstieg überein. Wer arbeitslos wird, sieht bald „ganz schön alt“ aus.

In der Wirtschaft wird das „Marktsegment Senioren“ meist mit dem flotten Begriff „50+“ bezeichnet. Bemerkenswert ist, dass mit der Zielgruppensetzung „50+“ fast sechs Jahrzehnte erfasst werden! Damit werden Menschen beschrieben, die sich in sehr unterschiedlichen Lebenslagen befinden, mit einer Spannbreite von dem/der aktiven, sportlichen „Silversurfer/Silversurferin“ bis zum pflegebedürftigen älteren Menschen. Sie haben unterschiedliche gesundheitliche und bildungsbezogene Voraussetzungen, Einstellungen, Interessen, finanzielle Ressourcen und Lebensvorstellungen für das eigene Alter(n), die auch geschlechtsspezifisch geprägt sind. Diese Faktoren wirken sich auf die Motivation und Bereitschaft zur Weiterbildung und Nutzung der eigenen Potenziale im Alter enorm aus.

Lernen im „dritten Lebensalter“ „Drittes Lebensalter“

Nach Definition des englischen Altersforschers *Peter Laslett*[2] ist der dritte Lebensabschnitt nach „dem ersten Abschnitt der Abhängigkeit im Kindesalter und dem zweiten Lebensabschnitt des Erwerbslebens oder familiärer Verantwortung“ eine Phase des Lebens in weitgehender Selbstbestimmtheit („Zeit persönlicher Erfüllung“) vor dem sog. „vierten Lebensalter“ als Phase der zunehmenden Abhängigkeit von anderen durch eingeschränkte physische und mentale Mobilität.

Die Ergebnisse der neueren gerontologischen Forschung (z. B. *Lehr, Kruse, Oswald*) und der neueren Hirnforschung (z. B. *Spitzer*) besagen, dass „aktives“ Alter(n) als weitgehend selbstbestimmte, bewusste und lernoffene Lebensform die beste Gesundheitsvorsorge darstellt. Lernen ist bis ins hohe Alter möglich, wenn es der gesundheitliche Zustand erlaubt. Die besten Lerneffekte im Alter werden erreicht, wenn Lernen in Anknüpfung an vorhandenes Wissen und vorhandene Erfahrungen im menschlichen Miteinander erfolgt, freiwillig und mit Freude.

Die besten Lerneffekte im Alter werden erreicht, wenn Lernen in Anknüpfung an vorhandenes Wissen und vorhandene Erfahrungen im menschlichen Miteinander erfolgt

Die Einstellung zum Lernen im Alter hat mit den lebensgeschichtlich verankerten persönlichen positiven bzw. negativen Lernerfahrungen zu tun. Obwohl viele Ältere sich im Verlauf ihres Lebens auf unterschiedliche Weise viel Wissen, Fähigkeiten und Fertigkeiten angeeignet haben, sind die Begriffe „Lernen“ und „Bildung“ bei Älteren oft negativ besetzt. Sie werden mit Leistungsmessung, sozialer Ab- und Ausgrenzung, Lebensferne, pädagogischem Druck und Unlust verbunden, statt mit Neugier und Freude an Entdeckungen. Das hat oft mit den Lernerfahrungen in Schule und Ausbildung zu tun, die nach dem Prinzip des „Nürnberger Trichters“ verliefen. Der Lernstoff wurde von den Lehrpersonen in mehr oder weniger gut verpackten Dosierungen „abgefüllt“ und musste reproduziert werden. Umso wichtiger ist es, dass Lernmöglichkeiten im Alter so gestaltet sind, dass sie dem/der Lernenden „Raum“ geben, eigene Erfahrungen, Fähigkeiten und Fertigkeiten in den Lernprozess einzubringen und ihm/ihr ermöglichen, mit anderen gemeinsam Ziele, Inhalt und Methoden des Lernens weitgehend selbst zu bestimmen. Im individuellen „biographischen Rucksack“ sind vielfach schon Anknüpfungspunkte angelegt, um im Alter einmal „anders“ zu lernen, nämlich selbstbestimmt, interessenorientiert, mit innerer Neugier und Entdeckerfreude. Gemeinsam Lernen im Alter macht dann Spaß, wenn sich alle mit ihren Kompetenzen, Fragen und Interessen einbringen können, wenn Bekanntes mit Neugier nach Neuem verbunden ist. Kommunikation und Kooperation sind bedeutsame Brückenpfeiler in dieser neuen Lernkultur. So kann die Anwendung des Gelernten, die Umsetzung bereits vorhandener und neu erworbener Kompetenzen in neuen gesellschaftlichen Aufgaben und Tätigkeitsfeldern zu einer sinnvollen Herausforderung im Alter werden.

Neuere Studien zeigen, dass bildungsinteressierte ältere Menschen vor allem durch intrinsische (innere) Motive (z. B. Interesse, Wissen zu vertiefen und Zusammenhänge zu erkennen, noch eine sinnvolle Aufgabe in der Gesellschaft übernehmen) zum Lernen und bürgerschaftlichen Engagement bewegt werden, und nicht durch extrinsische (äußere) Motive, wie z. B. Belohnung durch eine anstehende Beförderung oder Auszeichnung. Eine wichtige Rolle spielt dabei auch der soziale Aspekt des Lernens, das Lernen in einer Gruppe mit Menschen mit ähnlichen Interessen.

Es gibt jedoch auch ältere Menschen, die sich nach einem arbeitsreichen Familien- und Berufsleben nicht einer neuen (Lern-)Verpflichtung aussetzen

2 *Peter Laslett*, Das dritte Alter: historische Soziologie des Alterns (engl. A fresh map of life), Weinheim, 1999/3 S. 277 ff.

wollen, sondern nur einfach Lust auf den „Ruhe-Stand“ haben. Dies gilt es zu respektieren.

Lern- und Kompetenzfelder im dritten Lebensalter

Im Folgenden sollen bedeutsame Lernfelder im dritten Lebensalter kurz skizziert werden, ohne Anspruch auf Vollständigkeit. Einige Beispiele aus Lernprojekten des *Zentrums für Allgemeine Wissenschaftliche Weiterbildung (ZAWiW)* der Universität Ulm sollen verdeutlichen, wie selbstgesteuertes Lernen, Kompetenzweitergabe und Stärkung sozialer Beziehungen sinnvoll verbunden werden können.

Lern- und Kompetenzfeld „Alter(n)“
Dies bedeutet, sich auf das eigene Alter(n) vorzubereiten, auch auf die Zeit eingeschränkter Mobilität – z. B. Wohnen, Versorgung, Pflege, soziale Kontakte, Spiritualität.

Die demographischen Entwicklungen und ihre Auswirkungen bereiten vielen Älteren Sorge. Wie wird mein soziales Umfeld sein, wer wird für mich sorgen, wenn ich krank oder pflegebedürftig werde? Hat mein Leben noch einen Sinn? Mit diesen Sorgen umgehen zu lernen und nach individuell stimmigen Lösungen zu suchen, ist eine zentrale Herausforderung für das dritte Lebensalter. Es bedarf des Mutes, auch zum Umdenken, und der Bereitschaft, Unbekanntes erst mal gedanklich an sich heranzulassen, ggf. dann in der Realität zu erproben, z. B. Wohngemeinschaften im Alter, „Wohnen gegen Hilfe“, Erproben neuer Technologien, die bei eingeschränkter physischer und geistiger Mobilität Versorgungs- und Hilfsfunktionen übernehmen können. Engagement in einem Tätigkeitsfeld, das „Menschen im vierten Lebensalter“ ermöglicht, in Würde leben und sterben zu dürfen, z. B. in einer Alzheimer-Angehörigen-Initiative, erfordert Lernprozesse, die auch von professionellen Institutionen begleitet und unterstützt werden müssen. Solche ehrenamtlichen Tätigkeiten können in der dritten Lebensphase sinnstiftend sein und zugleich helfen, eigene Fragen zu klären (z. B. Patientenverfügung, Pflegevollmacht, Umgang mit dem Sterben). Viele ältere Menschen haben bereits Erfahrungen in diesem Lernfeld durch die Versorgung und Pflege in familiärem, nachbarschaftlichem oder anderem Umfeld. Ihre Erkenntnisse und Erfahrungen an Gleichaltrige und Jüngere weiterzugeben und damit den Prozess der Reflexion und der Diskussion dieser wichtigen Themen in der Gesellschaft anzustoßen und zu vertiefen, ist ein wichtiges gesellschaftliches Anliegen.

Alzheimer Kindern und Jugendlichen begreifbar machen

In einem Pilotprojekt wurde das Thema Alzheimer in Ulm in verschiedenen Altersgruppen im Schulunterricht aufgegriffen. Anhand von altersgemäß aufbereiteten Materialien lernten die Schüler/-innen den Hintergrund und die Auswirkungen dieser Erkrankung kennen. Ältere mit Pflegeerfahrung berichteten über den Krankheitsverlauf, wie sie ihn in ihrem unmittelbaren Umfeld erlebt haben, welche Auswirkungen diese Krankheit auf die betroffene Person, aber auch auf das Umfeld hatte. Gemeinsam wurde überlegt, was man machen kann, um den Erkrankten trotz aller persönlichen Veränderungen und Verluste ein Leben in Würde zu ermöglichen.

Lern- und Kompetenzfeld „Gesundheit und Prävention“
Dies bedeutet, die eigene Gesundheit durch entsprechende Maßnahmen zu erhalten und zu stärken. Viele Ältere wissen heute um die Bedeutung von geistiger und körperlicher Bewegung sowie gesunder Ernährung als notwendige Maßnahmen zur Gesundheitserhaltung und richten ihr Leben danach aus. Die Fülle von Informationen und Angeboten auf dem „Gesundheitsmarkt“ kritisch zu sichten, auf die eigene Person abgestimmte sinnvolle Maßnahmen zu finden und sie umzusetzen, ist eine Lernherausforderung. Nach den neueren Forschungsergebnissen ist körperliches und geistiges Training dann am wirksamsten, wenn es miteinander verbunden wird. Was die Gesundheitsbildung betrifft, können Ältere durch ihre Lebensführung eine Vorbildfunktion für Jüngere übernehmen.

Lern- und Kompetenzfeld „Wissen“
Lernen in diesem Bereich bedeutet, in ausgewählten Themenbereichen den neuesten Stand der Wissenschaft zu erfahren (z. B. Ökologie, Medizinversorgung, neue Technologien), eigenes Wissen zu vertiefen und zu erweitern und es mit dem eigenen Vorwissen und der Lebenspraxis zu verbinden. Nur wer fundiert informiert ist, kann sich bei gesellschaftlichen Entscheidungen positionieren und damit auch zu einer verantwortlichen Meinungsbildung beitragen. Über 50 Universitäten und Hochschulen in Deutschland bieten ein sog. Seniorenstudium an, in den meisten Bundesländern ist die Teilnahme kostengünstig und erfordert keine formalen Bildungsabschlüsse (www.seniorenstudium.de). Bei einigen Hochschulen ist die Wissensvertiefung mit der Qualifizierung der Älteren zur Übernahme neuer Aufgaben und Tätigkeiten verbunden (z. B. Dortmund, TU Berlin, Wuppertal, Hannover, Ulm). Es

Plenum der Jahreszeitenakademie

gibt auch interessante, wissensfundierte Angebote und neue Lernformen bei Seniorenakademien, Volkshochschulen, Kirchlichen Bildungsträgern etc.

Jahreszeitakademien in Ulm

Die „Frühjahrs- und Herbstakademien" sind Kompaktweiterbildungswochen an der Universität Ulm für „Menschen im dritten Lebensalter – und davor". Sie beinhalten ein Programm aus Vorträgen plus Diskussion zu einem aktuellen gesellschaftlichen Thema aus verschiedenen Forschungsperspektiven, thematischen Arbeitsgruppen sowie Führungen an der Universität und anderen relevanten Bildungseinrichtungen.
(www.uni-ulm.de/uni/fak/zawiw/akademie)

„Forschendes Lernen" als neue Lernform im Alter

Seit 1995 initiiert und begleitet das ZAWiW Arbeitskreise „Forschendes Lernen", in denen Seniorstudierende selbst gewählte Fragestellungen (z. B. im Bereich Solarenergie, Geschichte, Zeitgeschichte, Botanik, Wirtschaft oder Medizin) über einen längeren Zeitraum hinweg mit wissenschaftlichen Methoden systematisch bearbeiten und die Ergebnisse in Form von Publikationen und Ausstellungen an eine größere Öffentlichkeit weitergeben. (www.uni-ulm.de/uni/fak/zawiw/gruppen).

Lern- und Kompetenzfeld „Kompetenzweitergabe und nachberufliches bürgerschaftliches Engagement"
Die Lernherausforderung in diesem Bereich beinhaltet, eigene Kompetenzen zu erkennen und sach- wie altersangemessen an andere weiterzugeben.

Oft müssen Wissen und Fähigkeiten, die individuell in Familie, Beruf und Gesellschaft erworben wurden, auf andere Anwendungsfelder und andere Altersgruppen übertragen werden. Daher ist in diesem Lernfeld die Bereitschaft, an Weiterbildungsmaßnahmen und Beratungen teilzunehmen, gefragt. Doch ist in diesem Lernfeld oft auch „learning by doing" („Lernen durch eigenes Tun") angesagt. Für die Übernahme von neuen Aufgaben in Gesellschaft, Wirtschaft, Kultur und Wissenschaft gibt es viele Beispiele.

„Senior-Internet-Helfer/-in" als neues ehrenamtliches Betätigungsfeld

Im Rahmen des Qualifizierungsprojekts „Senioren-Internet-Helfer/-innen für den ländlichen Raum" werden interneterfahrene Senior/-innen auf eine neue Form des bürgerschaftlichen Engagements vorbereitet. Ältere Menschen unterstützen als ehrenamtliche Multiplikator/-innen und Berater/-innen andere ältere Erwachsene sowie Gruppen beim Einstieg ins Internet und dessen sinnvoller Nutzung (http://www.senioren-internet-initiativen.de/).

Lern- und Kompetenzfeld „Generationendialog"
Der Generationendialog und die Weitergabe von Wissen von Alt zu Jung ist eine wichtige gesellschaftliche Aufgabe. Hier geht es darum, dass Ältere die Lebenswelt der Jüngeren kennen und verstehen lernen, alterssensible Methoden der Kompetenzweitergabe anwenden, über Strategien der Akzeptanz, Frustrationstoleranz und Konfliktlösung verfügen.

Die Weitergabe von Erfahrungswissen kann auf unterschiedliche Weise und in unterschiedlichen Aktionsfeldern erfolgen: Ältere stützen Jüngere

GruppeForschendesLernen

beim Einstieg ins Berufsleben oder zeigen Lösungen von Problemen in bestimmten Bereichen auf (z. B. Umwelt), oder sie übernehmen Patenschaften, um Kinder/Jugendliche bei ihrer Berufs- und Lebensorientierung zu stützen. In der Zeitzeugenarbeit können Ältere der Geschichte „Gesichter“ geben. Ältere können auch von Jüngeren lernen, z. B. den Umgang mit Handy und Computer. Ein Austausch entsteht, wenn Ältere und Jüngere gemeinsam etwas tun und beide Seiten ihre Lebenserfahrungen und Kompetenzen einbringen. Generationenübergreifender Dialog funktioniert jedoch nur, wenn die Kommunikation „auf gleicher Augenhöhe“ erfolgt und alle Beteiligten Gewinn aus dem gemeinschaftlichen Tun ziehen können.

„Intergenerationelle Projekte“

Seit 1997 führt das ZAWiW innovative Alt-Jung-Projekte durch. Daraus entsteht derzeit das „Ulmer Lernnetzwerk KOJALA“, eine „Kompetenzbörse für Jung und Alt im Internet und real“. Ältere und jüngere Menschen machen in der Lernbörse Angebote, die andere abrufen können, und suchen selbst Partner/-innen für Themen und Vorhaben, bei denen sie Unterstützung brauchen. Sie haben Lust, auf neuen Lernwegen an realen Lernorten (Schulen, Weiterbildungseinrichtungen, etc.) oder auch über einen virtuellen Lern-Austausch im Internet ihr Wissen zu erweitern (www.kojala.de)

Lern- und Kompetenzfeld „Interkultureller Austausch“

In diesem Lernfeld sind ähnliche Kompetenzen gefragt wie im Bereich „Generationendialog“. In Deutschland leben viele ältere und jüngere Menschen mit Migrationshintergrund, viele von ihnen sind schon lange hier oder sind sogar hier aufgewachsen. Sie sind „mehr als nur Gäste“, wie eine Ausstellung der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg eindrucksvoll belegt. Sich Wissen über historische, gesellschaftliche und kulturelle Gegebenheiten und Prägungen ihrer Herkunftsländer anzueignen, hilft Unterschiede zu verstehen und zu akzeptieren sowie Gemeinsamkeiten zu erkennen. Eine Lernherausforderung kann es sein, auf unbekannte ausländische Mitbürger/-innen im Wohnviertel zuzugehen, mit ihnen ins Gespräch zu kommen, sie zu einem gesellschaftlichen Ereignis z. B. in der Kirchengemeinde einzuladen.

Lern- und Kompetenzfeld „Europa“

Gebraucht werden in einem wachsenden Europa Fähigkeiten wie „offen sein für Europa“, d. h. sich „Europa-Wissen“ anzueignen, in die eigenen Erfahrungen zu integrieren und andere Lernfelder zu „europäisieren“.

Viele ältere Menschen haben im Krieg und in der Nachkriegszeit erlebt, welche verheerenden Folgen ein übersteigerter Nationalismus und falsche Feindbilder haben können, sie sind aber auch Zeitzeug/-innen von Beweisen großer Menschlichkeit über alle ideologische Grenzen hinweg. In den letzten Jahrzehnten wurde „Europa“ oft lediglich als „wirtschaftliches Gebilde“ betrachtet. 60 Jahre nach Kriegsende besteht durch das „Vereinte Europa“, an dem 25 Mitgliedsstaaten beteiligt sind und weitere dazu kommen werden, die Chance, geschichtliche Ereignisse gemeinsam zu verarbeiten und an Wegen für eine friedliche Zukunft zu bauen. Die Lebensbedingungen der älteren Menschen in Europa sind sehr unterschied-

Alt-Jung-Gruppe

lich, es gibt auch viele kulturelle Unterschiede, wir verfügen über keine gemeinsame Sprache. Umso wichtiger ist es, dass Ältere sich als Botschafter/-innen verstehen, die über die Landesgrenzen hinweg und im intergenerationellen Dialog an einem gemeinsamen „Haus Europa“ bauen. Dazu gehört das Verarbeitenlernen der eigenen, zum Teil schmerzlichen Lebenserfahrungen und das Begreifen der historischen Chance der Europäischen Union.

Europäisches Lernprojekt „Open Doors for Europe“ (ODE)

Ältere Erwachsene verfügen oft nicht über Fremdsprachenkenntnisse, die ihnen den Zugang zu anderen Ländern und Kulturen erleichtern würden. Daher sollen Senior/-innen andere „Türöffner für Europa“ herausfinden, um die Bereitschaft für reale Begegnungen mit Menschen anderer europäischer Länder zu stärken. Solche „Türöffner“ können sein: Kenntnisse von Schlüsselsituationen, -themen, -wörtern, Ritualen, Liedern, alltäglichen Umgangsformen etc.
http://www.gemeinsamlernen.de/ode

Lern- und Kompetenzfeld „Neue Kommunikationstechnologien“
In diesem gesellschaftlich neuen Lernfeld geht es darum, sich Kenntnisse, Erfahrungen und Kompetenzen im Umgang mit Handy, Computer und Internet anzueignen (Technikkenntnisse, Recherche, Kooperationsformen und Vergemeinschaftung übers Netz).

Der kompetente Umgang mit den neuen Medien wird als das Kulturwerkzeug des 21. Jahrhunderts bezeichnet, und Computer und Internet halten in fast allen Lebensbereichen Einzug. Mit öffentlichen Kampagnen und Projekten wurde und wird versucht, ältere Menschen an das Internet heranzuführen (z. B. mit der Kampagne „Senior-Info-Mobil“ des VSiW und des BMWi, dem bundesweiten Projekt „Online-Kompetenz für die Generation 50plus“ des BMFSFJ und „Internet für Alle“ des BMBF). Wichtig ist dabei, die sinnvollen Nutzungsmöglichkeiten der neuen Techniken für den eigenen Lebensalltag zu entdecken. Handy, Computer und Internet sind Arbeitsmittel, die in allen bereits genannten Lern- und Kompetenzfeldern sinnvoll eingesetzt werden können. Das Internet kann aber auch die Erhaltung der Selbständigkeit noch bis ins hohe Alter ermöglichen und unterstützen. Für weiterbildungsinteressierte ältere Erwachsene generell und für Ältere mit eingeschränkter Mobilität oder im ländlichen Raum wohnend, bietet das Internet große Vorteile beim Lernen und der Kompetenzweitergabe.

Gemeinsam lernen übers Netz

Diskussion über Bücher von gemeinsamem Interesse oder über politische Themen, Kurse zum autobiographischen Schreiben oder zur Globalisierung, selbstverantwortliche Gestaltung einer Senior-Online-Zeitung – in dem vom ZAWiW initiierten bundesweiten Verein „Virtuelles und reales Lern- und Kompetenz-Netzwerk älterer Erwachsener (ViLE) e. V.“ werden virtuelle und reale Lernformen in ihrer Kombination erprobt und Einzellernende, Lerngruppen und Weiterbildungseinrichtungen aus ganz Deutschland vernetzt. Getragen von einer neuen Lernkultur des „lebenslangen Lernens“ ist hier eine lebendige „Lerngemeinschaft“ im Entstehen, in der Menschen – unabhängig von Alter und Wohnort – an kulturellen, sozialen und politischen Fragestellungen arbeiten, die sie persönlich beschäftigen.
(www.vile-netzwerk.de) (www.lerncafe.de)

Die Potenziale des dritten Lebensalters nutzen

Aufgrund der verbesserten gesundheitlichen Situation im Alter und der größeren Ausnutzung kognitiver und psychosozialer Fähigkeiten können viele ältere Menschen bis ins hohe Alter ohne größere gesundheitliche und psychische Beeinträchtigungen ihren Interessen nachgehen und sich neuen Aufgaben und Herausforderungen stellen. Zu diesem Ergebnis kommt die *Expertenkommission zum Fünften Altenbericht der Bundesregierung 2005*. Sie wirft die Frage auf, wie angesichts des tiefgreifenden demographischen Wandels „die Gesellschaft mit dem Humanvermögen des Alters (hier verstanden als die Gesamtheit des theoretischen und praktischen Wissens, der Erfahrungen, der materiellen Ressourcen, des Hilfe- und Unterstützungspotenzials älterer Menschen) umgeht“ (Prof. *Kruse* im Fünften Altenbericht). Nach Auffassung der Kommission wird dieses humane Potenzial „zu wenig erkannt, anerkannt, sozial und kulturell genutzt“. Die Potenziale Älterer bilden für unsere Zivilgesellschaft eine wichtige gesellschaftliche Ressource. Ohne entsprechende Anlässe und Ermöglichungsräume liegen diese Kompetenzen aber meist brach und: Qualifiziertes Engagement erfordert eine entsprechende Qualifikation.

Die Potenziale Älterer bilden für unsere Zivilgesellschaft eine wichtige gesellschaftliche Ressource

„Für sich selbst etwas tun, mit anderen, zu einem gesellschaftlichen Nutzen“ ist eine sinnvolle Form

Gemeinsam Lernen macht Spaß

der Lebensgestaltung im dritten Lebensalter, denn sie beinhaltet gleichermaßen Selbstaktivierung als Beitrag zur eigenen Gesundheitserhaltung sowie Übernahme von Verantwortung für ausgewählte gesellschaftliche Tätigkeitsbereiche. Ob in Alltagssituationen, Sport- oder Gesprächsgruppen, bei Seminaren oder beim Reisen – Lernen ist ein Teil unseres Lebens. Ältere Erwachsene haben die Freiheit, auf der Basis vielfältiger Lebenserfahrungen weitgehend selbstbestimmt mit neuen Lerninhalten und Lernformen zu experimentieren und dabei die Freude an der eigenen Lebendigkeit zu spüren!

Das ZAWiW

Die Hauptaufgaben des *Zentrums für Allgemeine Wissenschaftliche Weiterbildung (ZAWiW) der Universität Ulm* liegen in der Entwicklung neuer curricularer und methodischer Konzepte in der Erwachsenenbildung, speziell der Weiterbildung älterer Menschen, und deren Erprobung im Sinne der praxisbegleitenden Forschung. Mit dieser Zielsetzung führt das ZAWiW seit 1995 zahlreiche Forschungsprojekte durch, die die Förderung des selbstgesteuerten Lernens älterer Menschen auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene anstreben. Schwerpunkte der Arbeit sind die Förderung des Dialogs Wissenschaft-Bürgerschaft, die Weitergabe von Erfahrungswissen Älterer in verschiedenen gesellschaftlichen Kontexten und der Dialog Alt-Jung. Als Querschnittsaufgabe erarbeitet das ZAWiW seit 1997 zielgruppenbezogene Methoden der Erschließung und sinnvoller Nutzung der neuen Informations- und Kommunikationstechnologien für Menschen im dritten Lebensalter. Nähere Informationen: www.zawiw.de

Carmen Stadelhofer, Akad. Direktorin, seit 1994 Leiterin des Zentrums für Allgemeine Wissenschaftliche Weiterbildung (ZAWiW) der Universität Ulm. Forschungs- und Arbeitsfelder: Innovative Methoden in der allgemeinen Weiterbildung von Frauen und insbesondere Senior-/innen auf regionaler, nationaler und internationaler Ebene.

Kontakt: ZAWiW der Universität Ulm, 89069 Ulm.
E-mail: info@zawiw.de www.zawiw.de

Bildung für Menschen ab 50 – eine Chance für gesellschaftliche Partizipation

Ilona Stehr

Viele Menschen im höheren Erwachsenenalter, die nicht mehr im Erwerbsleben stehen, suchen heute nach neuen sinnvollen Betätigungsformen. Sie wollen an der Gesellschaft teilhaben und sie mitgestalten. Das bürgerschaftliche Engagement bietet dafür die Chance, neue Verantwortung zu übernehmen. Weiterbildungseinrichtungen können durch entsprechende Angebote dazu beitragen, für dieses Engagement zu qualifizieren.

Auch Senior/-innen wollen sich weiterbilden – unsere Anfänge

Die *Stätte der Begegnung e. V.* hat 1983 in Vlotho eigens eine Weiterbildungseinrichtung für die ältere Generation gegründet. „Bildungswerk für demokratische Kultur“ wurde sie genannt. Ihr Ziel war es, in Form von Seminaren und Bildungsreisen älteren Menschen, die nicht mehr im Berufsleben standen, historische, soziale und politische Veränderungsprozesse näher zu bringen und sie am gesellschaftlichen Leben teilhaben zu lassen. Die damalige Generation hatte vor allem einen großen Nachholbedarf in Sachen Kunst, Kultur und Geschichte, aber auch die Auseinandersetzung mit der eigenen Biografie war immer wieder Thema von Seminaren.

1983 hatte die ältere Generation großen Nachholbedarf in den Bereichen Kunst, Kultur und Geschichte

Rückblickend betrachtet, gehörten die damaligen Teilnehmer/-innen (zwischen 60 und 75 Jahren) zur ersten Generation, die den Ruhestand als neuen Lebensabschnitt und Chance, etwas für sich selbst zu tun, angesehen und genutzt hat. Viele mussten in ihrem arbeitsreichen Leben auf die Verwirklichung eigener Interessen und Bildung verzichten: In der Nachkriegszeit war wenig Geld vorhanden, dann kamen die Kinder, für die gesorgt werden musste, später wurden Eltern und Schwiegereltern pflegebedürftig. Jetzt im Ruhestand eröffneten sich – begünstigt durch bessere Gesundheit und gestiegene Renten – neue Möglichkeiten, die (zumindest von einem Teil der älteren Bevölkerung) genutzt wurden. Die Älteren gingen auf Reisen und forderten anspruchsvolle Bildungsveranstaltungen. Das entsprach nicht mehr dem traditionellen Bild des alternden Menschen (krank, zurückgezogen, hilfsbedürftig). Begriffe wie die „jungen Alten“ oder die „neuen Alten“ wurden geprägt, um das veränderte Verhalten der älteren Generation zu beschreiben.

Neue Alte – neue Weiterbildungsangebote

Jetzt, mehr als 20 Jahre danach, hat sich die Altengeneration weiter gewandelt und auch die Angebote der Stätte der Begegnung haben sich von der „Seniorenbildung“ (zur Befriedigung eines Nachholbedarfs) zu „Bildungsangeboten für Menschen ab 50“ (zur Entwicklung neuer Lebensperspektiven) entwickelt. Denn heute steht die ältere Generation mehr denn je im gesellschaftlichen und politischen Interesse. Im Jahr 2004 betrug der Anteil der 60jährigen und Älteren an der Gesamtbevölkerung (82,5 Mio.) 24,9 %. Das heißt, jede/-r vierte Bundesbürger/-in ist jetzt bereits älter als 60 Jahre. Im Jahr 2050 wird jede/-r Dritte in Deutschland 60 Jahre oder älter sein (vgl. *Statistisches Bundesamt* 2003, 2006). Diese Entwicklung ist nicht nur von sozial-, gesundheits-, renten- und arbeitsmarktpolitischer Bedeutung, sondern stellt auch eine Herausforderung für Bildungseinrichtungen dar. Die

Der wachsende Anteil der Älteren ist nicht nur für die Politik, sondern auch für die Bildungseinrichtungen eine Herausforderung

Auf der Bank den Ruhestand genießen, ist für die heutige Generation der Älteren nicht mehr angesagt

Zielgruppe der Älteren (50+) ist heute, anders als noch vor 20 Jahren, deutlich differenzierter in ihrem Lebensstil; aufgrund langer Arbeitsbiografien überwiegend finanziell gut abgesichert, besser gebildet und ausgebildet, länger gesund und verfügt über ein reichhaltiges Erfahrungswissen aus Beruf, Familie, Freizeit. 38 % der 50-59jährigen sind bürgerschaftlich engagiert, d. h. sie leisten unentgeltlich ehrenamtliche Arbeit. Von den 60jährigen und Älteren sind es noch 26 %. Das bürgerschaftliche Engagement liegt im Bevölkerungsdurchschnitt bei 34 % (vgl. BMFSFJ, Freiwilliges Engagement in Deutschland 2001). Andererseits gelten Menschen ab 50 auf dem Arbeitsmarkt schon als ältere Arbeitnehmer. Werden sie arbeitslos, haben sie es schwerer als andere Altersgruppen, wieder eine Anstellung zu finden. Der Anteil der 55jährigen und Älteren an den Arbeitslosen betrug 2005 immerhin 11,9 % (a. a. O. 2006). Egal ob Ruhestand oder ungewollte Arbeitslosigkeit: Für viele Ältere stellt sich individuell die Frage nach einem sinnerfüllten Leben nach der Arbeit und nach den Fähigkeiten und Kompetenzen, die man dafür braucht. Gesellschaftlich stellt sich die Frage – insbesondere in Zeiten knapper Kassen – wie Menschen, die nicht mehr am Erwerbsleben teilnehmen, jedoch über ein reichhaltiges Erfahrungswissen verfügen, über neue Verantwortungsrollen gesellschaftlich integriert bleiben können.

Weiterbildung für gesellschaftliche Partizipation

Für Bildungseinrichtungen ergeben sich daraus neue Aufgaben: Zum einen bedarf es beruflicher Qualifizierungsangebote in den verschiedenen Bereichen, um ihre Chancen auf dem Arbeitsmarkt zu verbessern, zum anderen werden Angebote, die eine Lebensorientierung jenseits der Erwerbsarbeit stärken und dafür qualifizieren, wichtig.

Der Bereich „Bildung ab 50“ der *Stätte der Begegnung* umfasst im Wesentlichen vier Angebotsbereiche, die Menschen für die Übernahme von neuen Verantwortungsrollen im bürgerschaftlichen Engagement vorbereiten bzw. sie in ihrem Engagement stärken. Dazu gehören:

1. Weiterbildung für kommunale Seniorenvertretungen. Hier geht es um die Einbindung dieser Gremien in die kommunalpolitische Landschaft, um die Organisation der Arbeit, das Miteinander im Team, um Öffentlichkeitsarbeit und Berichtswesen etc. Kooperationspartner ist hier die *Landesseniorenvertretung NRW*.

2. Weiterbildungen für Gruppen von Ehrenamtlichen, die ihre Zusammenarbeit verbessern möchten. Im Mittelpunkt stehen Austausch, Problemdefinition, Kommunikation, Umgang miteinander, Verständigung über Organisations- und Informationsfluss etc.

3. Weiterbildung von Gruppen von Ehrenamtlichen, die ihre Arbeit verbessern möchten und neue Ideen suchen (Zukunftswerkstatt).

4. Weiterbildung Älterer zu *„senior*Trainer*innen“* (Bundesmodellprogramm s. u.). In drei mal drei Tagen oder 50 Unterrichtsstunden (verteilt auf Tageskurse) werden interessierte Ehrenamtliche oder auch Neueinsteiger ins bürgerschaftliche Engagement für diese Aufgabe weitergebildet. Kooperationspartner sind hier Freiwilligenagenturen und andere Einrichtungen, die in der Kommune für die Förderung des bürgerschaftlichen Engagements zuständig sind.

Weiterbildung für bürgerschaftliches Engagement: „Erfahrungswissen für Initiativen“ (EFI)

Im Jahr 2002 legte das *Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend* das fünfjährige Modellprogramm „Erfahrungswissen für Initiativen“ auf. Neben neun anderen Bundesländern ist daran auch das Land NRW beteiligt. Zwei überregionale Weiterbildungsträger in NRW wurden dafür ausgewählt, einer davon war die *Stätte der Begegnung* mit ihrer Abteilung „Bildung für Menschen ab 50“, die für den Bereich Westfalen zuständig wurde. Darüber hinaus war die *Stätte der Begegnung* auch im Rahmen der wissenschaftlichen Begleitung des Modellprogramms an der Fortschreibung des Rahmencurriculums im „Curriculumteam“ (Leitung: Prof. Dr. *Joachim Burmeister*) an der Hochschule Neubrandenburg beteiligt.

Kooperationspartner für die Weiterbildung in Westfalen waren die Selbsthilfekontaktstelle des *Paritätischen Minden*, das *Diakonische Werk Herford* und der *„Wendepunkt“* der Stadt Arnsberg, die als Agenturen für Bürgerengagement die Teilnehmer/-innen für die Weiterbildung auswählten und ihre Engagementpraxis später begleiteten.

Das Modellprogramm verfolgte drei Ziele:

- Seniorenpolitische Ziele: „Der gesellschaftliche Wandel, der von nicht wenigen Älteren (zunächst) als Verlust an Sinn und Orientierung, an Aufgaben und sozialer Zugehörigkeit erlebt

wird (Kade 2001), macht Neuorientierungen für die nachberufliche Lebensphase, die etwa zwei Jahrzehnte und länger dauern kann, notwendig und die Suche nach sinnstiftenden Aufgaben – über Familie, Hobby und gegebenenfalls andere lokale Anschlüsse hinaus – für viele Senioren/-innen zu einer Herausforderung. Für das EFI-Programm wird dabei angenommen, dass mit der Entwicklung einer neuen Verantwortungsrolle für Ältere, die mit dem Begriff *senior*Trainer*in* beschrieben wird, solchen Entwicklungen und sich verändernden Interessen Älterer Rechnung getragen werden kann" (*Burmeister/Heller/Stehr* 2005, S. 9f).

- Engagementpolitische Ziele: „Auf dem Hintergrund der allgemeinen demografischen Erwartungen, wonach der Anteil Älterer an der Gesamtbevölkerung in den kommenden Jahren erheblich wachsen und die Alterspyramide nachhaltig verändern wird, geht das EFI-Programm auch von einer wachsenden Zahl engagementbereiter Menschen aus, die ihre Kompetenzen aus Beruf, Familie, Alltag, Hobby usw. der Gesellschaft – und hier vor allem kleineren Vereinen, aktiven Initiativen und Gruppen – zur Verfügung stellen können und wollen. Das EFI-Programm versteht sich insofern auch als ein Angebot zur Rollenfindung für diejenigen Älteren, die als *senior*Trainer*innen* Neues initiieren und Gruppierungen aller Art, die in der Regel selber ehrenamtlich agieren, begleiten und beraten wollen" (a. a. O. S. 11).

- Bildungspolitische Ziele: „Zu den bildungspolitischen Zielen des Modellprogramms (gehören) die Entwicklung und Erprobung eines Weiterbildungsangebots, in dem Ältere sich gleichermaßen ihres Erfahrungswissens vergewissern können, Suchbewegungen zur Rollenfindung als *senior*Trainer*in* durchführen und sich mit der Erweiterung ihres Wissens und Könnens für ein Engagement im Freiwilligensektor befassen – allein oder im Team mit anderen *senior*-Trainer*innen* gemeinsam" (a. a. O. S.11).

Das Erfahrungswissen der Älteren spielte im Modellprogramm die maßgebliche Rolle: „Als Leitbegriff werden hiermit das im Laufe des Lebens gesammelte personengebundene Wissen und Können verstanden, das sich in vielfältigen Formen zeigt: als sog. Gebrauchswissen für die Alltagsgestaltung, sodann als erlernte, ausgebildete Fähigkeiten, Fertigkeiten und Kompetenzen sowie als persönliche Urteilskraft, mit deren Hilfe Kenntnisse und Fertigkeiten eingesetzt werden können. Das EFI-Programm beabsichtigt einen Beitrag zu leisten, dieses Reservoir an Erfahrungswissen gleichermaßen zur individuellen Entfaltung und zur Unterstützung des Freiwilligensektors zu nutzen. Das freiwillige Engagement von *senior*-Trainer*innen*, so die seniorenpolitische Auffassung des Programms, kann und soll in dieser Weise ein positiveres Altersbild in der Gesellschaft fördern, Ausgrenzungen Älterer entgegenwirken und neue, sinnvolle Profile gesellschaftlicher Teilhabe ausdifferenzieren helfen" (a. a. O. S. 10).

Vier *senior*Trainer*innen*-Rollenprofile haben sich im Modellzeitraum herausgebildet:

„I. Rollenprofil: Initiativenberater
*Senior*Trainer*innen* in dieser Rolle beabsichtigen, ihr Erfahrungswissen bei bestehenden, lokalen Gruppen, Initiativen und Vereinen des bürgerschaftlichen Engagements einzusetzen und diese zu beraten: bei der Gestaltung von Kommunikations- und Gruppenprozessen, bei der Lösung von Konflikten, Struktur- und Finanzierungsfragen, in der Öffentlichkeitsarbeit, bei der Gewinnung von Mitstreitern sowie bei der Entwicklung neuer Gruppenprojekte. Ihre Beratungs- und Unterstützungsleistungen haben Prozesscharakter und werden in der Regel zeitlich begrenzt sein.

II. Rollenprofil: Projektentwickler
*Senior*Trainer*innen* in dieser Rolle erkennen einen gesellschaftlichen Bedarf vor Ort und bringen eine neue Gruppe, Initiative oder einen neuen Verein an den Start. Projektentwickler können aber auch innerhalb von bestehenden Gruppen, Initiativen und Vereinen neue Projekte anregen oder auch einer Idee zur Umsetzung verhelfen. Sie entwickeln – gemeinsam mit anderen – dafür die Konzepte, suchen Mitstreiter, indem sie andere zum bürgerschaftlichen Engagement im eigenen Gemeinwesen anregen, machen Öffentlichkeitsarbeit. Nach einer gewissen Anlaufzeit übergeben sie die Leitung (falls sie sie am Beginn hatten) in verantwortungsvolle Hände innerhalb des neuen Projektes bzw. innerhalb der bestehenden Initiative und können sich einer neuen Aufgabe zuwenden.

III. Rollenprofil: Netzwerker
*Senior*Trainer*innen* nehmen in einer Art „Außenorientierung" die Vielfalt des bürgerschaftlichen Engagements einer Kommune in den Blick. Sie beobachten gleichsam „mit *senior*Trainer*innen*-Augen" ihr *Gemeinwesen*, in dem sie zuhause sind, und interessieren sich für örtlich tätige Initiativen und Gruppen, für deren Ziele und Probleme. Sie nehmen lokale Handlungsbedarfe und -potenziale wahr, regen andere Bürger an, sich für das Gemein-

wohl zu engagieren und tragen dazu bei, dass Bürger, Gruppen, Vereine und weitere lokale Akteure miteinander kommunizieren und kooperieren. Damit wirken sie direkt in das Gemeinwesen hinein. Nach dem Motto „das Ganze ist mehr als die Summe seiner Teile" schaffen seniorTrainerinnen als Netzwerker durch neue Formen der Zusammenarbeit Synergieeffekte und helfen so, das lokale bürgerschaftliche Engagement weiter zu entwickeln.

V. Rollenprofil: Teamkoordinator
*Senior*Trainer*innen* koordinieren die Zusammenarbeit von Gruppen, fördern den Zusammenhalt und unterstützen die Bildung bzw. Selbstorganisation von (neuen) Teams und *senior*Kompetenzteams. In dieser „Innenorientierung" organisieren und moderieren sie Teamsitzungen, treffen mit Teams Vereinbarungen über Regeln und Strukturen der Zusammenarbeit, sind bei Fragen und Problemen inhaltlicher und ‚klimatischer' Art erste Ansprechpartner und halten Kontakt zur Agentur für Bürgerengagement usw. Diese Teamkoordinationsrolle kann sich auf das eigene *senior*-Kompetenzteam beziehen, aber auch auf Freiwilligendienste und andere Gruppen. Die Stärkung der Selbstorganisation ist dabei vorrangiges Ziel" (a. a. O., S. 36f).

Der Entwicklung der *senior*Trainer*innen*-Rollenprofile lag ein Curriculum (*Knopf* 2002) zugrunde, das im Laufe des Modellzeitraumes auf der Basis der Kurserfahrungen der beteiligten Bildungsträger und Kursleiter/-innen immer weiter präzisiert (*Burmeister, Heller, Stehr* 2003, 2004) und schließlich als Bausteinkonzept (*Burmeister, Heller, Stehr* 2005, 2006) vorgelegt wurde. Es enthält Lerninhalte zur Aneignung von rollenspezifischen Kenntnissen und Kompetenzen sowie zur Profilentwicklung.

In jedem Jahr wurden 20 *senior*Trainer*innen* ausgebildet, die sich dann in ihren Heimatkommunen engagierten. Nicht nur das bürgerschaftliche Engagement in Herford, Minden und Arnsberg kann von den *senior*Trainer*innen* profitieren, auch die dazugehörigen Kommunen der jeweiligen Kreise. In Vlotho (Kreis Herford) arbeiten z. B. fünf *senior*Trainer*innen*. Sie haben hier ganz neue Projekte an den Start gebracht. Bis zum Modellende im Frühjahr 2006 waren es rund 80 seniorTrainerinnen, die in der Region arbeiten. Bundesweit sind es mehr als 800.

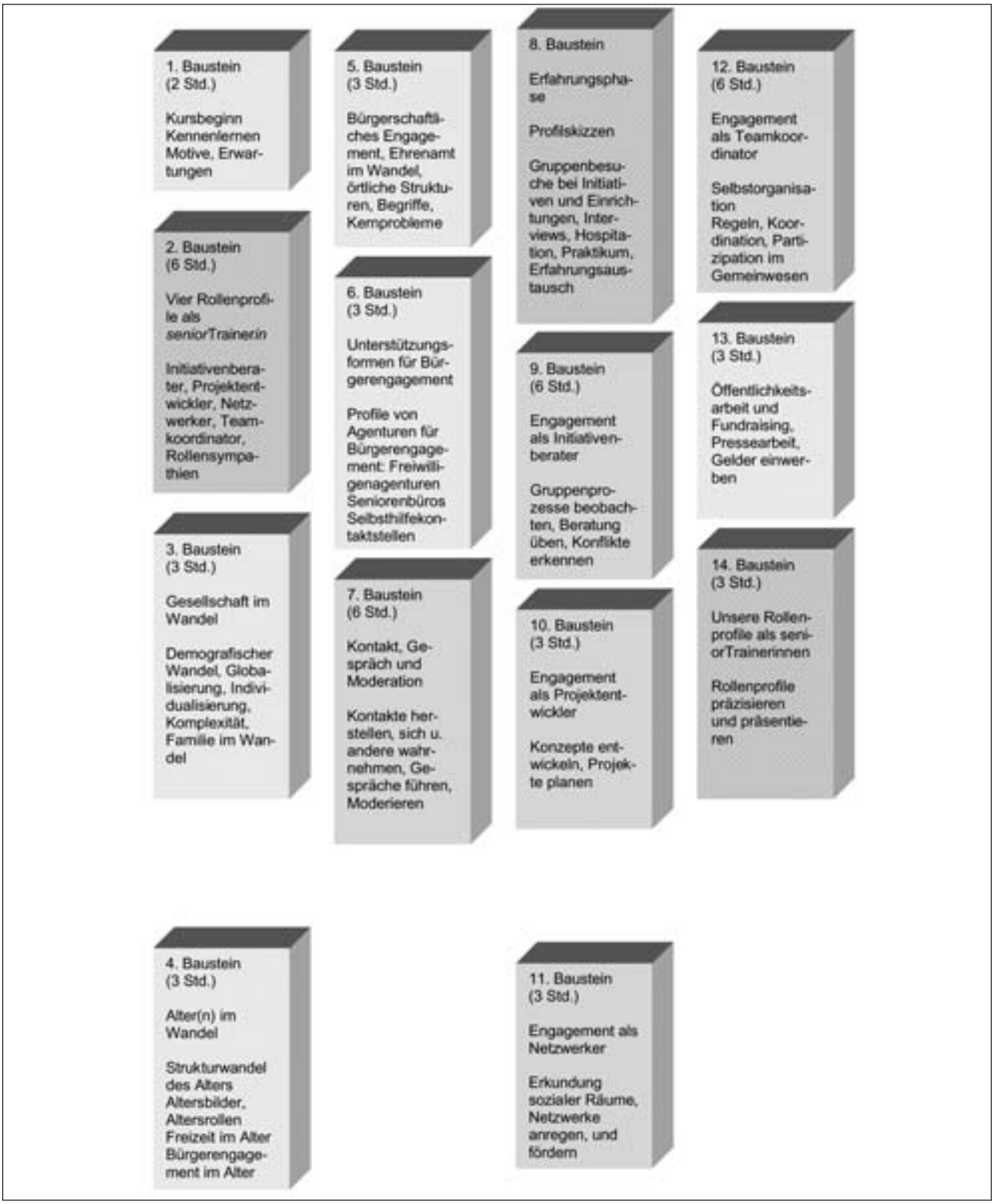
Erfahrungen aus der EFI-Weiterbildungspraxis

Die Rolle der Kursleiter/-innen
Die Kursleiter/-innen hatten in dieser Weiterbildung nicht nur die Funktion, Wissen zu vermitteln und den Erwerb von praktischen Kompetenzen zu fördern, sondern übernahmen auch die Rolle der Moderation eines Prozesses, den die Teilnehmer/-innen für sich selbst vollziehen mussten: den Transfer bzw. die Übersetzung von mitgebrachtem Erfahrungswissen aus den verschiedenen Lebensbereichen in den Bereich des bürgerschaftlichen Engagements mit seinen spezifischen Strukturen. So wurde z. B. gelegentlich die Erkenntnis gewonnen, dass Führung und Leitung in bürgerschaftlichem Engagement andere Handlungsmuster erfordern als in der Berufswelt.

Die Teilnehmer/-innenstruktur
Von den Agenturen für Bürgerengagement in den beteiligten Kommunen wurden jährlich jeweils sechs bis sieben Personen in der Altersgruppe ab 50 Jahre für die Weiterbildung ausgewählt. Kriterium für die Auswahl war die Bereitschaft, sich nach der Weiterbildung ehrenamtlich zu engagieren; Teamfähigkeit, Freundlichkeit, Offenheit und Mut, auf andere Menschen zuzugehen. Bildung, Ausbildung und Beruf waren für die Auswahl unerheblich. Der Männer- und Frauenanteil in den Kursen war etwa gleich groß. Damit versammelte sich eine bunte Mischung von Menschen, die zunächst nur eines verband: Sie alle waren entweder ehrenamtlich tätig oder sie wollten sich bürgerschaftlich engagieren. Insgesamt wurden im Modellzeitraum vier Staffeln an drei mal drei Tagen mit dazwischen liegenden Praxisphasen weitergebildet.

In der 1. Staffel waren noch eher ältere Jahrgänge (60 bis über 70 Jahre) zu finden, die über reichhaltige Ehrenamtserfahrungen verfügten. Viele Teilnehmer/-innen waren in gleich mehreren Vereinen und Gruppen aktiv und zeitlich stark eingebunden. Für eine Weiterbildung, die auf eine Qualifizierung für das bürgerschaftliche Engagement ausgerichtet war, einerseits eine gute Voraussetzung: Sie hatten Gruppen- und Leitungserfahrungen, viele hatten selbst Gruppen gegründet und in Gang gebracht, waren eingebunden in die bürgerschaftlichen Unterstützungsstrukturen. Andererseits erwies es sich für die stark engagierten Teilnehmer/-innen als zeitlich schwierig, sich noch weiteren neuen Herausforderungen zu stellen. Für Teilnehmer/-innen, die auf der Suche nach neuen Betätigungsmöglichkeiten waren, bedeutete die gezielte Weiterbildung für ein Engagement im Freiwilligenbereich wie auch der Austausch mit den ehrenamtserfahrenen Teilnehmer/-innen eine für die Zukunft wertvolle Bereicherung und Förderung mit dem Ergebnis, dass viele neue interessante Projekte entwickelt und zur Umsetzung gebracht wurden.

Weiterbildung älterer Menschen für bürgerschaftliches Engagement als *senior*Trainer*in* – Ein Kurskonzept für lokale Netzwerke (Weiterbildungszeitraum: 6 Wochen, 50 Stunden)



(Quelle: *Burmeister, Heller, Stehr*: Weiterbildung älterer Menschen für bürgerschaftliches Engagement als *senior*-Trainer*in*. Köln 2005)

3. Staffel der seniorTrainerinnen-Weiterbildung 2004/2005 in Vlotho

In den darauf folgenden Staffeln nahmen zunehmend jüngere Menschen an der Weiterbildung teil (50 bis 65 Jahre), die nicht mehr erwerbstätig waren bzw. sich gerade im Übergang in den Ruhestand befanden und nach einer neuen sinnvollen Aufgabe suchten. Viele von ihnen waren noch nicht ehrenamtlich engagiert, wollten es aber in Zukunft – jetzt, da sie mehr Zeit hatten – tun. Insbesondere die jüngeren Gruppen erkannten die Chance, die durch das Modellprogramm eröffnet wurde: Die Gesellschaft bot ihnen eine neue Verantwortungsrolle, die sie nach ihren Interessen und Fähigkeiten in Form konkreter Projekte und Vorhaben gestalten konnten, wobei diese Projekte natürlich einen Gemeinwesenbezug haben sollten. Für die Umsetzung der Projekte standen die Agenturen für Bürgerengagement als Unterstützung zur Verfügung. Diese Möglichkeiten und Rahmenbedingungen machten das bürgerschaftliche Engagement zunehmend auch für ehemalige Leitungs- und Führungskräfte aus verschiedenen Bereichen der Wirtschaft interessant.

Erfahrungen aus der Weiterbildungspraxis

Für die Weiterbildung Älterer zu *senior*Trainer*innen* lag ein eigens für das Modellprogramm entwickeltes Curriculum vor, das den Kursleitern Empfehlungen für die Gestaltung der Kurse gab. Aber wie in jedem Modellprogramm, in dem etwas Neues erprobt wird, gab es auch hier anfängliche Unsicherheiten, die jedoch schnell erkannt und beseitigt wurden. Dies konnte nur durch bundesweit enge Zusammenarbeit und Austausch aller am Projekt Beteiligten – Bundes- und Landesministerien, Programmsteuerung, wissenschaftliche Begleitung, Bildungsträger, Agenturen und Teilnehmer/-innen – erreicht werden.

Klärungsbedarf gab es z. B. im Hinblick auf das Verständnis und die Beschreibung der neuen Verantwortungsrolle „*senior*Trainer*in*“. Noch gab es keine lebendigen Beispiele dafür, wie diese Rolle konkret aussieht, nur eine Idee davon, wie sie aussehen könnte. Hier galt es Neuland zu betreten und den Teilnehmer/-innen deutlich zu machen, dass sie – wie auch die Kursleiter – ‚Pioniere‘ auf diesem Feld sind. Nach der ersten Staffel und den Untersuchungen der wissenschaftlichen Begleitung wurde das Bild des *senior*Trainers klarer. Für einige idealtypisch gedachten *Senior*Trainer*innen*-Profile gab es jetzt konkrete Projekte, die als Beispiele für die neue Verantwortungsrolle dargestellt werden konnten.

Curricular gab es im Laufe des Modellprogramms einige Veränderungen, die auf der Grundlage von Kurserfahrungen der beteiligten Bildungsträger und Kursleiter erarbeitet wurden. So musste z. B. methodisch-didaktisch darauf reagiert werden, dass Ehrenamtserfahrene und Neueinsteiger ins bürgerschaftliche Engagement in die Kurse kommen. Die Entwicklung der *senior*Trainer*innen*-Profile, verbunden mit einer eigenen Projektidee, bereits im ersten Kursblock vorgesehen, führte gelegentlich zu Verunsicherungen bei den Teilnehmer/-innen, weil manche sich zunächst nur orientieren wollten, andere hingegen fertige Konzepte vorlegten. Curricular wurde dieses Problem dadurch gelöst, dass die Profil- und Projektfindung als Prozess betrachtet wurde und sich über die gesamte Weiterbildung hinziehen konnte, jedoch immer wieder Thema war.

Eine besondere Herausforderung für die Kursleiter bestand darin, den Teilnehmer/-innen die verschiedenen Rollenprofile zu verdeutlichen. Hier wurde seit der zweiten Staffel mit Rollenspielen gearbeitet, in denen sich die Teilnehmer/-innen in den ver-

Eine besondere Herausforderung bestand für die Kursleiter darin, den Teilnehmer/-innen verschiedene Rollenprofile zu verdeutlichen

schiedenen *senior*Trainer*innen*-Rollen erproben konnten. Befürchtungen, dass sich die älteren Teilnehmer/-innen nicht auf die „Spielchen" einlassen würden, bestätigten sich nicht. Im Gegenteil: Die Rollenspiele trugen in der Regel dazu bei, dass sich die Gruppe besser kennen lernte und sich Vertrauen aufbaute.

Zwischen den drei dreitägigen Kursblöcken lag eine Praxisphase von vier bis sechs Wochen. Diese Phase sollte genutzt werden, um das bürgerschaftliche Engagement in der eigenen Kommune besser kennen zu lernen und sich darüber auszutauschen. Es hat sich gezeigt, dass die Praxisphase, wenn sie ebenso wie die Kursblöcke als Lernphase verstanden werden soll, stärker strukturiert werden muss. Ab der 2. Staffel wurden im Curriculum konkrete Aufgaben für die Gestaltung der Praxisphase gestellt. Verschiedene standen zur Auswahl, wie z. B. die Hospitation in einer Initiative, der Besuch von Einrichtungen, die bürgerschaftlichem Engagement Raum bieten, Interviews von Vereinsvorsitzenden usw. Im folgenden Block wurde dann über die Erfahrungen berichtet.

Das Thema „Bürgerschaftliches Engagement" wurde in den jährlichen Fortschreibungen des Curriculums gestärkt. Es hatte sich nämlich gezeigt, dass die Teilnehmer/-innen (erfahrene Ehrenamtliche wie auch Neueinsteiger) nur wenig über das bürgerschaftliche Engagement allgemein wie auch speziell über das in ihrer Kommune wissen. Für die erfolgreiche Arbeit in einer *senior*Trainer*innen*-Rolle ist es aber besonders wichtig, über entsprechende Kenntnisse zu verfügen. Hierfür wurden auch immer öfter die Mitarbeiter/-innen aus den beteiligten Agenturen für Bürgerengagement in die Kurse eingeladen. Hier lernten die Teilnehmer/-innen z. B., dass es in den verschiedenen Kommunen und Agenturen unterschiedliche Strukturen und Bedingungen für das bürgerschaftliche Engagement gibt.

Neben Rollenfindung und Wissensaneignung spielt der Erwerb von Handlungskompetenzen eine wichtige Rolle

Neben der Rollenfindung und der Aneignung von spezifischem Wissen spielte der Erwerb von praktischen Handlungskompetenzen eine wichtige Rolle. Hierfür wurde neben theoretischen Einführungen eine Reihe von praktischen Übungen angeboten, in denen die Teilnehmer/-innen sich spielerisch erproben konnten. Die Beispiele waren realitätsnah gewählt. So wurden z. B. Beratung, Gruppenleitung, Umgang mit schwierigen Situationen, Moderation usw. immer im Zusammenhang mit Situationen aus dem bürgerschaftlichen Engagement geübt. Auch diese Beispiele trugen mit dazu bei, dass sich das Bild des bürgerschaftlichen Engagements bei den Teilnehmern konkretisierte und erweiterte.

Insgesamt hat sich das in der Modellphase des EFI-Programms entwickelte und fortgeschriebene Curriculum für die Weiterbildung Älterer zu *senior*-Trainer*innen* bewährt. Darin eingeflossen sind Erfahrungen von den am Programm beteiligten Kursleitern. Auch viele Teilnehmer/-innen haben wertvolle Hinweise gegeben, wie man das eine oder andere Thema noch besser bearbeiten kann. Das Curriculum ist ein Fundus von didaktisch-methodischen Empfehlungen für die Gestaltung der Weiterbildung, es enthält viele Arbeitspapiere und Hintergrundinformationen. Als „Kurskonzept für lokale Netzwerke" mit seinen Bausteinen (siehe oben) ist es empfehlenswert und steht allen zur Verfügung, die in Kommunen *senior*Trainer*innen* ausbilden möchten. Es bietet eine gute Grundlage für die Qualifizierung älterer Menschen zur Übernahme neuer Verantwortungsrollen im bürgerschaftlichen Engagement als einer Form der gesellschaftlichen Partizipation.

Literatur:

Joachim Burmeister/Anne Heller/Ilona Stehr: Weiterbildung älterer Menschen für bürgerschaftliches Engagement als *senior*Trainer*in*. Köln 2005

Sylvia Kade: Selbstorganisiertes Alter. Frankfurt/Main 2001

Detlef Knopf: Rahmencurriculum 2002. www.seniortrainer.de

Statistisches Bundesamt Pressemitteilung 06.06.2003

Statistisches Bundesamt: Datenreport 2006

Dr. Ilona Stehr ist Bildungsreferentin in der Stätte der Begegnung e. V., Abteilung: Bildung ab 50, und dort zu erreichen unter der Adresse Oeynhausener Str. 5, 32602 Vlotho.

E-Mail: info@staette.de

KEB40plus: Ein Weiterbildungskonzept für Menschen ab der Lebensmitte

Barbara Menke

Barbara Menke stellt ein Projekt vor, das die Kompetenzen der über 40Jährigen durch speziell für diese Altersgruppe konzipierte Weiterbildungsangebote fördern soll. Es geht dabei zudem um den Versuch einer Integration allgemeiner, beruflicher und politischer Bildungselemente. Der Beitrag begründet den didaktischen Ansatz, stellt die Elemente der zu entwickelnden Angebote vor und beschreibt die Rahmenbedingungen, unter denen das Projekt in Kooperation mit verschiedenen Partnern realisiert wird.

Wenn in Weiterbildungseinrichtungen über den demographischen Wandel gesprochen wird, dann geht es häufig darum, der Frage näher zu treten, ob und inwieweit es richtig ist, neben der Jugend- und Erwachsenenbildung auch den Bereich der Seniorenbildung aufzubauen oder weiter zu intensivieren. Eine Diskussion, die sicherlich richtig ist und insbesondere im Hinblick auf die Frage, inwieweit sich die politische Bildungsarbeit der älteren Menschen annehmen, ob sie ggf. dafür spezifische Formate und didaktische Vorgehensweisen entwickeln muss, noch nicht intensiv geführt wird.

ARBEIT UND LEBEN ist seit längerem im Bereich der Bildungsarbeit mit älteren Erwachsenen aktiv, hat sich nach einigen Erfahrungen insbesondere im Feld der Qualifizierung von älteren Erwachsenen für das nachberufliche Engagement[1] nun im Kontext der vielfältigen Diskussionen um die Folgen des demographischen Wandels einer anderen Zielgruppe zugewandt: Den Männern und Frauen, die heute Mitte 40 sind. Aus unserer Perspektive werden sie die Altersgruppe sein, die am stärksten von den Folgen des demographischen Wandels betroffen ist oder – positiv ausgedrückt – die am ehesten die Möglichkeit hat, den demographischen Wandel mit zu gestalten und positiv zu besetzen. Die heute in den mittleren Jahren stehende Generation wird die erste Generation sein, die von der Verlängerung der Lebensarbeitszeit berührt sein wird. Gleichzeitig ist diese Generation der „Babyboomer" in der Regel eine gut ausgebildete Generation, hat zahlreiche Potenziale, um die Gesellschaft und die Arbeitswelt aktiv – im Sinne eines positiven Altersbilds – mit zu gestalten.

Die heute in den mittleren Jahren stehende Generation wird die erste sein, die von der Verlängerung der Arbeitszeit berührt sein wird

1 siehe dazu: *MoQua*: Ein Projekt zur Motivation und Qualifikation von älteren Erwachsenen für das bürgerschaftliche Engagement; http://www.moqua.arbeitundleben.de

Mit dem Projekt KEB40plus nimmt ARBEIT UND LEBEN als Einrichtung der politischen Bildung ein aktuelles gesellschaftspolitisches wie arbeitsmarktpolitisches Thema auf und möchte im Grenzbereich von beruflicher, allgemeiner und politischer Bildung einen Beitrag dazu leisten, den anstehenden Entwicklungen und Herausforderungen durch Weiterbildung produktiv zu begegnen.

Idee und Anliegen des Projekts sowie erste Umsetzungsschritte werden im Folgenden kurz skizziert.

Demographie und Arbeitswelt

Die demographischen Entwicklungen sind hinlänglich beschrieben. Verwiesen sei an dieser Stelle auf die Tatsache, dass im Jahr 2015 der Berg der „Babyboomer" noch zum größten Teil unter 65 Jahre alt, also noch im erwerbstätigen Alter sein wird. Gemeinsam „alternde Belegschaften" werden künftig zunehmen, dies auch deshalb, weil vielfach jüngere nicht neu eingestellt werden und die Möglichkeiten zur Frühverrentung eingeschränkt werden. Diese Entwicklung war ein Ausgangspunkt für die Überlegungen zum Projekt.

Hinzu kommt ein von zahlreichen Arbeits- und Wirtschaftswissenschaftlern prognostizierter Fachkräftemangel für die Zeit ab 2010.

Die gegenwärtige Situation gleicht in gewisser Weise einem Dilemma: Unternehmen wie Arbeitsverwaltungen wissen um die vorhandenen Probleme, Unternehmen weisen darauf hin, dass ältere Arbeitnehmer/-innen gebraucht werden, faktisch arbeiten sie aber auf eine Verjüngung der Belegschaften hin. Europaweit liegt Deutschland bedauerlicherweise an der Spitze bei der wachsenden Zahl älterer Arbeitsloser: 30 % der Arbeitslosen sind über 50 Jahre alt. Ältere Beschäftigte gelten hierzulande häufig als „Altlast" und nicht als personal- und betriebswirtschaftliche Ressource. Dazu kommt, dass im Vergleich zu anderen europäischen Ländern insgesamt die Erwerbsquote älterer Männer und Frauen deutlich geringer ist; während in Schweden 68 % der über 55-64-Jährigen noch einer Erwerbsarbeit nachgehen, sind es in Deutschland lediglich 37 %.

Gleichzeitig tritt dazu das Problem, dass die heute 40-Jährigen nur wenig darauf vorbereitet werden, welche Folgen der demographische Wandel für ihr Erwerbsleben hat und wie sie zielgerichtet ihre Fertigkeiten und Fähigkeiten so weiterentwickeln können, dass sie ihre spezifischen Potenziale ab der Le-

bensmitte auch im Erwerbsleben erhalten und erweitern.

Das Projekt „KEB40plus“

Auf der Basis der genannten Entwicklungstendenzen erarbeitet der Bundesarbeitskreis ARBEIT UND LEBEN das Projekt „KEB40plus: Kompetenz-Erfahrung-Beschäftigungsfähigkeit“, das vom Bundesministerium für Bildung und Forschung für die Dauer von drei Jahren gefördert wird. Ziel des Projekts sind die Entwicklung und Erprobung eines modularisierten Curriculums für die allgemeine und berufsbezogene Bildung, um Multiplikator/-innen und Menschen ab der Lebensmitte zu motivieren und zu qualifizieren, die Arbeitswelt unter Nutzung der „Potenziale des Alters“ zu gestalten.[2]

Mit dem Curriculum werden zwei Zielgruppen angesprochen:

1. Multiplikator/-innen (Personal- und Betriebsräte, personalverantwortliche Meister, Vorarbeiter/-innen) und

2. Arbeitnehmer/-innen ab der Lebensmitte: Männer und Frauen ab dem 40sten Lebensjahr.

Für die Multiplikator/-innen wird es im Verlauf des Projekts darum gehen, sie in die Gesamtproblematik einzuführen, damit sie perspektivisch in ihren jeweiligen Handlungsfeldern entsprechende Maßnahmen umsetzen können. Ziel der Weiterbildungsveranstaltung für die Arbeitnehmer/-innen ist es, sie dafür zu motivieren und zu qualifizieren, ihre Beschäftigungsfähigkeit länger und aktiver zu erhalten und zu sichern, vorhandene Entwicklungschancen individuell und beruflich zu nutzen und somit ihre Kompetenzen weiter zu entwickeln.

Die Fortbildungsveranstaltungen für die Multiplikator/-innen umfassen dabei u. a. inhaltliche Schwerpunkte wie:

- gesetzliche- und tarifliche Rahmenbedingungen für die Beschäftigung älterer Arbeitnehmer/-innen,
- gesundheitsfördernde Arbeitsbedingungen,
- Personalentwicklung in einem ausgewogenen innerbetrieblichen Generationenmix,
- Altersteilzeitmodelle gekoppelt an neue Formen flexibler Pensionierungsmöglichkeiten,
- „Berufs- und Karrierewechsel“ in späteren Erwerbsjahren,
- das Image verschieben, „Qualifikation und Leistung im Mittelpunkt anstatt Beurteilung nach Lebensjahren“.

Für die Zielgruppe „Menschen ab der Lebensmitte“ (40plus) wird ein Weiterbildungskonzept entwickelt, das sich mit Fragestellungen der Lebensgestaltung, Lernmöglichkeiten und beruflichen und persönlichen Entwicklung in der zweiten Lebenshälfte beschäftigt. Hier werden u. a. Themenschwerpunkte wie:

- Lernmöglichkeiten und Lernstrategien,
- Motivation und Stärkung der Weiterbildungsbereitschaft,
- Wahrnehmung der Bedeutung von Bildung als lebensbegleitende Weiterbildung im Kontext von Jobsicherung und Wettbewerbschancen,
- Selbstdefinition der Generation 40plus als wachsende „Workforce“,
- Möglichkeiten durch Weiterbildung, das vorhandene Wissen à jour zu halten,
- Gesundheitsprophylaxe in Alltag und Betrieb,
- Work-Life-Balance als individuelle und gesellschaftliche Aufgabe.

Das angerissene Themenspektrum ist in den folgenden Schwerpunkten zusammengefasst.

Curriculum/Module

2 Ausführliche Informationen zum Projekt unter: http://keb40plus.arbeitundleben.de

Das Gesamtcurriculum umfasst dabei ein Einstiegsmodul, in dem es darum geht, durch einen Demographie-Check die aktuelle Lage im Unternehmen und den jeweiligen Bedarf an Weiterbildungsmaßnahmen zu eruieren. Das abschließende Perspektivmodul bietet die Möglichkeit, konkrete Umsetzungsmaßnahmen zu entwickeln und die Perspektiven von Multiplikator/-innen und Arbeitnehmer/-innen zu weiteren gemeinsamen Überlegungen zusammen zu bringen.

Dieses Curriculum ist gemeinsam entwickelt worden von Wissenschaftler/-innen aus den Bereichen der Demographieforschung, der Arbeitsmarktgestaltung sowie den hauptamtlichen pädagogischen Mitarbeiter/-innen von ARBEIT UND LEBEN. Die Module umfassen neben einer strukturierten Sachanalyse didaktisierte Materialien und Hinweise für die didaktisch methodische Umsetzung.

Potenziale ab der Lebensmitte

Zu den Grundannahmen für den Projektansatz gehört es, dass wir stark auf die Kompetenzen des Alters setzen und somit auch für diesen Teil der Weiterbildungsarbeit einen „Kompetenzansatz" realisieren wollen.

Allen wissenschaftlichen Untersuchungen zufolge nehmen Lernfähigkeit und Lernbereitschaft im Alter nicht ab, sondern sind von vorherigen Lernerfahrungen geprägt. Ebenso sind die Veränderungen der Leistungsfähigkeit im Alter weit geringer als vielfach angenommen. Nach den Erkenntnissen bleiben folgende Komponenten unabhängig vom Alter gleich:

- Leistungs- und Zielorientierung,
- Systemdenken,
- Kreativität,
- Entscheidungsfähigkeit.

Neben diesen gleichbleibenden Merkmalen der Leistungsfähigkeit ergeben sich Merkmale, die im Alter zunehmen. Hier sind insbesondere zu nennen:

- Lebens- und Berufserfahrung,
- betriebsspezifisches Wissen,
- Urteilsfähigkeit,
- Zuverlässigkeit,
- Qualitätsbewusstsein,
- Konfliktfähigkeit,
- Pflicht- und Verantwortungsbewusstsein,
- Angst vor Veränderung.

Lediglich die folgenden drei Punkte verweisen auf Leistungsmerkmale, die im Alter abnehmen:

- körperliche Leistungsfähigkeit (hören, sehen, Muskelkraft),
- geistige Beweglichkeit, Geschwindigkeit der Informationsverarbeitung,
- Kurzzeitgedächtnis.

Davon ausgehend kommt es uns in der konkreten Umsetzung darauf an, die im Alter zunehmenden Leistungsfähigkeitsmerkmale zu stärken bzw. bewusst zu machen und dahingehend weiter zu entwickeln, dass sie in den Arbeitsprozess eingebracht werden können. Wir orientieren uns bei der Arbeit an Grundsätzen einer „alternsgerechten Didaktik", die sich auf folgende Aspekte konzentriert:

- Selbststeuerung des Lernens (persönlich definiertes Lerntempo, individuelle Wiederholungs- und Vertiefungsschritte, ausreichend Zeit für Übung),
- Anknüpfung an Erfahrungswissen: Verdeutlichung der Praxisrelevanz des Stoffs und des persönlichen Lerngewinns im Rahmen von Aufgaben, Beispielen und Übungen,
- Integration von Arbeit und Lernen: Arbeitsplatznähe des Lernortes, Vermeidung schulischer Prin-

zipien, „Lerninseln“ im Betrieb, arbeitsnahe Qualifikation,
- Individualisierung: systematischer Bezug auf individualspezifische Kenntnisse und Arbeitsplatzanforderungen, Berücksichtigung individueller Lernvorlieben z. B. hinsichtlich des Lerntempos, der Umgebung und des Lernstils,
- Differenzierung: Berücksichtigung sozialer Ausgangsvoraussetzung im Hinblick auf den Gesundheitszustand, Nationalität, Geschlecht, Vorbildung, Arbeitsplatz etc.[3]

Für die praktische Umsetzung hat dies zu Folge, dass im Rahmen des Projekts nicht mit einer klassischen „Angebotsprogrammplanung“ gearbeitet wird, sondern wir ein anderes Vorgehen wählen.

Zurzeit finden an den Projektstandorten Zukunftswerkstätten mit den beteiligten Akteuren statt, um gemeinsam ein Bildungsprogramm für das Jahr 2007 zu entwickeln. Dies bezieht sich sowohl auf die inhaltlichen Schwerpunkte im Detail als auch auf die Weiterbildungsformate. Deutlich wird jetzt schon, dass ein Teil der Angebote als arbeitsintegrierte Angebote in der regulären Arbeitszeit wahrgenommen werden kann. Gleichzeitig sollen aber auch Veranstaltungstypen, wie sie in der allgemeinen Erwachsenenbildung üblich sind, angewandt werden.

Zur Projektumsetzung

Wie bereits erwähnt, ist die Entwicklungsphase des Projekts abgeschlossen und sind erste Schritte zu seiner Umsetzung initiiert. Beteiligt am Projekt sind die Landesarbeitsgemeinschaften von ARBEIT UND LEBEN in Berlin-Brandenburg, Bremen, Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Sachsen-Anhalt und Thüringen. Modellhaft wird an allen Projektstandorten das Projekt in Kooperation mit Unternehmen, Betrieben und öffentlichen Verwaltungen umgesetzt. An drei Standorten wird das Projekt modellhaft in der Öffentlichen Verwaltung umgesetzt (Bezirksamt Berlin-Mitte, Stadtverwaltung Merseburg, Stadtverwaltung Erfurt). Am Standort in Bremen wurde eine Kooperation mit dem Bremer Klinikum vereinbart. Am Standort in Niedersachsen gibt es Kooperationsvereinbarungen mit der metallverarbeitenden Industrie. In Nordrhein-Westfalen wird das Projekt in Kooperation mit der Firma Henkel umgesetzt. An allen Projektstandorten sind in das Kooperationsnetzwerk die Gewerkschaften ver.di, IG Metall und IGBCE eingebunden. Dies bietet aus unserer Sicht eine gute Gewähr dafür, die unterschiedlichen Interessen im Projektkontext mit im Blick zu haben und ihnen Rechnung zu tragen.

„Tausche jungen Wolf gegen alten Fuchs“ – Diese zugespitzte Formulierung im Untertitel des Projekts soll den Blick darauf lenken, die Kompetenzen und Fähigkeiten der heute mittleren Generation stärker in den Blick zu nehmen und durch Weiterbildungsmaßnahmen zu fördern. Insofern verstehen wir das Projekt als ein „pädagogisches“, das orientiert an den normativen Größen von sozialer Gerechtigkeit, Generationengerechtigkeit und Geschlechtergerechtigkeit einen Beitrag dazu leisten soll, die Beschäftigungsverhältnisse insgesamt gerechter zu gestalten. Ob dieser hohe Anspruch erfüllt werden kann, bleibt abzuwarten.

3 Hinweise sind aus den internen Materialien für das Curriculum entnommen. Geplant ist, die „inhaltlichen Sachanalysen“ zu den einzelnen Modulen im Frühjahr 2007 zu veröffentlichen. Da die Umsetzungsphase erst begonnen hat, können bislang noch keine Erfahrungen aus der Praxis berichtet werden.

Barbara Menke ist Referentin im Bundesarbeitskreis ARBEIT UND LEBEN und dort zuständig für Entwicklung und Koordination von Modellprojekten in der Jugend- und Erwachsenenbildung sowie der Alternsbildung. Dort ist sie zu erreichen unter der Adresse: Robertstraße 5a, 42107 Wuppertal.

E-Mail: menke@arbeitundleben.de

Großmütter und Enkelinnen

Von Fremdheit und Konkurrenz zu Dialog, Partnerschaft und Solidarität

Sibylle Meyer

Ein generationsübergreifendes Projekt im Kontext des EU-Programms JUGEND, dazu noch geschlechtsspezifisch ausgerichtet? Wie sinnvoll es sein kann, in ein Projekt mit benachteiligten Mädchen und jungen Frauen auch Seniorinnen einzubeziehen, haben wir im Rahmen unserer internationalen Arbeit in mehreren Projekten erleben können. Der Dialog zwischen den Generationen dauerte über das einwöchige Seminar hinaus an, die Seniorinnen wurden zu Ansprechpartnerinnen bei persönlichen und beruflichen Fragen, zur Ersatzgroßmutter oder zur „Quatschtante". Hier wird über das erste dieser Projekte berichtet, das im Jahr 2001 stattfand.

Ein Überblick

Ihre Lebenserfahrungen, ihr Wissen und auch ihre Kompetenzen im Umgang mit Krisen brachten acht Seniorinnen aus vier europäischen Ländern – Deutschland, Österreich, Luxemburg und Frankreich – in ein generationsübergreifendes Projekt ein, das wir vor einigen Jahren in Bonn veranstalteten. Sie reisten gemeinsam mit Mädchen und jungen Frauen aus ihrem jeweiligen Land an, die sie bereits bei der Projektvorbereitung kennen gelernt hatten. Das Leben dieser so genannten benachteiligten Mädchen und jungen Frauen war von Arbeitslosigkeit und sozialer Ausgrenzung geprägt, von Armut, schulischen Misserfolgen, instabilen Familienverhältnissen, Chancenungleichheit, Migration sowie Suchterfahrung und Gewalt – in der Familie oder gegen sich selbst. Sie alle waren auf der Suche nach einer beruflichen und persönlichen Perspektive, nach Geborgenheit, Verständnis und danach, dass jemand für sie da ist.

Die Seniorinnen in diesem Projekt blickten zurück auf ein Leben, das geprägt war durch die Jugend in der (Nach)Kriegszeit und das Frausein in den 50-er und 60-er Jahren: Ausbildungs- und Berufswünsche erfüllten sich nicht auf Grund materieller Umstände, traditioneller Rollenbilder oder früher bzw. ungewollter Schwangerschaften. Krisen hatten alle erlebt – und sie waren darin stark geworden. Ihre positive Einstellung den Höhen und Tiefen des Lebens gegenüber, ihre Erfahrungen und vor allem ihre Offenheit und manchmal auch die Bewunderung für unsere jungen Teilnehmerinnen waren das Kapital, mit dem sie das Seminar bereicherten.

Uns ging es darum, den Dialog über das Heranwachsen zur Frau früher und heute anzustoßen und generationsübergreifende Partnerschaften zu fördern, die über das Seminar hinaus Bestand haben. Dialog bedeutete nicht nur für unsere jungen Teilnehmerinnen, aus den Erfahrungen der Seniorinnen Impulse für mögliche eigene Veränderungen zu erhalten. Auch die älteren Frauen, von denen keine mehr im Berufsleben stand, nutzten die gebotene Möglichkeit, von den Jüngeren zu lernen, ihre Lebenswelt und ihre Probleme zu verstehen.

Warum ein solches Projekt?

In der demographischen Entwicklung steckt sozialer Sprengstoff für das Verhältnis zwischen den Generationen

Der demographische Wandel in Europas Industriestaaten hat nicht nur weit reichende Folgen für die Finanzierung der Gesundheitsversorgung und Alterssicherung, sondern bedroht gleichzeitig das Verhältnis der Generationen. In vielen Staaten Europas steigt der Anteil älterer Menschen

mit wachsender Lebenserwartung ständig, während gleichzeitig immer weniger Kinder geboren werden. Immer mehr Menschen scheiden früh aus dem Erwerbsleben aus und beziehen Rente – der Anteil der jüngeren Erwerbstätigen, die mit ihren Beiträgen die Altersversorgung absichern müssen, sinkt hingegen stetig. In dieser Entwicklung steckt sozialer Sprengstoff für das Verhältnis der Generationen.

Gleichzeitig ist die Arbeitslosenrate in vielen EU-Mitgliedsstaaten weiterhin hoch, obwohl in nicht wenigen Sektoren händeringend qualifizierte Arbeitskräfte gesucht werden. Der Anteil junger Menschen, die nur schwer einen Ausbildungsplatz oder eine Arbeit finden und erst spät in den Arbeitsprozess integriert werden, ist nach wie vor groß. Zu diesen so genannten „Risikogruppen des Arbeitsmarkts" gehören unter anderem Jugendliche ohne Schulabschluss oder junge Menschen mit Migrationshintergrund. Mädchen und junge Frauen, die dieser „Risikogruppe" angehören, haben es in der Regel auf Grund ihres Geschlechts noch schwerer als ihre männlichen Altersgenossen.

Zu dieser Gruppe gehörten die Teilnehmerinnen des hier beschriebenen Projekts.

Ökonomische, kulturelle und geschlechtsspezifische Benachteiligungen sind Indikatoren für soziale Ausgrenzung

Ökonomische, kulturelle und geschlechtsspezifische Benachteiligungen sind Indikatoren für soziale Ausgrenzung. Die Mädchen und jungen Frauen sind in der Regel nur in einem sehr begrenzten Umfang in soziale Netzwerke eingebunden. Dadurch sind ihre Möglichkeiten, soziale Kontakte für die eigenen Interessen, für eine persönliche Weiterentwicklung und gesellschaftliche Partizipation zu nutzen, eingeschränkt.

Das Gefühl, auf einem von den Älteren besetzten Arbeitsmarkt nicht gebraucht zu werden und in eine ungewisse Zukunft zu schauen, verstärkt die Kluft und das Konkurrenzgefühl zwischen Jung und Alt. Es sind weniger die klassischen Erziehungs- und Ablösungskonflikte, die Distanz fördern, sondern die ungewissen Zukunftschancen junger Menschen. Eine Gesellschaft spiegelt sich wider in der Verteilung von Chancen, dem Generationenvertrag und in Fragen der sozialen Gerechtigkeit.

Freiwilligenarbeit: „Ich für dich und mich"

In den westeuropäischen Industriestaaten wächst die Zahl älterer Menschen, die sich freiwillig engagieren. Zu den Motiven für ein solches Engagement gehört heute auch das Bedürfnis nach Spaß bei dieser Arbeit, nach Selbstentfaltung und Kontakt. Aus dem traditionellen „ich für dich" wird immer mehr ein „ich für dich und mich". Ältere Menschen sind bereit, ihre Zeit und ihre Kompetenz zur Verfügung zu stellen. Als „Gegenleistung" erwarten sie Kommunikation sowie das Gefühl, nach dem häufig mit Kontaktverlusten verbundenen Ausscheiden aus dem Arbeitsprozess wieder mitten im Leben zu stehen. Vor allem Frauen gehören zu diesem „Sozialkapital", das in vielen EU-Ländern mittlerweile öffentlich gefördert wird.

Vom Dialog zur Partnerschaft

In unseren generationsübergreifenden Projekten fördern wir das freiwillige Engagement der Seniorinnen für arbeitslose Mädchen und initiieren eine Partnerschaft zwischen Jung und Alt, in der beide Seiten voneinander profitieren. Beide Seiten können sich aus ihrer jeweiligen Perspektive die Welt immer wieder neu aneignen, indem sie die Vergangenheit hinterfragen und neue Optionen für die Zukunft gewinnen. Die ältere Generation bietet durch die Präsentation ihrer eigenen Lebensentwürfe Modelle, Wertvorstellungen und Orientierungsvorschläge an, welche die Enkelinnen-Generation zu eigenen Lebensvorstellungen und Wertorientierungen anregen. Umgekehrt sind die Lebensbeschreibungen und Zukunftsentwürfe der Jüngeren ein wichtiges Mittel für die Älteren, um die spezifische Situation ihrer Gesprächspartnerinnen und die von jungen Menschen auf der Suche nach einer beruflichen und persönlichen Perspektive besser verstehen zu können.

Die Bildungsarbeit ist auf Nachhaltigkeit angelegt und in die langzeitpädagogische Arbeit der Partner eingebettet

Unsere interkulturelle politische Bildungsarbeit ist auf Nachhaltigkeit angelegt und in die langzeitpädagogische Arbeit unserer Partner eingebettet. In den generationsübergreifenden Projekten gehen wir neue Wege, um den Dialog zwischen den von sozialer Ausgrenzung bedrohten Mädchen und jungen Frauen und den Seniorinnen über die Seminarwoche hinaus zu fördern.

Gesellschaftspolitischer Kontext: Von der europäischen zur lokalen Ebene

Unsere Projektziele sind durchaus in einem europäischen und internationalen Zusammenhang zu

sehen. Von den *Vereinten Nationen* wurde das Jahr 2001 zum *Internationalen Jahr der Freiwilligen* erklärt. Sie regten auf breiter Ebene Menschen aller Altersgruppen zu freiwilligem Engagement für gemeinwohlorientierte Belange an. Auf europäischer Ebene wird in den letzten Jahren über die Erweiterung des bürgerschaftlichen Engagements nachgedacht. Im jugendpolitischen Bereich verweisen die neuen Jugendprogramme der EU auf die Notwendigkeit eines aktiven, solidarischen Engagements von jungen Menschen für ein soziales Europa.

Junge Menschen sind bereit, sich für sie betreffene Angelegenheiten einzusetzen

Gleichzeitig zeigen Studien zur Jugendpartizipation ein nachlassendes Interesse junger Menschen an Politik allgemein und an einem Engagement in politischen Parteien und Institutionen. Dennoch ist immer wieder festzustellen, dass junge Menschen bereit sind, sich für konkrete Anliegen, die ihren eigenen Lebensbereich berühren, einzusetzen.

Diese Aussagen treffen auf Jugendliche allgemein zu. Betrachten wir die Situation der Zielgruppen in vielen unserer Seminare, die generationsübergreifenden einbezogen, so müssen wir feststellen: Arbeitslosigkeit und soziale Ausgrenzung führen zu einer räumlichen Immobilität, und aktive Partizipation ist so – wenn überhaupt – nur in beschränktem Umfang möglich. Durch dieses Projekt hatten unsere jungen Teilnehmerinnen erstmals die Möglichkeit, Europa zu erleben, andere Kulturen kennen zu lernen und Freundschaften mit Gleichaltrigen aus anderen Ländern zu schließen.

Um die eigene Situation verändern zu können, die nicht nur durch Arbeitslosigkeit, sondern in der Regel durch multiple Problemlagen gekennzeichnet ist, brauchen diese Mädchen und jungen Frauen neben der professionellen Unterstützung in ihren Einrichtungen die Hilfe weiterer Personen mit fachlichen und persönlichen Ressourcen, welche sie als „Patinnen“ in ihrem beruflich-sozialen Eingliederungsprozess begleiten und unterstützen. In unserem Fall übernahmen die Seniorinnen nach der Seminarwoche diese Funktion.

Durch die generationsübergreifenden Projekte veränderte sich die Arbeit unserer Kooperationspartner – Einrichtungen der Jugendhilfe und der Jugendberufshilfe – nachhaltig, denn sie setzten durch den Einsatz älterer Menschen als Freiwillige in ihrer Arbeit einen neuen Akzent. Alle Einrichtungen diskutierten im Vorfeld intensiv darüber, welchen Platz sie den Älteren in ihrer Arbeit geben und auf welche Art und Weise sie die Integration und Begleitung der Freiwilligen in der Arbeit sicherstellen wollten.

Als wir uns zwei Monate vor Seminarbeginn in Bonn zum Vorbereitungsgespräch trafen, hatten alle ihre Entscheidung gefällt und bereits damit begonnen, nach geeigneten Personen zu suchen. „Quatschtanten“ brauchten ihre Mädchen – ältere Frauen, die ihnen die Großmutter ein Stück weit ersetzen, Zeit zum Reden haben, ihnen das frühere Leben als Mädchen und Frau ein wenig näher bringen und gemeinsam mit ihnen etwas unternehmen. Dies hatten zwei der beteiligten Einrichtungen aus Deutschland und Österreich (alle waren im Feld der Jugendberufshilfe tätig) entschieden. In ihrer täglichen Arbeit fehle den Fachkräften oft genug die Zeit für ein persönliches Wort, die Möglichkeit, auf das Bedürfnis ihrer Teilnehmerinnen nach Bezugspersonen einzugehen.

Den Fachkräften fehlt in der täglichen Arbeit oft genug die Zeit für ein persönliches Wort

Die beiden Partner aus Luxemburg und Frankreich erwarteten darüber hinaus noch mehr: eine praktische Unterstützung der Mädchen und jungen Frauen in deren persönlichen Belangen und bei ihren ersten Schritten in die Ausbildungs- und Arbeitswelt.

Um geeignete Seniorinnen zu gewinnen, wählte jede Einrichtung einen anderen Weg. Der französische Partner, eine Beratungsstelle für arbeitslose Jugendliche, fand mit Hilfe der katholischen Kirche zwei sozial engagierte Seniorinnen. Unser deutscher Partner, eine Einrichtung der Jugendberufshilfe, fand seine Kandidatinnen über ein Freiwilligenbüro. Das *Zentrum für Berufsvorbereitung, Berufsbildung und Erwachsenenbildung*, unser luxemburgischer Partner, fand die beiden Seniorinnen in einem hauseigenen PC-Einführungskurs für ältere Menschen. Unser österreichischer Partner, ebenfalls ein Berufsbildungszentrum mit angeschlossenem Heim, gewann zwei ehemalige Mitarbeiterinnen für die freiwillige Arbeit.

Die Seniorinnen, welche schließlich für die Arbeit gefunden wurden, waren Frauen, die mitten im Leben gestanden, den Spagat zwischen der Hausfrauen- und Mutter-Rolle und der Berufstätigkeit gemeistert hatten, vielen Widrigkeiten zum Trotz. Nun hatten sie das Rentenalter erreicht. Alle kamen aus einfachen Verhältnissen und hatten für das Recht, einen Beruf erlernen zu können (die „höhere Schule“ kam für ihre Eltern nicht in Frage, denn Mädchen heiraten und sind dann versorgt),

kämpfen müssen. Nun blickten sie auf ein zwar nicht einfaches, aber erfülltes Leben zurück. Sie hatten als Friseurmeisterin, Angestellte bei der Kommunalverwaltung, rechte Hand des Bäckermeisters im eigenen Betrieb, Arzthelferin und Krankenschwester gearbeitet. Die Schwierigkeiten, mit denen sie im Laufe ihres Lebens zu kämpfen hatten, hatten sie gestärkt und sie sensibel für die Probleme und Nöte von Mädchen und jungen Frauen heute gemacht. Dies waren geradezu ideale Voraussetzungen für die künftige Arbeit. Die Mädchen fanden in ihnen beherzte Frauen, die mit beiden Beinen im Leben stehen, ein Vorbild, welches nicht unerreichbar schien, und die ein echtes Interesse an ihnen hatten.

Vom Dialog zur Partnerschaft: Einige Situationen aus der Seminarwoche

Die Mädchen und ihre künftigen Senior-Partnerinnen hatten sich zwar kennen gelernt und bei mehreren Treffen gemeinsam Beiträge für die Seminarwoche vorbereitet, aber man konnte bei der Anreise der Gruppen noch nicht davon sprechen, dass sich die beiden Generationen schon wirklich näher gekommen waren. So waren die Mädchen froh, dass „die Omas“ nicht im gleichen Haus wie sie schliefen. Bei der ersten Kontaktaufnahme zog es die Mädchen zu den anderen Gleichaltrigen hin und auch die Seniorinnen gingen zunächst auf die älteren Frauen aus den anderen Gruppen zu. Das Programm trug dem Bedürfnis Rechnung, sich mit Gleichaltrigen auszutauschen, aber auch den Kontakt zwischen Jung und Alt zu intensivieren. Arbeitsphasen in altershomogenen Gruppen wechselten mit generationsübergreifenden Aktivitäten ab.

Ein erster Meilenstein – das Erzählcafé zum Thema „Jung sein damals und heute“

Über ihre Jugend damals und heute hatten die Mädchen und Seniorinnen sich bereits „unter sich“ und auf verschiedene Art und Weise ausgetauscht: die Mädchen bei Partnerinnen-Interviews, in denen sie sich gegenseitig ihr Leben mit Hilfe von Fotos und mitgebrachten Gegenständen näher brachten, die Seniorinnen im intensiven Gespräch über ihre Jugendzeit. Dieser Austausch untereinander war fast eine „Generalprobe“ für die generationsübergreifenden Gespräche. Die große Offenheit der älteren Frauen untereinander bestimmte auch den Dialog mit den Mädchen. Diese erleben bei Kaffee und Kuchen „ihre“ Seniorinnen als ehrlich und reflektiert im Umgang mit eigenen Lebenskrisen. Diese Fähigkeit der älteren Frauen, zu ihrem Leben zu stehen, und die Stärke, die sie aus den Krisen gewonnen haben, hinterlassen einen nachhaltigen Eindruck bei den Mädchen. Auch der zweite Weltkrieg, den viele nur als gähnend langweiliges Thema aus dem Geschichtsunterricht kannten (manche der Mädchen mit Migrationshintergrund hatten noch nie von diesem Krieg in Europa gehört), kommt durch die geschilderten persönlichen Erlebnisse nun plötzlich ganz nahe. Das Aufwachsen der Seniorinnen in einer Welt, die Jungen und Männern mehr Privilegien und Chancen einräumte als Mädchen und Frauen, ist auch heute für einige unserer jungen Teilnehmerinnen noch immer aktuell. Zögernd fangen die Mädchen an, über sich zu sprechen. Sie erzählen von den Programmen, an denen sie im Moment teilnehmen, beschreiben, was sie dort lernen oder wie sie dort unterstützt werden. Ihre Wünsche und Ziele, den eigenen privaten Alltag, lassen die Teilnehmerinnen in dieser ersten Austauschphase noch draußen vor. Aber das Erzählcafé trägt dennoch Früchte. Die Mädchen suchen nun den Kontakt zu „ihren“ Seniorinnen, fragen sie nach ihren Erfahrungen, zum Beispiel nach ihrer Kindheit und Jugend in der Zeit des Nationalsozialismus und im zweiten Weltkrieg. In diesen persönlichen Gesprächen beginnen sie nun auch über sich zu sprechen, zum Beispiel über ihre Flucht aus der Heimat, über Krieg und Bürgerkrieg in ihren Herkunftsländern. Auch in den täglichen „Tagebuchgruppen“, Reflexionsrunden in den nationalen Gruppen, werden die Gespräche zwischen Jung und Alt persönlicher und intensiver. Hier Auszüge aus einem der Tagebücher:

Die große Offenheit der älteren Frauen untereinander bestimmte auch ihren Dialog mit den Mädchen

> „Als ich nach Bonn kam, wollte ich eigentlich nur von meinen Problemen weg, eine Woche lang etwas anderes sehen. Claudette (der Name wurde geändert) wird für mich immer mehr zur Vertrauensperson. Sie ist für mich wie eine Großmutter, wie ich sie mir immer gewünscht habe. Ich spreche viel mit ihr, denn von ihr kann ich viel lernen. Sie ist sehr offen und ehrlich und hat eine gute Lebensphilosophie“ (französische Teilnehmerin).

> „Wir sind ja nur zwei Generationen weiter. Wenn man in der Lage ist, sich zu erinnern, dann kann man die Mädchen verstehen. Wenn man aber nur auf dem Standpunkt einer 60-jährigen steht, wenn man nicht versucht, sie zu verstehen, dann klappt es nicht“ (luxemburgische Seniorin).

Das Eis ist gebrochen – die Gespräche werden offener: Erfahrungsaustausch über wichtige Bezugspersonen in der Jugendzeit früher und heute

Zunächst arbeiten alle in generationshomogenen Gruppen. Um auch die sprachlich schwächeren

Mädchen (einigen der Teilnehmerinnen mit Migrationshintergrund fällt es schwer, sich flüssig in Deutsch oder Französisch auszudrücken) gut beteiligen zu können, bereiten wir den Austausch mit Hilfe von Collagen vor. Die Teilnehmerinnen gestalten ihre Körpersilhouette mit Zeichnungen und Fotos von den Menschen, die ihnen entweder nahe stehen oder zu denen die Beziehungen sehr spannungsgeladen sind. Der Austausch unter den Mädchen zeigt, dass viele von ihnen unter der Scheidung der Eltern leiden, viele fühlen sich allein, haben kaum Kontakte oder vermissen nahe Verwandte an ihrem früheren Wohnort oder im Heimatland. Wichtige Bezugspersonen sind für alle ihr Freundeskreis. Eine große Rolle spielen auch Haustiere, vor allem Hunde.

Im Gespräch der Seniorinnen miteinander zeigt sich, dass für sie die Eltern die wichtigsten Bezugspersonen waren, im positiven und negativen Sinn. So ist zum Beispiel die Rückkehr des Vaters aus der deutschen Kriegsgefangenschaft für Claudette, die französische Seniorin, ein einschneidendes Ereignis, das ihre Jugend nachhaltig veränderte. Der ihr fremd gewordene Mann holt sie und ihre eher schwache Mutter von der geliebten Großmutter weg. Das Verhältnis zwischen ihnen blieb zeitlebens schwierig:

> „Meine Mutter weinte sehr viel, ihr Mann brachte sie zum Weinen. Ich habe mich erstmals aufgelehnt, ich ertrug das alles nicht. Ich habe in der Schule nicht mehr gelernt und verließ die Schule ohne Abschluss. Mit 14 arbeitete ich im Weinbau und als Hausmädchen. Zur Strafe, weil ich zu Hause erzählt habe, dass meine Schwester ungewollt schwanger geworden war, wurde ich in Stellung zu einem Notar gegeben. Da hatte ich weder Ausgang noch bekam ich Geld. So etwas war damals ganz gängig. Ich wurde bestraft, weil ich als schwierig und aggressiv galt."

Ein Besuch im Haus der Geschichte ruft in den Seniorinnen viele Erinnerungen wach. Die Improvisationskünste in der Nachkriegszeit, die Mode und die Haushaltsgeräte in den 50er Jahren oder die Filme und Schlagzeilen der 60er Jahre werden an den Exponaten für sie wieder lebendig – was sie den interessierten Mädchen gerne vermitteln. Vor vielen Objekten findet ein reger Austausch statt. Im Eiscafé testen die Seniorinnen die alte Musikbox und legen, sehr zur Freude der Mädchen, einen Twist und einen Rock´n Roll hin.

Die Atmosphäre ist lockerer geworden, die Gespräche sind offener. Dies zeigt die zweite Gesprächsrunde in generationsübergreifenden Gruppen. Die Seniorinnen entdecken Parallelen zwischen den Erfahrungen der Mädchen und jungen Frauen und

dem, was sie selbst erlebt und erlitten hatten. Das Gefühl, durch die Scheidung der Eltern von einem Elternteil getrennt zu werden, können sie gut nachvollziehen, denn auch sie hatten in der Kriegszeit die Trennung vom Vater, von Brüdern oder anderen Männern erlebt. In der Schilderung eines bosnischen Mädchens, das als Bürgerkriegsflüchtling die Heimat verlassen hat, entdeckt eine Seniorin Parallelen zu ihrer Vertreibung aus Ostpreußen am Ende des zweiten Weltkriegs. Sehr offen wird nun über die Beziehungen zum Vater und zur Mutter, über die frühere und heutige Bedeutung der Familie für die Einzelnen gesprochen. Positive und negative Erfahrungen kommen auf den Tisch, lösen Betroffenheit und manchmal auch einige Tränen aus.

Die letzten Hemmungen sind verschwunden: Erfahrungsaustausch über Sexualität, Partnerschaft und Geschlechterrollen früher und heute und Party im Stil der 50er und 60er Jahre

„Was wir von Euch gerne wissen wollen, aber bislang nicht zu fragen wagten…“ dies war das Motto, unter dem die Mädchen und die Seniorinnen zunächst wieder in Untergruppen Fragen sammelten. Dann treffen sie sich in der Gesamtgruppe (es wird simultan übersetzt, was sich als sehr gut erweist, denn die gegenseitigen Fragen sind sehr zahlreich) zum Austausch. Er ist sehr offen, so manches Mal wird geschmunzelt oder auch herzlich gelacht wie bei der Frage: „Kanntet ihr früher Sexspielzeug?“ und die trockene Antwort darauf: „Nein, so etwas haben wir nicht gekannt, aber wir haben uns trotzdem nicht gelangweilt.“

Interessant finden die Mädchen die Schilderungen der Seniorinnen, wie man zu dieser Zeit einen Partner kennen lernte, wer wie die Initiative ergriff, welches Verhalten in der Öffentlichkeit erlaubt oder verboten war. Die Initiative musste immer vom Mann ausgehen, das gehörte sich damals so. Aber auch die Mädchen von damals wussten, wie sie es schafften, sich den „Traumprinzen“ zu angeln. Verschmitzt geben die Seniorinnen ihre kleinen Tricks preis, mit deren Hilfe sie jemanden auf sich aufmerksam machten. Die öffentliche Zurschaustellung der eigenen Verliebtheit war allerdings damals nicht üblich.

Vieles, was gesagt wird, stimmt die Anwesenden nachdenklich. Die Seniorinnen hatten ihre Jugend in der Zeit vor der Pille verbracht. Präservative oder „das Zählen der fruchtbaren und unfruchtbaren Tage“ waren die geläufigsten Verhütungsmittel. Wenn ein Mädchen ungewollt schwanger wurde, so war dies für die Betroffene nicht einfach. Meist

bekam sie das Kind, aber die Jugend und das Leben waren ziemlich belastet. Meist wurde auf Heirat bestanden. Auch wenn es keine gute Beziehung war, denn ein uneheliches Kind galt, vor allem auf dem Lande, als Schande und die junge Frau hatte dann große Probleme, einen Mann zu finden. Das sei heute schon einfacher, meinten die Mädchen.

Ein herausragendes Erlebnis des Austauschs ist die 50er- und 60er-Jahre Party. Schon allein die Vorbereitung des Festes stellt ein Ereignis für sich dar. Es herrscht ein aufgeregtes Treiben im improvisierten Friseur- und Kosmetiksalon. Hier zeigt eine der luxemburgischen Seniorinnen, die erst vor kurzem ihren Friseursalon verpachtet hat, allen Interessierten, wie man stilgerecht die Haare toupiert oder das damals typische Augen-Make-up auflegt. Die rosa Lippenstifte finden die Mädchen kitschig, aber sie schminken sich dennoch damit, denn sie wollen möglichst stilecht aussehen. Bei der Auswahl der Kleidung aus unserem Requisitenfundus nehmen die Einzelnen es dann nicht mehr so genau. Auch einige Blumenkinder aus den 70er Jahren fanden sich auf der Party ein. Der große Saal wird zum Partyraum umfunktioniert. Wir essen dort erst mal das, was die Küche für uns im Stil der Nierentischepoche vorbereitet hat: Käsehäppchen, Kartoffelsalat, Würstchen und Frikadellen. Zum Trinken gibt es Coca Cola, das Modegetränk der damaligen Zeit,

und auch die Ananasbowle fehlt nicht. Natürlich wird an den Tischen viel über die Partys von damals erzählt.

Die Musik lässt die Seniorinnen schwelgen: Françoise Hardy, Elvis Presley, Bob Harley, deutsche Schlagersängerinnen wie Caterina Valente, aber insgesamt viel Rock´n Roll, den die jüngeren Französinnen begeistert mittanzen. Die Mädchen beginnen, die Seniorinnen zum Tanzen aufzufordern und lassen sich von ihnen diese ungewohnte „Hopserei" beibringen. Auch die schüchternsten der Luxemburgerinnen sind voller Elan dabei. Hier ein spontaner Kommentar:

> „Die Party ist echt toll. Dass wir mit unseren Älteren so viel Spaß bekommen, hätte ich nicht erwartet. Diese Begegnung bringt mir viel. Ich rede mit den anderen Mädchen und den Seniorinnen so, als würde ich sie schon ewig kennen."

Weibliche Lebenswege gestern und heute – Verstehen als ein Weg zu mehr Akzeptanz und Toleranz von Unterschieden: Biografische Arbeit

„Gehabte Schmerzen hat man gern" (Zitat einer luxemburgischen Seniorin).

Der eigene Lebensweg – ein schweres Thema, für das es Zeit und Raum braucht, um sich persönlich zu sortieren. Daher beginnt diese Arbeitsphase mit einer Einzelarbeit. Drei Visualisierungsmethoden werden angeboten. Sie ermöglichen den Teilnehmerinnen, sich nonverbal zu ihrem Leben zu äußern, und sie erlauben Außenstehenden nur bedingt Rückschlüsse auf einschneidende Erlebnisse. Solche in der anschließenden Austauschphase zu erklären oder darüber zu schweigen, ist die freie Entscheidung jeder Teilnehmerin.

Der erste Austausch findet in generationshomogenen Gruppen statt. Ob die Teilnehmerinnen eine „Lebenskurve" oder den „Fluss ihres Lebens" gezeichnet, ihren „Lebensfaden" gesponnen haben, überall zeigen die Höhen und Tiefen, Kurven und Zickzackbewegungen, dass weder die Jungen noch die Älteren ein einfaches Leben gehabt haben. Sehr offen sprechen sie über die Schwierigkeiten und Brüche in ihrem Leben. Die Seniorinnen reden vor allem über das Gestern. Fast jede von ihnen hat zwei große Tiefs und zwei große Hochs in ihrer Lebenskurve. Krankheiten, Tod des Ehemanns, Scheidung auf der Minusseite, berufliche Erfolge, die Phasen der Selbstbestimmtheit nach der Scheidung, Gesundung nach schwerer Krankheit auf der Plusseite. Heute geben die Lebenserfahrungen ihnen viel Stärke und motivieren sie dazu, sich sozial zu engagieren.

Die Mädchen reden nicht nur über das Gestern, sondern auch über ihre Wünsche und Pläne für die Zukunft. Alle wollen berufstätig sein, viele wollen auch unbedingt eine Berufsausbildung abschließen. Auch wenn sie einmal heiraten und Kinder bekommen, wollen sie ihre Berufstätigkeit nicht vollständig aufgeben. Eine Ehe sei schließlich keine Lebensversicherung.

Nach dieser intensiven und schwierigen Arbeitsphase freuen alle sich auf den Ausflug nach Köln, der mit dem Besuch einer Ausstellung über das Mädchen- und Frauenkonzentrationslager Uckermark beginnt. Die eindringlichen Schilderungen der Führerin über das Schicksal der Heimzöglinge, der oppositionellen oder lesbischen Mädchen und der jungen Prostituierten (oder die als solche abgestempelt wurden) berühren die Teilnehmerinnen sehr. Danach hat jede Zeit für sich: zum Abschalten und Verdauen beim Sightseeing oder beim Shopping.

Erst am nächsten Vormittag setzen wir den Austausch zwischen den Generationen fort. Die Zeichnungen der Lebenskurve und die gemalten Flüsse des Lebens werden an die Wände des Arbeitsraums gehängt, durch den sich bereits die Fäden des Lebens ziehen.

Nach der Ausstellungseröffnung, bei der Thema und Arbeitsweise der Gruppen noch einmal vorgestellt werden, gehen die Teilnehmerinnen umher und betrachten die Werke. Zu Anfang stehen die Seniorinnen im Mittelpunkt. Um ihre Lebenskurven und um sie herum bilden sich immer wieder kleine Trauben von Mädchen, die ihnen aufmerksam zuhören, als sie auf die Höhen und Tiefen in ihrem Leben eingehen. Danach besuchen die Seniorinnen vor allem „ihre" Mädchen, mit denen sie gekommen sind und wieder nach Hause fahren werden, um sie noch besser kennen zu lernen. Die intensive Beschäftigung miteinander ist bewusst vor den folgenden Programmpunkt gesetzt: das gegenseitige Feedback.

Urkunden und persönliche Briefe: Das Feedback
Diese Arbeitsphase soll die kontinuierliche künftige Zusammenarbeit zwischen Seniorinnen und Mädchen einleiten. Mädchen und Seniorinnen schreiben sich gegenseitig, was sie miteinander erlebt haben, welche Stärken und Qualitäten sie aneinander entdeckt und schätzen gelernt haben und wie sie sich das künftige Miteinander vorstellen.

Den in nationalen Gruppen arbeitenden Mädchen fällt ihre Aufgabe ganz leicht. Sie verfassen für jede ihrer jeweiligen „Patinnen" eine Urkunde, die sie liebevoll gestalten. Text und Dekoration der Urkunden – und dass diese Arbeit den Mädchen so schnell von der Hand geht – zeigen deutlich: Sie schätzen und mögen ihre Seniorinnen und haben sie durch den eng gewordenen Kontakt gut kennen gelernt.

„Du bist stärker, als Du glaubst!": Unter diesem Motto schreiben die Seniorinnen ihren Mädchen persönliche Briefe. Ihre Botschaften sollen den Mädchen Mut machen und ihnen Freude bereiten, beschreiben, wie sie die Mädchen wahrgenommen und erlebt haben.

Der Abschiedsabend im schön geschmückten Saal wird ein Abend mit vielen Tränen, die nicht nur aus Traurigkeit vergossen werden. Die Seniorinnen weinen über die Urkunden, die unter viel Beifall vorgelesen werden. Aber auch viele Mädchen weinen bei der Übergabe der „Mut-mach-Briefe", manche werden sehr still und ziehen sich mit den Briefen zurück. Andere setzen einen „coolen" Blick auf und wissen nicht so recht, wie sie mit den netten Worten umgehen sollen, die sie in ihrem Umschlag finden. Ein Mädchen hält den ersten persönlichen Brief ihres Lebens in den Händen.

Viele bedanken sich schüchtern oder umarmen spontan ihre Seniorin. Die sichtliche Zuneigung und Herzlichkeit dieser kleinen Gesten rührt die Frauen, die sich immer wieder gefragt haben, ob sie denn auch alles richtig machen auf diesem Seminar und mit diesen Mädchen.

Ich für dich und mich – wie ging es weiter?

Tatsächlich hielten die beim Seminar entstandenen Verbindungen zwischen den Mädchen und Seniorinnen auf lange Zeit, sie dauern in einigen Fällen sogar bis zum heutigen Tag an. Eine der französischen Seniorinnen hat zwei ihrer Mädchen sozusa-

gen adoptiert und ist auch heute noch eine Art Ersatz-Großmutter für sie. Zwischen ihr und einer der luxemburgischen Seniorinnen ist eine enge Freundschaft entstanden. Sie besuchen sich regelmäßig, fahren gemeinsam in Urlaub.

In der luxemburgischen Gruppe nahmen die beiden Seniorinnen einen festen Platz im Alltag des Berufsbildungszentrums ein. Die gelernte Friseurin machte mit den Mädchen regelmäßig Projekte zum Thema Körperpflege und Hygiene, die immer mehr zu einer Art Lebensberatung wurden. Die andere besuchte die Mädchen ein Mal wöchentlich nach ihrem Computerkurs, aß mit ihnen zu Mittag und unterhielt sich mit ihnen. Durch den Kontakt mit ihr war das Interesse der Mädchen an der Zeit des Nationalsozialismus und der Geschichte Luxemburgs ganz allgemein geweckt worden. Deshalb organisierte die Seniorin gemeinsam mit ihnen Exkursionen zu Museen. Auch die beiden deutschen und österreichischen Seniorinnen trafen sich regelmäßig mit den Mädchen zum Erzählen. Ihnen gelang es aber auch, das Interesse der Mädchen an guten Kinofilmen und an Kunst zu wecken, man organisierte gemeinsam kleine Ausflüge.

Dieses Beispiel zeigt, dass durch interkulturelle politische Bildung im Rahmen der Kurzzeitpädagogik nicht nur ein Dialog zwischen Jung und Alt angestoßen werden kann, sondern zivilgesellschaftliches Engagement älterer Menschen für Jugendliche mit besonderem Förderungsbedarf entsteht, das auf Dauer angelegt ist. Dazu sind allerdings eine enge Zusammenarbeit zwischen den beteiligten Einrichtungen, eine gute und sorgfältige Planung und Vorbereitung sowie ein Programmkonzept notwendig, das den generationsübergreifenden Dialog und das Entstehen von Partnerschaft und Solidarität systematisch fördert. Weitere, ähnlich angelegte Projekte haben dies bestätigt.

Sibylle Meyer ist pädagogische Mitarbeiterin beim IKAB Bildungswerk e. V. Bonn und dort zu erreichen unter der Adresse Poppelsdorfer Allee 92, 53115 Bonn.

E-Mail: s.meyer@ikab.de

Die Abbildungen entstanden während des Projekts und wurden von der Autorin zur Verfügung gestellt.

Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser erfolgreich gestartet

Annette Niederfranke

Annette Niederfranke stellt das bereits in Niedersachsen begonnene Projekt „Mehrgenerationenhäuser“ vor, zu dem jetzt auch auf Bundesebene ein Aktionsprogramm aufgelegt wurde. Der Beitrag begründet die Ziele des Aktionsprogramms und beschreibt die Möglichkeiten generationenübergreifender Kooperation, die solche Mehrgenerationenhäuser eröffnen.

Der demographische Wandel hat Deutschland längst erreicht und wird uns in den nächsten Jahren vor große Aufgaben stellen. Demographischer Wandel bedeutet nicht nur weniger Kinder und eine wachsende Anzahl älterer Menschen, sondern auch kleinere verwandtschaftliche Netzwerke. Damit schwinden die Berührungspunkte der Generationen im Alltag.

Diese Entwicklung kann man beklagen, aber auch als Chance begreifen. Die Potenziale und Chancen einer Gesellschaft des längeren Lebens müssen in den Mittelpunkt gerückt werden. Die demographische Entwicklung bringt neue Chancen und Herausforderungen mit sich. Noch nie in der Geschichte gab es so viele ältere Menschen, die so viel zu geben hatten wie heute. Noch nie waren Ältere so gesund und so gebildet. Sie verfügen über enorme Kompetenzen und damit über ein großes Potenzial an Erfahrung und Wissen. Das ist ein gewaltiges soziales Kapital unserer Gesellschaft – ein Kapital allerdings, das noch allzu oft brach liegt. Deshalb wird die Bundesregierung den demographischen Wandel in Deutschland aktiv gestalten. Ein Weg dorthin sind Mehrgenerationenhäuser.

Die Bundesregierung wird den demographischen Wandel in Deutschland aktiv gestalten

Die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, *Ursula von der Leyen*, hat am 20. November 2006 den Startschuss zum bundesweiten Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser gegeben. Bis Ende nächsten Jahres wird in jedem Landkreis und in jeder kreisfreien Stadt Deutschlands ein Mehrgenerationenhaus eröffnet – 439 insgesamt. „Mehrgenerationenhäuser eröffnen Räume, die den Zusammenhalt der Generationen festigen. Mit veränderten Familienstrukturen schwinden selbstverständliche Begegnungen der Generationen. Die Weitergabe von Erziehungswissen und Alltagskompetenzen geht verloren, aber auch Erfahrung und Hilfe der älteren Generation für die mittlere und jüngere Generation bleiben oft ungenutzt“, sagte *Ursula von der Leyen* bei der Auftaktveranstaltung in Salzgitter.

Das Aktionsprogramm folgt einem ehrgeizigen Plan. Der Bund stellt dafür in den nächsten fünf Jahren insgesamt 98 Millionen Euro zur Verfügung: 40.000 Euro pro Jahr für jedes Mehrgenerationenhaus für maximal fünf Jahre.

Mehrgenerationenhäuser erweitern den familienpolitischen Horizont auf die Generationenbeziehungen, die auch ohne verwandtschaftliche Bindungen immer wichtiger werden. Mit den Häusern sollen aber keine zusätzlichen Strukturen entstehen, sondern eine Bündelung der verschiedenen bisher bestehenden Initiativen und Interessensvertretungen vor Ort. Mit dem Aktionsprogramm besteht die Möglichkeit, sich in moderner Form zu organisieren und zu vernetzen.

Mehrgenerationenhäuser öffnen ihre Türen für alle Menschen. Jeder und Jede ist in ihnen willkommen. Das ist der Grundsatz der Häuser. Dabei werden Menschen aus der Nachbarschaft die Expertinnen und Experten sein, die anderen bei Problemen, Sorgen und Fragen weiterhelfen. Das Prinzip Hilfe zur Selbsthilfe wird in ihnen neu belebt. Besonders ältere Bürgerinnen und Bürger haben die Möglichkeit sich einzubringen. In den Mehrgenerationenhäusern sind ihr Potenzial und Erfahrungswissen gefragt. Junge Familien erhalten in den Mehrgenerationenhäusern Entlastung bei Kinderbetreuung und Erziehungsfragen. Jugendliche werden hier erste Schritte in Richtung Berufserfahrung, aber auch im Umgang mit anderen Generationen machen können. Menschen mit Migrationshintergrund erhalten Hilfe bei Behördengängen und können ihre Sprachkompetenz verbessern und gleichzeitig ihre Kompetenzen und ihren Erfahrungshintergrund einbringen und damit zu einer lebendigen Gemeinschaft beitragen. Kleine Kinder können mit anderen Kindern spielen, sie erhalten Förderung und Unterstützung, gerade auch im konkreten Kontakt mit älteren Menschen, die ihre Leihomas oder Leihopas sein können. Dies alles findet nicht wie bisher im begrenzten Rahmen der Kleinfamilie, sondern im erweiterten und offenen Kreis eines Mehrgenerationenhauses statt.

Mit den Mehrgenerationenhäusern sollen keine zusätzlichen Strukturen entstehen, sondern bestehende Initiativen vor Ort gebündelt werden

Mehrgenerationenhäuser bieten Raum für all diese Aktivitäten. Einen Platz, an dem die Gemeinschaft von Kindern, Jugendlichen, Erwachsenen, Älteren und sehr Alten wieder mit Leben erfüllt wird – nicht zwingend mit verwandtschaftlichen Bindungen, aber alle Generationen einbeziehend. Darü-

© BM für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

Auftaktveranstaltung des Aktionsprogramms Mehrgenerationenhäuser in Salzgitter

ber hinaus sind Mehrgenerationenhäuser auch Adressen für Gespräche, Rat und Hilfen und Ausgangspunkt für vielerlei Aktivitäten. Orte, wo Menschen wertvolle Erfahrungen machen, wo sie wie nebenbei soziales Verhalten trainieren können. Dies geschieht weniger durch Appelle und Unterrichtung, sondern durch die Gestaltung von sozialen Räumen und durch die Begegnung von Menschen.

Untersuchungen wie der Freiwillligensurvey zeigen, dass in allen Generationen die Bereitschaft, sich zu engagieren, stark vorhanden ist. Mehrgenerationenhäuser bieten hierzu ein Forum. Heute beginnt Vorsorge für das Alter lange vor dem Alter und das nicht nur bei der Rente. Wer sich auf eine aktive dritte und vierte Lebensphase einstellen will, muss rechtzeitig neben Familie und Beruf eine Verankerung in der Gesellschaft aufbauen. Mehrgenerationenhäuser stiften noch einen ganz anderen Nutzen, und zwar in einem sehr grundsätzlichen Sinn. Es geht Menschen und der Gesellschaft besser, wenn sie nicht nur ihre eigenen Interessen verfolgen, sondern miteinander und füreinander, für sich und für andere etwas unternehmen und verbessern. Der Gemeinsinn und das soziale Kapital der Kommunen werden größer und damit auch die Lebensqualität.

Mehrgenerationenhäuser sollen die Aufspaltung in Leistungs- und Sozialwesen überwinden

Mehrgenerationenhäuser sollen die Aufspaltung in Leistungs- und Sozialwesen überwinden. Dieser Ansatz macht eine neue Arbeitsteilung nötig und möglich: zwischen Profis und Laien, Hauptamtlichen und freiwillig Engagierten, Alten und Kindern, die miteinander und voneinander lernen. Ohne professionelle Kräfte lässt sich ein Haus nicht führen und ohne bürgerschaftliches Engagement wird es nicht gelingen, die Potenziale der Menschen zu wecken. Beides zusammen unter einem Dach erfolgreich zu verbinden, das ist die Herausforderung für die Mehrgenerationenhäuser.

Gleichzeitig ist es Ziel des Programms, Mehrgenerationenhäuser als Drehscheiben für Dienstleistun-

gen zu etablieren, die Menschen verschiedenen Alters wirklich brauchen: Angefangen vom Wäscheservice oder Computerkurs für Internetbanking über die Leih-Oma bis hin zum Mittagstisch für Schulkinder und die Krabbelgruppe. Denkbar ist hier vieles, je nach Schwerpunkt eines Mehrgenerationenhauses.

Einrichtungen, Initiativen oder Kommunen, aber auch Privatpersonen, die sich für den Aufbau eines Mehrgenerationenhauses interessieren, können sich fortwährend auf der Homepage des Aktionsprogramms unter www.mehrgenerationenhaeuser.de informieren.

Dr. Annette Niederfranke ist Leiterin des Referats Aktive Generationenbeziehungen, Mehrgenerationenhäuser im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und dort erreichbar unter der Adresse Alexanderstraße 3, 10178 Berlin.

Politische Bildung in der demokratischen Gesellschaft

Zum Beitrag Politischer Bildung bei der Gestaltung des gesellschaftlichen Wandels

Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten

Demokratie ist kein Selbstläufer

Die demokratische Verfasstheit einer Gesellschaft ist kein Selbstläufer, kein unverlierbarer Besitz, nichts, was nur theoretisch gelernt werden kann, und mehr als eine Staatsform. Sie muss stets gesichert, fundiert, entwickelt und gestaltet werden. So wie jede Erkenntnis die Vermittlung und Verarbeitung von Informationen voraussetzt und alle Kompetenzen gelernt und eingeübt werden müssen, so müssen die für das öffentliche Leben und die Politik in einer Demokratie notwendigen Fähigkeiten auch gelernt und demokratisches Handeln eingeübt werden, und dies immer wieder neu, denn Demokratie ist ein unabgeschlossenes Projekt und ein sich kontinuierlich veränderndes Lernfeld. Die eigenständige Auseinandersetzung mit Fragen, Problemen und strukturellen Bedingungen des gesellschaftlichen Zusammenlebens, das Wissen um politische Zusammenhänge und gesellschaftliche Werte, die Zuversicht in Teilhabemöglichkeiten und die Motivation und Fähigkeit, diese Möglichkeiten zu nutzen, sind Grundvoraussetzungen für eine demokratische und gerechte Gesellschaft und für die Qualität der politischen Kultur.

Einen wesentlichen Beitrag zur Entwicklung dieser demokratischen Kultur leistet die Politische Bildung. Sie stellt jene Fragen – nicht fertigen Antworten – in den Mittelpunkt, die für das friedliche Zusammenleben in einer Gesellschaft konstitutiv sind: die Frage nach der Verteilung der Macht und der Überwindung von Ungleichheit, nach der Freiheit des Einzelnen und den verbindenden Werten, nach dem gerechten Ausgleich der Interessen und den zukünftigen Entwicklungen der Gesellschaft. Politische Bildung zielt auf Kritikfähigkeit und Mündigkeit und ist Teil des Rechts auf Bildung eines/einer jeden Einzelnen in der Demokratie.

Die demokratische Kultur eines Landes ist zugleich auch ein wesentlicher Standortfaktor für die wirtschaftliche Entwicklung. Politische Bildung fördert diese Kultur, indem sie das Allgemeinwohl als kritische Begleiterin gesellschaftlicher Entwicklungen ins Spiel bringt und jene Kompetenzen vermittelt, die angesichts der Globalisierung von Märkten und Produktionsorten für eine nachhaltige Demokratie auch unter ökonomischen Aspekten notwendig sind.

Politische Bildung als Voraussetzung für Zukunftsfähigkeit

Die aktuelle Debatte um die Qualität des Bildungsstandortes Deutschland und über die Bedeutung der Ressource Bildung für den europäischen Wirtschaftsraum hat ein Randthema des gesellschaftlichen Diskurses zum Kernthema gemacht. Bildung ist in aller Munde, Bildung wird mehr denn je als zentrale Schlüsselkategorie für die Zukunftsfähigkeit einer Gesellschaft verstanden.

Bildung befähigt, die Vergangenheit zu verstehen, die Gegenwart zu gestalten und die Zukunft zu entwerfen; hierfür vermittelt sie Einblicke und Wissen, fördert Kompetenzen und Motivationen und schafft Lernräume und Lerngelegenheiten. Bildung ist ein lebenslanger und kontinuierlicher Prozess, der sich nicht allein auf das Lernen in den formalen Bildungsinstitutionen begrenzen lässt. Sie geschieht an unterschiedlichen Orten und in unterschiedlichen Institutionen, in unterschiedlichen Situationen und zu unterschiedlichen Zeiten. Neben dem formalen Lernen – in Schule, Hochschule und Berufsausbildung – schließt Bildung auch nichtformales und informelles Lernen ein. Die Erkenntnis, dass drei Viertel des nachhaltig Gelernten außerhalb der formalen Bildungsinstitutionen erworben werden, verweist darauf, dass diesem Lernen bei der Wissens- und Kompetenzvermittlung eine besondere Rolle zukommt.

Je komplexer die gesellschaftlichen Zusammenhänge und Herausforderungen sich entwickeln, je größer die Wissensanforderungen an jeden Einzelnen sich darstellen und globale Problemlagen Lösungen erfordern, je stärker der Modernisierungs- und Veränderungsdruck zunimmt, um so dringender wird es, die Fähigkeit zu fördern, selbstbewusst, verantwortungsbewusst und differenziert entscheiden und handeln zu können. Zukunftsfähige und nachhaltige Bildung hat deshalb nicht allein die Aufgabe, Informationen und Kenntnisse zu vermitteln, sondern vor allem auch Fähigkeiten und Kompetenzen zu fördern, die ein tolerantes, weltoffenes, solidarisches und demokratisches Miteinander aller Menschen ermöglichen.

Wesentlicher und unverzichtbarer Bestandteil des deutschen Bildungssystems sind die Träger und Institutionen der Jugend- und Erwachsenenbildung, und ein Bereich davon ist das Lernfeld der Politischen Bildung. Außerschulische politische Bildung ist ein wesentlicher Teil der Weiterbildung, dessen besondere Bedeutung in den Erwachsenen- und Weiterbildungsgesetzen der Länder (bislang noch) ausdrücklich anerkannt wird. Zu den wichtigen Zusammenschlüssen von Trägern der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung gehört der 1959 gegründete Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e. V. (AdB), in dem sich mehr als 180 Träger und

Einrichtungen der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung zusammengeschlossen haben. Sie leisten mit ihren Bildungsangeboten einen substanziellen Beitrag zum Erhalt und zur (Weiter-)Entwicklung der Demokratie, der demokratischen Kultur und für die in ihr handelnden Bürgerinnen und Bürger.

Auftrag und Selbstverständnis der Politischen Bildung

Der außerschulischen politischen Jugend- und Erwachsenenbildung kommt bei der lebensweltorientierten Auseinandersetzung mit dem Politischen eine entscheidende Rolle zu: sie bietet Orte und Gelegenheiten für faire Diskussionen und Kontroversen, sie befähigt und ermuntert zu kritischem Urteil und kompetenter Einmischung und sie fördert und qualifiziert zivilgesellschaftliches Engagement.

Politische Bildung ist auch deshalb integraler und unverzichtbarer Bestandteil eines zukunftsfähigen und nachhaltigen Bildungssystems, weil sie Position bezieht für die Verwirklichung des Verfassungsanspruchs auf Frieden, Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität.

Politische Bildung ist dabei nicht nur auf die traditionellen Politikfelder beschränkt, sondern sie bezieht alle Handlungsorte und -felder ein, in denen politische Entscheidungsprozesse stattfinden und Menschen ihre eigenen Angelegenheiten regeln. Sie ist mehr als politische Information, denn sie zielt auf selbstbewusstes und kompetentes Handeln in gesellschaftlicher Verantwortung.

Politische Bildung

- vermittelt demokratische Grundwerte;
- thematisiert und gestaltet die zentralen Schnitt- und Scharnierstellen zwischen dem Individuum und der Gesellschaft;
- übernimmt eine zentrale Transmissionsfunktion zwischen der Politik und dem politischen Alltagsbewusstsein der Menschen;
- greift zentrale Fragen der gesellschaftlichen Entwicklung auf und regt zum Denken in überindividuellen und globalen Zusammenhängen an;
- thematisiert zentrale soziale, ökonomische und ökologische Bedingungen der Gesellschaft und entwickelt zukunftsfähige Modelle der Teilhabe und aktiven Mitgestaltung;
- fördert kritisches Denken und die Auseinandersetzung mit Einstellungen und Verhaltensweisen;
- bewahrt das Gedächtnis an die Opfer von Kriegen, Völkermorden und Diktaturen;
- vermittelt Erfahrungen und Kompetenzen zum Umgang mit kultureller Vielfalt;
- verschafft Durchblicke, indem sie komplexe Sachverhalte verstehbar macht und den Tendenzen zur populistischen Vereinfachung, zur Ausgrenzung, Diskriminierung und zum Fundamentalismus die Fähigkeit zur Analyse und zur Synthese entgegensetzt und so Raum für Information, Reflexion und Orientierung schafft;
- findet nicht nur dort statt, wo antidemokratische Tendenzen offen zu Tage treten, sondern ist auch dort, wo unterschiedliche Interessen aufeinander stoßen und die Lebens-, Entwicklungs- und Beteiligungsmöglichkeiten von Individuen und Gruppen beschnitten werden;
- bietet angesichts von Individualisierungs- und Segmentierungsprozessen Raum für soziale und politische Kommunikation;
- führt Menschen aus unterschiedlichen sozialen, politischen und kulturellen Milieus zusammen und ermöglicht Solidaritätserfahrungen durch Begegnung und Austausch;
- erreicht auf der Basis einer pluralen Trägerstruktur Menschen mit unterschiedlichsten Sozialisations- und Bildungserfahrungen;
- ist ein zentraler Bestandteil der politischen Sozialisation und basiert auf verbindlichen Qualitätsstandards.

Was leistet Politische Bildung?

Die Bedeutung und Wirkung der Politischen Bildung für die Entwicklung einer demokratischen Kultur kommen insbesondere dann zur Geltung, wenn der Bildungsprozess nicht allein auf die Vermittlung von Wissensbeständen reduziert wird; als Wegbegleiter in die Moderne setzt Politische Bildung vor allem auf die mittelfristige und nachhaltige Entfaltung demokratischer Einstellungen und Kompetenzen.

Politische Bildung ist wegweisend und zukunftsorientiert
Politische Bildung in der modernen Gesellschaft nimmt überall dort eine zentrale Aufgabe wahr, wo sich die Folgen umfassender sozialer, kultureller und politischer Umbrüche zeigen. Sie unterstützt Prozesse des Erkennens und Begreifens dieser Veränderungen und befähigt zu einer aktiven, kritisch-konstruktiven Einflussnahme. Damit leistet sie einen wesentlichen Beitrag zur Entwicklung und Gestaltung von Zukunft.

Politische Bildung ist bedarfs- und wirkungsorientiert
Politische Bildung außerhalb von formalen Bildungsinstitutionen verbindet die Interessen der Bürgerinnen und Bürger mit dem Auftrag der Politischen Bildung und den gesellschaftlichen Herausforderungen. Zielgruppenspezifische Methoden und aktuelle Themen sind unter den Bedingungen des Bildungsmarktes unverzichtbare Grundlagen der Arbeit. Wissenschaftliche Studien belegen, dass Politische Bildung politisch-gesellschaftliches Engagement freisetzt, zum Überdenken eigener Einstellungen anregt, das Interesse an Politik nachhaltig steigert und selbst jene Menschen für politische Fragen sensibilisiert, die sich für unpolitisch halten.

Politische Bildung ist differenziert und hat Konjunktur
Politische Bildung in Deutschland wird vor allem von freien Trägern geleistet, die vom Staat gefördert werden. Die Vielfalt der Träger der Politischen Bildung gewährleistet in ihrer Gesamtheit ein differenziertes Angebot in Bezug auf Zielgruppen, Themen, erkenntnisleitende Fragestellungen und Methoden. Über 1000 Träger und Einrichtungen der Politischen Bildung bieten jährlich ca. 140.000 Veranstaltungen an; mehr als 40 % der Bürgerinnen und Bürger in Deutschland melden einen Bedarf an Politischer Bildung an.

Politische Bildung ist innovativ und aktuell
Politische Bildung, insbesondere die Politische Jugendbildung, nimmt eine Vorreiterrolle bei der Entwicklung neuer Methoden und neuer Lernformen ein. Ihre Konzepte und pädagogischen Erfahrungen beeinflussen die Bildungspraxis in Schule, Hochschule und Berufsausbildung. Eigenmotiviertes, partizipatives und handlungsorientiertes Lernen bildet eine ideale Voraussetzung zur Entwicklung politischen Bewusstseins und gesellschaftlichen Engagements.

Politische Bildung steht für Qualität und Effektivität
Qualitätssicherung und Qualitätsentwicklung, Selbst- und Fremdevaluationen, Wirtschaftlichkeitsrechnungen und Wirkungsanalysen begleiten auch die Arbeit der Träger Politischer Bildung. Die bisherigen Evaluationen zur Politischen Jugend- und Erwachsenenbildung und die Ergebnisse der Teilnehmendenbefragung bestätigen die hohe Qualität der Arbeit und die Effektivität des Ressourceneinsatzes. Politische Bildnerinnen und Bildner planen und führen nicht nur Veranstaltungen durch, sondern sichern diese auch finanziell ab, indem sie die Mittel akquirieren und für das Marketing sorgen.

Politische Bildung fördert Vernetzung und ganzheitliches Lernen
Wer Zusammenhänge herstellt, benötigt und fördert Vernetzungen. Politische Bildung verbindet verschiedene Lebenswelten und vermittelt zwischen den Ebenen Privatheit und Öffentlichkeit, zwischen dem Alltag in Familie und Beruf, zwischen dem Individuum und der Gesellschaft. Ganzheitliches und vernetztes Lernen erfordert tragfähige Kooperationsstrukturen und pädagogische Konzepte für das Lernen mit Kopf, Hand und Herz. Kooperation und Vernetzung sind wesentliche Elemente der Praxis politischer Bildungsarbeit.

Politische Bildung unter Druck

Trotz der erfolgreichen Geschichte der Politischen Bildung scheint der bisherige gesellschaftliche Konsens über ihre Bedeutung und Funktion aktuell nicht mehr unumstritten zu sein. Wie andere zentrale Zusammenschlüsse von Trägern der Politischen Bildung auch beobachtet der AdB, dass

- unter dem Druck der öffentlichen Finanzmisere dieser Bereich der Bildung zunehmend zur Disposition gestellt wird;
- auf lokaler und regionaler Ebene Förderungen und Unterstützungen fast vollständig eingestellt werden;
- kurzfristige Projektförderungen zur Entstrukturierung der Trägerlandschaft führen und politische Bildung in ihrem Kern zerstören;
- sich eine verstärkte Kommerzialisierung und Ökonomisierung im Bildungssektor durchsetzt;
- die zunehmende Fokussierung auf formale Bildungsinstitutionen und unmittelbar arbeitsmarktbezogene Bildungsangebote erfolgt und

- demokratische Bildung als notwendige Reaktion auf zwei Diktaturen in Deutschland mehr und mehr als inzwischen „realisiertes Projekt" begriffen wird.

Konsequenzen und Forderungen

Aus der Beurteilung der gegenwärtigen Situation ergeben sich für den AdB folgende Konsequenzen und Forderungen:

1. Politische Bildung ist unverzichtbarer Teil der Demokratie und des Lebenslangen Lernens. Ihre institutionelle Grundsicherung muss garantiert werden.

2. Hinweise auf die Lage der öffentlichen Finanzen und der Verweis auf die Kompensation fehlender staatlicher Mittel durch andere Finanzierungsformen (Stiftungen, Teilnehmerbeiträge etc.) eröffnen keine akzeptablen Alternativen. Politische Bildung als Motor zur Entwicklung der demokratischen Kultur einer Gesellschaft darf nicht den Zufälligkeiten (und Fragwürdigkeiten) einer Mittelakquise auf einem Finanzierungs- und Drittmittelmarkt unterworfen werden.

3. Gegenwärtige Gefährdungen der Demokratie in Deutschland und aktuelle politische Herausforderungen erfordern mehr denn je die Unterstützung der Politischen Bildung durch die politischen Entscheidungsträger. Die Qualität Politischer Bildung muss erhalten und weiterentwickelt werden; die Anzahl der Teilnehmenden muss erhöht, neue Zielgruppen müssen gewonnen werden. Vor allem bildungsferne Menschen und Migrantinnen und Migranten müssen verstärkt in das Blickfeld Politischer Bildung rücken.

4. Die Politik muss sich wieder stärker an inhaltlichen Erfordernissen orientieren und durch die Förderung Politischer Bildung in die demokratische Zukunft investieren. Dies muss sich auch in den Jugend-, Erwachsenenbildungs- oder Weiterbildungsgesetzen der Bundesländer niederschlagen. Politische Bildung darf nicht durch den Hinweis auf die jeweils nächste Förderebene (Kommune, Land, Bund, Europa) blockiert, entkernt und finanziell ausgeblutet werden.

5. Während in Deutschland die staatlichen Finanzierungen und damit auch die gesellschaftliche Bedeutung der politischen Bildung abnehmen, wachsen deren Bedeutung und Anerkennung im europäischen, vor allem auch osteuropäischen Raum. Die Erfahrungen und Kompetenzen der politischen Bildung, so formuliert es die Evaluation der politischen Jugendbildung, die im Rahmen des Kinder- und Jugendplanes der Bundesregierung stattfand, könnten eine vorbildliche Grundlage für die Entwicklung eines europäischen Konzeptes Politischer Bildung sein. Diese Vorbildfunktion kann Politische Bildung aber nur dann wahrnehmen, wenn ihre Qualität, Vielfalt und Quantität erhalten bleiben.

6. Politische Bildung ist auf Mittelfristigkeit und Nachhaltigkeit angelegt. Dieses Ziel setzt aber voraus, dass ihre Existenz langfristig abgesichert wird. Deshalb braucht sie eine kontinuierliche finanzielle Förderung. Kurzfristige Maßnahmen, spektakuläre Events und politischer Aktionismus, die politische Bildung dann in den Mittelpunkt stellen, wenn ihr wegen spektakulärer Vorfälle wieder eine Feuerwehrrolle zugewiesen wird, reichen dazu nicht aus und erfüllen allzu oft eine Alibifunktion.

7. Die Strukturen Politischer Bildung müssen gestärkt werden, um auch präventive Aufgaben erfüllen zu können. Demokratische Bildung und Erziehung zur Demokratie müssen wieder selbstverständlich zur öffentlich verantworteten Bildung im Rahmen formaler und nichtformaler Lernprozesse gehören.

Beschlossen von der Mitgliederversammlung in Bad Bevensen, 30.11.2006

Muslime und Menschenrechte als Thema politischer Bildung

Gerhart Schöll

Der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten beschließt für jedes Jahr ein Thema, das aus aktuellem Anlass besondere Beachtung in den eigenen Aktivitäten und in den Bildungsangeboten der Mitgliedseinrichtungen finden soll. Im Jahr 2006 lautet das Thema „Politische Bildung ist Menschenrechtsbildung". Der AdB und seine Mitgliedseinrichtungen wollen mit diesem Jahresthema den Respekt vor den universellen Menschenrechten und Grundfreiheiten, wie sie beispielhaft im Grundgesetz verbrieft sind, stärken und ihre Verwirklichung fördern.

In jeder Ausgabe dieses Jahrgangs soll an einem Beispiel verdeutlicht werden, wie in der Praxis einer Bildungsstätte Menschenrechte als Thema und Gestaltungsprinzip konkret vermittelt und erfahrbar werden.

Seminare zum Thema Islam und mit jungen Musliminnen und Muslimen sind seit langem ein wichtiger Teil gemeinsamer Bildungsarbeit des *Jugendhofs Vlotho* und des *AKE-Bildungswerks* (Arbeitskreis Entwicklungspolitik). Vor die Frage gestellt, welches Beispiel aus dieser Arbeit im Kontext des AdB-Jahresthemas Menschenrechtsbildung in diesem Beitrag am ehesten darzustellen wäre, habe ich mich bewusst für die Gegenüberstellung von zwei sehr unterschiedlichen Ansätzen entschieden: Ich berichte über eine Tagesveranstaltung zum Thema Zwangsheirat und eine Arbeitseinheit zum Thema Menschenrechte in einem *JuLeiCa*-Kurs für junge Musliminnen und Muslime („Arbeit mit muslimischen Kindern und Jugendlichen").

Thema und seine Begründung

Angesichts der öffentlichen Diskussion zum Thema Zwangsheirat (und damit eng verbunden dem Problem der sog. „Ehrenmorde") und zur Frage, ob oder inwieweit der Islam mit Demokratie und Menschenrechten vereinbar ist, lag es nahe, diese Thematik auch zum Gegenstand von Bildungsveranstaltungen zu machen.

Mädchen oder junge Frauen (um die es bei Zwangsheiraten meist, aber nicht ausschließlich geht) gegen ihren Willen zu einer Ehe zu zwingen, verletzt unmittelbare Menschenrechte. Zwei Fragen wollten wir in unserer Veranstaltung vor allem nachgehen:

- Warum ist in der Regel bei den Eltern und dem (familiären) Umfeld kein Unrechtsbewusstsein vorhanden? Wie kann es entwickelt werden?
- Wie kann den Betroffenen am ehesten geholfen werden?

Ziel der JuLeiCa-Kurse ist es u. a., jungen Musliminnen und Muslimen über Kinder- und Jugendarbeit zu ermöglichen, mit anderen jungen Menschen ihre gemeinsame Religion zu leben und sich mit dieser Religion in unsere Gesellschaft einzubringen – so wie dies für junge Menschen und Jugendarbeit mit christlichem Hintergrund selbstverständlich ist. Wenn Zustimmung und Einsatz für eine demokratische Grundordnung und Menschenrechte Teil ihrer Identität als Muslime in der deutschen Gesellschaft werden sollen, sie ihren Platz in dieser Gesellschaft finden und diese mitgestalten wollen, benötigen sie Unterstützung bei dem Prozess, dies für sich und später auch für und mit anderen entwickeln zu können. Das ist vor allem dann wichtig, wenn sie verunsichert sind durch Zweifel an der Vereinbarkeit ihrer Religion mit der Demokratie und/ oder den Menschenrechten, wie sie sowohl von Anhängern wie Gegnern des Islam immer wieder geäußert, von der Mehrheit der Muslime aber nicht geteilt werden (Jedenfalls gilt das für Muslime in Deutschland; in Gesellschaften ohne tiefer verwurzelte demokratische Strukturen – und dazu gehören bisher noch die meisten islamischen Länder – sieht es meist anders aus).

Inhalte und Fragestellungen

„Als die neunjährige Fatma ihren schon vier Jahre zuvor nach Deutschland ausgereisten Eltern aus einem ostanatolischen Dorf folgt, hat sie dort eine Kindheit hinter sich, deren Schilderung mit ihren Höhen und Tiefen allein ein höchst interessantes und in einigen Teilen sehr erschütterndes Buch füllen würde. Auch in Deutschland, wo sie wie viele andere zwischen der alten und einer neuen Kultur lebt, erfährt sie die Benachteiligung einer jungen Frau in einer traditionell geprägten patriarchalen Kultur. Als sie schließlich gegen ihren Willen an einen Vetter in der Türkei verheiratet werden soll, entschließt sie sich zum Bruch mit ihrer Familie" (aus der Einladung zur Lesung am Vorabend des Seminars).

Dass junge Menschen sich selbst ihren (Lebens-) Partner oder ihre Partnerin wählen dürfen, ist in vielen Gesellschaften nicht selbstverständlich und in den meisten anderen auch noch nicht allzu lange – ebenso wie viele andere Menschenrechte noch nicht überall selbstverständlich sind. Verstöße gegen dieses Menschenrecht finden sich in unserer Gesellschaft eher im muslimischen Milieu. Viele Muslime weisen aber auch immer wieder darauf hin, dass der Islam nicht erlaube, einen Menschen gegen seinen Willen zu einer Heirat zu zwingen

(und noch viel einhelliger kommt die Aussage, dass jeder Mord gegen den Islam verstößt).

Wenn ich mir die Argumentation eines traditionell eingestellten Türken zu eigen mache, dass seine Religion ihm erlaube oder sogar vorgebe, seinen Töchtern (und manchmal auch Söhnen) vorzuschreiben, welchen Partner sie zu wählen hätten, befinde ich mich ebenso wie er im Widerspruch zu vielen anderen Musliminnen und Muslimen, die das strikt ablehnen.

Gleichzeitig bringe ich mich unnötig in eine schwierigere Position: Ich kann ihm vielleicht klar machen, dass das, was er vertritt, mit unseren Gesetzen nicht vereinbar ist, verlange aber gleichzeitig, dass er mindestens an diesem Punkt mit seiner Religion und damit einem Teil seiner Identität bricht. Es könnte für ihn leichter sein zu akzeptieren, dass seine Tochter ihren Partner selbst wählt, wenn er erfährt, dass es Muslime gibt, die eine andere Sicht in dieser Frage haben: dass der Islam verbietet, die eigene Tochter gegen ihren Willen zu verheiraten. Ähnlich kompliziert wird es, wenn ich den von Zwangsheirat bedrohten jungen Frauen helfen will: Der Bruch mit der eigenen Familie, der dann ja oft nicht vermieden werden kann, ist eine sehr weitreichende und schwere Entscheidung. Wenn eine junge Frau weiß, dass sie damit nicht auch noch gegen ihre Religion verstößt, fällt ihr vielleicht ihre Entscheidung leichter.

Dieser kurze Exkurs macht die Komplexität des Problems deutlich, die auch im Seminar herausgearbeitet werden sollte: Es geht um Ausmaß und Erscheinungsformen von Zwangsverheiratungen und die daraus resultierende Not der Betroffenen in einer Gemengelage, in der sich ideologische Elemente mit diversen kulturellen, religiösen, regionalen und oft sogar familialen Traditionen vermischen.

Ein weiterer wichtiger Inhalt war die Frage nach konkreten Hilfsmöglichkeiten für die betroffenen Frauen. Deutlich wurde, dass der totale Bruch mit der Herkunftsfamilie (und die zeitweise Unterbringung an einem geheimen Ort) nur die ultima ratio darstellt. Gerade Frauen, die in diesen Fällen zumeist starke familiale Bindungen haben, verkraften einen solchen Bruch oft nicht und kehren nicht selten trotz der ihnen bewussten Gefährdung ihrer Person zur Familie zurück.

Allerdings gibt es auch zu wenige Zufluchtseinrichtungen für betroffene Frauen. Zwei Mitarbeiterinnen, die ihre langjährige Erfahrung in der Hilfe in das Seminar einbringen konnten, standen zum zweiten Mal vor der Situation, dass die Einrichtung, in der sie arbeiteten, mangels finanzieller Ressourcen schließen musste.

Deshalb sollte – so das Fazit der Veranstaltung – zunächst versucht werden, das weitere Umfeld der Betroffenen einzubeziehen: Unterstützung durch Gespräche mit den Eltern, vor allem den Vätern, und Menschen aus der eigenen Kultur, Religion oder Herkunftsgesellschaft, die oft eher überzeugen können als die Vertreter/-innen der Mehrheitsgesellschaft, von der man sich ja missverstanden oder ausgegrenzt fühlt.

Mehr Offenheit für die Werte und Regeln unserer Gesellschaft begegnet uns bei den jungen Musliminnen und Muslimen in unseren JuLeiCa-Kursen. In allen Kursen hat die Frage nach der eigenen Position zum freiheitlich-demokratischen Rechtsstaat einen wichtigen Stellenwert.

Aus Textstellen im Koran und in anderen islamischen Quellen wurden Forderungen an staatliches Handeln unter Berücksichtigung von Grundrechten oder Gesetzen (im Sinne islamisch begründeter Menschenrechte) abgeleitet, wie

- Privatsphäre des Einzelnen muss gewahrt werden
- jeder Einzelne hat das Recht auf Eigentum
- jeder Mensch hat das Recht auf freie Religionsausübung und Glaubensfreiheit
- jeder Mensch trägt eine soziale Verantwortung der Gesellschaft gegenüber
- Mann und Frau sind gleichwertig
- die Würde des Menschen ist unantastbar
- das vorsätzliche Töten oder Verletzen einer Person ist untersagt
- jeder Mensch hat das Eigentum und die Ehre seiner Mitmenschen zu achten
- der Staat gewährt jedem Schutzsuchenden Asyl
- alle Menschen sind gleichwertig, unabhängig von ihrer Hautfarbe, Abstammung, Vermögen etc. (vgl. Schöll 2001).

Methoden

Das Seminar zum Thema Zwangsheirat war eingebettet in eine größere Aktion. Ihm vorangegangen war eine von der Frauenrechtsorganisation TERRE DES FEMMES konzipierte Ausstellung (TERRE DES FEMMES: „Auf der ganzen Welt werden Frauen von männlichen Familienmitgliedern gesteinigt, mit Säure übergossen oder auf andere grausame Art ermordet. Neben der Darstellung der verschiedenen Formen von Verbrechen im Namen der Ehre

ist es das Anliegen der Ausstellung, Menschen bekannt zu machen, die teilweise unter Einsatz ihres Lebens gegen diese frauenverachtenden Traditionen kämpfen. Die Ausstellung ist daher auch eine authentische und berührende Dokumentation dieses wichtigen Bereichs aktueller Frauenrechtsarbeit"), ergänzt durch ein kurzes Informationsseminar zur Thematik, das auch zur Problematik Zwangsheirat hinleitete. Am Vorabend des Seminars fand eine Lesung statt (Fatma B., Hennamond).

Nicht alle Teilnehmenden am Seminar kamen schon zu dieser Lesung, an die sich eine intensive Diskussion mit der Autorin über ihre Kindheit in einem anatolischen Dorf, ihre damalige und heutige Einstellung zum Islam und vor allem die Situation junger türkischer Frauen in Deutschland anschloss. Aber viele Interessierte aus Vlotho und Umgebung waren eigens zu dieser Veranstaltung gekommen, zu der öffentlich eingeladen worden war.

Das Seminar begann dann mit Hintergrundinformationen (aktuelle Situation in Deutschland, rechtliche Fragen) und Erfahrungsberichten, vorgetragen von zwei Frauen, die seit vielen Jahren in der Beratung und Betreuung von betroffenen Mädchen und Frauen tätig sind. Eine aus Ägypten stammende Muslima, Mutter von fünf Kindern, Studentin und Mitglied im Vorstand des Islamischen Zentrums Bielefeld, stellte dar, warum Zwangsverheiratungen aus ihrer Sicht mit dem Islam nicht vereinbar sind. In Arbeitsgruppen konnten die Teilnehmenden dann Anregungen aufgreifen und versuchen, gemeinsam Ansätze für die weitere Arbeit in ihrer jeweiligen Praxis zu entwickeln.

In der hier dargestellten Einheit des JuLeiCa-Kurses wurden zunächst in einem Brainstorming Ideen und Assoziationen zum Thema Menschenrechte gesammelt und dann gemeinsam diskutiert. Ein kurzer historischer Überblick zur Geschichte der Menschenrechte schloss sich an, in dem auch auf die Berührungspunkte zwischen islamisch-arabischer und christlich-europäischer Welt im ausgehenden Mittelalter und zu Beginn der Neuzeit eingegangen wurde.

Zur weiteren Arbeit wurden die Teilnehmenden in Zweier- und Dreiergruppen aufgeteilt (geschlechtsspezifisch), in denen die Menschenrechte am Beispiel der Grundrechte im Grundgesetz Koranzitaten und Aussagen des Propheten Mohamed gegenübergestellt wurden. Die Teilnehmenden sollten Gemeinsamkeiten (oder auch Widersprüche) zwischen dem Islam und den Grundrechten finden. Die These, dass der Islam nicht mit dem Grundgesetz vereinbar sei, traf nach ihren im Fazit übereinstimmenden Ergebnissen nicht zu.

Solche Arbeitseinheiten sind nicht möglich, wenn nicht Muslime ins Seminarteam einbezogen werden (vgl. Schöll 2001). Angeleitet wurde die Einheit in diesem Fall von einer Teamerin, die als Kind türkischer Eltern in Deutschland geboren und zunächst auch aufgewachsen ist, als Jugendliche in die Türkei zurückkehrte und dort eine islamische Ausbildung (als Hodscha) absolvierte, die ihr als Grundstudium für ihr jetziges Studium von Islam- und Erziehungswissenschaften angerechnet wurde. Neben diesem Studium ist sie Mitarbeiterin eines türkisch-islamischen Dachverbandes im interreligiösen Dialog.

Zielgruppe

Das Seminar Zwangsheirat richtete sich in erster Linie an Interessierte, die (in Beratungsstellen, Schulen, Jugendzentren, Familienberatung u. ä.) mit Betroffenen zu tun haben und Anregungen und Hilfen für die bessere Unterstützung von Mädchen und jungen Frauen suchten.

Zum JuLeiCa-Kurs eingeladen waren insbesondere junge Menschen, die als Muslime Kinder- und Jugendarbeit mit anderen jungen Musliminnen und Muslimen machen (in diesem Jahr vor allem im Umfeld von Moscheegemeinden und in islamischen Sportvereinen).

Reflexion der Erfahrungen

Wichtig erscheint mir für die Bildungsarbeit nach diesen Veranstaltungen die kritische und differenzierte Auseinandersetzung mit menschenrechtsfeindlichen Positionen, die auch von Muslimen vertreten werden – aber nicht, weil sie von Muslimen vertreten werden, sondern weil sie menschenrechtsfeindlich sind.

Und noch wichtiger erscheint es mir, Muslime, die sich für Menschenrechte einsetzen, zu unterstützen (und nicht erst zu fragen, ob das denn überhaupt mit dem Islam übereinstimmen kann, ob sie es ehrlich meinen u. ä.).

Literatur und andere Medien

Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten (Hrsg.): Begegnung mit dem Islam. Kommentierte Arbeits-

hilfen für die politische Jugendbildung, CD-ROM, Berlin 2005

Seyran Ates: Große Reise ins Feuer, Berlin 2003, Rowohlt Verlag

Heiner Bielefeldt: Zwangsheirat und multikulturelle Gesellschaft. Anmerkungen zur aktuellen Debatte, Berlin 2005, Deutsches Institut für Menschenrechte

Sonja Fatma Bläser: Hennamond, Wuppertal 1999, Peter Hammer Verlag

Frauke Biel/Sevim Kavak: Muslimische Frauen in Deutschland erzählen über ihren Glauben, Gütersloh 1999, Gütersloher Verlagshaus

Serap Cileli: Wir sind eure Töchter, nicht eure Ehre, Michelstadt 2002, Neuthor Verlag

Yasemin Karakasoglu-Aydin: Muslimische Religiosität und Erziehungsvorstellungen. Eine empirische Untersuchung zu Orientierungen bei türkischen Lehramts- und Pädagogik-Studentinnen in Deutschland, Frankfurt 2000, Iko – Verlag für Interkulturelle Kommunikation

Yasemin Karakasoglu: Der Islam als Teil der multikulturellen Gesellschaft. Herausforderungen an die soziale Arbeit, in: *iza Zeitschrift für Migration und Soziale Arbeit,* 3/4-2003

Irshad Manji: Der Aufbruch. Plädoyer für einen aufgeklärten Islam, Frankfurt 2003, Eichborn-Verlag

Gerhart Schöll: Politische Bildung, Islam und Muslime. Erfahrungen in Seminaren und mit Teilnehmenden, in: *Außerschulische Bildung,* 3/4-2001

TERRE DES FEMMES (Hrsg.): Unterrichtsmappe Zwangsheirat, Tübingen 2003, TERRE DES FEMMES e. V.

ZIF-Zentrum für Islamische Frauenforschung und Frauenförderung (Hrsg.): Ein einziges Wort und seine große Wirkung. Eine hermeneutische Betrachtungsweise zum Qur'an, Sure 4, Vers 34, mit Blick auf das Geschlechterverhältnis im Islam, Köln 2005, ZIF.

Gerhart Schöll arbeitet als Bildungsreferent im Jugendhof Vlotho, Bildungsstätte des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe.
Adresse über den Jugendhof:
Oeynhausener Straße 1, 32602 Vlotho.

E-Mail: gerhart.schoell@lwl.org

Fishbowl

Christian Roth

Kurzcharakterisierung

Beim Fishbowl handelt es sich um eine Methode, die alternativ zu Podiumsdiskussionen und moderierten Plena eingesetzt werden kann. Sie ist besonders gut geeignet für offene Diskussionsprozesse, Reflexionen und für Streitfragen, weniger eignet sie sich für kreative Sammlung von Ideen, theoretische Diskussionen, reine Wissensvermittlung oder einen Erfahrungsaustausch ohne Streitpunkte. Aufgrund ihres offenen und dynamischen Charakters hilft die Methode, die oft in Diskussionsrunden vorgegebenen hierarchischen Strukturen zu durchbrechen und Dominanzverhältnisse zwischen den Teilnehmenden abzubauen.

In der Fishbowl-Methode werden ein innerer und ein äußerer Stuhlkreis gebildet, um eine Art Arena zu erzeugen. Im inneren Kreis befinden sich 4 – 6 Stühle (es sind auch weniger Personen zulässig) und im äußeren Kreis die Stühle der restlichen Teilnehmenden. Die Gruppe des inneren Stuhlkreises diskutiert miteinander, während der äußere Stuhlkreis die Diskutierenden beobachtet und ihnen anschließend Feedback über ihr Diskussionsverhalten geben kann. Teilnehmende aus dem äußeren Kreis sind aufgefordert, Mitglieder des inneren Diskussionskreises durch „Abklatschen" abzulösen und selber Teil der Diskussionsrunde zu werden, um dann ihrerseits aktiv in die Debatte einzugreifen. Fishbowl heißt diese Methode, weil die Diskutierenden vergleichbar den Fischen eines Aquariums beobachtet werden. Beobachtende und Diskutierende können bei der Durchführung einander abwechseln.

Als Anwendungsbeispiel soll hier das Thema „Demografischer Wandel" dienen. In dem dazu vorgestellten Fishbowl soll der Schwerpunkt auf aktuelle Probleme und Herausforderungen gelegt werden. Die Methode kann mit diesem inhaltlichen Zuschnitt zwei Funktionen übernehmen: Als Einstieg in eine Arbeitseinheit dient sie in einem ersten Schritt der Sammlung wichtiger Standpunkte der Teilnehmenden zum Thema, im zweiten der Herstellung individueller Betroffenheit und im dritten der Schaffung eines Problembewusstseins. Einzelne Streitpunkte der Diskussion können so im weiteren Verlauf der Arbeitseinheit wieder aufgegriffen, systematisch und vertiefend behandelt sowie auf ihren Wahrheitsgehalt überprüft werden. Das Fishbowl eignet sich ferner zur Vertiefung des Themas, beispielsweise im Anschluss an einen Film, ein Lehrgespräch oder an thematische Arbeitsgruppen zum demografischen Wandel. Dabei erfahrene Standpunkte können von den Teilnehmenden so kritisch reflektiert werden. Wichtig ist in diesem Fall allerdings eine inhaltliche Nachbereitung des Fishbowls durch die Lehrperson.

Praktisches Vorgehen

Zur Vorbereitung werden konkrete Fragen und Standpunkte der Teilnehmenden ‚anonym' auf Zetteln gesammelt. Wichtig ist dabei, dass alles zu fragen oder zu benennen erlaubt ist. Die Zettel werden in einen Hut oder Kasten gelegt. Die so gesammelten Fragen und Standpunkte stehen während des Fishbowls den Diskutierenden des Innenkreises durch „Ziehen" aus dem Karton zur Verfügung und sollen erörtert werden. Solche Fragen und Positionen zum gewählten Beispiel „Demografischer Wandel" könnten zum Beispiel sein:

- Die Überalterung unserer Gesellschaft führt dazu, dass die Renten in Deutschland nicht mehr sicher sind.
- Wer zahlt mal meine Rente?
- Der Bevölkerungsrückgang in den nächsten Jahrzehnten wird das Problem der Massenarbeitslosigkeit in Deutschland fast von alleine lösen.
- Wie kann man Menschen motivieren, mehr Kinder zu kriegen?
- In Zukunft brauchen wir mehr qualifizierte ausländische Arbeitskräfte, um das hohe soziale und wirtschaftliche Niveau in Deutschland halten zu können.
- Etc.

Wie läuft das Fishbowl nun im Einzelnen ab?

1. Die Teilnehmenden des Innenkreises ziehen eine Karte aus dem offenen Karton. Die Frage/der Standpunkt wird vorgelesen und anschließend erörtert.

2. Nur die Teilnehmenden im Innenkreis dürfen diskutieren, die Teilnehmenden im Außenkreis hören zu.

3. Haben die Diskutierenden das Gefühl, die Frage/die Position sei ausreichend behandelt, kann eine neue Karte aus dem Karton gezogen werden.

4. Wenn sich Teilnehmende aus dem Außenkreis an der Diskussion beteiligen wollen, dann stellen sie sich hinter eine Person im Innenkreis und berühren deren Schulter. Die Person auf dem Stuhl darf ihren Gedanken noch zu Ende bringen und muss anschließend den Kreis verlassen. Die andere Person nimmt dann diesen Platz ein.

5. Wer den Kreis verlässt, kann auch wiederkehren. Wer das andauernd macht (also dominieren würde) fällt sofort auf. Die Methode schafft dann Transparenz über Dominanzverhältnisse in der Seminargruppe.

6. Es entwickelt sich nach anfänglicher Unsicherheit schnell ein Kommen und Gehen, ohne dass dadurch die Debatte abbricht. Vielredner/Vielrednerinnen werden schnell von den Teilnehmenden bevorzugt aus dem Innenkreis abgelöst.

Für die erfolgreiche Durchführung eines Fishbowls ist von zentraler Bedeutung, dass die Methode zu Beginn genau vorgestellt wird. Es muss deutlich gemacht werden, dass sich die Teilnehmenden abwechseln sollen und sie selbst die einzige Instanz der Intervention sowie zuständig für den Diskussionsverlauf sind. Die Funktion des politischen Bildners/der politischen Bildnerin während des Fishbowls beschränkt sich auf Moderation und Beobachtung, um erstens die Einhaltung der Spielregeln zu überwachen und zweitens das soziale Verhalten der Teilnehmenden im Anschluss zu reflektieren.

Abbildung: Fishbowl

Quelle: nach BpB (Hrsg.), Methoden-Kiste, Bonn 2004, 3. Auflage, S. 4b

Als Problem während der Durchführung dieser Methode – insbesondere zu Beginn der Diskussion – könnten sich die nicht selten auftretenden Hemmungen der Teilnehmenden erweisen, in den Innenkreis zu gehen. Dies ist umso wahrscheinlicher, wenn sich die Teilnehmenden nur aus dem Veranstaltungskontext kennen. Jedoch löst sich dieses Problem im Verlauf der Durchführung des Fishbowls in der Regel von selbst. Eine Abwandlungsmöglichkeit ist, dass die Zusammensetzung des Innenkreises nach der Diskussion einer Frage/eines Standpunktes immer wieder verändert wird. Dies erfordert jedoch ein aktives Eingreifen von außen und widerspricht dem offenen und dynamischen Charakter der Methode. Als zeitlicher Rahmen für ein Fishbowl sind 30 – 45 Minuten zu empfehlen.

Anwendungsmöglichkeiten der Methode

Das Fishbowl eignet sich in besonderer Weise als diskursiver Einstieg bzw. kontroverse Vertiefung in die nähere Beschäftigung mit dem Themenkomplex „Demografischer Wandel“. Die Methode regt generell zu einem Wechselspiel von Reden, Zuhören und Beobachten an. Die Beteiligung an Diskussionen wird erleichtert, Diskussions-, Beobachtungs- und Zuhörfähigkeiten der Teilnehmenden werden gefördert.

Wie bei der Anwendung jeder Methode bietet sich eine Anpassung des Fishbowls an die Bedürfnisse und sozialen Fähigkeiten der jeweiligen Zielgruppe sowie die inhaltlichen Lernziele einer Arbeits-

© Internationales Forum Burg Liebenzell

einheit an. Es können daher zahlreiche Varianten unterschieden werden:

- Geschlossenes Fishbowl: die Zusammensetzung des Innenkreises ändert sich nicht;
- Fishbowl mit Rollenwechsel: nach einer festgelegten Zeit wechseln die Rollen, die Teilnehmer in Innenkreis gehen in den Außenkreis und umgekehrt;
- das Doppeln: hinter jeder Person in der Mitte steht eine weitere Person und bringt weitere Argumente ein oder verteidigt sie;
- Pro- und Contra- Debatte: je die Hälfte der Personen im Innenkreis vertreten die ihnen als Rolle zugewiesene Position. Die Teilnehmenden des Außenkreises „schlüpfen" durch Schulterberührung in die jeweilige Rolle des/der Pro- bzw. Contra-Diskutanten/Diskutantin des Innenkreises;
- offenes Fishbowl mit mehreren freien Stühlen;
- eine Gruppenarbeitsphase (ca. 5 Teilnehmende pro Gruppe) geht voran, aus jeder Gruppe kommt ein/e Vertreter/in in den Innenkreis zur Diskussion.

Die Methode Fishbowl eignet sich schließlich auch für Veranstaltungsformen, in denen die soziale Kompetenz der Teilnehmenden gefördert werden soll. Zu denken wäre hier beispielsweise an Rhetorikseminare, um das Kommunikations- und Argumentationsverhalten der Teilnehmenden zu schulen, sowie Formen des Konflikttrainings. In diesem Zusammenhang kommt den Beobachtenden im Außenkreis eine wichtige Funktion zu. Es sollten konkrete Beobachtungsaufgaben zu Inhalt und Diskussionsverhalten gestellt werden.

Beobachtungen zum Inhalt:

- Werden gute und überzeugende Sachargumente gebracht?
- Wird das vorher erlernte Wissen gut eingebunden?
- Gibt es so etwas wie einen gemeinsamen Konsens?
- Gibt es deutliche Kontroversen?

Beobachtungen im Diskussionsverhalten:

- Halten die Personen, die diskutieren, Blickkontakt?
- Hören sie sich aufmerksam zu?
- Reden die Diskutierenden verständlich?
- Lassen sie andere ausreden?
- Gehen sie auf die Argumente der anderen ein?
- Bleiben die Beteiligten beim Thema oder schweifen sie ab?
- Respektieren sie andere Meinungen?

Die Fishbowl-Methode wird häufig wegen ihres unstrukturierten und anarchischen Charakters kritisiert. Genau das ist jedoch auch die Stärke dieser offenen und dynamischen Diskussionsmethode. Die Kritik verweist allerdings auch zu Recht auf den Umstand, dass eine gute Einführung in die Methode sowie eine entsprechende inhaltliche sowie methodisch-didaktische Nachbereitung durch den politischen Bildner/die politische Bildnerin für die erfolgreiche Durchführung eines Fishbowls von zentraler Bedeutung ist.

Christian Roth, M.A. Politikwissenschaftler, arbeitet bei pbnet – Netzwerk für Politik und Bildung (www.pbnet.info) und als freier Mitarbeiter in der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung.

E-Mail: christian.roth@pbnet.info

Meldungen

Bundestag verabschiedete Haushalt 2007

Ende November fand im Deutschen Bundestag die letzte Lesung des Entwurfs für den Bundeshaushalt 2007 statt, der am 24. November mit den Stimmen von Union und SPD verabschiedet wurde. Insgesamt 270,5 Milliarden Euro (und damit rund 3 Milliarden Euro mehr als im Entwurf der Bundesregierung vorgesehen) sind für das nächste Jahr eingeplant. Die Neuverschuldung sank mit 19,58 auf den niedrigsten Stand seit der Wiedervereinigung.

Beim Vergleich der Ansätze für die einzelnen Etats gegenüber dem Vorjahr zeigt sich, dass es mit Ausnahme der geplanten Ausgaben für den Bundespräsidenten, das Bundesministerium der Finanzen, das Bundesministerium für Gesundheit und das Bundesverfassungsgericht nur Zuwächse gegenüber dem Vorjahr gibt, die sich allerdings in sehr unterschiedlichen Größenordnungen bewegen. Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend erhält im kommenden Jahr mit 5,25 Milliarden Euro 725,87 Millionen Euro mehr als im laufenden Jahr. Beim Bundesministerium des Innern beträgt der Zuwachs 125,474 Millionen Euro. Das Bundesministerium für Bildung und Forschung kann im Jahr 2007 über 8,5186 Milliarden Euro und damit 492,839 Millionen Euro mehr als im Jahr 2006 verfügen.

Der Löwenanteil des BMBF-Etats geht in Zuweisungen und Zuschüsse, 1,75 Milliarden Euro sind für Investitionen reserviert. Während der Bundestag für die Exzellenzinitiative „Spitzenförderung von Hochschulen“ gegenüber dem Regierungsentwurf 40 Millionen Euro kürzte, erhöhte er den Betrag, der für die BAföG-Zinszuschüsse und die Erstattung von Darlehensausfällen an die Kreditanstalt für Wiederaufbau vorgesehen ist. Auch der Betrag für den Studenten- und Wissenschaftleraustausch wurde im Vergleich zum Regierungsentwurf erhöht. Gekürzt wurden die Ausgaben für die Sozial- und Geisteswissenschaftliche Forschung. Die Bundesregierung hatte zwar keine Ausgaben für die Stiftung Deutsche Friedensforschung eingeplant, jedoch wird sie nach Beschluss des Bundestages auch im nächsten Jahr wiederum eine Million Euro erhalten.

Beim Etat des Bundesministeriums des Innern sind 36,26 Millionen Euro für die Bundeszentrale für politische Bildung vorgesehen.

Bei den Beratungen über die einzelnen Etats wurden die einzelnen Politikfelder eingehender erörtert. Die Debatte über den Etat des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend stand unter dem Eindruck der Ereignisse in Emsdetten. In den Redebeiträgen der Abgeordneten wurden die Bedingungen thematisiert, unter denen Kinder heute aufwachsen. *Dr. Ole Schröder* (CDU/CSU) wies darauf hin, dass auch durch noch so üppige familienpolitische Leistungen die Geburtenrate in Deutschland nicht beeinflusst werden könne. Um sich für ein Kind entscheiden zu können, brauche man Zuversicht. Mit hohen Sozialtransfers allein sei der sozialen Ausgrenzung vieler Familien nicht zu begegnen. Der Abgeordnete verwies auf das Aktionsprogramm „Frühe Hilfen für Eltern und Kinder und soziale Frühwarnsysteme“, das die Bildung von lokalen Netzwerken zum Schutz von Kindern unterstützen solle. Die dafür vorgesehenen Mittel in Höhe von zwei Millionen Euro wurden in den Kinder- und Jugendplan 2007 eingestellt.

Diana Golze von der Fraktion Die Linke würdigte, dass im Kinder- und Jugendplan die Mittel für die Freiwilligendienste und für die Jugendverbandsarbeit sichtbar angehoben worden seien. Auch die gleich bleibende Höhe des Zuschusses für neue Programme gegen Rechtsextremismus sei positiv zu bewerten. Die Abgeordnete kritisierte gleichwohl, dass das Ministerium mit dem zuständigen Bundestagsausschuss immer noch nicht über die Details des neuen Bundesprogramms gegen Rechtsextremismus diskutiert habe. Alle wichtigen Entscheidungen seien unter Ausschluss der Öffentlichkeit getroffen worden. Trotz der erhöhten Mittel für die Jugendarbeit sei die Kinder- und Jugendhilfe in den letzten Jahren in unverantwortlicher Weise kaputt gespart worden. Anstelle von Modellprojekten wie Frühwarnsystemen oder Kompetenzzentren sei es wichtiger, die ganz normale Kinder- und Jugendarbeit in Verbänden, Jugendhäusern, in der außerschulischen Jugendbildung und in der Jugendsozialarbeit zu sichern. Die Abgeordnete forderte einen neuen Pakt für die Jugend, den Bund, Länder und Kommunen, aber auch die Beteiligten in Verbänden, Trägern und ihren Dachvereinigungen schließen müssten.

Der SPD-Abgeordnete *Dr. Frank Schmidt* würdigte, dass die 2006 auslaufenden Programme „Civitas“ und „Entimon“ im kommenden Jahr in gleicher Größenordnung neu aufgelegt werden. Außerdem gebe es zusätzliche 5 Millionen Euro dauerhaft für Beratungsnetzwerke, die sicher-

stellen sollten, dass die Opferberatungsstellen und mobilen Beratungsteams alle unterstützen, die dringend Hilfe gegen rechts brauchen. Insgesamt seien im Haushalt 2007 24 Millionen Euro für den Kampf gegen rechts bereitgestellt worden.

Dr. Ursula von der Leyen, Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, wies in ihrer Rede darauf hin, dass im Haushalt für das Jahr 2007 erstmals die Titel für Familien-, Senioren- und Gleichstellungspolitik zusammengelegt worden seien, um ein Zeichen zu geben, dass Zusammenhänge berücksichtigt und alle Generationen in den Blick genommen werden sollten. Der europäische Kontinent sei in besonderem Maße mit dem demographischen Wandel konfrontiert. Deshalb solle eine „europäische Allianz für Familien" gebildet werden, die die Möglichkeit biete, dass die einzelnen Länder voneinander lernen, wie dieser Wandel zu bewältigen sei. Die Ministerin dankte für die parlamentarische Unterstützung bei der Erhöhung der Mittel für den Kinder- und Jugendplan, die drei Feldern zugute kommen sollten: dem neuen Programm „Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus", den Jugendfreiwilligendiensten, um gezielt benachteiligte Jugendliche für die Freiwilligendienste zu gewinnen, und der Jugendverbandsarbeit. *Ursula von der Leyen* ging auch auf die vom Haushaltsausschuss geforderte Schließung von Zivildienstschulen ein, die drei Standorte beträfen. Bei den Zivildienstschulen seien dadurch Verunsicherungen entstanden. Es gehe aber in erster Linie um den Abbau eines jetzt schon bestehenden Bettenüberhangs. Der Zivildienst an sich werde davon nicht berührt. Er solle zu einem „Lerndienst" ausgebaut werden.

AB-06-113

Weiterbildung in Bund und Ländern

Am 10. November diskutierte der Deutsche Bundestag über einen Antrag der FDP-Fraktion, die darin die Bedeutung der Weiterbildung betonte und forderte, dass die Bundesregierung ihre im Koalitionsvertrag festgehaltene Absicht, Weiterbildung zur vierten Säule des Bildungswesens zu machen, endlich erst nehme. Die FDP bezieht sich in ihrer Begründung auf den OECD-Bildungsbericht 2006, der deutlich gemacht habe, in welchen Bildungsbereichen Deutschland zurückgefallen sei bzw. nicht den für eine nachhaltige Sicherung des wirtschaftlichen Wohlstands erforderlichen Platz einnehme. Deutschland liege bei der Stundenzahl beruflicher Weiterbildung im Mittelfeld der OECD-Staaten und die Teilnahmequote an Fort- und Weiterbildung unterschreite mit 12 Prozent sogar erheblich den OECD-Mittelwert von 18 Prozent. Der Weiterbildungsbedarf in Deutschland sei nicht nur durch die globale Wettbewerbssituation gewachsen, sondern er ergebe sich auch durch die demographische Situation. Kontinuierliche Erwachsenenbildung sei zur Absicherung der Funktionsfähigkeit der freiheitlichen demokratischen Gesellschaft nicht nur in wirtschaftlicher Hinsicht, sondern auch im Hinblick auf die Möglichkeiten demokratischer Teilhabe nötig. Deshalb gehe es nicht nur um die berufsbegleitende Weiterbildung oder nachgeholte Ausbildung, sondern auch um allgemeine und politische Bildung. Die FDP verweist darauf, dass sich die finanzielle Situation der Weiterbildungsträger in Deutschland in den letzten Jahren außerordentlich kritisch entwickelt habe und fordert, dass öffentlich finanzierte Maßnahmen nach der Qualität und nicht in erster Linie nach dem Preis zu vergeben sind. Die Bundesregierung soll die finanziellen Bedingungen für die Wahrnehmung von Weiterbildung verbessern, den Kontinuitäts- und Qualitätsaspekten von Maßnahmen bei Ausschreibungen der Bundesagentur für Arbeit mehr Gewicht beimessen und die Weiterbildungsforschung verstärken. Die CDU erklärte zu diesem Antrag im November in einer zu Protokoll gegebenen Rede ihres Abgeordneten *Uwe Schummer*, dass die deutsche EU-Präsidentschaft Signale für das Lebenslange Lernen aussenden werde. Für den 11. Dezember sei eine Expertenanhörung terminiert, die sich mit dem europäischen Bildungsraum beschäftige. Man wolle einen Bildungsraum schaffen, der zwischen Portugal und Polen Mobilität und Vergleichbarkeit der Abschlüsse für die Menschen ermögliche. Angestrebt werde, die Europäische Union zu einer Lebens-, Kultur- und Bildungsgemeinschaft zu gestalten. Für das Lebenslange Lernen solle ein Finanzierungsmix entwickelt werden, in dem verstärkt die Selbstfinanzierung und die Wirtschaft nach dem Nutznießerprinzip gefordert seien. Verbessert werden

solle auch die Motivation für Bildung. Dazu gehöre moderne Öffentlichkeitsarbeit, die den Wert von Bildung bewerben solle.

Der SPD-Abgeordnete *Dr. Ernst Dieter Rossmann* erklärte, dass es ein Missverhältnis zwischen Rhetorik und Anspruch in der Weiterbildung einerseits und den aktuellen Entwicklungstendenzen andererseits gebe und Weiterbildung tatsächlich eine Offensive in Deutschland brauche. Nach wie vor erreiche Weiterbildung diejenigen, die besonders qualifiziert sind, und nicht diejenigen, die Weiterbildung besonders gebrauchen könnten. An Erstausbildung, Weiterbildung und kontinuierlicher Qualifizierung dürfe nicht gespart werden, wenn Langzeitarbeitslosigkeit möglichst vermieden werden solle. Die Koalition strebe eine Weiterbildung mit System und bundeseinheitlichen Rahmenbedingungen an. An der Finanzierung von Weiterbildung müssten sich die Allgemeinheit, die Wirtschaft und der Einzelne in angemessener Weise beteiligen. Die Regierung sei aufgefordert, im Jahr 2007 konkrete konzeptionelle Vorschläge vorzulegen, und das Parlament solle die Vorarbeit durch die so genannte „Timmermann-Kommission“ aus der vergangenen Legislaturperiode mit ihrem Bericht zur Finanzierung des Lebenslangen Lernens wieder aufgreifen. Vertreter der Oppositionsfraktionen Die Linke und Bündnis 90/Die Grünen teilten die in dem Antrag der FDP zum Ausdruck kommende Kritik an der bildungspolitischen Situation, äußerten jedoch abweichende Meinungen zu der Frage, wie die Verantwortung für den Weiterbildungsbereich wahrgenommen werden solle. Die FDP mache zudem keine Vorschläge für die Gruppe der Geringqualifizierten.

Der Bundestag beschloss, den Antrag der FDP-Fraktion an die Ausschüsse für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung, Arbeit und Soziales und Familie, Senioren, Frauen und Jugend zu überweisen.

In Baden-Württemberg diskutierte der Landtag Mitte Oktober über einen Antrag der Fraktion Grüne und die Stellungnahme des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport im Hinblick auf die von der Fraktion Grüne geforderte Rücknahme der Kürzungen bei der Weiterbildung. Mit Bezug auf den neuen OECD-Bildungsbericht begründete die grüne Fraktion ihren Antrag und verwies auch auf die Berliner Rede des Bundespräsidenten, der die mangelnde Investition in das deutsche Bildungswesen beklagt habe. Der kontinuierliche Rückzug des Landes aus der Förderung der Weiterbildung führe nach Aussagen der Volkshochschulen dazu, dass 20 Prozent dieser Einrichtungen ihren Bildungsauftrag nicht mehr richtig wahrnehmen könnten. Die CDU-Abgeordnete *Sabine Kurtz* forderte zu Überlegungen auf, welche Weiterbildung man eigentlich wolle. Fußpflegekurse und Bauchtanz hätten nichts mit Weiterbildung zu tun und es stelle sich die Frage, wo in diesem Land noch Konsens über das sei, was Weiterbildung leisten solle. Sie forderte die Fraktion der Grünen auf, den Landtag mit „rückwärtsgewandten Anträgen“ zu verschonen.

Christoph Bayer, Abgeordneter der SPD, stellte der Landesregierung die Frage, ob sie sich noch zur Verantwortung für die öffentlich geförderte Weiterbildung bekenne. Sie verliere ihre Glaubwürdigkeit, wenn sie in Sonntagsreden das hohe Lied der Weiterbildung und die Notwendigkeit Lebenslangen Lernens singe, im politischen Alltag aber über viele Jahre hinweg nur noch die Abrissbirne bewegt werde. *Bayer* kündigte an, dass die SPD am 10. November 2006 im Landtag eine Anhörung zum Thema Weiterbildung durchführen werde, zu der Vertreter der Weiterbildungsträger eingeladen worden seien, um die Auswirkungen der permanenten Kürzungen der Landeszuschüsse auf ihr Programm, die Beiträge von Teilnehmenden und den gesamten Bereich der öffentlichen Verantwortung für die Weiterbildung darzustellen.

Dieter Kleinmann von der FDP bekannte sich für seine Fraktion zum hohen Stellenwert der Weiter- und der Erwachsenenbildung. Gleichzeitig bekenne er sich aber auch zur Unabweisbarkeit der Konsolidierung des Landeshaushalts. Diese könne nur gelingen, wenn bestimmte Ressorts und bestimmte Bereiche nicht von vornherein ausgenommen würden. Auch der Bildungsbereich müsse hierzu einen Beitrag erbringen.

Staatssekretär *Georg Wacker* konzedierte, dass die Kürzung der Personalkostenzuschüsse im Haushaltsvollzug des Jahres 2006 die Träger in vielen Bereichen schmerzlich treffe. Er plädiere für eine differenzierte Sichtweise der Auswirkungen. Die Landesregierung beabsichtige keinesfalls, die Weiterbildungsförderung einzustellen. Aber ein verantwortungsvoller Umgang mit den finanziellen Ressourcen sei notwendig, von deren Konsequenzen das Kultusressort nicht ausgespart werden könne.

Der Landtag lehnte den Antrag der SPD-Fraktion ab.

Im Land haben die Volkshochschulen mit Beginn des Herbstsemesters zu einer Protest-Kampagne gegen die Kürzungen der Landesförderung für die Weiterbildung aufgerufen und in nur zwei Wochen insgesamt 88.000 Bürger/-in-

nen für die Beteiligung an ihrer Unterschriftenaktion gewonnen. Die Unterschriften wurden am 17. Oktober dem Kultusministerium Baden-Württemberg übergeben.

In Nordrhein-Westfalen scheinen die Proteste gegen die Kürzungspläne der Landesregierung im Bereich der Weiterbildung Erfolg gehabt zu haben. Die Fraktionen der CDU und FDP wollen, so eine Mitteilung, die Landesförderung nach dem Weiterbildungsgesetz um 10 Millionen Euro erhöhen und der Weiterbildung mit zusätzlichen 12 Millionen Euro aus EU-Fördermitteln im nächsten Jahr rund 100 Millionen Euro zur Verfügung stellen. Um Bedenken der Weiterbildungsträger entgegenzukommen, solle nun im Haushaltsvollzug besonders darauf geachtet werden, dass auch die kleineren Einrichtungen die EU-Fördermittel abrufen können. Mitte November hatten sich die Koalitionsfraktionen über Korrekturen am Entwurf des Landeshaushalts für das Jahr 2007 geeinigt. Am 13. November hatten Vertreter von Weiterbildungsträgern der Landesregierung Protestpostkarten von mehr als 79.000 Bürgern und Bürgerinnen aus ganz Nordrhein-Westfalen übergeben, mit denen gegen die von der Landesregierung geplanten Kürzungen bei der Weiterbildungsförderung protestiert wurde. Der Protest hat bewirkt, dass der Etat für Weiterbildung im Jahr 2007 nun nicht mehr um die ursprünglich vorgesehenen 18 Prozent, sondern um 9 Prozent gekürzt werden soll. Die Verabschiedung des Haushalts ist für Ende Dezember 2006 vorgesehen.

In Hessen wurde am 1. November 2006 durch Wirtschaftsminister *Dr. Alois Rhiel* erstmals der Preis „Weiterbildung Innovativ" verliehen. Die Auszeichnung wurde im Rahmen einer Feier in Wiesbaden an das *Selbstlernzentrum Offenbach* vergeben, dem von einer Jury die Auszeichnung zuerkannt worden war. Den zweiten Preis erhielt *Arbeit und Leben Hessen*, Oberursel, der dritte ging an das Projekt *Horizonte* von RKW Hessen GmbH in Eschborn. Mit dem Preis sollen neuartige Angebote der Weiterbildung in Hessen ausgezeichnet und Neuerungen in diesem Bereich angeregt werden.

AB-06-114

GEW-Herbstakademie zum Lebenslangen Lernen in Europa

Die *Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft* veranstaltete Anfang November in Weimar ihre diesjährige Herbstakademie, um Ziele der europäischen Bildungspolitik und deren mögliche Auswirkungen auf Träger und Beschäftigte der Weiterbildung zu erörtern. Deutlich wurde, welche Versuche die EU durch transnationale Fördermaßnahmen unternimmt, um Einfluss auf die nationale Bildung der Mitgliedsstaaten zu nehmen. Die Lissabon-Strategie von 2000 hat den Europäischen Rat zur umfassenden Änderung in der Bildungs- und Berufsbildungspolitik verpflichtet. Bis zum Jahr 2010 soll die EU zum dynamischen, wissensbasierten und wettbewerbsfähigen Wirtschaftsraum werden, der auch durch Bildung die globale Wettbewerbsfähigkeit des EU-Raumes fördern soll. Im Mittelpunkt der europäischen Weiterbildungspolitik steht der Versuch, Qualitätsstandards zu formulieren, die es ermöglichen, Zertifikate und Abschlüsse miteinander zu vergleichen. Auf der GEW-Herbstakademie wurde problematisiert, dass Ergebnis und Verwertbarkeit von Bildung an erster Stelle dieser Politik stehen und nur Bildungsinstitutionen, die ihr Angebot an den Standards der neuen EU-Dienstleistungsrichtlinie orientieren, dauerhaft auf dem Markt bestehen können. Die allgemein bildende Weiterbildung bleibe bei dieser Politik auf der Strecke, berufliche Weiterbildung werde harmonisiert, die bildungsbenachteiligten Bevölkerungsgruppen geraten in die Gefahr, abgehängt zu werden.

Bei den an der Diskussion Beteiligten war man sich darin einig, dass dieser Strategie von gewerkschaftlicher Seite etwas entgegengesetzt werden muss. Die EU-Programme wie das Bildungsprogramm Lebenslanges Lernen, in dem ab 2007 die vielen bisher unverbundenen Programme systematisch integriert werden, zeigten bereits die Handschrift der Bildungsökonomen. Von den für diese Programme vorgesehenen sieben Milliarden Euro würden gerade vier Prozent in die allgemeine Erwachsenenbildung gehen. Das starke EU-Engagement in der Bildung habe bereits die Arbeit in den Bildungseinrichtungen verändert. Es wurde darüber berichtet, dass die EU-Förderungspolitik Planungssicherheit für die Träger nicht vorsehe. Auch wenn man den Zuschlag bekomme, könne man sich nicht auf nachhaltiges Arbeiten einstellen. Erschwerend komme hinzu, dass die Bundesländer mit dem Verweis auf die EU-Förderung ihre eigene Regelfinanzierung kürzen oder ganz streichen.

AB-06-115

Fünfte Netzwerkkonferenz zur Lernerorientierten Qualitätsentwicklung (LQ)

Das Institut *ArtSet* aus Hannover, das 2001 mit dem Lernerorientierten Qualitätsmodell (LQ) ein aus der Weiterbildung und für die Weiterbildung entwickeltes Qualitätsentwicklungs- und Testierungsverfahren vorgestellt hat, veranstaltet einmal jährlich eine Netzwerkkonferenz, auf der neben Erfahrungsaustausch und Wissenstransfer Perspektiven für den weiteren Qualitätsprozess eröffnet werden sollen. Auch in diesem Herbst fand unter dem Motto „Qualität tut gut!" im Maritim-Hotel in Fulda eine bundesweite Netzwerkkonferenz statt, die 215 Teilnehmende aus Weiterbildungsorganisationen, Schulen, Kindertagesstätten und anderen Institutionen zusammenführte. *Prof. Dr. Rainer Zech*, Geschäftsführer von ArtSet, stellte in einem Kurzvortrag zum Thema Qualität und Sinnlichkeit fest, dass Qualität nicht durch Techniken und Verfahren herbeigeprüft werden könne, sondern in erster Linie von der Haltung der Mitarbeitenden zu ihrer Arbeit abhänge. Der Qualitätsanspruch und die daraus resultierende Lern-Qualität müssten sich dem Qualitätssinn der Lernenden sinnlich wahrnehmbar zeigen. Solche sinnlichen Erfahrungen konnten die Teilnehmenden in elf parallel ablaufenden Workshops machen, nachdem sie zunächst in einem Prozessworkshop Erfolgsfaktoren für gelungene Qualitätsentwicklungsprozesse gesammelt hatten. In einem Workshop wurden Wahrnehmungs- und Lernsysteme erforscht, ein anderer diente der Erfahrung der Spannung im Verhältnis des Einzelnen zu einer größeren Gruppe. Dabei ging es um die Frage, was ein gutes Team ausmacht und wie man die Fähigkeiten der Einzelnen so zusammenfügen kann, dass die Gesamtfähigkeit der Gruppe mehr ist als die Summe der Fähigkeiten ihrer einzelnen Mitglieder. Ein anderer Workshop ermöglichte die szenische Darstellung von Lernprozessen und deren Optimierung im Alltag der Bildungsarbeit. Das „Neuland-Lern-Labor" bot Gelegenheit zu Experimenten mit innovativen Materialien, um eine Antwort auf die Frage finden zu können, wie man zielorientiert, ressourcenschonend und mit Spaß lernen und arbeiten kann.

Systemische Qualitäts-Aufstellungen standen im Mittelpunkt einer weiteren Arbeitsgruppe, in der Organisationsaufstellungen realisiert wurden, die den Teilnehmenden die Erfahrung vermittelten, wie es ist, Qualitätsbeauftragter oder -beauftragte einer Einrichtung zu sein. Ein weiterer Workshop vermittelte Wissenswertes über Duftkompositionen und deren lernfördernde Wirkungen und ein anderer Workshop verdeutlichte, wie man durch Farben Stimmung und Konzentration beeinflussen kann. Die Teilnehmer eines weiteren Workshops erlebten, dass jeder in der Lage ist, zeichnerische Grundformen und einfache Informationscontainer zu erlernen.

Die aus den Workshops hervorgegangenen Produkte wurden den Besuchern der anderen Arbeitsgruppen in einer Abschlussinszenierung präsentiert. Die Veranstalter wollten mit ihrer Netzwerkkonferenz deutlich machen, dass Qualitätsentwicklung viel mehr ist als ein lebloses formalisiertes Verfahren und sowohl Lehrende als auch Lernende zu begeistern vermag, wenn es als sinnlich erfahrbare Lernqualität wahrgenommen wird.

AB-06-116

Mittel für europäische Jugendpolitik erhöht

Im Oktober begrüßte das *Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend* in einer Pressemitteilung die Entscheidung des Europäischen Parlaments, für das neue EU-weite Programm JUGEND in AKTION insgesamt 885 Millionen Euro zu bewilligen. Die Bundesregierung rechnet mit 65 Millionen Euro für die Jugendarbeit in Deutschland. Die Mittel ermöglichten, mindestens 50.000 jungen Menschen in den kommenden sieben Jahren die Möglichkeit zu bieten, den Blick über die Grenzen zu richten und sich persönlich mit dem Thema Europa auseinanderzusetzen. Vor allem sozial benachteiligte Jugendliche sollten von dem neuen Programm profitieren.

Das neue Programm „JUGEND in AKTION" richtet sich an junge Menschen im Alter von 13 bis 30 Jahren (bisher 15 bis 25 Jahre). Es soll das jugendliche Engagement fördern und die Bedeutung Europas im Alltag junger Menschen verdeutlichen. Mit dem Programm soll der Dialog zwischen Jugendpolitik und nicht organisierten sowie „benachteilig-

ten Jugendlichen“ gefördert werden. Junge Menschen, die sich im Rahmen dieses Programms weiterbilden und Qualifikationen erwerben, können sich diese künftig in einem „Youthpass“ anerkennen lassen.

Auf der Homepage der Nationalagentur Jugend www.jugendfuereuropa.de sind weitere Informationen über das Programm und die Bedingungen der Förderung abrufbar.

Die Bundesregierung rechnet damit, dass die deutsche EU-Ratspräsidentschaft dazu führen wird, der europäischen Politik verstärkte Aufmerksamkeit in Deutschland zu verschaffen. Das sei auch eine gute Gelegenheit für Jugendverbände und Jugendorganisationen, Europa den Jugendlichen näher zu bringen. *Christian Schmitz*, Sprecher des *Deutschen Nationalkomitees für internationale Jugendarbeit*, erklärte als Ziel seiner Organisation, Informationen und Wissen über die Europäische Union zu vermitteln und eine kritische Auseinandersetzung mit europäischen Fragen anzuregen. Das *Deutsche Nationalkomitee* hat ein Projekt zur jugendpolitischen Begleitung der deutschen EU-Ratspräsidentschaft zusammen mit dem *Europäischen Jugendforum* gestartet. In den kommenden neun Monaten soll die Projektreferentin *Ann-Kathrin Fischer* als Mittlerin zwischen nationaler und europäischer Ebene fungieren und die Aktivitäten der Jugendverbände und -organisationen zur EU-Ratspräsidentschaft koordinieren und miteinander verknüpfen.

Kontakt:
Ann-Kathrin Fischer, Projektreferentin „EU-Ratspräsidentschaft“, Deutsches Nationalkomitee für internationale Jugendarbeit, Mühlendamm 3, 10178 Berlin.

AB-06-117

Bundestag zur Verbesserung der dualen Berufsausbildung

Am 20. Oktober erörterte der Deutsche Bundestag auf der Grundlage aktueller Zahlen über die Entwicklung der Lehrstellen Möglichkeiten, wie die Situation auf dem Ausbildungsmarkt zu verbessern wäre. Trotz der günstigeren Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt und dem Rückgang der Arbeitslosigkeit sei die Ausbildungsplatzlücke in diesem Berufsbildungsjahr größer geworden. Eine Ursache wird darin gesehen, dass es in diesem Jahr bei den Ausbildungsverträgen erstmals mehr Altbewerber/-innen als Neuzugänge aus den Schulen gibt. Die CDU/CSU hatte gemeinsam mit der SPD bereits im Frühjahr einen Antrag „Neue Dynamik für Ausbildung“ eingebracht, der ebenso wie die Anträge der anderen im Deutschen Bundestag vertretenen Fraktionen zur Verbesserung der Berufsausbildung beraten wurde.

Während sich die Regierungskoalition dafür aussprach, am mit der Wirtschaft geschlossenen „Ausbildungspakt“ festzuhalten und zu verhindern, dass der Staat schleichend mehr Verantwortung für die berufliche Ausbildung übernimmt, plädierte die Fraktion Die Linke dafür, das Scheitern dieses Paktes einzugestehen, um einen Neuanfang in der Berufsbildungspolitik zu haben. Man müsse endlich zugeben, dass die freiwillige Selbstverpflichtung der Wirtschaft nicht funktioniere. Die Linke forderte die Einführung einer gesetzlichen Ausbildungsumlage, nach der Betriebe, die nicht ausbilden, durch einen Beitrag die ausbildenden Betriebe unterstützen. Auch die Grünen kritisierten die Politik der Bundesregierung und sprachen sich dafür aus, aus den Überschüssen der Bundesagentur für Arbeit zusätzliche Ausbildungsplätze zu schaffen und berufsvorbereitende Maßnahmen zu zertifizieren, damit die Ausbildung darauf aufbauen könne. Durch eine Modularisierung der Lernschritte sollte allen Jugendlichen die Gelegenheit geboten werden, zu einem guten Ausbildungsende zu kommen. Für die Modularisierung sprach sich auch die Bundesministerin für Bildung und Forschung, *Dr. Annette Schavan*, aus. Sie würdigte den Ausbildungspakt, der zu einer Erhöhung der Ausbildungsplätze geführt habe, wenngleich diese nicht ausreiche, die gestiegene Nachfrage zu befriedigen. Wechselseitige Schuldzuweisungen würden in dieser Situation jedoch nicht helfen, es komme vielmehr darauf an, die bereits begonnenen politischen Initiativen fortzusetzen und deren Ergebnisse zu prüfen. Die Ministerin forderte, den Ausbildungspakt über das Jahr 2007 hinaus zu verlängern.

Das *Bundesinstitut für Berufsbildung* hat in einer Pressemitteilung vom 9. November 2006 auf das Ergebnis einer Fachleute- und Auszubildendenbefragung

hingewiesen, die auf die Fähigkeiten und Fertigkeiten zielte, die für alle Ausbildungsberufe wichtig sind und schon bei Antritt der Lehre vorhanden sein sollten. Mehr als 250 Auszubildende und 500 Berufsbildungsexpert/-innen äußerten sich zu der Frage, was ihrer Meinung nach die Kennzeichen von Ausbildungsreife sind und zeigten dabei hohe Übereinstimmung. Über 90 Prozent aller Befragten nannten Schlüsselqualifikationen wie Zuverlässigkeit sowie die Bereitschaft, zu lernen und Leistung zu zeigen, als Merkmale von Ausbildungsreife. Verantwortungsbewusstsein, Konzentrationsfähigkeit, Durchhaltevermögen, Höflichkeit, Beherrschung der Grundrechenarten, einfaches Kopfrechnen, Sorgfalt, Rücksichtnahme und Selbstständigkeit wurden sowohl von der großen Mehrheit der Jugendlichen als auch von den meisten Experten und Expertinnen als Kennzeichen von Ausbildungsreife verstanden. Unzureichende Qualifikationen von Lehrstellenbewerbern wurden nur von einem kleineren Teil der Befragten als Grund für die angespannte Lage auf dem Lehrstellenmarkt angeführt. Über 80 Prozent der Befragten gehen vielmehr davon aus, dass selbst vorhandene Ausbildungsreife heutzutage keine Garantie mehr für einen Ausbildungsplatz ist.

Die berufliche Bildung in Europa wird sich in den nächsten Jahren erheblich verändern. Die europäischen Bildungsminister/-innen konzentrieren sich darauf, einen Europäischen Qualifikationsrahmen und ein Kreditpunktesystem in der beruflichen Bildung einzuführen. Aus einer Anfang Dezember veröffentlichten Erklärung, auf die sich die europäischen Bildungsminister, die europäischen Sozialpartner und die Europäische Kommission in Helsinki verständigt haben, geht hervor, dass Leitlinien für die zukünftige europäische Kooperation bei der beruflichen Bildung und für die Fortentwicklung der nationalen Berufsbildungssysteme geplant werden. Um die berufliche Mobilität in Europa zu fördern, sollen noch bestehende Hindernisse durch den Europäischen Qualifikationsrahmen und das Kreditpunktesystem in der beruflichen Bildung beseitigt werden. Mit diesen Instrumenten sollen die in Bildung und Beschäftigung erworbenen Kompetenzen und Qualifikationen in Europa über ein gemeinsames Einstufungssystem leichter vergleichbar und verwertbar werden. Die „Helsinki-Erklärung“ ruft dazu auf, die Erhebungen von Daten und die Qualität von gemeinsamen Statistiken weiter zu verbessern, um eine faktengestützte Politik in der beruflichen Bildung zu unterstützen. Außerdem soll die Sichtbarkeit des europäischen Bildungsraums auf dem weltweiten Bildungsmarkt erhöht werden.

AB-06-118

Auflösung der Bundesarbeitsgemeinschaft Jugendsozialarbeit

Zum 30. Juni 2007 wird die BAG Jugendsozialarbeit e. V., der Zusammenschluss der freien Träger von Jugendsozialarbeit auf Bundesebene, aufgelöst. Die Mitgliederversammlung des Vereins, dem freie Träger von Jugendsozialarbeit angehören, hat dies auf ihrer letzten Sitzung beschlossen. Die BAG Jugendsozialarbeit wurde im Mai 1949 von den freien Trägern der Jugendsozialarbeit gegründet, die sich darum bemühten, die Not der Jugend in den unmittelbaren Nachkriegsjahren zu lindern. Die damals noch als Bundesarbeitsgemeinschaft Jugendaufbauwerk firmierende Organisation hatte die Aufgabe, den Austausch über die Fragen praktischer Jugendsozialarbeit anzuregen und die Maßnahmen zur Behebung der Not junger Menschen im Bund und in den Ländern abzustimmen. In den späteren Jahren entwickelten sich neue Handlungsfelder. Im Mittelpunkt der Arbeit stand aber immer das Ziel, die Jugendsozialarbeit den jeweils aktuellen gesellschaftlichen Herausforderungen anzupassen und Ansätze zu entwickeln, mit denen auf die Bedürfnisse und Lebenslagen benachteiligter Jugendlicher reagiert werden sollte. Die heutige BAG Jugendsozialarbeit versteht sich als fachliche und fachpolitische Plattform, die sich zur Aufgabe gemacht hat, den gesamtgesellschaftlichen Diskurs mit allen Akteuren im Handlungsfeld der Jugendsozialarbeit voranzubringen.

Mit dem Beschluss zur Auflösung wurde das Ende einer Struktur eingeläutet, die seit knapp 60 Jahren für die Belange benachteiligter Jugendlicher und die Interessen der mit diesen Jugendlichen arbeitenden Trägern auf Bundesebene eintritt. An die Stelle der BAG Jugendsozialarbeit wird zum 1. Juli 2007 ein Kooperationsverbund Jugendsozialarbeit treten, dem die freien Träger der Jugend-

sozialarbeit auf Bundesebene angehören werden. Dieser Kooperationsverbund will den Herausforderungen an die Jugendsozialarbeit künftig dadurch begegnen, dass die Verantwortung stärker dezentralisiert und von den Verbänden unmittelbar und arbeitsteilig übernommen wird.

AB-06-119

Niedersächsischer Landtag zur Auflösung von Jugendhilfestrukturen

Der Landtag von Niedersachsen beriet am 10. November 2006 über einen Antrag der SPD-Fraktion, der gefordert hatte, die Einheit und Anwaltsfunktion der Kinder- und Jugendhilfe in Niedersachsen nicht zu zerschlagen, sondern zu stärken. Grund für den Antrag war (siehe dazu auch AB 3-06, S. 375 f.) eine Ankündigung der Landesregierung, die niedersächsische Jugendpolitik neu auszurichten und das Landesjugendamt aufzulösen. Die SPD warf der Regierung vor, die bewährten Strukturen kaputt zu machen und mit ihrer geplanten Änderung des Ausführungsgesetzes zum Kinder- und Jugendhilfegesetz die Partnerschaft mit den freien Trägern aufs Spiel zu setzen. Bewährte Strukturen würden geschwächt, der fachliche Auftrag des Jugendamts auf so genannte Vollzugsaufgaben reduziert und die freien Träger der Jugendhilfe zu Erfüllungsgehilfen degradiert. Mit einem Kabinettsbeschluss lege die Landesregierung die Axt an die Wurzeln der Jugendhilfe in Niedersachsen.

Die CDU wies darauf hin, dass die Föderalismusreform es dem Land ermögliche, im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe die Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben nun selbst zu organisieren und über Verbesserungen nachzudenken. Die FDP sah in der geplanten Änderung die Möglichkeit zur Stärkung von Entscheidungsstrukturen. Zwar benötige man auch in Zukunft die Wahrnehmung von Steuerungs- und Koordinierungsfunktionen auf Landesebene, dazu sei jedoch nicht notwendigerweise die Behörde Landesjugendamt erforderlich. Auch die Fraktion Die Grünen forderte dazu auf, im Interesse der Kinder und Jugendlichen den Kabinettsbeschluss noch einmal zur Disposition zu stellen.

Die Ministerin für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit, *Mechthild Ross-Luttmann*, erinnerte daran, dass bereits die vorherige Landesregierung im Jahr 1999 die Auflösung des niedersächsischen Landesjugendamtes verkündet habe. Mit der beabsichtigten Organisationsänderung ziele die Landesregierung auf eine Bündelung von Ressourcen, um tragfähige und effektive Verwaltungsstrukturen für eine moderne dienstleistungsorientierte Kinder- und Jugendhilfe zu schaffen. Das Land werde auch weiterhin die freien und örtlichen Träger beraten und qualifizieren, und auch die Aufsicht über Einrichtungen der Jugendhilfe werde weiterhin vom Land ausgeübt. Mit dieser Neuorganisation seien weder eine Kommunalisierung noch ein Personalabbau verbunden. Um die partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen der Verwaltung und den freien Trägern und Verbänden der Kinder- und Jugendhilfe zu sichern, sei auch künftig ein Gremium vorgesehen, dass dem Landesjugendhilfeausschuss vergleichbar sei. Die Landesregierung habe, um Bildungschancen von Kindern und Jugendlichen zu erhöhen, die Kindertagesstätten und die Kindertagespflege aus dem Sozialministerium in das Kultusministerium verlagert. Eine Verstärkung der Bildungsarbeit in Kitas könne effektiver im Ressort des Kultusministeriums geleistet werden.

Der Landtag beschloss die Überweisung des Antrags an verschiedene Ausschüsse.

Der Landesjugendring Niedersachsen hat in einer Stellungnahme betont, dass auch zukünftig eine landesweite Vernetzung aller Träger der Jugendhilfe notwendig sei. Erforderlich sei eine konzeptionelle Weiterentwicklung der Jugendhilfe, die Impulse für die öffentlichen und freien Träger gebe, die die Lebenslagen junger Menschen in Niedersachsen berücksichtige und den Dialog mit den freien Trägern ermögliche. Die Landesregierung müsse auch zukünftig die notwendigen finanziellen und personellen Ressourcen zur Verfügung stellen, damit die Aufgaben eines Landesjugendamtes fachlich adäquat wahrgenommen werden können.

AB-06-120

Deutscher Bundesjugendring fordert aktive Gestaltung der jugendpolitischen Zusammenarbeit in Europa

Die Delegierten der 79. Vollversammlung des *Deutschen Bundesjugendrings*, die Ende Oktober in Berlin stattfand, sprachen sich dafür aus, die jugendpolitische Zusammenarbeit in Europa aktiv zu gestalten. Die offene Koordinierungsmethode als Instrument sei grundsätzlich dazu geeignet, jedoch müsse sie transparenter und verbindlicher sein. Ihre Weiterentwicklung erfordere zudem einen erheblich größeren Koordinierungsbedarf auf nationaler Ebene. Der *Deutsche Bundesjugendring* werde in Zusammenarbeit mit der deutschen Nationalagentur für das Programm „JUGEND in AKTION“ im Juni 2007 dazu Vorschläge erarbeiten. Unter der „Offenen Methode der Koordinierung (OMK)“ wird eine besondere Form der Zusammenarbeit auf europäischer Ebene verstanden, die auf die freiwillige Kooperation der EU-Mitgliedsstaaten in verschiedenen Politikfeldern setzt.

Auch die soziale Gestaltung Europas war Thema der Vollversammlung, die von der Bundesregierung einstimmig forderte, innerhalb der deutschen EU-Ratspräsidentschaft dafür Sorge zu tragen, dass Europa insbesondere den Jugendlichen eine soziale Perspektive biete. Die Arbeitslosigkeit von Jugendlichen in Europa müsse spürbar bekämpft werden. Von der EU-Ratspräsidentschaft erwartet der DBJR, dass sie die Schwerpunkte EU-Verfassung, soziale Integration für alle Jugendlichen und die Partizipation von Jugendlichen an europäischen Themen fördert.

Auf der Veranstaltung, die zudem die Senkung des Wahlalters auf 14 Jahre und ein sofortiges Umsteuern in der Berufsausbildung forderte, würdigte die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, *Dr. Ursula von der Leyen,* die Arbeit der Jugendverbände. Sie bewertete insbesondere deren Aktivitäten in der Kooperation mit Ganztagsschulen als erfolgreich. Die Ministerin kündigte an, die Förderung der Jugendverbände weiter zu verteidigen.

AB-06-121

Bundesregierung zum Nationalen Aktionsplan gegen Rassismus

Im Oktober hat die Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Fraktion Die Linke mitgeteilt, dass sie seit dem Abschluss der VN-Weltkonferenz gegen Rassismus im September 2001 eine Vielzahl an Aktivitäten gestartet habe, mit denen sie Rassismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus bekämpfe. Bereits im Jahr 2002 habe sie den „Bericht über die aktuellen und geplanten Maßnahmen und Aktivitäten der Bundesregierung gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit, Antisemitismus und Gewalt“ den Vereinten Nationen übersandt, der, vor allem in seinen in die Zukunft gerichteten Teilen, den Kern eines künftigen „Nationalen Aktionsplans“ darstelle, zu dem das Auswärtige Amt und das Bundesministerium des Innern zurzeit eine aktualisierte Entwurfsfassung erarbeiten. Diese solle in gleicher Weise mit Nichtregierungsorganisationen diskutiert werden. Darüber hinaus habe die Bundesregierung mehrfach deutlich gemacht, dass zivilgesellschaftliches Engagement gegen Rassismus, Rechtsextremismus und Antisemitismus unverzichtbar sei. Ihr neues Förderprogramm „Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus“ greife die Erfahrungen des Ende 2006 auslaufenden Aktionsprogramms auf und entwickle dieses weiter. Struktur, Ausgestaltung und Ziel dieses Programms seien ebenso Bestandteil des deutschen Nationalen Aktionsplans gegen Rassismus wie ihre anderen zahlreichen Initiativen und die der verantwortlichen Institutionen auf den verschiedenen Ebenen.

Dass es für einen solchen Aktionsplan hinreichende Gründe gibt, zeigt eine Studie der *Friedrich-Ebert-Stiftung*, die von der *Universität Leipzig* erarbeitet wurde. Danach sind rechtsextreme Ansichten inzwischen in der Mitte der Gesellschaft angekommen, denn etwa jeder vierte Deutsche stimmt nach den Ergebnissen dieser Studie ausländerfeindlichen Aussagen zu. Jeder sechste spricht sich für eine starke Führung aus und immerhin über acht Prozent der Befragten haben ein geschlossenes rechtsextremes Weltbild. Bei der Abneigung gegenüber Ausländern zei-

gen Ostdeutsche mit 43,8 Prozent der Befragten gegenüber 35,2 Prozent der Westdeutschen einen höheren Anteil an Ausländerfeindlichkeit, die nach der Studie bei 39,1 Prozent der Bevölkerung bundesweit verbreitet ist. Auch Antisemitismus zeigt sich bei jedem Fünften der Befragten, der den Einfluss der Juden als zu groß bezeichnete. Die Autoren der Untersuchung warnten davor, den Rechtsextremismus vor allem als Problem von Jugendlichen anzusehen. Für das Ansteigen rechtsextremistischer Positionen machten die Wissenschaftler vor allem das Gefühl politischer Einflusslosigkeit und die Unzufriedenheit mit dem eigenen Leben verantwortlich.

Anfang November teilte das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend mit, dass es sich mit dem Bundesinnenministerium und den jeweiligen Partnerressorts der Neuen Länder einschließlich Berlins sowie Vertretern der Kommunalen Spitzenverbände zusammengetan habe, um eine Koordinierungsgruppe von Bund, Ländern und Kommunen gegen Rechtsextremismus einzusetzen. Ziel dieser Gruppe sei es, die auf allen Ebenen laufenden und geplanten Maßnahmen zur Bekämpfung des Rechtsextremismus zu begleiten. Die Koordinierungsgruppe solle dazu beitragen, dass Synergieeffekte erzeugt, Doppelarbeit vermieden und Lücken in der Handlungskette aufgezeigt würden.

Der *Bundestagsausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend* veranstaltete am 20. November eine Anhörung, bei der die bisherige Arbeit gegen den Rechtsextremismus ausgewertet werden sollte und Hinweise auf eine Weiterentwicklung dieser Arbeit erwartet wurden. Die Sachverständigen machten deutlich, dass angesichts der vom Rechtsextremismus ausgehenden Bedrohungen und der Gefahr einer sich zunehmend herausbildenden rechtsextremen Jugendszene staatlich unterstützte Projekte zur Bekämpfung solcher Tendenzen eine Daueraufgabe bleiben. Die stärkere Einbeziehung der Kommunen in solche Maßnahmen wurde zwar für sinnvoll gehalten, jedoch müsse man darauf achten, dass auf diesem Weg nicht der Stellenwert des zivilgesellschaftlichen Engagements gemindert werde. *Grit Hanneforth* vom *Kulturbüro Sachsen e. V.* wies darauf hin, dass die durch das CIVITAS-Programm geförderten Mobilen Beratungsteams in den Gemeinden die Sensibilität für die Herausforderungen durch den Rechtsextremismus steigern konnten. Jedoch gebe es bei vielen Kommunen die Meinung, dass sie mit solchen Problemen nichts zu tun hätten. *Grit Hanneforth* sprach sich dafür aus, mit dem neuen Programm die Ressourcen der bisherigen Initiativen zu nutzen. Auch der Rechtsextremismusexperte *Wilhelm Heitmeyer* von der Universität Bielefeld stellte fest, dass durch die CIVITAS-Aktionen spürbare Fortschritte beim Einsatz gegen Rechtsextremismus bewirkt worden seien. Allerdings dürfe das Engagement zivilgesellschaftlicher Gruppen vor Ort in den Kommunen nicht von staatlichen Stellen dominiert werden. Auch *Roland Roth* von der Hochschule Magdeburg-Stendal wandte sich gegen eine zu starke Rolle von Kommunen bei der Umsetzung der neuen Programme gegen Rechtsextremismus. Erfahrungsgemäß seien Gemeinden, die stark von Rechtsextremismus betroffen seien, auf diesem Feld weniger aktiv als Orte, die damit weniger Probleme hätten. Generell waren sich die Sachverständigen darin einig, dass die bisherigen Projekte zur Fortentwicklung des „Handwerkszeugs“ beim Vorgehen gegen Rechtsextremismus beigetragen hätten.

Allerdings wurde auch darauf hingewiesen, dass es neben den einzelnen Modellvorhaben auch weiterhin „Regelangebote“ einer kontinuierlichen Jugendarbeit geben müsse.

AB-06-122

Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser geht an den Start

Das *Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend* hat am 20. November das Aktionsprogramm Mehrgenerationenhäuser gestartet, das darauf zielt, bis Ende nächsten Jahres in jedem Landkreis und in jeder kreisfreien Stadt Deutschlands ein Mehrgenerationenhaus zu eröffnen. Bei der Auftaktveranstaltung in Salzgitter strich die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, *Ursula von der Leyen,* die Vorzüge dieser Einrichtungen hervor, die den Zusammenhalt der Generationen festigen sollen. Mehrgenerationenhäuser sollen Treffpunkte für Kinder und Jugendliche, Erwachsene, junge Alte und Hochbetagte sein. Die Einrichtung muss den Menschen in ihrer Umgebung generationsübergreifende Angebote machen und die

Betreuung von Kindern anbieten. Das Mehrgenerationenhaus soll sich zu einer Informations- und Dienstleistungsdrehscheibe vor Ort entwickeln und mit lokalen Wirtschaftsunternehmen kooperieren. Nach den Vorstellungen der Bundesregierung sollen Mehrgenerationenhäuser als Drehscheiben für Dienstleistungen fungieren, die Menschen verschiedenen Alters wirklich brauchen.

Die Bundesregierung stellt für das Modellprojekt insgesamt 88 Millionen Euro bereit, die über einen Zeitraum von fünf Jahren an 439 ausgewählte Häuser verteilt werden, die jährlich jeweils 40.000 Euro erhalten. Diese Einrichtungen werden zudem durch eine Serviceagentur beraten und in ihren Wirkungen wissenschaftlich begleitet. (Siehe dazu auch in diesem Heft S. 471 ff.)

AB-06-123

Evangelische Trägergruppe für gesellschaftspolitische Jugendbildung startet Projekt der historisch-politischen Jugendbildung

Im Sommer dieses Jahres wurde von der *Evangelischen Trägergruppe für gesellschaftspolitische Jugendbildung* ein bundesweites Projekt gestartet, in dessen Zentrum die Geschichte der beiden deutschen Staaten in den 60er und 70er Jahren des vergangenen Jahrhunderts steht. Mit Methoden historisch-politischer Projektarbeit sollen Jugendliche die Bedingungen des Aufwachsens und den Alltag von Jugendlichen in den damaligen beiden deutschen Staaten untersuchen. Dabei beschäftigen sie sich mit Themen und Fragen, die für Jugendliche von besonderem Interesse sind. Die Einrichtungen der Evangelischen Trägergruppe bilden zur Realisierung dieses Projekts verschiedene Tandems, denen jeweils ein Partner aus Ost- und einer aus Westdeutschland angehören. Es ist das Ziel des Projekts, Konzepte der historisch-politischen Jugendbildung zur Beschäftigung mit Themen der jüngsten Zeitgeschichte zu entwickeln und zu erproben. Vor Ort wird zur Durchführung dieses Vorhabens mit verschiedenen Schulen aus Bayern, Hessen, Nordrhein-Westfalen, Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen zusammengearbeitet. Angesprochen werden Schülerinnen und Schüler unterschiedlicher Schulformen ab Klasse 10.

Es beteiligen sich an dem Projekt die Evangelischen Akademien in Bad Boll, Hofgeismar, Iserlohn, Meißen, Sachsen-Anhalt, Thüringen und die Evangelische Jugendsozialarbeit in Bayern. Das Projekt wird aus Mitteln der Stiftung Deutsche Jugendmarke e. V. gefördert und bis Mai 2008 laufen.

AB-06-124

Bundeskabinett beschloss Aktionsprogramm „Informationsgesellschaft Deutschland 2010“

Anfang November hat das Bundeskabinett ein Aktionsprogramm beschlossen, mit dem Schwerpunkte zur IKT-Politik für die laufende Legislaturperiode festgelegt werden. Ausgangspunkt des Aktionsprogramms ist die Erkenntnis, dass eine politische Gestaltung der Informationsgesellschaft immer wichtiger wird, da die Informations- und Kommunikationstechnologien mittlerweile der dominierende Faktor für mehr Produktivität, Wachstum und Beschäftigung sind. Das Programm adressiert grundlegende Fragen der Förderung der Informationsgesellschaft und der Informations- und Kommunikationstechnologien in ihrer ganzen Breite. Der Text des Programms kann im Internet unter http://www.bmwi. bund.de abgerufen werden.

Am 8. November stellte der Bundesminister für Wirtschaft und Technologie, *Michael Glos*, das neue Programm dem Deutschen Bundestag vor.

AB-06-125

Neuorientierung des Zivildienstes

Ende November fand eine Fachveranstaltung mit 200 Teilnehmenden statt, auf der die Chancen einer Neuorientierung des Zivildienstes erörtert werden sollten. Die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, *Ursula von der Leyen,* gab zu Beginn der Veranstaltung ihrer Hoffnung Ausdruck, dass sie wertvolle Impulse für eine umfassende und nachhaltige Neuorientierung des Zivildienstes erhalten werde. Der Zivildienst genieße in Deutschland hohe gesellschaftliche Akzeptanz und Anerkennung. Ihn als Lerndienst auszugestalten, sei Ergebnis der Erkenntnis, dass Erfahrungen und Kompetenzen aus dem Zivildienst im ganzen Leben von Nutzen sind. Auf der Fachtagung sollen schon laufende Modellprojekte vorgestellt werden. In Zusammenarbeit mit der TÜV-Akademie Rheinland wurde ein Zeugnis entwickelt, dass den jungen Männern während der Dienstzeit gewonnene Kenntnisse und Fertigkeiten bescheinigt. Zusammen mit den Bundesländern soll geprüft werden, wie während der Zivildienstzeit berufliche Qualifizierungen, beispielsweise in der Altenpflege, anzubieten sind.

AB-06-126

Aus dem AdB

Den demographischen Wandel zukunftsfähig gestalten – AdB-Jahrestagung und -Jahresthema 2007

Im *Europäischen Bildungs- und Tagungshaus des Gustav-Stresemann-Instituts* in Bad Bevensen fand vom 28. bis 29. November 2006 die Jahrestagung des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten statt, die den Auftakt zum AdB-Jahresthema 2007 bildete. Unter der Themenstellung „Chancengleichheit und Beteiligung – den demographischen Wandel zukunftsfähig gestalten“ informierten sich Vertreter und Vertreterinnen aus Mitgliedseinrichtungen des AdB über die Perspektiven der Bevölkerungsentwicklung in Deutschland und erörterten damit einhergehende Herausforderungen für Politik und politische Bildung. *Peter Ogrzall*, Vorsitzender des AdB, verwies in seiner Eröffnungsrede auf die öffentliche Diskussion über den demographischen Wandel, in der ein Horrorszenario vorherrsche. In zum Thema publizierten Büchern und Medienprodukten würden die Perspektiven der Bevölkerungsentwicklung dramatisiert und eine drohende Katastrophe beschrieben. Der AdB habe sich den demographischen Wandel als Jahresthema 2007 zu eigen gemacht, um die Chancen und Möglichkeiten der Entwicklung in den Vordergrund zu stellen und deutlich zu machen, was politische Bildung zur Bewältigung der zu erwartenden Probleme beitragen könne.

Elisabeth Niejahr, Korrespondentin im Hauptstadtbüro der ZEIT in Berlin und Mitglied der Kommission „Familie und demografischer Wandel“ der *Robert-Bosch-Stiftung*, ging in ihrem Referat zum Thema „Der Kampf der Generationen fällt aus – die wahren Probleme des demographischen Wandels in Deutschland“ ebenfalls ausführlich auf die öffentliche Wahrnehmung des Themas ein. Sie wies darauf hin, dass die so stark dramatisierte Entwicklung der Bevölkerung kein neues Thema sei. Bereits in den 70er Jahren habe man sich im Zusammenhang mit dem „Pillenknick“ mit der Perspektive einer schrumpfenden Bevölkerung in Deutsch-

land auseinander gesetzt. Nach inzwischen mehr als 30 Jahren habe das Thema nun auch den Alltag der Menschen erreicht. Dennoch sei davon auszugehen, dass die Auswirkungen der Alterung der Gesellschaft längst noch nicht erfasst seien. Das Alter sei nach wie vor ein Tabuthema für die Politik, für die Wirtschaft und für die Einzelnen.

Die Alten seien fast immer nur die anderen. In der eigenen Wahrnehmung fühlten sich Menschen deutlich jünger, als sie wirklich seien. Bei der Frage, wie die gealterte Gesellschaft von morgen und übermorgen aussehe, müsse man alle möglichen Politikbereiche in den Blick nehmen, denn es werde sich viel mehr ändern als nur die Höhe von Renten oder die Gesundheitsversorgung. Schulen und Universitäten müssten sich umstellen und Angebote für Rentner und ältere Berufstätige entwickeln, auch die außenpolitische Bedeutung Deutschlands werde sich ändern, wenn sich die Frage stelle, ob ein alterndes Land sein Geld nicht vielmehr in Gesundheitsleistungen statt in die Verteidigung lenken müsse. Die deutsche Wirtschaft werde schon in einigen Jahren auf den Schultern der Älteren ruhen. Dabei werde der demographische Wandel jene Branchen besonders hart treffen, die ausschließlich für den Binnenmarkt produzieren. Bereiche, in denen Produkte für globale Märkte hergestellt werden, kommen mit dem demographischen Wandel besser zurecht. Die Wirtschaft sei auf diesen Wandel bislang nur teilweise vorbereitet, wobei jedoch bereits in der Werbung ein Übergang zu beobachten sei. Während alte Menschen noch vor zehn Jahren meist krank und schwach gezeigt wurden, beherrschen momentan dynamische ältere Menschen das Bild. Jedoch seien beide Extreme nicht realitätsgerecht. *Elisabeth Niejahr* beschrieb zwei Szenarien, die zurzeit im Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion stehen. Im einen Fall stehe die Macht der Alten im Mittelpunkt, wobei die Perspektive eine zunehmende Verweigerung von Reformen sei, im anderen Szenario liege die Macht bei den Jungen, die zwar die Minderheit ausmachen, jedoch für die Versorgung der Alten aufkommen müssen und sich notfalls dieser Aufgabe verweigern können. Wenn es aber zu einer Verschärfung von Konflikten komme, seien diese eher innerhalb der Generationen als zwischen ihnen zu erwarten. Die Heterogenität in den jeweiligen Generationen werde zunehmen. Der demographische Wandel werde weniger die Unterschiede zwischen Alten und Jungen, sondern vielmehr die Diskrepanzen zwischen Arm und Reich verschärfen.

Zurzeit werde viel über die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gesprochen, jedoch sei das künftige Thema die Vereinbarkeit von Pflege und Beruf. Die nächste Generation von Pflegebedürftigen brauche andere Modelle als die bisher noch verbreiteten. Im Hinblick auf die Gestaltung künftiger Strukturen könne Deutschland einiges von den Vereinigten Staaten lernen. Dort gebe es bereits Großunternehmen, die ihren Mitarbeitern und Mitarbeiterinnen für die Pflege Auszeiten bieten.

Elisabeth Niejahr

Auch wenn in den USA der Jugendwahn herrsche, sei es dort leichter, alt zu werden. Die Generation der sogenannten Baby-Boomer, zu der *Bill* und *Hillary Clinton* gehören, seien dort die mit großem Abstand stärkste Generation der amerikanischen Geschichte. Diese Generation verfüge zudem über relativ großen Wohlstand, was sich – in Kombination mit ihrer großen Zahl – bereits auf die Welt der Werbung, der Medien und des Konsums ausgewirkt habe. Dem Jugendkult stehe längst eine Gegenbewegung gegenüber, in der beispielsweise in Werbeanzeigen dieser finanzkräftigen Zielgruppe gehuldigt werde. In Deutschland sei die Lage komplizierter, weil es eine vergleichbare Generation, die sich nicht nur durch ihre Anzahl, sondern auch durch eine gemeinsame Identität auszeichne, so nicht gebe.

Im Hinblick auf die wirtschaftliche Entwicklung sei die Schrumpfung der Bevölkerung nicht unbedingt ein Nachteil. Eher sei damit zu rechnen, dass sie sogar den Wohlstand steigern könne, denn die geschaffenen Güter und Infrastrukturen stünden nunmehr einer kleineren Anzahl von Personen zur Verfügung. Die Geschichte zeige, dass der Wohlstand eines Landes durch seine sinkende Einwohnerzahl nicht gefährdet werde. Dagegen zeige sich,

Der demographische Wandel hat auch erfreuliche Seiten

dass schnell wachsende Bevölkerungen eher eine Gefahr für den Wohlstand eines Landes darstellten und junge, kinderreiche Gesellschaften seien bis heute meistens arm, wie Länder beispielsweise in Asien zeigten. Die Gesellschaft müsse das Geld, dass sie wegen der geringen Kinderzahl momentan spare, viel stärker in die Zukunftssicherung investieren, womit nicht nur die individuelle Altersvorsorge gemeint sei, sondern auch Investitionen in Bildung und Forschung.

In drei Workshops erarbeiteten die Teilnehmer und Teilnehmerinnen Vorschläge, wie die außerschulische politische Bildung den Problemen des demographischen Wandels begegnen könne.

Kenan Kolat, Bundesvorsitzender der Türkischen Gemeinden in Deutschland, lotete gemeinsam mit den Teilnehmer/-innen des Workshops „Migration und soziale Konflikte“ Möglichkeiten der Zusammenarbeit mit türkischen Organisationen aus. Um die Weiterbildung von älteren Menschen zu so genannten „Senior-Trainer/-innen“ ging es im Workshop „Lebenslanges Lernen als Antwort auf die zunehmende Alterung der Gesellschaft?“. In dieser Arbeitsgruppe berichtete *Anna Schelling* vom *Institut für sozialwissenschaftliche Analysen und Beratung*, Köln, über ein Bundesmodellprogramm, in dessen Rahmen ältere Menschen für die Übernahme ehrenamtlicher Aufgaben trainiert werden, um deren Potenziale für Kommunen besser nutzen zu können. Über Versuche in Mecklenburg-Vorpommern, der Abwanderung junger Menschen, vor allem junger Frauen, entgegen zu wirken, diskutierte *Claus Wergin* vom *Ministerium für Arbeit und Wirtschaft Mecklenburg-Vorpommern* mit Teilnehmer/-innen in dem Workshop „Jugendliche in ländlichen Regionen – außerschulische Bildungsarbeit als Chance gegen Binnenmigration“. *Claus Wergin* betonte, dass aus den strukturschwachen Regionen vor allem junge, gut ausgebildete Menschen in wirtschaftlich besser gestellte Regionen abwanderten. Sie ließen die schlechter Ausgebildeten in Arbeits- und Perspektivlosigkeit zurück. Hier müssen Angebote der außerschulischen Bildung neue Perspektiven aufzeigen. Es gelte, eine sinnvolle Alternative zu den oftmals einzigen (Freizeit-) Angeboten rechtsradikaler Gruppen zu entwickeln.

Die Ergebnisse der Informationen und Gespräche führten zu folgenden Empfehlungen der Tagungsteilnehmer/-innen:

- Bildung von regionalen und überregionalen Netzwerken zur Gestaltung des demographischen Wandels unter Beteiligung von Politik, Bildung und Wirtschaft;
- Unterstützung der Ausbildung für die Wahrnehmung ehrenamtlicher und bürgerschaftlicher Aufgaben sowie sozialer Bewegungen durch Träger der politischen Bildung;
- verstärkte Kooperation mit Organisationen von Migrant/-innen, wobei auch solche Einwanderer einbezogen werden sollen, die wegen ihrer deutschen Staatsangehörigkeit nicht so sehr im Fokus der Aufmerksamkeit stehen;
- Einrichtung einer Info-Börse durch den AdB zur Erleichterung der Kontaktaufnahme zu möglichen Kooperationspartnern;
- Fortbildung der Mitarbeiter/-innen der politischen Bildungseinrichtungen zur Vermittlung der für interkulturelle Arbeit erforderlichen Kompetenzen.

Wie sich die AdB-Mitgliedsorganisationen dem demographischen Wandel in ihren Bildungsangeboten stellen, soll im nächsten Jahr in der Broschüre zum AdB-Jahresthema 2007 „Chancengleichheit und Beteiligung – den demographischen Wandel zukunftsfähig gestalten“ dargestellt werden.

AB-06-127

Mitgliederversammlung verabschiedete Stellungnahme zur politischen Bildung

Im Anschluss an die Jahrestagung fand die Mitgliederversammlung des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten statt, die zum Jahresthema 2007 eine Stellungnahme „Mit politischer Bildung den demographischen Wandel zukunftsfähig gestalten" verabschiedete. Damit begründete sie ihren Beschluss, die Bevölkerungsentwicklung und die damit einhergehenden Probleme und Herausforderungen zum zentralen Thema des Verbandes im nächsten Jahr zu machen.

Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten

Mit politischer Bildung den demographischen Wandel zukunftsfähig gestalten
Stellungnahme zum AdB-Jahresthema 2007

Das Thema, das der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten zu seinem Jahresthema 2007 bestimmt hat, verweist auf eine Entwicklung, die sich schon seit Jahren abzeichnet, von Politik und Gesellschaft aber lange ignoriert wurde. Dass die Menschen in unserem Land immer älter werden und die Geburtenrate auf einen Stand gesunken ist, der das zahlenmäßige Verhältnis zwischen den Generationen aus der Balance bringt, ist seit langem bekannt, jedoch wurde bislang versäumt, sich den daraus resultierenden Herausforderungen zu stellen. Der demographische Wandel führt nicht nur zu einer Abnahme der Bevölkerungszahl in vielen europäischen Staaten, sondern auch zu einer Bevölkerungsstruktur, in der einer sinkenden Zahl junger Menschen steigende Zahlen älterer gegenüber stehen und immer weniger Junge für immer mehr Ältere sorgen müssen. Das überfordert die sozialen Sicherungssysteme, die noch auf einem „Generationenvertrag" beruhen, dessen Voraussetzungen heute schon obsolet geworden sind.

Von Arbeitslosigkeit sind die älteren Generationen in Deutschland in besonderem Maße betroffen. Aber auch viele junge, selbst gut ausgebildete Menschen haben Schwierigkeiten bei der Suche nach einem ihre Existenz sichernden Arbeitsplatz. Sie verlassen ihre Heimat, wenn sie bessere berufliche Perspektiven in anderen Regionen ihres Landes oder im Ausland sehen. Diese Abwanderungsbewegungen verringern die Einwohner/-innenzahlen in vor allem ländlichen Gebieten überproportional und führen zu einer Überalterung, die eine Anpassung der Infrastruktur von Gemeinden an veränderte Bedarfslagen erfordert. Kindergärten und Schulen müssen geschlossen, Alten- und Pflegeeinrichtungen ausgebaut, Wohnanlagen „zurückgebaut" oder altersgerecht umgestaltet werden.

Auch wenn die Folgen des demographischen Wandels bereits allenthalben spür- und sichtbar sind, lässt sich das volle Ausmaß der damit einhergehenden Veränderungen in allen unseren Lebensbereichen noch nicht absehen. In der öffentlichen Diskussion bestimmen alarmistische Darstellungen von Horrorszenarien das Bild, die Beschwörung des „Kriegs der Generationen" fördert Verunsicherung und Angst und schürt ein feindseliges Klima zwischen den Generationen.

Politische Bildung kann sozial- und familienpolitische Entscheidungen nicht ersetzen, ihre Voraussetzungen aber klären und ihre Konsequenzen aufzeigen. Sie kann die Diskussion über die Zukunft unserer Gesellschaft versachlichen und die Entwicklung von Vorstellungen zu ihrer Gestaltung anregen und begleiten. Politische Bildung kann die Probleme und Chancen des demographischen Wandels verdeutlichen und Foren organisieren, auf denen Möglichkeiten zur Bewältigung der neuen Herausforderungen erörtert und notwendige Veränderungen in der Organisation von Gesellschaft und im eigenen Lebensumfeld eingeleitet werden.

Politische Bildung muss die Auswirkungen des demographischen Wandels auf ihre eigene Praxis reflektieren und ihnen mit angemessenen Angeboten begegnen. Dazu gehören

- die Entwicklung generationenübergreifender Ansätze, die junge und alte Menschen zur Auseinandersetzung mit den sie gemeinsam betreffenden Fragen zusammenbringen,
- die stärkere Einbeziehung von Menschen aus Einwandererfamilien, deren Anteil vor allem an den jungen Generationen wächst,
- Angebote zur Förderung der Integrationsbereitschaft und
- die Ausweitung von Angeboten für ältere und alte Menschen, um ihre Beteiligung an den öffentlichen Angelegenheiten zu fördern und sie für die Wahrnehmung ihrer eigenen Belange zu aktivieren.

Politische Bildung muss nicht zuletzt auch die eigenen Einrichtungen, ihre Ausstattung, ihre Organisations- und Arbeitsformen daraufhin prüfen, ob sie den Anforderungen künftiger Teilnehmer/-innengruppen noch entsprechen.

Älterwerden ist ein existenzieller lebenslanger Prozess, dem wir alle unterliegen. Alte Menschen nur als Kostenfaktor und Kinder vor allem als künftige Beitragszahler zu betrachten, ist zutiefst inhuman. Den demographischen Wandel zukunftsfähig zu gestalten, setzt voraus, die Potenziale der älteren und jungen Menschen zu entfalten und Chancengleichheit und Beteiligung für alle Generationen zu sichern. Diesem Ziel will der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten mit der Wahl seines Jahresthemas 2007 Geltung verschaffen.

Bad Bevensen, 29. November 2006

Mitglieder bei der Abstimmung

Im Mittelpunkt der Beratungen stand aber eine weitere Stellungnahme (siehe AdB-Forum in diesem Heft, S. 474), in der die Notwendigkeit politischer Bildung für den Erhalt der Demokratie und die Entwicklung der demokratischen Kultur unter sich verändernden Voraussetzungen betont und deutlich gemacht wurde, dass die durch die politische Bildung vermittelten Kompetenzen auch für den wirtschaftlichen Erfolg in Zeiten der Globalisierung nützlich sind. Die Stellungnahme resümiert die Leistungen politischer Bildung als Begleiterin von Modernisierungsprozessen, fordert aber auch deren verlässliche Absicherung durch öffentliche Förderung und politische Unterstützung.

Einen Schwerpunkt in der Diskussion der Mitgliederversammlung bildete die Entwicklung der Bedingungen politischer Bildung auf Bundes- und Länderebene. Die Mitgliederversammlung informierte sich zudem über den Stand der Verbandsstatistik und setzte sich mit den Perspektiven des Jugendbildungsprogramms auseinander. Sie beschloss die Arbeitsplanung für das kommende Jahr.

Es war die letzte Mitgliederversammlung, die von der langjährigen AdB-Geschäftsführerin *Mechthild Merfeld* vorbereitet wurde. *Mechthild Merfeld* und *Dr. Hannelore Chiout*, Referentin für Internationale Arbeit und Kommissionen, wurden bei einer informellen Feier im Kreis der Mitglieder verabschiedet. Beide werden aber erst im Frühjahr 2007 den AdB verlassen, um dann in den Ruhestand zu gehen. Die zukünftige Geschäftsführerin, *Ina Bielenberg*, nahm bereits an der Mitgliederversammlung teil und stellte sich dort vor.

AB-06-128

Mechthild Merfeld und Dr. Hannelore Chiout (von links nach rechts) werden von den Mitgliedern gefeiert

Fortbildungsprogramm für politische Führungskräfte aus Russland

Fünfzehn politische Akteurinnen der russischen Frauenbewegung informierten sich vom 28. Oktober bis 3. November 2006 beim AdB in Berlin über Fortschritte in der Frauenförderpolitik und bei der Umsetzung von Gender Mainstreaming.

Die Frauen aus Karelien im Norden und Wolgograd im Südwesten Russlands, aus dem Ural und Sibirien, aus dem Kaukasus und Zentralrussland erhofften sich Anregungen für das noch nicht ratifizierte russische Gesetz für die Gleichstellung von Männern und Frauen und das in Moskau geplante zentrale Gender-Zentrum.

Die Qualifizierungsseminare des Programms „Von gleichen Rechten zu gleichen Chancen", die der AdB seit vielen Jahren für die politischen Führungskräfte der „Bewegung der Frauen Russlands" realisiert, haben mittlerweile Tradition. Hauptthemen dieser achten Fortbildung der regionalen Vorsitzenden waren der Paradigmenwechsel von der Frauenförder- zur Genderpolitik und die Frage, welche Rahmenbedingungen Gender Mainstreaming braucht, um erfolgreich zu sein. In engem Zusammenhang damit stand der Vergleich der praktischen Umsetzung von Gleichstellung in Deutschland und Russland sowie darüber hinaus auch im Europäischen Rahmen.

Bei der *Friedrich-Ebert-Stiftung* beteiligten sich die Frauen an einem internationalen Treffen zu Fragen der Umsetzung europäischer Impulse in der Gleichstellungspolitik mit der ehemaligen ungarischen Gleichstellungsministerin und Europaabgeordneten *Prof. Dr. Katalin Lévai, Lissy Gröner,* MdEP, *Karen Sjorup,* Leiterin

Qualifizierungsseminar für russische Führungskräfte

des dänischen Genderzentrums, und *Prof. Dr. Sabine Berghahn* von der Freien Universität Berlin. Nicht nur der Vergleich der wichtigsten nationalen Instrumente zur Verbesserung der Chancengleichheit von Männern und Frauen war für die russischen Gäste von Interesse, sondern vor allem die Einschätzung, wie ernsthaft und mit welchen Wirkungen sie genutzt werden. Eine Schlüsselrolle spielten die Umsetzung von Gender Mainstreaming in der Arbeitsmarktpolitik und deren Auswirkungen auf den Alltag der Frauen. Europaweit gibt es offenbar nur wenige effiziente „Gender-equality-Instrumente".

Die Effizienz der Einmischung war auch ein wichtiges Thema beim Besuch des *GenderKompetenzZentrums* in Berlin. Das KompetenzZentrum, an der Humboldt-Universität angesiedelt, sieht als „anwendungsorientierte Forschungseinrichtung" seine vorrangige Aufgabe in der Politikberatung in Gleichstellungsfragen für den Bund. Die „Bewegung der Frauen Russlands" plant die Gründung eines zentralen Gender-Zentrums mit vergleichbaren Aufgaben in Russland. Der Besuch eröffnete die Möglichkeit, das eigene Konzept zu überdenken, strukturelle, aber auch situationsbedingte Hindernisse zu analysieren, die politische Vision mit dem zu erwartenden Aktionsradius zu vergleichen und Zusammenarbeit auszuloten.

Das männlich geprägte Feld der Stadtentwicklung war Gegenstand eines Gesprächs mit dem Fachfrauenbeirat der Berliner Senatsverwaltung für Stadtentwicklung. Der Fachfrauenbeirat ist ein strategisches, aber auch

strukturelles Instrument der Beteiligung von Frauen auf allen Entscheidungsebenen einer Verwaltung, die großen Einfluss auf das Leben der Menschen hat.

Für die russischen Politikerinnen war diese Begegnung Anlass, die „Unwirtlichkeit“ ihrer Städte zu diskutieren. Die meisten kommen aus in Deutschland kaum bekannten Millionenstädten oder städtischen Ballungsgebieten. Der „andere“ Blick auf die Technik ist eine Herausforderung, wenn er wirklich die unterschiedlichen Bedürfnisse von Männern und Frauen berücksichtigt. Beispielsweise wurde Wolgograd nach seiner Zerstörung von Frauen wieder aufgebaut, aber hat die neue Stadt ein humaneres Umfeld geschaffen?

Ein zweitägiges Gendertraining mit Impulsreferaten und praktischen Übungen trug zur Klärung der Positionen bei und machte den Stand der Realisierung von gleichen Chancen auf lokaler und regionaler Ebene deutlich. Vor allem mit Blick auf die im nächsten Jahr anstehenden Wahlen ließ sich eine Verschiebung der gleichstellungspolitischen Themen zu Familienpolitik und demographischen Fragen feststellen.

Bericht: Hannelore Chiout
AB-06-129

Deutsch-spanische Schreibwerkstatt zu demokratischer Bildung

Vom 21. bis 26. Oktober 2006 trafen sich im WannseeForum in Berlin pädagogische Fachkräfte aus Volkshochschulen in Logrono/Rioja, Valencia und Madrid mit Kolleginnen aus dem Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten, um in einer Schreibwerkstatt ihren Zugang zu demokratischer Bildung zu reflektieren.

Mit der Methode einer Schreibwerkstatt wurde in diesem deutsch-spanischen Fachprogramm der Versuch gemacht, eine Standortbestimmung des politischen Selbstverständnisses der außerschulischen Bildungsarbeit in beiden Ländern zu formulieren. Der methodische Zugang sollte zur Reflexion anregen und bot gleichzeitig die Möglichkeit, die Ergebnisse zu dokumentieren.

Die Teilnehmer/-innen verglichen während der Schreibphasen ihr pädagogisches Verständnis in zentralen Themen wie Bildungsarbeit mit Migrant/-innen und interkulturelle Konflikte, Modelle der Partizipation von Jugendlichen und partizipative Methoden in der pädagogischen Praxis sowie geschlechterdemokratische pädagogische Konzepte. Zentral war die Auseinandersetzung mit der ursprünglichen politischen Vision und die Beantwortung von Fragen wie „Was war wichtig? In welchem Rahmen wurde gearbeitet? Wer sollte angesprochen, was sollte verändert werden?“. In fiktiven Dialogen und Interviews, in Briefen und Drehbüchern setzten sich die spanischen und deutschen Fachkräfte exemplarisch mit „ihren“ Zielgruppen auseinander, also mit Jugendlichen, Frauen, Migrant/-innen. Schreibend zogen die Teilnehmer/-innen unter der Frage „Was bleibt?“ Bilanz über persönliche, professionelle und institutionelle Erfahrungen. Am Ende lasen sich die Pädagog/-innen die Texte vor und wählten sie gemeinsam aus.

Ergänzend zu den Schreibphasen besuchten die Teilnehmer/-innen Projekte, die thematisch zu den Schwerpunkten der Schreibwerkstatt passten. In der Bildungsstätte *HochDrei* in Potsdam wurden partizipative Konzepte politischer Jugendbildung vorgestellt.

Bei *MaDonna* in Berlin-Neukölln gab es Gelegenheit zum Gespräch mit jungen Migrantinnen. Dabei kam die Idee auf, in Potsdam einen Austausch mit Migrantinnen aus Logrono zu organisieren. *Azize Tank*, Sprecherin der Landesarbeitsgemeinschaft der Berliner Integrations-, Migrations- und Ausländerbeauftragten, schilderte die Situation im Stadtteil Charlottenburg, in dem 18 % der Bevölkerung einen Migrationshintergrund haben. Sie lud ein zu einem Dialog mit „Kurdinnen zwischen Tradition und Moderne".

In der *Deutschen Parlamentarischen Gesellschaft* stellte die AdB-Mitgliedseinrichtung *aktuelles forum nrw e. V.* zusammen mit ihren europäischen Partnern ihr Projekt „Erinnerung bewahren – Demokratie leben" im Rahmen der Europäischen Demokratiekampagne mit Jugendlichen vor. Dabei kündigten die Vertreter/-innen des aktuellen forum an, an dem Projekt zukünftig auch die spanische Stadt Guernica beteiligen zu wollen.

Bericht: Hannelore Chiout
AB-06-130

Ohne Adapter geht nix – die Haustechniker des AdB tagten in Goslar

Im Mittelpunkt der Haustechnikertagung des AdB vom 24. bis 27. Oktober 2006 in Goslar stand die fachgerechte Nutzung von Konferenztechnik in den Bildungsstätten.

Berge von Kabeln, gestapelte Transportboxen, Mischpulte und Mikrofone aller Art füllten daher den Seminarraum im Bildungshaus Zeppelin.

Nach dem Motto „Keine Theorie ohne Praxis" nutzten die Haustechniker das mitgebrachte Equipment, um sich unter fachkundiger Anleitung des Veranstaltungstechnikers *Wolfgang Stanz* in allerlei bedienungstechnischen Details auszuprobieren. Die optimale Bildauflösung eines Beamers war ebenso ein Thema wie der Anschluss der passenden Adapter zur Herstellung einer Video- und Audioverbindung. Zudem konnten sich die AdB-Haustechniker darin üben, die Mikrofonanlage optimal auf die Situation des Raumes einzupegeln.

Die Installation und optimale Kombination der technischen Komponenten ist nach wie vor problembehaftet – Probleme, die zur Herausforderung für den Haustechniker in der Bildungsstätte werden. Beispielsweise ist die Anschaffung einer möglichst umfassenden Auswahl an Adapterarten im Hause unumgänglich, da die Anschlussbuchsen an den Geräten sehr unterschiedlich ausfallen. Die Tagungsteilnehmer berichteten von z. T. großen technischen Schwierigkeiten in ihren Bildungsstätten, hervorgerufen durch fast museale Geräte, teure Fehlinvestitionen oder schlichtweg mangelndes Wissen über die optimale Steuerung der Technik. Aus diesen Gründen registrierten die anwesenden Haustechniker mit lebhaftem Interesse die fachlichen Details und Hintergrundinformationen, die der Referent Wolfgang Stanz eindrucksvoll vermittelte.

Weiter vorangebracht wurde das Projekt zur Entwicklung einer berufsbegleitenden Qualifizierung zur Fachkraft für Haustechnik. Dieses Angebot soll den AdB-Mitgliedern erstmalig 2007 zur Verfügung stehen. Der Weiterbildungsgang wird zwei Jahre dauern und mehrere Module umfassen. Der Lehrgang wird das

notwendige Spezialwissen für Haustechniker vermitteln, das in gut aufgestellten Einrichtungen relevant ist, um die gestellten Anforderungen kompetent zu erfüllen. Ziel dieser Weiterbildung ist es aber auch, Frauen den Zugang zu diesem Arbeitsfeld zu ermöglichen. Haustechnik ist im AdB bisher eine ausschließliche Männerdomäne.

Darüber hinaus tauschten sich die Haustechniker über den Stand der Qualitätsentwicklung in ihren Einrichtungen aus. Gerade weil die Haustechnik eine nicht zu unterschätzende Bedeutung für jede Bildungseinrichtung hat, sollte sie angemessen in den Qualitätsprozess eingebracht werden. Die Mitarbeiter aus bereits zertifizierten Häusern ermutigten deshalb ihre Kollegen, sich aktiv an diesen Entwicklungen in ihren Häusern zu beteiligen.

Eine Tagung in der Weltkulturerbestadt Goslar kann die kulturellen Schätze vor Ort kaum ignorieren – auch nicht durch ein besonders enges Programm. So war es nahezu selbstverständlich, eine Führung durch die tausendjährige Kaiserstadt zu absolvieren und im stillgelegten Bergwerk *Rammelswerk* tief in die Stollen des Berges hinabzusteigen. In der Kälte und Feuchte der Stollen konnten die Kollegen die Geheimnisse des Erzbergbaus mit eigenen Augen betrachten und bekamen ein Gefühl für die beschwerliche Arbeit unter Tage. Kein Vergleich allerdings zu den feuchten und kalten Keller- und Lagerräumen in den Tiefen einer Bildungsstätte!

Bericht: Boris Brokmeier
AB-06-131

Zehn russische Student/-innen für AdB-Hospitationsprojekt 2007 ausgewählt

Auch in diesem Jahr hat der AdB im Rahmen der Fachveranstaltung „Jugend und Demokratie“ russische Hospitant/-innen ausgewählt, die 2007 an einer Hospitation in Deutschland teilnehmen werden.

Die Fachveranstaltung fand vom 8. bis 15. Oktober 2006 auf dem Campus der Moskauer Geisteswissenschaftlich-Sozialen Universität statt. 27 Studierende bewarben sich nach der Veranstaltung für das Hospitationsprogramm.

Zehn von ihnen wurden von den Pädagog/-innen aus dem AdB und den russischen Hospitant/-innen aus diesem Jahr gemeinsam ausgesucht.

In drei parallelen Workshops „Geschlechtergerechtigkeit und Gender-Kompetenz“, „Interkulturelles Lernen“ und „Partizipation von Jugendlichen“ setzten sich die Student/-innen unter Anleitung der Hospitant/-innen vom Frühjahr 2006 und der Tutor/-innen aus dem AdB mit Rollenverständnis und Geschlechterhierarchie auseinander, sensibilisierten sich für interkulturelle Zusammenhänge und diskutierten über Diskriminierung und Rassismus in ihrer Gesellschaft.

Am Beispiel der Universität entwickelten sie ihre Vision von Partizipation und suchten nach Wegen der Beteiligung in ihrem unmittelbaren Umfeld. Die Rahmenbedingungen in engen Hör-

sälen waren nicht einfach. Neu und begeisternd waren für die Studentinnen und Studenten die interaktiven und partizipativen Methoden in allen Workshops. Ihre Präsentationen zu den Themen der Workshops im Abschlussplenum illustrierten ihre Beteiligung und Lernbereitschaft auf beeindruckende Weise.

Demokratische Jugendbildung ist wie in der Mongolei das Thema dieses Hospitationsprojektes des AdB. Die Fachveranstaltung ist Teil dieses Fachkräfteaustausches, den der AdB seit 1997 gemeinsam mit der Moskauer geisteswissenschaftlich sozialen Universität organisiert.

Jeweils in Ergänzung zum Hospitationsaufenthalt der russischen Hospitant/-innen im Frühjahr findet jährlich eine Fachveranstaltung in Moskau statt. Sie wird von den russischen Student/-innen zusammen mit ihren deutschen Tutorinnen und Tutoren vorbereitet. Dieses Jahr nahmen etwa 90 Studierende und Lehrkräfte – vor allem der Fachbereiche Internationale Beziehungen, Interkulturelle Kommunikation und Tourismus und Sozialarbeit – an der Veranstaltung teil.

Ein Besuch beim Jugendring der Russlanddeutschen, Gespräche mit der Vorsitzenden und Teilnehmer/-innen aus einem Deutschkurs und Begegnungen mit „Ehemaligen“ ergänzten das Fachprogramm. Außerdem zeigten die Hospitant/-innen den deutschen Gästen „ihr“ Moskau.

Bericht: Hannelore Chiout
AB-06-132

Kommission Verwaltung und Finanzen befasste sich mit Zertifizierung

Die Septembersitzung der Kommission Verwaltung und Finanzen fand bei der Karl-Arnold-Stiftung in der Heimvolkshochschule Adam-Stegerwald-Haus vom 26. – 27. September 2006 in Königswinter statt.

Im Mittelpunkt des ersten Sitzungstags stand die ausführliche Darstellung des Zertifizierungsverfahrens nach Gütesiegelverbund Weiterbildung durch die Geschäftsführerin der LAG für eine andere Weiterbildung und Mitglied der Geschäftsführung des Gütesiegelverbunds, *Ursula Schmidt-Bichler*. Die Darstellung des Prozesses vom Erstgespräch in der jeweiligen Einrichtung, der Erledigung der Aufgaben der Einrichtung (Erstellen und Fortschreiben eines QM-Handbuchs, Durchführung eines internen Audits und Schreiben des Selbstreports), der Prüfung und Bewertung des Reports und der dazugehörigen Dokumente, des Einrichtungsbesuchs, des Auditberichts bis hin zur Vergabe des Zertifikats führte zu zahlreichen Fragen und Kommentaren der Kommissionsmitglieder.

Ergänzt wurde diese Information durch die Schilderung des praktischen Ablaufs des Verfahrens durch den Leiter der Karl-Arnold-Stiftung, *Jürgen Clausius*, die als erste nordrhein-westfälische Weiterbildungseinrichtung nach dem geschilderten Modell zertifiziert wurde. Weitere Mitgliedseinrichtungen des AdB haben sich für den gleichen Weg entschieden. Da in anderen Bundesländern andere Zertifizierungsverfahren bevorzugt werden, wurde angeregt, im AdB durch eine Umfrage zu klären, welche Bildungsstätten und Bildungswerke bereits zertifiziert sind oder sich im Prozess befinden und nach welchen Systemen dies erfolgt (ist).

Eine Kooperationsmöglichkeit ergibt sich für den AdB durch das Angebot des Gütesiegelverbunds, die Ausbildung zu Qualitätsbeauftragten zu übernehmen bzw. im Bereich der Genderqualifizierung, die bei den Anforderungen des vorgestellten Systems bislang praktisch keine Rolle spielen, für die im AdB aber weitreichende Kompetenzen entwickelt wurden.

Die Kommission beschäftigte sich dann mit den Aktivitäten der Gender-Steuerungsgruppe und des Redaktionsbeirats der „Außerschulischen Bildung“, in denen Kommissionsmitglieder mitwirken, erörterte den Stand der Verbandsstatistik und beschäftigte sich mit dem Vorschlag der Arbeitsgruppe zur Struktur und zu den Inhalten der aktualisierten bzw. zu überarbeitenden Arbeitshilfen, die nach zwei gedruckten Auflagen online gestellt werden sollen. Nach der Demonstration eines ersten „Kapitels“ auf der Homepage durch die Arbeitsgruppe folgte noch einmal eine Diskussion in der Kommission über die übernommenen Arbeitsaufträge und das Verfahren, das vor der Erweiterung von Inhalten eingehalten werden soll.

Nach den Informationen über förderpolitische Entwicklungen auf der Bundesebene und in den

Ländern Nordrhein-Westfalen und Hamburg befasste sich die Kommission nach einer Einführung in das aktuelle Umsatzsteuerrecht durch *Klaus-Ulrich Nieder* mit verschiedenen Beispielen der praktischen Handhabung auf der Basis von Abstimmungen mit unterschiedlichen Finanzämtern.

In die Planung der künftigen Sitzungen wurden u. a. die Punkte Entgeltumwandlungen, die erneute Befassung mit dem TVöD für Bund, Kommunen und Länder und die Bestimmungen und Handhabung der Künstlersozialkasse aufgenommen.

Bericht: Mechthild Merfeld
AB-06-133

Neue Publikationen von Mitgliedseinrichtungen des AdB

Dr. Paul Ciupke, *Bildungswerk der Humanistischen Union Nordrhein-Westfalen,* hat zusammen mit *Franz-Josef Jelich* (Forschungsinstitut Arbeit, Bildung, Partizipation) ein neues Buch herausgegeben, das im Klartext-Verlag als Band 20 der Reihe „Geschichte und Erwachsenenbildung“ erschien. Unter dem Titel „Weltanschauliche Erziehung in Ordensburgen des Nationalsozialismus. Zur Geschichte und Zukunft der Ordensburg Vogelsang“ wird die Geschichte der NS-Ordensburg Vogelsang in der Eifel dargestellt. Verschiedene Beiträge beschreiben das nationalsozialistische Konzept der „Ordensburgen“ und die Vorstellungen einer Erziehung zum Nationalsozialismus. In einem dritten Teil werden Ansätze der historisch-politischen Bildung am „Lernort“ Ordensburg Vogelsang präsentiert.

Bezug: Klartext Verlag Essen, oder im Buchhandel.

Das *Europahaus Aurich* hat aus Anlass seines 50-jährigen Bestehens eine Broschüre unter dem Titel „Impressionen aus 50 Jahren“ veröffentlicht. Sie beschreibt – reich bebildert – die Geschichte des Hauses, das als deutsch-niederländische Heimvolkshochschule gegründet wurde, um Versöhnung zu stiften zwischen deutschen und niederländischen Nachbarn. Die Broschüre zeigt aber auch, wie sich die Einrichtung stetig erweitert und ihr Bildungsangebot ausgebaut hat. Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen des Hauses, ehemalige und jetzige Teilnehmer und Teilnehmerinnen beschreiben, was die Arbeit in dieser Einrichtung oder das dort erlebte Bildungsseminar für sie bedeutet hat.

Bezug: Europahaus Aurich, Von-Jehring-Str. 35, 26603 Aurich.

AB-06-134

AKE-Internetseite zum Jugendaustausch mit arabischen Ländern

www.falafel-und-fritten.net heißt eine Internetseite des *Arbeitskreises Entwicklungspolitik (AKE)* und des *Jugendhofs* in Vlotho, die bereits vor einem Jahr erarbeitet wurde und Initiativen für den Jugendaustausch zwischen arabischen Ländern und Deutschland vernetzen will. Bei einem Medienworkshop im Jugendhof Vlotho trafen sich Ende November Organisator/-innen deutsch-arabischer Begegnungen und arabisch-stämmige Jugendliche, um an diesem Projekt weiterzuarbeiten.

Die Website soll engagierte Menschen aus Organisationen und Initiativen zusammenführen und bietet Gelegenheiten und Räume, sich auszutauschen und voneinander zu lernen. Die Seite befindet sich nach wie vor im Aufbau, an dem in diesem Bereich Engagierte mitarbeiten können. Im Forum können schon jetzt Fragen gestellt, Anregungen wie Kommentare zur Projektseite abgegeben werden. Auch Projektvorschläge zum Thema deutsch-arabische Begegnungen können unterbreitet werden. Wer auf der Suche nach anderen engagierten Menschen aus Deutschland und vielen arabischen Ländern ist, kann hier sein Gesuch aufgeben.

Die für (Jugend-) Kulturen typischen Speisen in arabischen (Falafel) und westlichen Ländern („Fritten“) im Namen sollen stellvertretend für den Jugendaustausch zwischen beiden Regionen stehen und gleichzeitig darauf aufmerksam machen.

AB-06-135

Personalien

Die Mitgliederversammlung des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten verabschiedete die langjährige Geschäftsführerin des AdB, **Mechthild Merfeld**, die im Frühjahr 2007 in den Ruhestand gehen wird. Der AdB-Vorstand hat bereits im Sommer **Ina Bielenberg**, zurzeit noch stellvertretende Geschäftsführerin und Grundsatzreferentin bei der Bundesvereinigung Kulturelle Kinder- und Jugendbildung, zu ihrer Nachfolgerin bestimmt. Sie wird ihren Dienst im März 2007 beginnen. Eine Würdigung von Mechthild Merfeld und eine Vorstellung von Ina Bielenberg sind für Nr. 1/2007 der „Außerschulischen Bildung" vorgesehen.

AB-06-136

Torsten Boek, Diplomsozialpädagoge und seit fast fünf Jahren beim Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband als Bildungsreferent beschäftigt, ist neuer Leiter der Jugendbildungsstätte in Peseckendorf und damit Nachfolger von **Reinhard Löffler**, der in den Ruhestand ging.

AB-06-137

Der langjährige Direktor der Akademie für Politik, Wirtschaft und Kultur in Mecklenburg-Vorpommern, **Dr. Wolfgang Donner**, hat den Ruhestand angetreten. Sein Nachfolger in der Leitung der Akademie wurde **Markus Birzer**.

AB-06-138

Theo Jahns, der viele Jahre die Bildungs- und Freizeitstätte in Bad Zwischenahn leitete und auch zuständig für die politische Bildung der Wirtschafts- und Sozialakademie der Arbeitnehmerkammer Bremen war, ging zum 1. November 2006 in den Ruhestand. Die Leitung der Bildungsstätte in Bad Zwischenahn übernahm **Gudrun Afken**.

AB-06-139

Ulrich Ehlers, seit über 30 Jahren auf dem Jugendhof Scheersberg als Studienleiter tätig, wird Ende Januar 2007 in den Ruhestand verabschiedet.

AB-06-140

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend hat die Mitglieder des Bundesjugendkuratoriums, das Beratungsgremium der Bundesregierung in Grundsatzfragen der Kinder- und Jugendpolitik, neu berufen. Ihm gehören folgende Experten und Expertinnen an:

- **Petra Betz**, Bürgermeisterin der Stadt Regensburg
- **Dr. Barbara Dorn**, Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände
- **Dr. Christof Eichert**, Bertelsmann-Stiftung
- **Christiane von Freeden**, Ganztagsschulverband GGTe.V.
- **Benjamin Gesing**, Servicestelle Jugendbeteiligung
- **Prof. Dr. Franz Hamburger**, Universität Mainz
- **Prof. Dr. Yasemin Karakasoglu**, Universität Bremen
- **Monika Lohr**, Kreisdirektorin des Rhein-Sieg-Kreises
- **Uwe Lübking**, Deutscher Städte- und Gemeindebund
- **Dr. Claudia Lücking-Michel**, Zentralkomitee der deutschen Katholiken
- **Prof. Dr. Joachim Merchel**, Fachhochschule Münster
- **Prof. Dr. Thomas Olk**, Universität Halle-Wittenberg
- **Detlev Raabe**, Deutscher Bundesjugendring
- **Martina Reinhardt**, Referat Jugendpolitik im Thüringer Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit
- **Klaus Waldmann**, Evangelische Akademien in Deutschland und Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend in Deutschland.

AB-06-141

Die Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke hat den bisherigen Vorstand bestätigt. Erneut gewählt wurden

- **Sabine Wißdorf**, Arbeitsstelle für Jugendseelsorge der Deutschen Bischofskonferenz,
- **Bernward Bickmann**, Franziskanisches Bildungswerk,
- **Reinhold Jackels**, Ludwig-Windthorst-Haus,
- **Alois Nock**, kifas gGmbH – Jugendbildungsstätte der KAB und CAJ Waldmünchen.

Stellvertretender Vorsitzender wurde **P. Tobias Karcher SJ**, Leiter des Heinrich Pesch Hauses in Ludwigshafen. Der bisherige Vorsitzende **Dr. Alois Becker**, Direktor der Akademie Klausenhof, wurde bereits im letzten Jahr in seinem Amt als Vorsitzender bestätigt.

AB-06-142

Daniel Grein ist neuer Geschäftsführer des Deutschen Bundesjugendrings. Er nimmt mit 75 Prozent die Elternzeitvertretung der bisherigen Geschäftsführerin **Gunda Voigts** wahr, die mit 25 Prozent weiterarbeitet. Daniel Grein war zuvor Grundsatzreferent beim Bund der Deutschen Landjugend.

AB-06-143

Bücher

Helmut Schröder/Reiner Gilberg: Weiterbildung Älterer im demographischen Wandel. Empirische Bestandsaufnahme und Prognose – Bielefeld 2005, W. Bertelsmann Verlag, 174 Seiten

Die gute Nachricht zuerst: Es ist mit einem Anstieg der Bildungsnachfrage älterer Menschen zu rechnen. Das ist die Quintessenz einer infas-Studie, die Helmut Schröder und Reiner Gilberg im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend 1999 durchgeführt haben. Sie ist im vergangenen Jahr in der Reihe „Erwachsenenbildung und lebensbegleitendes Lernen“ erschienen und bietet eine Fülle von Daten, die für die sozialstrukturellen, individuellen und regionalen Rahmenbedingungen der Bildungsteilnahme älterer Menschen relevant sind. Diese Daten, ebenso wie die ausführlich dargestellten Forschungsmethoden, sind zwar in erster Linie für Sozialwissenschaftler/-innen interessant, bieten aber auch den Erwachsenenbildner/-innen viele Anhaltspunkte, das Bildungsangebot für die nächsten Jahre (neu) zu strukturieren.

Die Studie füllt damit eine Lücke, denn trotz einer Menge von gerontologischer und erwachsenenpädagogischer Literatur ist „das Feld der Altenbildung in seiner ganzen Breite und Vielfalt empirisch noch lange nicht erforscht“, wie Dieter Nittel vom Institut für Sozialpädagogik und Erwachsenenbildung der Universität Frankfurt/Main in seinem Vorwort feststellt. Die geneigte Leserin (Männer sind mitgemeint) möge selbst entscheiden, ob auch diese Behauptung zutrifft: „Die Vertreter der Einrichtungen und der Berufskultur besitzen nur wenig fundiertes Wissen darüber, welche Institution en neben der eigenen ähnliche Angebote unterbreiten, um welche thematischen, räumlichen und zeitlichen Angebote es sich dabei handelt, und welche Personen und wie viele diese in Anspruch nehmen.“

Diesem Mangel kann jetzt mit der Studie abgeholfen werden. Gerade für die politische Bildung ist dabei besonders interessant, dass auch nach bürgerschaftlichem Engagement gefragt wurde, also nach der aktiven Teilhabe an der Zivilgesellschaft. Und die oben erwähnte gute Nachricht kommt zustande, weil auch eine Prognose zur Bildungsnachfrage bis 2015 gewagt wurde.

Dass diese Prognose im Sinne der Weiterbildung (und der in diesem Bereich Beschäftigten) positiv ausfällt, ist zunächst durch den demografisch bedingten Anstieg der Zahl der Älteren zu erklären. Während für die Jugendbildner/-innen (Erzieher/-innen, Lehrer/-innen) die im nächsten Jahrzehnt erreichbare Zielgruppe immer kleiner wird, wächst sie für die Altenbildner/-innen. Außerdem wächst eine Kohorte in das Senior/-innenalter hinein, die vom Bildungsaufschwung der 60er und 70er Jahre profitiert hat und mit hoher Wahrscheinlichkeit auch im Alter Bildung nachfragen wird. Wenn erst die viel zitierten 68er selbst 68 geworden sind, werden sie möglicherweise die Altenbildung revolutionieren. Wichtige Gesichtspunkte in diesem Zusammenhang sind der Gesundheitszustand und die Ausübung eines Ehrenamtes. Bildungsangebote für ältere Ehrenamtler dürften in den nächsten Jahren Konjunktur haben.

4,1 Millionen Personen zwischen 50 und 75 Jahren nehmen innerhalb von drei Jahren an einer Bildungsveranstaltung teil. Die Studie prognostiziert einen Anstieg im Jahr 2015 auf 6,7 Mio. (untere Variante) bis zu 8,7 Mio. (obere Variante). Welche Variante zutrifft, hängt auch vom Angebot ab. Räumliche Nähe, Kosten, Nutzung der neuen Medien (Internet), Struktur und Inhalte sind die wichtigsten Einflussfaktoren. Nicht alles wird öffentlich finanziert werden können, manches wird von den Nutzer/-innen zu zahlen sein. Aber auch Selbsthilfe-Angebote werden möglicherweise eine Rolle spielen. Da tut sich doch eine schöne Perspektive für verrentete Weiterbildner/-innen auf: Endlich den institutionellen Zwängen entronnen, machen sie ehrenamtlich nur noch solche Bildungsangebote, die ihnen selbst Spaß machen, für die rege Nachfrage besteht und die dann auch nicht viel kosten. Die neue Abkürzung heißt EPM: Ehrenamtliche/r Pädagogische/r Mitarbeiter/-in.

Jörg Höhfeld

Die Studie beruht auf einer Befragung von nahezu 2000 Personen im Alter von 50 – 75 Jahren über ihr Weiterbildungsverhalten in den letzten drei Jahren und ihre Bildungsinteressen. Das infas Institut für angewandte Sozialwissenschaften hat diese im Auftrag des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend im Sommer 1999 durchgeführt. Vor dem Hintergrund der immer intensiver und zum Teil auch alarmistisch geführten Debatte über das Älterwerden der Gesellschaft und die damit zusammenhängenden vielfältigen sozialen Folgen kann man sich über die Existenz einer solchen empirischen Untersuchung aus Sicht der Weiterbildung natürlich nur freuen.

Die Ergebnisse sind zwar nicht sensationell, können aber ein wenig mehr Grund in die Zukunftsdiskussionen bringen. Die wichtigste Botschaft lautet: Es gibt ein wachsendes Weiterbildungspotenzial in der deutschen Einwohnerschaft ab 50 Jahren. Optimistische Szenarien kalkulieren für das Jahr 2015 eine Beteiligungsrate von 50 % in dieser Altersgruppe. Die Beteiligung korreliert heute schon mit dem Grad der vorhandenen Bildung und dem ehrenamtlichen Engagement: Je besser ausgebildet und je engagierter in den Netzwerken der zivilen Gesellschaft, desto stärker die Nachfrage nach Bildung. Ehrenamtliche beteiligen sich doppelt so häufig, und da seit den 60er Jahren das allgemeine Bildungsniveau in der Bevölkerung steigt, ist also mit den alternden Generationskohorten auch mit ständig zunehmendem Bildungsinteresse zu rechnen. Erfreulich, dass auch die politische Bildung davon profitieren kann, denn das Interesse an politischer Bildung und verwandten Themen und Lernformen ist – wie die Erhebung zeigt – heute schon nicht gering: 11 Prozent der Befragten, die zwischen 1996 und 1999 Veranstaltungen besucht haben, bevorzugten die politische Bildung und 18 % derselben unternahmen Besichtigungen und Studienreisen, um „Städte, Länder und Baudenkmäler“ kennen zu lernen. Auch Aspekte der Fürsorge, der Gesundheit, der Religion fanden Nachfrage. Politische, soziale, lebensorientierende und – so ist angesichts der Reisefreude zu vermuten – historische, kunstgeschichtliche und landeskundliche Themen lösen offenbar mit zunehmendem Alter die sonst als notwendig empfundene berufliche Bildung immer mehr ab. Ehrenamtliche bevorzugen gesellschaftspolitische, landeskundliche, historische und umweltbezogene Themen besonders eindeutig, allein literarische und kunstgeschichtliche Angebote können da noch in vergleichbarer Weise Aufmerksamkeit beanspruchen.

„Reine“ Seniorenveranstaltungen spielen nur eine sehr untergeordnete Rolle, vielmehr scheint sich der Teilnahmewunsch vornehmlich auf nicht schon vorher als solche definierte altersspezifische und altershomogene Veranstaltungsthemen und -formen zu richten. Spitzenreiter unter den Veranstaltern sind die Volkshochschulen. Je mehr aber Teilnehmer/-innen sich ehrenamtlich betätigen, desto häufiger werden Angebote der freien Träger, kirchlicher, verschiedener verbandlicher Bildungswerke oder politischer Stiftungen genutzt. Veranstaltungen der politischen Bildung sind dabei zu mehr als 50 % mehrtägig, also von einer gewissen zeitlichen Intensität.

Die Autoren, Mitarbeiter des infas Instituts, werfen zum Schluss die Frage auf, ob angesichts dieses Nachfragepotenzials, das fast einer Verdoppelung entspricht, das Angebot mit der Entwicklung Schritt halten kann. Das ist natürlich vor allem eine weiterbildungspolitische Frage. Angesichts des „Jugendwahns“, der in Gesellschaft und Politik herrscht und der politischen Bildung immer wieder die Jungen als vornehmliche Zielgruppe anraten will, weil sie die künftigen Wähler und Gewählten sind, ist natürlich Skepsis angebracht, ob die älteren Generationen überhaupt noch als wichtige Zielgruppe und förderungsfähige Teilnehmergruppe betrachtet werden.

Paul Ciupke

Gotthard Breit (Hrsg.): Die alternde Gesellschaft. Eine Einführung – Schwalbach/Ts. 2005, Wochenschau Verlag, 125 Seiten

Auf den ersten Blick wirkt das in einem sehr kleinen Format (18,5 x 11,5 cm) erschienene Taschenbuch recht unscheinbar. Es steckt aber voll geballter Information – und bietet auch eine Überraschung gleich auf der ersten Seite der Einleitung des Herausgebers: Während in der Regel nur die negativen Folgen des Bevölkerungsrückgangs und der Alterung der Gesellschaft betont werden, nennt Gotthard Breit zunächst positive: Entlastung für die natürliche Umwelt, Rückgang der Jugendarbeitslosigkeit, positivere Haltung zum Zuzug von Ausländern. Die Darstellung negativer Konsequenzen überlässt der Herausgeber dann den vier Autor/-innen. Er listet aber noch Forderungen an die Politik auf: Entlastung junger Menschen von Abgaben zur Erleichterung der Familiengründung, Erhöhung des Renteneintrittsalters, Senkung der Lohnnebenkosten, Einbeziehung nichtabhängig Beschäftigter in die Finanzierung der sozialen Sicherungssysteme, mehr private Altersvorsorge. Dann problematisiert Gotthard Breit, ob die Bevölkerung die anstehenden Mehrbelastungen akzeptieren und auf breiter Ebene Eigenverantwortung für die Sicherung ihres Lebensunterhalts im Alter übernehmen wird.

Der erste Beitrag mit dem Titel „Die alternde Gesellschaft – Ausmaß, Ursachen und Konsequenzen“ wurde von Juliane Roloff, wissenschaftliche Mitarbeiterin am Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung, verfasst. Sie definiert zunächst den Begriff der „alternden Gesellschaft“, nennt die Ursachen hierfür (z. B. steigende Lebenserwartung, abnehmende Geburtenrate) und beschreibt, dass bei einem in etwa gleich hoch bleibenden Zuzug von 200.000 Personen pro Jahr (als positiver Wanderungssaldo) die Bevölkerung in Deutschland ab dem Jahr 2013 stetig schrumpfen wird. Zugleich wird der Anteil der über 60-Jährigen bis zum Jahr 2050 auf rund 37 % ansteigen. Diese Entwicklung ist unausweichlich; eine Erhöhung der Zuwanderung oder der Geburtenrate könnte nur zu einer geringen Abschwächung führen.

Anschließend nennt Juliane Roloff die ökonomischen und sozialen Konsequenzen einer alternden Gesellschaft: Alterung des Arbeitskräftepotenzials, wachsende Zahl behinderter, gesundheitlich beeinträchtigter und pflegebedürftiger alter Menschen, daraus resultierend steigende Kosten für Kranken- und Pflegeversicherungen sowie die Veränderung der Generationenbeziehungen. Zum Schluss betont sie die Notwendigkeit des ehrenamtlichen Engagements alter Menschen in Wohlfahrtsverbänden, Sozialprojekten und Freiwilligen-Agenturen.

Das zweite Kapitel „Die alternde Gesellschaft: Bessere Arbeitsmarktperspektiven für Frauen?“ wurde von der Politikwissenschaftlerin Diana Auth, wissenschaftliche Assistentin an der Universität Gießen, geschrieben. Sie betont die enge Verknüpfung von demographischer Entwicklung und Geschlechterfragen: So „wird u. a. die Steigerung der Geburtenrate propagiert, wodurch Frauen als potenzielle Mütter ... ins Zentrum der Aufmerksamkeit rücken. Gleichzeitig wird aber in der Steigerung der Frauenerwerbsquote zumindest ein Schlüssel zur Lösung des bevorstehenden Fachkräftemangels gesehen“ (S. 53).

So befasst sich Diana Auth zunächst mit der Geburtenentwicklung und dann mit der Alterung des Erwerbspersonenpotenzials, wobei sie sich hier besonders der kontrovers diskutierten Frage widmet, ob sich daraus Chancen für (eine Gleichstellung der) Frauen ergeben. Dies wäre ihrer Meinung nach nur dann der Fall, wenn die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessert wird und Benachteiligungen von Frauen beim beruflichen Aufstieg reduziert werden. Kontraproduktiv wäre hingegen: „Monetäre Transfers statt Kinderbetreuungseinrichtungen sowie großzügige Freistellungsregelungen und eine rein auf Mütter zugeschnittene Vereinbarkeitspolitik fördern den Ausstieg von Frauen aus dem Erwerbsleben und den Wiedereinstieg als Zuverdienerinnen in Teilzeit- oder Mini-Jobs“ (S. 68).

Im dritten Kapitel „Die Brüchigkeit des Generationenvertrags“ behandelt Stefan Schieren, Professor für Sozialpolitik an der Katholischen Universität Eichstätt-Ingolstadt, die Nachhaltigkeitslücke in der gesetzlichen Renten- und Krankenversicherung. Er verdeutlicht diese am Konzept der Generationenbilanzierung, die sich auf alle Zahlenströme bezieht, die zwischen öffentlichem Sektor und Bürgern verlaufen. So kann verglichen werden, wie viel ein Jahrgang in das öffentliche Finanzsystem „einzahlt“ und wie viel ihm in der verbleibenden Lebenszeit noch „ausgezahlt“ wird.

Stefan Schieren zeigt die Probleme des deutschen Renten-, Pflege- und Krankenversicherungssystems auf, die vor allem aus der Rentenreform 1957, der Frühverrentung und der zunehmenden Alterung resultieren. Deutlich wird, dass die Konsolidierung der Nachhaltigkeitslücke vor allem den nach 1955 Geborenen aufgebürdet wird – mit steigender Belastung, je jünger eine Person ist. Abschließend diskutiert Schieren Reformvorschläge wie die Senkung der Renten, die Bürgerversicherung, die Kopfpauschale und das Freiburger Modell.

Im letzten Beitrag „Reformpolitik und die Suche nach sozialer Gerechtigkeit“ geht der Politikwissenschaftler Klaus-Bernhard Roy, Privatdozent an der Universität Magdeburg, der Frage nach, ob die Solidargemeinschaft noch zu retten ist. Er diskutiert aktuelle Zielvorstellungen wie die Agenda 2010 und die Förderung privater Altersvorsorge und verdeutlicht, dass hierdurch Gerechtigkeitsdefizite nicht reduziert, sondern fortgeschrieben werden. Notwendige Reformen und die damit verbundenen Belastungen werden von den Bürger/-innen nur dann akzeptiert werden, wenn die Frage nach sozialer Gerechtigkeit zum Maßstab der Politik wird.

Fazit: Das Buch verdeutlicht auf eindringliche Weise die Probleme, die mit der Bevölkerungsentwicklung verbunden sind, und mahnt sofortige Reformen an. Inhaltliche Überschneidungen zwischen den Kapiteln hätten sich aber sicherlich vermeiden lassen. Die Erkenntnisse sind nicht neu, wurden aber gut gebündelt und in eine lesbare Form gebracht. Somit kann diese Einführung gut in der außerschulischen Bildung eingesetzt werden.

Martin R. Textor

Benno Hafeneger: Subjektdiagnosen. Subjekt. Modernisierung und Bildung – Schwalbach/Taunus 2005, Wochenschau-Verlag, 251 Seiten

Der vorliegende Band beansprucht, „einige subjektbezogene Modernisierungsfacetten und Vergesellschaftungsprozesse in der jungen Generation zu beschreiben und über sie aufzuklären“ (S. 7). Die erste Abteilung bietet Begriffsklärungen und subjekttheoretische Ansätze, in der zweiten Abteilung finden sich jugendsoziologische und pädagogische Beiträge. Albert Scherr unterzieht die „Theorie reflexiver Modernisierung“ einer kritischen Analyse und macht auf deren Grenzen aufmerksam, wenn er verdeutlicht, „dass die Individualisierungstheorie (…) keineswegs an die Stelle von Theorien und Analysen sozialer Ungleichheit treten kann“ (S. 11). Auch können Individualisierungs- und Desintegrationsthese nur wenig zum Verständnis rechtsextremer Gewalt beitragen. Dem setzt Scherr eine Subjektkritik entgegen, die Subjektivität in sozialen Zusammenhängen fasst und den Subjektbegriff nicht als Platzhalter für eine unausgesprochen bürgerlich-männliche Position in Anspruch nimmt. Dabei geht er von einem widersprüchlichen Prozess der Subjektformierung aus, „in dem sowohl gesellschaftliche Muster und Normen internalisiert werden als auch eigensinnige Handlungsfähigkeit entsteht“ (S. 19). Diese Widerspruchsfigur könnte programmatisch für die folgenden subjekttheoretischen Beiträge sein, wird aber nur von einigen wenigen der fast ausschließlich männlichen Autoren nachvollzogen, wie von Ludwig Pongratz, der im Anschluss an Foucaults „Genealogie des Subjekts“ aktuelle Praktiken des Sich-regierens untersucht – von den Ich-AGs über das Qualitätsmanagement zur Selbststeuerung. Subjektivierung wird zum Instrument von Kontrollprozeduren, Freiheiten entpuppen sich als Zwang zur „Selbstbewirtschaftung“ (S. 36). Das Theorem der „reflexiven Modernisierung“ wird von Heiner Keupp unkritisch in Anspruch genommen, der Identitätsbegriff bleibt hier weitgehend widerspruchsfrei und wird als eine Art stabiles Ich angesetzt, was insbesondere durch die Einführung des Konzepts der „Salutogenese“ nach Aaron Antonovsky zum Ausdruck kommt. „Kohärenzsinn“ und „sinnhafte Ordnung“ sind die zentralen Topoi für das, was Keupp „gelingende Identitätsarbeit“ nennt. Auch wenn Keupp zuletzt von einer „fragmentarischen Identität“ spricht, geht es hier doch um die Realisierung einer heilen Identität, jenseits der Auseinandersetzung mit Unterwerfungs- und Herrschaftspraktiken des Subjekts.

In der zweiten Abteilung setzt sich Richard Münchmeier mit Ergebnissen der neueren Jugendforschung hinsichtlich Werte- und Mentalitätswandel auseinander. „Von allen Problemen beschäftigen die Jugend am meisten die Probleme der Arbeitswelt und nicht die klassischen Lehrbuchprobleme der Identitätsfindung (…)“ (S. 98). Im Folgenden werden aber dann doch wieder diese identitätsbezogenen Dimensionen herangezogen, was vermutlich der Wertethematik zuzuschreiben ist, die nur unzureichend mit der ökonomischen Sphäre des Lebens vermittelt ist, so als könne man Werte jenseits vorherrschender Vergesellschaftungsformen herausbilden und erhalten. Auf diesen Mangel macht der Autor aufmerksam. Interessant und materialreich ist der Beitrag von Wilfried Ferchhoff, der aktuelle kulturelle Praktiken Jugendlicher darstellt, die nicht mehr mit dem Jugendsubkulturkonzept zu fassen sind, sondern vielmehr freizeit- und medienbezogen sowie konsumorientiert und schulfern sind. Ferchhoff wendet sich gegen den Jugendsubkulturmythos und hält es für falsch, revolutionäre Neuerungen von der jüngeren Generation zu erwarten. Es folgen Beschreibungen jugendkultureller Szenen, wobei deutlich wird, dass die Trennlinien zur „Gesamtkultur“ aufgeweicht worden sind. „Inzwischen scheint die Gesamtgesellschaft insgesamt placebohaft zur jugendaffinen Erlebnisgesellschaft mutiert zu sein“ (S. 121).

Der Beitrag endet mit einer Übersicht über Szenen und deren Ausdrucksformen, wobei eine genauere Differenzierung neorechter Jugendszenen etwas zu kurz kommt. Die beiden einzigen Autorinnen des Bandes besetzen – wie könnte es anders sein – die Geschlechterthematik. Allein das zeigt bereits, dass es in der Sozialwissenschaft nicht gelungen ist, Geschlecht als Querschnittsdimension zu verankern. Dies, obwohl Heike Fleßner und Karin Flaake deutlich machen, dass seit den 90er Jahren beide Geschlechter ins Zentrum des Forschungsinteresses rücken. Sie betrachten die Lebenssituation und Zukunftsperspektiven junger Frauen und Männer im Familienkontext, im Schulwesen und in beruflichen Ausbildungen. Eine geschlechterbewusste Pädagogik sehen sie in der Gefahr, „ambivalente Erfahrungen, Gefährdungen und Bedürftigkeiten von Mädchen“ zu vernachlässigen, weil man keine Opferprojektionen vornehmen und an den Stärken ansetzen möchte. Umgekehrt scheint es im

Blick auf die jungen Männer eine Defizitorientierung zu geben, wenn die „Unterstützung der emotionalen Entwicklung“ betont wird (S. 147f). Einen ausgesprochen kritischen Blick auf die schulische Lernkultur wirft Thomas Ziehe und weist zunächst einmal die aktuelle „schulpolitische Hochglanzsprache“ zurück (S. 193). Ziehe macht einige blinde Flecken in der öffentlichen Thematisierung von Schule aus: die Marginalisierung des normalen Unterrichts, die Verschiebung von Lernkriterien auf antikognitive Aspekte und die Zuspitzung der Schulkritik auf eine Art Erstarrungskrise, so als sei Schule noch immer die alte Paukanstalt. Dem Krisenbild von Schule wird ein Hoffnungsbild entgegen gehalten, das Schule entgrenzt und „mit dem Leben“ vereint. Ziehe erinnert daran, dass der Rekurs auf das Leben keine „Gewähr für mehr Lebendigkeit“ bietet (S. 195). Der Autor setzt die Krise der Schule ganz anders an als sie in den populären Bildungsdiskursen erscheint, und kennzeichnet sie als „Diffusionskrise“, eine Dynamisierung aller schulischen Besonderheiten und Normalitäten, also eine Dauerveränderung der Muster, die Schule bisher charakterisiert haben. In den folgenden Ausführungen geht Ziehe im besten Sinne kulturkritisch vor, wenn er „Schlüsselschwierigkeiten der Schüler mit der Schule“ erläutert und dabei Stärken und Schwächen von Schülern unterscheidet. Dabei zieht sich das Moment der Entgrenzung als Grenzverlust und Hegemonie durch die Überlegungen. Grenzen zwischen Jugendkultur und Populärkultur verschwimmen, aber auch die Grenzziehung zur Welt der Erwachsenen gelingt nicht mehr, wenn auch Erwachsene andauernd mit Entwicklungsanforderungen konfrontiert werden. Dem Beitrag gelingen anregende pädagogische Subjektdiagnosen. Das ist nicht bei allen der hier versammelten Beiträge der Fall, sei es durch Redundanzen, sei es durch überholte und allzu selbstsicher vorgetragene Konzepte. Dennoch lohnen einzelne Aufsätze die Lektüre und führen weiter bei der Kritik und Neufassung pädagogischer Subjekttheorien und Subjektivierungspraktiken.

Astrid Messerschmidt

Etienne Francois/Hagen Schulze (Hrsg.): Deutsche Erinnerungsorte – eine Auswahl – München 2005, Verlag C. H. Beck, 549 Seiten, 58 Abb.

Wer sich für Gesellschaft, Geschichte, Identität interessiert und dieses Buch noch nicht sein eigen nennt, sollte sich bald dazu entscheiden. Ach, was für ein großartiges Werk! Es ist lesenswert von der ersten bis zur letzten Zeile, mit ungewöhnlich großer Sorgfalt gemacht, jeder Beitrag eine Perle – und wer es einmal in die Hand genommen hat, wird es nur ungern wieder weglegen. Die Kritik hat bisher mit Superlativen nicht gespart, und ich kann in den Chor des Lobes vorbehaltlos einstimmen.

Der Band enthält 32 Essays zu Themen, die einen wichtigen Mosaikstein bilden in dem, was in Deutschland historische Identität, kollektiv Bewusstes oder Unbewusstes ausmacht. Der Titel „Erinnerungsorte“ ist dabei metaphorisch zu verstehen im Sinne eines Ortes, einer Stelle, eines Themas, an dem das Bewusstsein Halt findet – ein Anker oder auch ein Stolperstein. Diese „Erinnerungsorte“ haben vielerlei konkrete und abstrakte Gestalt. Dazu einige Beispiele: Örtlichkeiten und Gebäude (die Wartburg, der Palast der Republik, der Reichstag, die Paulskirche) finden sich hier ebenso wie geographische Bezeichnungen, die für noch komplexere historische Phänomene stehen (Versailles, Weimar, Auschwitz). Es gibt die Bezugnahme auf historische Persönlichkeiten (Goethe, Heine, Marx), auf Phraseologien („Heil“, „Wir sind das Volk“, „Wissen ist Macht“) und auf historische Schnittstellen (die Reformation, der Westfälische Friede, Achtundsechzig). Es geht um Gesellschaftlich-Institutionelles (das Bürgerliche Gesetzbuch, der Sozialstaat) ebenso wie um Alltagsgeschichtliches (die Bundesliga, der Schrebergarten, der Volkswagen). Die Herausgeber zur Auswahl: „Unsere Sammlung gleicht einer Wanderung durch ein Labyrinth. Aber der Leser soll nicht in ein geschlossenes System eingesperrt, sondern zu einem Spiel der Verweise und Assoziationen eingeladen werden – wie eben Erinnerungen funktionieren.“ Wahrlich, nach jeder Wegbiegung des Labyrinths tut sich ein neues, verdecktes Geheimnis auf und an Spiegeln jeder Art, klaren wie altersblinden, gibt es keinen Mangel.

Ergänzt wird der Band durch umfassende Anmerkungen – erfreulicherweise im Anhang –, durch ein hilfreiches Personenregister sowie durch bibliographische Angaben zu den Autorinnen und Autoren. Hier haben die Heraus-

geber einen sehr illustren Kreis versammelt. Viele derjenigen, die in Deutschlands Universitäten Rang und Namen haben, gehören zum Kreise der Verfasser, und der Band ist interdisziplinär angelegt. Unter den Professorinnen (die deutliche Minderheit) und Professoren gibt es unter anderem Historiker, Germanisten, Soziologen und Theaterwissenschaftler. Auch einige Journalistinnen und Journalisten sind vertreten, darunter der schon fast legendäre Adam Krzeminski. Neben diesem gibt es andere internationale Stimmen: Gérald Chaix aus Straßburg, Claire Gantet von der Sorbonne, Harold James von der Princeton University, um nur einige zu nennen – last not least der Mit-Herausgeber Etienne Francois, der, bevor er an die Technische Universität Berlin kam, an der Sorbonne gelehrt hat.

Zur Vorgeschichte des Bandes: In den achtziger und frühen neunziger Jahren hat der französische Publizist Pierre Nora sieben Bände seiner „Les lieux des mémoires" herausgegeben, eine umfassende und auch international viel beachtete Essaysammlung, die sich mit den einzelnen Bestandteilen des nationalen Gedächtnisses der Franzosen befasst. Dieses Projekt fand Nachahmung in mehreren anderen europäischen Ländern – für Deutschland schien sich ein vergleichbares Vorhaben zunächst nicht zu eignen. Es gab immerhin zwei deutsche Staaten, und der Zivilisationsbruch von 1933, der „Geschichtsfels Nationalsozialismus", wie Francois und Schulze es nennen, machte es zusätzlich schwierig, die geeigneten Anknüpfungspunkte zu finden.

Nach der Wende waren die Bedingungen für ein solches Projekt weitaus günstiger – unter anderem war die Frage leichter zu beantworten, was eigentlich „Deutschland" oder „die Deutschen" seien. Die Herausgeber: „Seit dem 3. Oktober 1990 ist die Bundesrepublik Deutschland die einzige denkbare staatliche Hülle für das deutsche Volk". Und: „Freiheit und Einheit der Deutschen fallen das erste Mal in der deutschen Geschichte zusammen". Dennoch war, als man die Herausgabe der „Erinnerungsorte" ins Auge fasste, einiges anders als bei Pierre Noras Projekt. Das Werk des französischen Journalisten sei „fast eine Liebeserklärung an Frankreich. Keine Frage, dass sich ein solcher Rückblick auf die deutsche Vergangenheit verbietet (…)", so die Herausgeber in ihrem Vorwort. Auch sei die Konsensfindung, was zum Erbe gehöre, angesichts der vielgestaltigen deutschen Nationalgeschichten weitaus schwieriger als bei den Nachbarn im Westen. „Nur ein einziges Mal in der deutschen Geschichte wurden Träume und Wirklichkeit aller Deutscher zusammengebracht: Im Alptraum des ‚Großdeutschen Reichs'."

Etienne Francois und Hagen Schulze gaben 2001 drei Sammelbände „Deutsche Erinnerungsorte" heraus, mit einem Umfang von insgesamt rund 2.000 Seiten – wahrlich ein „Jahrhundertunternehmen", wie ein Rezensent schreibt. Der hier besprochene Band stellt eine Auswahl von Beiträgen dar, die vor allem politisch und zeitgeschichtlich konnotiert sind. Es ist sehr zu begrüßen, dass sich die Herausgeber zu dieser Variante entschlossen haben, die nur im Sinne der spezifisch interessierten Leserinnen und Leser sein kann. Anzuregen wäre, so noch nicht geplant, auch zu anderen eingrenzbaren Themenfeldern gesonderte Ausgaben herauszubringen.

Elsbeth Zylla

Michael Braun/Annette Kitzler/Thomas Lamkemeyer/Sven Sendfeld: Planen – Sehen – Verstehen. Innovative Strategien zum Tagestourismus in Schule und Freizeit – Waltrop 2005, Braun & Brunswick Verlag, 328 Seiten

Exkursionen und Erkundungen gewinnen in Veranstaltungen der politischen Jugend- und Erwachsenenbildung immer mehr an Bedeutung. Dies ist ein Grund, sich mit dem Werk von vier jüngeren Geographen und Pädagogen aus dem Ruhrgebiet zu befassen. Das Ruhrgebiet bietet inzwischen vielerlei Gelegenheiten, die „Klassenzimmer" zu verlassen und ein recherchierendes und herumschweifendes Lernen mit Schulklassen oder Erwachsenengruppen zu realisieren. Die Hinterlassenschaften der großen Industrie und des vergehenden mechanischen Zeitalters – Hallen, technische Baudenkmäler, Halden, Siedlungen, Häfen und Wasserwege – haben sich zu neuen Kultur- und Freizeitorten, Museen, Hüllen für neue gewerbliche Zwecke und anderes mehr gewandelt. Aus den Fabriken, die Orte der Mühsal und der Disziplinierung waren, wurde die Industriekultur. Die Menschen lernen ihre Geschichte und Umgebung neu zu sehen,

ein Umstand, den auch die Autoren zum Anlass ihrer Reflexionen machen.

Michael Braun schreibt in dem ersten einführenden Beitrag über die wachsende Bedeutung des Tagestourismus. Dieser bildet zunehmend ein Element einer nachhaltigen Stadtentwicklung und fördert ein kulturelles Stadtbewusstsein. Er plädiert dafür, den Tourismus stärker mit den Chancen der Bildungsexkursion zu verkoppeln und dabei die Kompetenzen verschiedener Disziplinen mit ins Spiel zu bringen, um von der Erfahrungsoberfläche in die historische, politische oder kulturelle Tiefe zu gehen.

Der zweifelsohne interessanteste Beitrag des Bandes stammt von Annette Kritzler, einer Museumspädagogin, die am Beispiel des Westfälischen Industriemuseums und dabei besonders eines Standortes, nämlich des Alten Schiffshebewerks bei Waltrop und Henrichenburg, die pädagogischen Möglichkeiten schildert und prüft. Dabei holt sie weiter aus und entwickelt das Terrain der Musealisierung des Ruhrgebiets auch auf verschiedenen Schienen historisch. Der Zentralbegriff aber lautet Neue Musealisierung, dieser beschreibt vor dem Hintergrund des Wandels vom alten industriellen Zeitalter zur – wenn man diesen Begriff benutzen will – Postmoderne die Abkehr von der alten „Belehrungsanstalt zum offenen Museum“. Dieses ist gekennzeichnet durch die Hinwendung zum Besucher, das bedeutet im Besonderen die Ausstellung von Regional- und Alltagskultur, eine Besucherorientierung und eine erlebnis- und handlungsorientierte Museumspädagogik. Den neuen Museen wird zugleich eine identitätsbildende und regionales Geschichtsbewusstsein fördernde Funktion von Kritzler zugeschrieben: Der Strukturwandel wird begleitet durch eine Verwandlung der alten Identität in eine neue kulturvermittelte Sicht der Region.

Ob dies allerdings nur noch das Nachglimmen der in den 1990er Jahren stattgefundenen Internationalen Bauausstellung Emscher Park und dem damit verbundenen Kulturfeuerwerk ist, wäre in den nächsten Jahren zu prüfen.

Der dritte Buchbeitrag von Thomas Lamkemeyer behandelt das Thema Tagestourismus und Schule. Er entwickelt im Kontext des vom NRW-Schulministerium in Gang gesetzten Rahmenkonzepts „Öffnung von Schule“ das Modell einer fächerverbindenden Erkundung zum Thema Strukturwandel des Ruhrgebiets. Für die Jugend- und Erwachsenenbildung, in der seit einiger Zeit mit handlungsorientierten Konzepten gearbeitet wird, sind die von Lamkemeyer entworfenen und beschriebenen Planungsschritte natürlich nicht neu.

Im letzten Teil erörtert schließlich Sven Sendfeld den Gebrauch und Nutzen multimedialer Lernumgebungen für die Schule. Nach einigen grundsätzlichen Definitionen und einer Einführung in die neuere Mediendidaktik rezensiert er verschiedene, für den Geographieunterricht entwickelte, aber auch für die politische Bildung nutzbare Lernprogramme, die sich mit Klimafragen, Naturkatastrophen und Globalisierungsfragen befassen. Daran schließt eine von Sendfeld konzipierte Lehr-Lerneinheit zum Ruhrgebiet an.

Insgesamt verklammern die verschiedenen Beiträge das Thema Ruhrgebiet und neue, teilnehmerorientierte Formen des Lernens in der Region. Wer sich dafür interessiert, kann zu diesem Buch greifen.

Paul Ciupke

Markt

Zeitschriften zur politischen Bildung

Von den **„Wirkungen der politischen Bildung“** handelt **Nr. 4/2006** der Zeitschrift **Praxis Politische Bildung**, die vom Bundesausschuss Politische Bildung herausgegeben wird. Redakteur Johannes Schillo hat Beiträge zusammengestellt, die über Wirkungen von Bildungsveranstaltungen berichten, weist gleichwohl mit Bezug auf Klaus Ahlheim darauf hin, dass sich Bildung in ihrer Wirkung der Messbarkeit entzieht.

Bezug: Juventa Verlag, Ehretstr. 3, 69469 Weinheim, oder über den Buchhandel.

„Verdrängte Herausforderungen“ stehen im Mittelpunkt von **Nr. 3/2006** der Zeitschrift **kursiv**, die im Wochenschau Verlag erscheint. Es geht um Ungleichheit und politische Bildung, um Fragen der sozialen Gerechtigkeit.

Bezug: Wochenschau Verlag, Adolf-Damaschke-Str. 10, 65824 Schwalbach/Ts.

Unter dieser Adresse ist auch die Zeitschrift **Politische Bildung** zu beziehen, deren vierte Ausgabe in diesem Jahr sich dem Thema **„Politik im Politikunterricht“** widmet. Das Heft enthält fachdidaktische Beiträge, die zeigen sollen, wie Politik im schulischen Unterricht präsentiert werden kann, welche Themen sich anbieten und was bei ihrer Vermittlung zu bedenken ist.

Schließlich sind noch zwei neue Ausgaben der ebenfalls im Wochenschau Verlag erscheinenden Zeitschrift **Wochenschau** anzuzeigen, die Themen für den politischen Unterricht in den Sekundarstufen I und II aufbereiten. **Nr. 5/2006** für die **Sekundarstufe I** konzentriert sich auf das Thema **„Märkte“**, zu dem Grundwissen aus dem Bereich der Ökonomie vermittelt wird.

Nr. 5/06 für die **Sekundarstufe II** behandelt das Thema **„Datenschutz und Bürgerrechte“**.

Beide Ausgaben sind ebenfalls unter der oben angegebenen Adresse des Wochenschau Verlags erhältlich.

Arbeitshilfe zur Jugendarbeit

Die **Rolle des Mannes** steht im Mittelpunkt von **Nr. 5/2006** der Zeitschrift **„Mitarbeiterhilfe“**, die vom Christlichen Verein junger Menschen herausgegeben wird. Das Heft begründet, weshalb die Arbeit mit Jungen zunehmend wichtiger wird und gibt Fachleuten Gelegenheit, das Thema grundsätzlich oder praxisorientiert zu beleuchten.

Bezug: CVJM-Gesamtverband, Postfach 410154, 34063 Kassel.

DIHK-Bildungsbericht

Der **Deutsche Industrie- und Handelskammertag** hat seinen **Bildungsbericht** für den Zeitraum 2005/2006 vorgelegt. Er gibt einen Überblick über bildungspolitische Trends im Bereich der beruflichen Ausbildung und über Schwerpunkte der Bildungspolitik in diesem Zeitraum.

Bezug: Deutscher Industrie- und Handelskammertag, Breite Str. 29, 10178 Berlin.

Journalisten-Weiterbildung in Brüssel

Das **Pressenetzwerk für Jugendthemen** hat zusammen mit der **Berliner Vertretung der EU-Kommission** und mit Unterstützung der **WAZ Mediengruppe** zu einem **Journalisten-Weiterbildungsprogramm** eingeladen, das Journalisten mit europäischen Entwicklungen vertraut machen und sie für die Berichterstattung über Europa qualifizieren soll. Das Weiterbildungsprogramm ist zweiteilig; die erste Veranstaltung findet vom 4. bis 6. Februar 2007 in Berlin und Ende März für weitere drei Tage in Brüssel statt.

Interessenten wenden sich an: Pressenetzwerk für Jugendthemen e. V., Beethovenstr. 38a, 53115 Bonn, Tel. 0228/217786.

Deutsches Zentrum für Altersfragen

In Berlin gibt es das **Deutsche Zentrum für Altersfragen**, das institutionell vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert wird. Es verfügt über die **umfangreichste Sammlung wissenschaftlicher und anwendungsorientierter Literatur zum Thema „Alter und Altern“** im deutschsprachigen Raum. Die Bibliothek ist thematisch auf die Lebenslagen alter und alternder Menschen ausgerichtet. Ihr Bestand ist inhaltlich und formal erschlossen und wird in der Literaturdatenbank GeroLit nachgewiesen. Die Bücher können zwar nicht ausgeliehen werden, jedoch kann man sie am Ort einsehen und bei Bedarf günstig Kopien anfertigen. Die Literaturdatenbank GeroLit ist kostenlos zugänglich und bietet der Öffentlichkeit Literaturrecherchen in Eigenregie.

Infos: Deutsches Zentrum für Altersfragen, Manfred-von-Richthofen-Straße 2, 12101 Berlin, www.dza.de; www.gerolit.de.

Online-Datenbank zu kulturellen Öffnung der Jugendverbände

Das **Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusarbeit e. V.** hat eine **neue Website zur interkulturellen Öffnung** der Jugendverbände erstellt. Unter www.IDAeV.de/interkulturelle-oeffnung.htm stehen umfassende Informationen über Projekte, Aktivitäten, Beschlüsse und Strategien der interkulturellen Öffnung der Jugendverbände einem breiten Publikum zu Verfügung. Interessierte können in der Datenbank nach verschiedenen Kriterien Projekte suchen, Kontakte knüpfen und Anregungen für die eigene Arbeit erhalten. Bislang sind über 70 Projekte auf der Website dokumentiert.

Infos: Informations- und Dokumentationszentrum für Antirassismusarbeit e. V., Volmerswerther Straße 20, 40221 Düsseldorf, www.IDAeV.de.

Tagung zum Forschungsprojekt „Jugendsozialarbeit im Wandel“

Die **Bundesarbeitsgemeinschaft Jugendsozialarbeit** lädt zu einer **Tagung** ein, mit der die **Ergebnisse des Forschungsprojekts „Jugendsozialarbeit im Wandel“** präsentiert und mit der Öffentlichkeit diskutiert werden sollen. Das Projekt untersuchte den Einfluss der Hartz-Gesetzgebung und der Agenda 2010 auf die etablierten institutionellen Integrationsmuster benachteiligter junger Menschen. Im Mittelpunkt der Veranstaltung wird die Frage nach der Veränderung in den sozialpolitischen Integrationspolitiken stehen.

Die Veranstaltung findet statt vom 31. Januar – 1. Februar 2007 in der Andreas-Hermes-Akademie in Bonn-Röttgen. Veranstalter ist neben der BAG Jugendsozialarbeit der Verein für innovative Projekte in der Kinder- und Jugendarbeit e. V.

Anmeldungen bitte an: Bundesarbeitsgemeinschaft Jugendsozialarbeit, z. Hd. Frau Berger, Hohe Straße 73, 53119 Bonn, E-Mail: berger@bag-jugendsozialarbeit.de.

Außerschulische Bildung 4-2006

37. Jahrgang

Materialien zur politischen Jugend- und Erwachsenenbildung – Mitteilungen des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten e. V.

Herausgeber:
Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e. V., vertreten durch Dr. Paul Ciupke und Ulrike Steimann

Redaktion:
Ingeborg Pistohl

Redaktionsbeirat:
Gertrud Gandenberger, Almut Hoffmann, Wolfgang Pauls, Sonja Schweizer, Ulrich Wester

Namentlich gekennzeichnete Beiträge entsprechen nicht unbedingt der Meinung des Herausgebers/der Herausgeberin und der Redaktion.

Redaktionschluss:
1. Dezember 2006

Redaktions- und Bezugsanschrift:
AdB, Mühlendamm 3, 10178 Berlin,
Tel. (0 30) 400 401-11 u. 12
www.adb.de
E-Mail: jurisch@adb.de,
pistohl@adb.de

Herstellung:
Druckcenter Meckenheim/Brandenburgische Universitätsdruckerei und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH

ISSN 0176-8212

Bildnachweis:
Copyrighthinweise s. Fotos.

Bezugsbedingungen (gültig ab Ausgabe 1-2003)

Einzelheft		**€ 6,00**
1-3 Abonnements	(jährlich)	**€ 16,00**
ab 4 Abonnements	(jährlich)	**€ 12,00**
Abonnements für Studenten, Praktikanten, Referendare, Arbeitslose	(jährlich)	**€ 12,00**
(bitte jährlich Bescheinigung übersenden)		(zuzüglich Porto)

Die Mitglieder des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten erhalten je ein Exemplar kostenlos.

Diese Zeitschrift wird maßgeblich durch Mittel des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend gefördert und von der Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen unterstützt.

Die Außerschulische Bildung wird als Fachzeitschrift für politische Jugend- und Erwachsenenbildung vom Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten (AdB) herausgegeben. Verband, Herausgeberin und Herausgeber, Redaktionsbeirat und die Redakteurin möchten dadurch

- zur fachlichen und wissenschaftlichen Reflexion der Praxis politischer Jugend- und Erwachsenenbildung beitragen und damit die Professionalität pädagogischen Handelns stärken,
- aktuelle und relevante Themen aus Politik und Gesellschaft aufgreifen und im Hinblick auf ihre Behandlung in der politischen Bildung aufbereiten,
- Beispiele der Bildungsarbeit öffentlich machen und ein Schaufenster des Arbeitsfeldes bieten,
- theoretische und fachliche Diskussionen in Beziehung setzen und die Diskurse in der Profession und den wissenschaftlichen Bezugsdisziplinen jeweils miteinander bekannt machen,
- Methoden der politischen Bildung vorstellen,
- neue fachbezogene Publikationen und Medienproduktionen präsentieren und in ihrer Relevanz für die Bildungsarbeit einschätzen,
- über bildungs- und jugendpolitische Entwicklungen in Bund und Ländern berichten,
- Nachrichten aus dem AdB und anderen Fachverbänden verbreiten.